40 Jahre Aufbau-Verlag S. 38-39



Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 271, 2. 6. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E



7. Juni
Großaktionen in Brokdorf und Wackersdorf

ATOMSTAAT
"Fürsorgliche Belagerung"

Irgendwann in diesen turbulenten Tagen fiel es sogar dem Vorsitzenden der Jungen Union ein: Innenminister Zimmermann sei der durch Tschernobyl entstandenen Lage nicht gewachsen gewesen. Damit war die Volksfront von den Grünen über die Sozialdemokraten bis zur Karrierejugend hergestellt, die großen gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften und Kirchen nicht zu vergessen und das Schluchzen von „stern" und „Spiegel" im Ohr, daß wir in all der Verwirrung so alleine gelassen wurden. Der Zimmermann hatte die Sache nicht im Griff! Hier Becquerel, dort Millirem, hier Hessenmilch, dort Schwabensalat — keiner blickte mehr durch und am allerwenigsten dieser BMI, der es von Amts wegen sollte. Papiertiger Bundesrepublik in rührender Hilflosigkeit, repräsentiert durch Blackout-Politiker und Grenzwert-Chaoten. Das wäre unter dem alten Helmut nicht passiert, wenngleich der ebenfalls einiges nicht mitgekriegt hatte (Schmidt kürzlich an Brandt: „*Wer wurde in Stammheim eigentlich ermordet?*").

Unbestritten: Dieses Land wird nicht von Intelligenzbestien regiert. Doch naiv ist, wer den Atomstaat für naiv hält. Es ist ja doch der reine Hohn: Da richten amerikanische und französische Satelliten ihre Infrarotäuglein auf die Sowjetunion, um anhand winzigster Temperaturunterschiede Quadratmeter für Quadratmeter auszuleuchten. Am 25.4. registriert die westliche Spionage überlastete Telefonleitungen in der Ukraine. Aber am 26.,27.,28. hat man die Erhitzung eines Atomreaktors — nicht gerade ein drittrangiges Objekt — um zweimal tausend Grad Celsius nicht bemerkt? Mithilfe dieser Technik registriert man heute innerhalb von Sekunden den Start einer Rakete an jedem x-beliebigen Punkt der Welt. Es gehört schon eine grandiose Dreistigkeit dazu, so zu tun, als ob den Nachrichtendiensten zweieinhalb Tage lang ein Super-GAU entgangen sei. Immerhin will man den Leuten gleichzeitig SDI verkaufen.

Wir tun also gut daran, davon auszugehen, daß die westlichen Herrschaftszentralen kaum später als der Kreml von Tschernobyl unterrichtet wurden. Dazu gehört auch jemand in Bonn, ein Mann, der sein Zimmer neben Zimmermann hat.

Weiter: Das „Durcheinander" der Fallout-Messungen. Vorgestern hat man etwas in München gemessen, aber nichts in Berlin, gestern was in Darmstadt, aber nichts in Frankfurt.

Fortsetzung auf Seite 10

Libyen — Der Mythos von der Grünen Revolution

Das heutige Libyen, das die drei traditionellen Landschaften Tripolitanien (im Westen), Cyrenaika (im Osten) und Fezzan (im Süden) umfaßt, gehörte seit dem 16. Jahrhundert zum Osmanischen Reich, besaß jedoch unter der Qaramanli-Dynastie im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine recht große Autonomie. Ab 1843 setzte sich vor allem in Cyrenaika die islamische Erneuerungsbewegung der Sanussi unter Führung von Mohammed al-Sanussi durch und brachte den Karawanenhandel unter ihre Kontrolle. 1911, noch vor der endgültigen Auflösung des Osmanischen Reiches, wurde Libyen von Italien besetzt. Der Widerstand der Libyer unter Emir Idris und der erste Weltkrieg verhinderten, daß die Italiener das Hinterland besetzen konnten. Sie mußten faktisch die Herrschaft des Sanussi-Ordens außerhalb der Städte anerkennen (1).

Nach der Machtübernahme Mussolinis dehnten die italienischen Faschisten im zweiten italienisch-libyschen Krieg (1923-1932) ihre Herrschaft auf ganz Libyen aus. Hundertausende starben in den Kriegen gegen die Kolonialmächte (2). Zwischen 1930 und 1940 siedelten 100.000 Italiener in Libyen, dessen Bevölkerung 1931 nur 840.000 Menschen zählte. Die Libyer wurden auf unfruchtbare Böden abgedrängt oder mußten bei den italienischen Siedlern Arbeit suchen. Der Karawanenhandel wurde unterbrochen, die Nomaden zur Seßhaftigkeit gezwungen. Das Volk, das bis dahin ohne natürliche Ressourcen von Subsistenzlandwirtschaft oder -viehzucht lebte, verelendete.

Nach dem Sieg der Allierten über Italien 1943 wurden die italienischen Siedler aus Cyrenaika und teilweise aus Tripolitanien vertrieben. Etwa 35.000 blieben, vorwiegend Händler und Handwerker. Britische (Tripolitanien und Cyrenaika) und französische (Fezzan) Militärs verwalteten Libyen bis 1951.

Nationalistische Gruppen in Tripolitanien strebten damals die Unabhängigkeit Libyens und eine Republik an, während die Sanussi unter ihrem Oberhaupt Emir Idris al-Sanussi, von Großbritannien unterstützt, die Unabhängigkeit ihrer Provinz und eine Monarchie erreichen wollten. Ende 1949 wurde unter UN-Aufsicht die Dekolonisation eingeleitet. Die Nationalisten akzeptierten den Kandidaten der Kolonialmächte, Emir Idris, als weltlichen Führer ganz Libyens, um die Unabhängigkeit zu erreichen. Als im Dezember 1951 die konstitutionelle Monarchie proklamiert wurde, blieb das parlamentarische System ganz in den Händen der alten Herrschaftschicht. Damals war Libyen eines der ärmsten Entwicklungsländer, abhängig von den Geldern der imperialistischen Staaten USA und Großbritannien, die es im Austausch gegen exterritoriale Stützpunkte erhielt. Das waren jährlich weniger als zehn Millionen Dollar (3).

Fortsetzung auf Seite 9

Rot-grün in Niedersachsen?

Hat Gorbatschow den Reaktorunfall von Tschernobyl nur inszeniert, damit Schröder die Wahlen in Niedersachsen gewinnt? „*Es wäre ein Treppenwitz in der Geschichte der deutschen Parlamentswahlen, wenn wegen des Unfalls in einem technisch absolut unzulänglichen sowjetischen Kernkraftwerk ... ausgerechnet die Linke in Niedersachsen triumphieren würde*", klagt Heiner Geißler. Wäre es sicher, und warum sollten wir in diesen traurigen Zeiten nicht mal was zu lachen haben? Doch reicht wohl diese antisowjetische Klage als Erklärungsgrund nicht hin. Steht nicht Ex-Keksmanager Albrecht auch für den sinnigen Spruch, daß es sich mit der Radioaktivität ähnlich verhalte, wie mit dem Alkoholgenuß. Ein „*mäßiger Genuß von Alkohol ist nicht gesundheitsgefährdend*". Schöne Grüße von der Leber an die Schilddrüse. Sie meint allerdings, daß man beim Alkohol — zumindest im Stadium vor dem Delirium — immer noch über die Dosis mitbestimmen könne. Liegt's vielleicht doch nicht nur an mieser russischer Technik, sondern auch an Mißtrauen in deutsche Sicherheitsphilosophie? Oder schon das Celler Loch vergessen, das selbst deutsche Bullen verwirrt hat, weil sie nun nicht mehr genau wissen, ob ihr Opfer putativer Notwehr vielleicht ein Kollege sein könnte?

Auf jeden Fall: Strahlemanns Stern ist im Sinken begriffen. Die CDU muß um den Verlust der Regierungsmehrheit am 15. Juni in Niedersachsen bangen, damit auch um den Mehrheitsverlust im Bundesrat. Allein für diese Schwächung der Konservativen lohnt der Wahlgang. Aber mehr noch bietet die Niedersachsenswahl: auch die Chance, das atomare Abschalten parlamentarisch zu thematisieren. Die jüngsten Umfragen sehen mal die SPD einen Punkt vor der CDU (Forsa), mal die CDU mit einem Punkt vorn (Infas), auf jeden Fall die FDP unter 5 und die Grünen sicher drüber.

Fortsetzung auf Seite 2

aktuell

Neues über Waffenschieber

Neues vom Kanal Pawelczyk

Am 15.5. erschien im Hamburg-Teil des Stern ein Bericht über illegalen Waffenhandel, der von Hamburg aus getätigt, gesteuert und koordiniert wurde. Am 27.5.86 wurden durch die GAL neue Fakten und Zeugen der Presse vorgeführt.

Vorgeschichte

Vor über 80 Jahren eröffnete in London die Comisi'on Naval Argentina en Europa (CMNE), die argentinische Waffeneinkaufskommission der Marine, ihre Pforten. Lange Jahre war ihr Bürovorsteher der Konteradmiral Raul Jorg Gonzales. Als am 2.4.82 Argentiniens Soldaten die Malvinas besetzten, wurden die Waffeneinkäufer des Landes verwiesen. Flugs bot sich Hamburg als neuer Sitz der Kommission an, denn: Im Jahre 1978 erteilte die damalige argentinische Militärjunta der auftragsarmen Werft Blohm & Voss den Auftrag über den Bau von vier Fregatten und sechs Korvetten, alles Schiffe voller hochmoderner Elektronik. Bei den Emdener Nordseewerken wurden außerdem sechs U-Boote bestellt. Hamburger Springergazetten verfielen in einen wahren Taumel, war der Auftrag doch gegen die holländische und britische Konkurrenz zugesprochen worden. Um den Bau der neuen Schiffe zu überwachen, entsandte Buenos Aires 1979 rund 30 Ingenieure und Techniker der argentinischen Marine unter dem Titel Subcomis'on Naval (Marine Unterkommission) nach Hamburg — mit Billigung der damaligen SPD/FDP-Regierung.

Am 7.4.1982 verhängte die Bundesregierung im Verein mit anderen EG-Partnern ein Waffenembargo gegen
SPD/FDP-Regierung.

Am 7.4.1982 verhängte die Bundesregierung im Verein mit anderen EG-Partnern ein Waffenembargo gegen Argentinien. Am selben Tag mußte Gonzales in London sein Büro schnellstens schließen. Die Hamburger Subcomisi'on Naval bot sich als europäischer Unterschlupf an, wenn die Behörden keine Schwierigkeiten machen würden. Das machten sie auch nicht: Ende April hatte sich Konteradmiral Gonzales in der Mönckebergstraße 27, in einem ehemaligen Fleisch-Importbüro, etabliert. Kurz danach, am 30.6.82 wurde Geschäftsräume in der Straße Vorsetzen 50 angemietet, zur Untermiete bei der Schiffswerft Blohm & Voss. Die Monatsmiete von DM 21.899,40 wird ebenfalls von der Werft getragen. Der Vertrag ist erst zum 31.5.1987 kündbar.

Legal, illegal, scheißegal

Die dort beschäftigten Argentinier hatten keine und haben immer noch keine Arbeitserlaubnis in der BRD. Mehrmals versuchte Gonzales für seine Mannen einen diplomatischen Status zu erlangen, was ihm aber bis heute verwehrt blieb. Lediglich die Mitarbeiter der Subcomisi'on besaßen befristete Aufenthaltspapiere, bis der Fregatten-, Korvetten- oder U-Bootbau beendet sein würde. Das war bisher aber offenbar kein besonderes Hindernis für Waffenschiebereien, weder vor, noch während des Malvinen-Konfliktes, weder in der Schweiz als Munitionslieferant, noch in Frankreich, noch in Großbritannien, dem Kriegsgegner. Sollte das Waffenembargo umgangen werden, wurden die Teile eben erst nach Spanien verschifft und anschließend dann nach Argentinien geliefert. Über Dokumente kann belegt werden, daß die argentinische Waffeneinkaufskommission in der Zeit vom 4. bis 19.10.1982 mehr als ein Dutzend Waffengeschäfte durchgeführt hat. Nur die allerwenigsten haben dabei mit den MEKO-Fregatten zu tun. So wurde nicht nur das Waffenembargo unterlaufen, sondern auch gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen. Dort heißt es: „Wer die tatsächliche Gewalt über Kriegswaffen von einem anderen erwerben oder einem anderen überlassen will, bedarf der Genehmigung." Genehmigende Behörde ist in diesem Fall das Bundeswirtschaftsministerium, das allerdings noch nicht in einem einzigen Fall eine solche Genehmigung erteilt hat. Solche Straftaten sind als Verbrechen mit Strafen bis zu fünf Jahren, in besonders schweren Fällen bis zu zehn Jahren zu ahnden. Ein Beispiel für die Kooperationsbereitschaft Hamburger Behörden: Gegen Ende des Jahres 1984, so der damalige Mitarbeiter der Marinekommission, Guillermo Ortiz de Rozas, erschien ein argentinischer Offizier und wollte bei der AEG in Wedel einen Torpedokopf reklamieren, weil er im Falklandkrieg versagt habe. Dummerweise wollte der Zoll den Kopf nicht durchlassen. Der Zöllner wurde überredet, der Kopf nach Wedel gebracht und dort repariert, anschließend durch einen Hamburger Spediteur als Ersatzteil deklariert nach Argentinien zurückgeschickt. Eidesstattlich erklärte Ortiz, daß AEG Wedel auch während des Waffenembargos Munition und Ersatzteile nach Argentinien geliefert hat. Die werftbeaufsichtigende Subcomisi'on Naval ist mit den Kriegswaffen von Blohm & Voss zurück nach Argentininen gereist. Die von vornherein übergeordnete, gleichwohl illegale CMNE ist nach wie vor in Hamburg.

Im Hintergrund: Pawelczyk

1984 wurde Alfons Pawelczyk als zweiter Bürgermeister der Hansestadt Hamburg vereidigt. Der Oberst a.D. und vormalige Innensenator wurde auf Grund eines größeren Polizeiskandals von Hamburg weg nach Bonn gelobt, wo der 2. Bürgermeister im Bundesrat die Interessen des Stadtstaates wahren soll. Über das Hamburg-Büro in Bonn sind von Pawelczyk schon zahlreiche Rüstungsaufträge nach Hamburg geholt worden, mit denen er sich bisweilen brüstet. Das hat schon zu zahlreichen Anfragen seitens der GAL an den Hamburger Senat geführt, die aber allesamt butterweich sozialdemokratisch beantwortet wurden.

Nun geht es darum, was der Senator von den illegalen Waffengeschäften wußte oder was das Stichwort vom Sonderkanal Pawelczyk (O-Ton Tepel, Prokurist und Personalchef bei Blohm & Voss) zu bedeuten hat. Immerhin sitzt Pawelczyk als Vertreter Hamburgs auch im Verwaltungsrat dieser Waffenschmiede.

Ende 1983 übernahm Kapitän zur See

sitzt Pawelczyk als Vertreter Hamburgs auch im Verwaltungsrat dieser Waffenschmiede.
Ende 1983 übernahm Kapitän zur See

Harry Axel Leibowich die immer noch illegale Marine-Kommission. Marinegeschäfte bis zu einer Höhe von 1,5 Millionen durfte er ohne Rücksprache mit Buenos Aires tätigen. Unter seinem Vorgänger waren nur spanisch sprechende Ausländer, keine Argentinier und kein Deutschen, angestellt worden, weil man weder Sozialversicherung noch Steuern zu zahlen gedachte. Erst dann wurden von der Leiharbeitsfirma Intertime auch deutsche Angestellte beordert. Diesen Angestellten wurde bereits bei der Einstellung erklärt, daß sie niemals öffentlich erzählen sollten, wo sie arbeiteten. Sie sollten auf Nachfragen immer antworten, daß sie bei Blohm & Voss beschäftigt wären. So erging es auch Gertrude Schmidt (Name redaktionell verändert). Als am 10.12.1983 das Militär in Buenos Aires abdankte, konnte Leibowich aufgrund eines deutlich gekürzten Militäretats nicht mehr soviel Personal beschäftigen. Kurzerhand kündigte er mehreren Angestellten. Gertrude Schmidt versuchte vor dem Arbeitsgericht per Klage ihr Arbeitsverhältnis fortzusetzen. Dabei stellte sich heraus, daß die Kommission keine Rechtspersönlichkeit besitzt, folglich keine Arbeitgeberfunktion hätte wahrnehmen können. Bei einem Vergleich vor Gericht wurde dann weder die Kommission belangt, noch das Arbeitsverhältnis der Leiharbeitsfirma fortgesetzt: Die Firma Blohm&Voss erbot sich, Frau Schmidt für sechs weitere Monate zu beschäftigen. Als sie ihren Arbeitsplatz bei B&V jedoch antreten wollte, wurde sie nach Hause geschickt; Geld hat sie bis heute nicht gesehen.

Bei ihrem ersten Einstellungsgespräch in den Räumen der Leiharbeitsfirma Intertime, zu dem zufällig auch der schon erwähnte Herr Tepel zugegen war, wollte Frau Schmidt Argentiniern ihre Hilfe bei Schwierigkeiten mit der Ausländerpolizei anbieten. Davor wurde sie aber eindringlichst gewarnt. Tepel: „Darum kümmern sie sich bitte nicht! Das läuft über unseren Sonderkanal Pawelczyk. Wenn Sie Probleme wegen der Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis für die Argentinier bekommen sollten, dann melden Sie sich sofort bei mir." Natürlich will Herr Tepel das heute nicht gesagt haben. Die eidesstattliche Aussage von Frau Schmidt kann er jedoch auch nicht entkräften.

Die Hamburger Kripo ermittelt gegen die Marinekommission. Irgendwie kommen die Ermittlungen aber nicht recht weiter. Über 1.000 Blatt an Dokumenten sind beschlagnahmt, merkwürdigerweise aber nicht ausgewertet worden. Die Personalliste der Kommission für 1985 liegt vor und wird natürlich von interessierten Bürgern, nicht aber von der Polizei ausgewertet. Die hat auch gar nichts mehr mit dem Fall zu tun. Auf höhere Weisung hin wurde der Hamburger Kriminalpolizei nämlich untersagt, in diesem Fall weiter zu ermitteln. Gleichwohl sich der Verdacht des illegalen Waffenhandels 1984 erhärtete, wurde ihr der Fall entzogen und an höhere Stellen weitergegeben. Dort hat sich bisher nichts getan.

Ein weiteres Indiz für die Verstrickung Hamburger Behörden in diesem Fall: Helena Diaz, seit 32 Jahren bei der Comisi'on in London beschäftigt, hatte wie alle anderen Beschäftigten dort weder Arbeits- noch Aufenthaltserlaubnis. 1982 kam sie nach Hamburg mit. Mehrmals im Monat flog sie nach London. Einen Grund für diese Flüge vermochte sie nicht anzugeben, weshalb sie im Jahre 1984 erst einmal auf Grund des Verdachts des illegalen Aufenthalts festgenommen wurde. Eine Angestellte von B&V im Verband mit Behördenspitzen intervenierte erfolgreich, Helena Diaz wurde bereits am nächsten Tag auf freien Fuß gesetzt. Leibowich lebt mit seiner Familie ohne rechtlichen Status in der Hansestadt. Senat und Ausländerbehörde liegen sich schon länger in den Haaren, welchen Rechtsstatus man für diese Leute ansetzen solle. Der Senat stritt nicht lange, sondern entschied: Die Leute sind Beobachter bei Blohm & Voss. Der 13-jährige Sohn von Leibowich raste seinerzeit mit einer schweren Maschine durch die Stadt. Gleichwohl die Polizei ihn stellen konnte, passierte bis heute nichts.

Argentinier, die über die (nach wie vor illegale) Comisi'on in die BRD kommen, können bereits am nächsten Tag über einen PKW verfügen. Wie der ehemals dort arbeitende Ortiz versichert, brauchen die Antragssteller nur einen formlosen Zettel zu unterschreiben, daß sie in ihrer Heimat schon seit Jahren PKW fahren, schon werden sie automatisch auf 40% Versicherprämise eingestuft. Versicherer ist in diesem Fall der Haftpflichtverband der Deutschen Industrie.
Übrigens: die Kontakte zur Bundeswehr und zu AE in Wedel sind bis heute hervorragend!



Zitat aus der Hamburger Verfassung:
„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen: Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein."

Helmut Reder

Butter statt Kekse

Butter statt Kekse

Rot-grün in Niedersachsen?

Fortsetzung von Seite 1

Rot-grüne Mehrheit ist damit auf einmal nicht mehr unwahrscheinlich, selbst wenn die SPD nicht stärkste Partei werden sollte. Und in Niedersachsen steht nicht nur der Schrottreaktor von Stade, es gibt auch das AKW in Grohnde, es droht die Inbetriebnahme des mit doppelt so hoher Kapazität ausgestatteten AKW Lingen II und in Gorleben warten atomares Zwischenlager und Konditionierungsanlage auf ihre Beseitigung.

Albrecht fällt und Kohl wackelt, da kann man strahle. Daß dann der hemdsärmelige Willy-Enkel Schröder, der unerklärlicherweise mal Juso-Bürgerschreck gewesen sein soll, Sieger würde, wäre ein zu verschmerzendes kleineres Übel. Und daß die Linke für diesen Zweck das Kreuzchen mal wieder bei den Grünen machen sollte, ist so selbstverständlich, daß wir uns die Grundsatzdiskussion darum schenken. Linke Realpolitik auf der Wahlebene sozusagen. Aber was kommt dann?

Gelassenheit bei der SPD

Derzeit scheint die SPD als Anti-AKW-Partei gut im Rennen. Großformatige Anzeigen und Flugblattkampagnen — überall ist die Partei offensiv und verkauft sich als die realistische Ausstiegsvariante, wobei mit abnehmender Tschernobyl-Stimmung der Ausstieg zum Umstieg verbogen wird. Ihre Linie: *„Es ist vernünftig und wirtschaftlich, den Verzicht auf Kernenergie möglich zu machen ... der Umstieg muß Schritt für Schritt erfolgen ... ohne ökonomische Brüche ... alte Kernkraftwerke müssen zuerst abgeschaltet werden".* Konkret heißt das: Unter Schröder soll Stade abgeschaltet werden und Lingen II ans Netz gehen, in Gorleben alles beim Alten bleiben, von Grohnde ist gar nicht die Rede. In ihrem Wählerpotential dürfte die SPD mit diesem Scheinausstieg keine besonderen Probleme bekommen. Eher könnte sie mit der Angst vor dem veralteten AKW Stade Druck auf die Grünen machen. Ein Bündnis mit den Grünen scheint schon allein aus bundespolitischen Gründen nicht zur Debatte zu stehen. Nötig hat die niedersächsische SPD dies auch gar nicht.

Der Druck lastet viel stärker auf den Grünen, weil sie es in der Hand haben könnten, den nächsten Ministerpräsidenten zu bestimmen. Sie haben sich dabei bereits mit ihrer landespolitischen Erklärung vom Ende letzten Jahres festgelegt, indem sie ankündigten: *„Wir werden auch nach der Wahl nicht dazu beitragen, daß diese Regierung auf ihren Sesseln sitzen bleiben kann."* D.h. Ablösung Albrechts auf jeden Fall. Nach Tschernobyl ist nun grün-intern die Debatte darum wieder aufgebrochen. Bislang haben sie auf die Stillegungsdiskussion sehr schwerfällig reagiert, ein erstes landesweites Flugblatt dazu ist noch in Arbeit. In Niedersachsen läuft die Diskussion darum allerdings nicht an der bundesweiten Fundi-Realo-Kontroverse. Die Fundis sind weitgehend abgemeldet. Die niedersächsische Realo-Variante stellen eher sozialdemokratisch orientierte Bündniskonstrukteure, die zur Zeit sehr schweigsam sind. Aktuell härtester Widerpart ist der Bürgerinitiativflügel (aus Stade, Lüneburg und Lüchow-Dannenberg). Zwei Varianten grünen Verhaltens sind in der Diskussion: Die Wahl Schröders zum Nulltarif oder ein Bündnisangebot mit harter Anti-Atomposition auch um den Preis der Nichtwahl Schröders.

Grüner Nulltarif oder Bruch an der Atomfrage?

Die Nullösung wird vom Ökosozialisten und Landtagsabgeordneten Trittin vertreten, der gleichzeitig erklärter Koalitionsgegner ist. Er sieht auch nach Tschernobyl keinen Anlaß, von dieser Position abzugehen. Druck will er auf Schröder anläßlich der Verabschiedung des ersten Haushaltes 1987, zur Zeit der Bundestagswahlen ausüben. Trittin erhofft sich durch dieses Vorgehen einerseits den aktuellen Bündnisdruck nach der Wahl von den Grünen zu nehmen, andererseits anläßlich konkreter Haushaltsberatungen eine grüne Verweigerung glaubhafter vermitteln zu können.

Das grüne Dilemma dürfte damit aber kaum zu umgehen sein, da bei Haushaltsberatungen der Druck, einem Schröder-Haushalt zuzustimmen oder Albrecht wieder in den Sattel zu verhelfen kaum geringer werden dürfte. Gegner der Nullösung verweisen darauf, daß der Antiatomdruck unter dem aktuellen Eindruck von Tschernobyl viel eher zu entwickeln ist, als möglicherweise in einem halben Jahr. Dafür spricht, daß momentan in Niedersachsen auf Bürgerintiativ- und Bürgerkomiteeversammlungen die Forderung nach ernsthafter sofortiger Stillegung große Zustimmung erhält. Vor diesem Hintergrund hat der Stader grüne Abgeordnete Schörshusen ein Vierschrittekonzept vorgelegt, das eine Zuspitzung auf die Stillegung vorsieht, damit aber auch die bereits vor einem halben Jahr verabschiedete Wahlaussage, Albrecht auf jeden Fall abzuwählen, über den Haufen werfen könnte. Schörshusen will Schröder Bündnisverhandlungen anbieten. Seine Wahl zum Ministerpräsidenten soll nur erfolgen, wenn in der Atomfrage ein wirklicher Ausstieg erfolgt. Da die Einschätzung besteht, die SPD gehe darauf nicht ein, würde Albrecht mit einem Minderheitenkabinett weiterregieren können. Dem wollen die Grünen dann mit einer „Dauerkampagne" in der Atomfrage begegnen: ein offensives Bündnisangebot für den Ausstieg, auf dieser Basis die Bereitschaft für einen gemeinsamen Haushalt 1987 mit der SPD und Sturz Albrechts über ein Mißtrauensvotum.

Auch diese Option hat die gleichen Tücken, wie oben beschrieben. Ihr größtes Hindernis dürfte die Unentschiedenheit in der grünen Partei selber sein, wieweit man die eigene Oppositionsrolle auch zu nutzen versteht, in einer Frage aktueller politischer Auseinandersetzung Druck zu machen und nicht nur Mehrheitsbeschaffer für sozialdemokratischen Umstieg zu sein. Wollte man die politische Opposition, dann sind die Bedingungen allerdings aktuell die günstigsten.

Dieser Strauß wird allerdings erst nach der Wahl ausgefochten. Bis dahin darf man sich auf Albrechts Niederlage freuen. Und danach sieht man sich ja vielleicht in Grohnde wieder?!

hr.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.700
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Pfingsten in Wackersdorf

Lieber Chaot als tot

Wackersdorf wird immer mehr zum Symbol für den entschlossenen Widerstand gegen das bundesdeutsche Atomprogramm. Die Fronten sind klar, politische Differenzen und die oft leidigen Auseinandersetzungen um die Gewaltfrage sind in den Hintergrund getreten. Ob Autonomer oder „Spaziergänger", die Wut ist allgemein und der Widerstand wird von allen getragen.

Wackersdorf ist zugleich der Ort, an dem ein Wahnsinnsprojekt mit aller Gewalt durchgesetzt werden soll. 4.000 Menschen wurden am Baugelände bisher verletzt, etliche davon so schwer, daß mit Langzeitschäden zu rechnen ist. Es muß sogar damit gerechnet werden, daß in naher Zukunft scharf geschossen wird.

Bereits am 25. 3.86 hatte der Oberpfälzer Polizeichef Fricker verkündet, daß sich auch unter den Oberpfälzern Chaoten befänden. Damit war die Richtung der Polizeitaktik abgesteckt: hartes Vorgehen gegen alle, die sich in der Nähe des Bauzauns aufhalten. Am 31.3.86 wurde zum ersten Mal CS-Gas gegen Tausende von Ostermarschierern eingesetzt.

Inzwischen wird jeden Sonntag beim „Sonntagsspaziergang" am Bauzaun CS- und CN-Gas mit Wasserwerfern verspritzt, ohne daß dies in der Presse überhaupt noch erwähnt wird.

Nachdem auch dies die Oberpfälzer nicht davon abhalten konnte, weiterhin zum Bauzaun zu gehen, wurde die nächste Stufe der Eskalation eingeleitet:Auf mehreren Veranstaltungen der Jungen Union Nürnberg zum Polizeieinsatz beim Ostermarsch erklärte Günther Beckstein (CSU-Vorsitzender des Sicherheitsausschusses im Bayerischen Landtag), man hätte noch härter gegen die Demonstranten vorgehen, z.B. Reizgas von Hubschraubern aus abwerfen können. Dies sei jedoch taktisch unklug, da es Assoziationen an den Napalmeinsatz in Vietnam wecken könne (taz, 22.5.86). Solche Bedenken sind jedoch zwischenzeitlich hinfällig geworden.

Rechtzeitig vor Pfingsten gab das Polizeipräsidium Regensburg bekannt, an einem Hubschrauber und einem Wasserwerfer seien — und zwar schon am 4.5. — Einschußlöcher eines Kleinkalibergewehres gefunden worden (NN, 20.5.86). Dies sollte die rechte Stimmung für das Pfingstwochenende erzeugen. Nach Informationen der Zeitung RadiAktiv wurde inzwischen selbst in Polizeikreisen zugegeben, daß diese Meldung falsch war und nur der Stimmungsmache diente.

Eskalation

Der Auftakt der Pfingstaktion war am Samstag, 17.5. eine Demonstration in Erlangen gegen KWU und Siemens, zu der hauptsächlich Autonome aufgerufen hatten. Gegen die 5.000 Demon-

Samstag, 17.5. eine Demonstration in Erlangen gegen KWU und Siemens, zu der hauptsächlich Autonome aufgerufen hatten. Gegen die 5.000 Demon-

stranten wurden 1.000 Polizisten aufgeboten. Am Nachmittag wurden auf der Strecke Erlangen-Schwandorf Kontrollen durchgeführt. Eine Gruppe von 35 Motorradfahrern wurde mit vorgehaltenen Schußwaffen zum Anhalten gezwungen. (FR, 22.5.86). Bereits am Morgen des Pfingstsonntag gab es vereinzelte Aktionen auf der einen Seite, Gaseinsatz auf der anderen Seite. Gegen 14 Uhr befanden sich ca. 20.000 Menschen am Bauzaun.

Im Gegensatz zu sonstigen Sonntagsspaziergängen gab es zum ersten Mal etliche Ausfälle von mehreren Gruppen zu je 50 bis 100 Polizisten, die außerhalb des Bauzauns standen und plötzlich im Laufschritt mit gezückten Knüppeln auf die Menschen zurannten. Sie wurden durch Steinhagel gestoppt und mußten schließlich den Rückzug antreten. Auf einer Länge von zweieinhalb Kilometern wurde am Bauzaun gesägt und gearbeitet. Innen waren 16 Wasserwerfer im Einsatz, die über mehrere Stunden hinweg nahezu ununterbrochen mit CS- und CN-Gas vermischtes Wasser verspritzten. Hunderte von Gasgranaten wurden allein am Sonntag in die Menge geschossen. Dabei wurden mindestens fünf verschiedene sog. Reizstoffwurfkörper verwendet, darunter der „tanzende Derrwisch", eine Gasgranate, die nach dem Aufprall nicht liegen bleibt, sondern herumspringt und deshalb unberechenbar ist. Die Polizei hatte fast ihre gesamten CN-/CS-Gasbestände verschossen; mit Hubschraubern wurden über Nacht neue Stammlösung und Granaten eingeflogen (RadiAktiv, Nr. 8)

Im Laufe der Nacht wurden 40 weitere Wasserwerfer aus Hessen (rotgrüne Grüße aus Hessen), Hamburg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen (auch Rau läßt sich nicht lumpen), Niedersachsen und Baden-Würt49-lerg, sowie mehrere Hundertsschaften Polizei angefordert. Der Berliner Wasserwerfer blieb unterwegs hängen. „Die DDR-Behörden verweigerten einem Wasserwerfer des Typs WaWe 9 die Weiterfahrt ohne Angaben von Gründen." (Spiegel, 22/86). Danke, Honi!

Noch in der Nacht wurde die weitere Eskalation propagandistisch vorbereitet: Am späten Sonntagabend brachte Bayern 3 in den Nachrichten die Meldung, es werde ein Mann gesucht, der mit einer Schußwaffe auf einen Polizisten gezielt habe. Auch die Frankfurter Rundschau meldete: „Ein Mann wurde festgenommen, der mit Luftdruckpistole auf einen Polizisten geschossen haben soll." (FR, 21.5.86)

In der Nacht von Montag auf Dienstag wurde tatsächlich ein Mann festgenommen. Seiner Vermieterin wurde erklärt, er habe von einem Motorrad aus mit einem Gewehr oder einer Pistole auf einen Polizisten geschossen. Als sich dann herausstellte, daß dieser Mann weder einen Führerschein Klasse1, noch ein Motorrad und schon gar keine Waffe besitzt, wurde er wegen „Steinewerfens" angezeigt (RadiAktiv Nr. 8). Es handelt sich also um eine weitere gezielte Falschmeldung. In der Nacht vom Sonntag auf Montag gab es weiter massive Gasangriffe, als mehrere hundert Demonstranten mit einem Bagger gegen den Bauzaun vorgingen.

Am Vormittag des Pfingstmontag, 19.5., gab es vereinzelte Gasangriffe. Gegen 14 Uhr wurde durch massivsten Gaseinsatz die nähere Umgebung des Zauns vollständig eingenebelt. Die meisten Menschen zogen sich auf den naheliegenden Rotkreuzplatz zurück.

Ca. 500 m vom Bauzaun entfernt hatten BIs einen fahrbaren Biergarten mit Bratwurstständen aufgebaut. Dort standen völlig unmotiviert und provokativ vier Wannen herum. Später wurde behauptet, sie seien zur Verkehrsregelung dort abgestellt gewesen (SZ, 22.5.86). Als die Menschenmenge vom Zaun weggetrieben wurde und sich nach unten zurückziehen mußte, wurde eine der Wannen umgeworfen.

Schießbefehl

Schießbefehl

Am Wald sammelten sich rund fünfzig schwarzvermummte Bürger und näherten sich auf fünfzig bis siebzig Meter einem Trupp Polizisten. Die herumstehenden Leute empfahlen den Polizisten: „Hauts ab, hauts ab!" Die stellten sich jedoch in Helm und Schild in Formation auf. Als sie mit Steinen beworfen wurden, flüchteten sie zu ihren Fahrzeugen. Zwei PKWs und zwei Wannen düsten ab. Die verbleibenden Polizisten drängten sich in eine dritte Wanne, fuhren aber nicht ab. Stattdessen stoppten die anderen Fahrzeuge, die Besatzungen sprangen heraus und rannten zu der dritten Wanne zurück, deren Besatzung schon ausgestiegen und in Stellung gegangen war. Als einer der letzten kam der vermutliche Gruppenleiter der Polizisten und schrie: „Jetzt schießts doch endlich, jetzt schießts doch endlich!" Konkrete Aktionen der Polizisten konnten nicht beobachtet werden (Nach einem Augenzeugenbericht in RadiAktiv Nr. 8).

Gasangriff

Nach ungefähr einer halben Stunde — die Lage hatte sich inzwischen wieder beruhigt, weiter oben wurde eine Barrikade gebaut — taucht unvermittelt ein BGS-Hubschrauber auf und warf CS-Gasgranaten auf die Leute an der Barrikade ab. Kurze Zeit später tauchte er wieder auf und warf über dem ganzen Platz CS-Gas ab, dabei wurden Tausende eingenebelt, die Militanten und die Spaziergänger, ebenso wie die noch anwesenden Polizisten und Bratwurstverkäufer. Auf dem Platz entstand zunächst Panik, dann machten sich Wut und Haß breit, die umgestürzte Wanne sowie ein weiteres Einsatzfahrzeug wurde angezündet. Der Hubschrauber

Fortsetzung nächste Seite

Fallobst: Zurück auf den Baum — oder Vorwärts zum Sozialismus

„Die Bevölkerer der Erde, allen voran Albert Einstein, Enrico Fermi, Otto Hahn, Bequerell, Pierre und Marie Curie, haben sich das Wissen um die gigantischen Kräfte der Kernenergie erobert. Seitdem ist ihre weitere Erforschung und Anwendung unaufhaltsam. Es gibt keinen Ausstieg aus der Atomenergie — so wie es auch keinen Ausstieg aus der industriellen Produktion gibt, trotz der schlimmsten Arbeitsunfälle. 1 kg Uranspaltung ergibt die Energie von 2500 Tonnen Verbrennung bester Kohle."

Originalton der KWU? — Nein. Zimmermann? Auch falsch! Der Arbeiterbund für die Wiederaufbereitung ...? Richtig!



Ganz Bayern ist besetzt. Nein, nicht ganz Bayern. In einer kleinen Region der Oberpfalz — dem Wackerland — kämpfen listig und zäh die Einheimischen mit dankbar angenommener Unterstützung Auswärtiger gegen schier übermächtige Gegner. Manchmal scheinen die Herren Bayerns wie Siemens, KWU, CSU etc. angesichts ihrer vieltausendköpfigen und hochgerüsteten Legionen unbezwinglich, aber dann wieder gelingt auch den WAA-Gegnern Erstaunliches.

Die Platzbesetzungen um die Jahreswende, Bürgerfeste mit mehr als 10.000 Teilnehmern, kontinuierliche Sonntagsspaziergänge und 80.000 Ostermarschierer, die trotz einer breitangelegten Hetzkampagne gekommen und gegen den ausdrücklichen Willen der SPD auch zum Bauzaun gegangen waren, all dies dokumentiert die wachsende Ablehnung der Plutoniumfabrik in der Oberpfalz deutlich. Die zunehmende Brutalität der Polizeieinsätze, vor allem der CS-Gas-Einsatz zu Ostern, erzeugten breiten Unmut in der Bevölkerung. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl — die Oberpfalz gehört zu den am mei-

ten breiten Unmut in der Bevölkerung. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl — die Oberpfalz gehört zu den am mei-

sten kontaminierten Gebieten in der BRD — schwollen die sonntäglichen Spaziergänge zum Baugelände auf mehrere tausend Teilnehmer an. Die Sonntagsspaziergänger rüsten sich mittlerweile mit Wasser zum Augenspülen, Mundtüchern und teilweise auch mit Gasschutzbrillen aus, weil seit Ostern nahezu jeden Sonntag CS-Gas verspritzt wurde.

Pfingsten war im (Widerstands-)Plan Außergewöhnliches eigentlich nicht vorgesehen. Dezentrale Veranstaltungen, ein Anti-WAA-Camp (so 500 Teilnehmer wurden erwartet) und der sonntäglich stattfindende Spaziergang standen an. Es kamen jedoch 4000 Leute allein ins Camp. Gemeinsam mit 15.000 - 20.000 Sonntagsspaziergängern aus der Region, die ohne besondere Aufrufe gekommen waren, bevölkerte man das Gelände in der Nähe des Bauzauns. Die militanten WAA-Gegner sollten mit 16 Wasserwerfen, tausenden von Gasgranaten und etlichen Ausfällen der Polizeihundertschaften vom Zaun ferngehalten werden. In wiederholten Lautsprecherdurchsagen forderten die Polizei die „friedlichen Demonstranten" auf, sich „räumlich von Chaoten und Störern zu distanzieren". Schallendes Gelächter bleibt die einzige Antwort der Spaziergänger.

Aufgrund tagtäglicher Polizeiübergriffe ist die Wut der Einheimischen stark gewachsen. Die sonntäglichen Wasserwerfereinsätze, die schikanösen Personenkontrollen und die Allgegenwart des Staatsapparats auf der einen Seite und die unverschämte Diffamierung der Anti-WAA-Bewegung und der Tschernobyl-Effekt auf der anderen, haben zu einer Verbreiterung und gleichzeitigen Radikalisierung des Protests beigetragen. Die etwa 50 händchenhaltenden Gewaltfreien werden in Wackersdorf nur als kuriose Randerscheinung empfunden.

Bauern, die militanten Atom-Gegnern das Taschenmesser zum Steineausbuddeln leihen, Omas die den „mutigen jungen Leuten" eine Plastiktüte voller Steine übergeben, weil vorne am Zaun, da gibt's ja keine mehr, oder der Familienvater der auf den nächsten Autonomen mit roten Augen zugeht um ihm diese mit dem mitgebrachten Wasser (ja, Erfahrungen muß der Mensch haben!) auszuspülen, all dies kennzeichnet die Stimmung in der Region. Auch die Tausende, die in Sonntagskleidern und mit Familie einfach nur da sind, in der Nähe der Zauns, die herumgehen, sich zurückziehen wenn der Wasserwerfer wieder kommt, die wieder vorgehen, die bleiben, auch wenn die Augen tränen, die so direkt nichts tun, aber Beifall klatschen, als es den Beherztesten einige Male gelingt die Hunderschaften außerhalb des Zauns mit einem Steinehagel wieder zurückzudrängen, diese „Kulisse für die Chaoten" wie Hillermeier sie bezeichne-

ge Male gelingt die Hunderschaften außerhalb des Zauns mit einem Steinehagel wieder zurückzudrängen, diese „Kulisse für die Chaoten" wie Hillermeier sie bezeichne-

te, trage einen wichtigen Anteil zur Stimmung am Bauzaun bei. Vermummte können sich unter ihrem Schutz wie selbstverständlich bewegen und daß am Bauzaun Steine gegen die Kriegsgas spritzenden Wasserwerfer fliegen, ist irgendwie klar.

Abwechselnd zogen sich Gruppen Militanter vom Zaun zurück, um sich weinge hundert Meter entfernt an Biertischen fränkische Bratwürste und Bier zu genehmigen. Seit an Seit mit den Bürgern. Und der Gewinn ist für die BI-Kasse. Nach dieser Erholung in der „Etappe" gings wieder an den Zaun.

Pfingstmontag: Wieder sind etwa 20.000 da. Der Abwurf von CS-Gas aus BGS-Hubschraubern gilt genau diesem „Sympathisantensumpf". Aber gerade diese Aktion hat den Graben zwischen den Oberpfälzern und der Staatsgewalt noch weiter vertieft. Wut und Haß auf die Polizei, die die Arroganz der Mächtigen knüppelschwingend verkörpert, sind noch weiter gewachsen.

Die BI Schwandorf hat sich entgegen anderslautenden Meldungen nicht von den Pfingstaktionen am Bauzaun distanziert. Im Gegenteil, sie verurteilte die Polizeieinsätze und lehnt es ab, wie von dieser gefordert, an der Isolierung der „Gewalttäter" mitzuwirken. Trotz einer breiten Diffamierungskampagne gegen „die Chaoten, Störer und Gewalttäter, die dem berechtigten Anliegen der Bürger nur Schaden zufügen" geht der Widstand der Oberpfälzer weiter.

Al., KB Nürnberg

Fortsetzung von vorheriger Seite

tauchte immer wieder auf und warf weitere CS- und CN-Gasgranaten auf die Menschenmenge, dann flog er zum Verbandsplatz des bayerischen Roten Kreuzes und warf dort CS-Gasgranaten ab. Um 16.58 Uhr traf eine Gasgranate auf das Dach eines Rettungswagens (RadiAktiv Nr. 8)

Am Pfingstwochenende waren in Wackersdorf 2.000 Polizisten im Einsatz, es wurden mehrere zehntausend Liter Stammlösung Reizgas für die Beimischung in Wasserwerfern verbraucht und tausende von Gasgranaten abgeschossen.

4000 Verletzte

Die Zahl der leichtverletzten Demonstranten des Pfingstwochenendes wird nach Informationen des Infobüros Freies Wackerland auf etwa 4000 geschätzt. Leichtverletzt heißt mehr oder weniger starke Beschwerden durch das CS-Gas, Verbrennungen (CS-Gas), leichtere Prellungen, Rißwunden etc. Außerdem wurden mindestens 38 Menschen (darunter mehrere Kinder) schwerer verletzt: Verdacht auf Schädelbruch, Schädelplatzwunden, Gehirnerschütterungen, schwere, teilweise offene Prellungen sowie ein Kreuzbandriß durch Knüppleeinsatz, Erstickungsanfälle und Netzhautablösungen durch CS-Gas.

Inzwischen sind auch weitere Spätfolgen von CS-Gas bekannt geworden: Allergieentwicklungen, Bronchienentzündungen, wiederkehrende Reizhustenanfälle, Hautausschläge, Angstanfälle, Depressionen und Schwächeanfälle. (RadiAktiv, Nr. 8)

Nach Pfingsten ist die Polizeibelagerung im Landkreis Schwandorf noch verstärkt worden. Ununterbrochen werden Personen- und Fahrzeugkontrollen durchgeführt. Beispielsweise wurde ein Bauer mit seinem Traktor auf einer Strecke von zwei Kilometern insgesamt acht Mal kontrolliert. (NN, 24.5.86) Auch Angriffe von Zivis auf Einzelne und kleine Gruppen häufen sich. Nach Festnahmen werden Leute in Polizeifahrzeugen und auf der Wache mißhandelt. (RadiAktiv, Nr. 8) Am Sonntag nach Pfingsten waren die Zufahrtswege zum Baugelände abgesperrt, der BGS hatte Radpanzer aufgefahren, innerhalb des Zauns waren mehrere Hunderschaften versammelt. Die Gruppen von 50 bis 100 Polizisten, die sich außerhalb des Bauzauns befanden hatten eine Spezialausrüstung: Jeder einzelne Polizist trug drei CS-Gasgranaten bei sich.

Durch das Versammlungs- und Veranstaltungsverbot im Umkreis des Baugeländes ist mitten in Bayern ein 300 km² großes Gebiet entstanden, in dem faktisch der Ausnahmezustand herrscht.

Polizeitaktik

Der Schießbefehl vom Pfingsmontag ist wohl kaum die isolierte Aktion eines durchgedrehten Gruppenleiters: Am 21.5. erklärte der Leiter der Polizeiabteilung des bayerischen Inneministeriums, Schweinoch, die Umzingelung der Polizisten sei eine lebensgefährliche Situation gewesen, „ die Polizisten hätten zurecht von der Schußwaffe Gebrauch machen können." (FR, 22.5.86) Zur Bekräftigung dieser Behauptung wurde für die Identifizierung derjenigen, die die Polizisten umzingelten und die die Polizeifahrzeuge in Brand steckten eine Belohnung von 10.000 DM ausgesetzt.

Auch der Einsatzleiter am Baugelände, Hartmann, sagte gegenüber BI-Vertretern, wenn sich die Menge nach dem Gasabwurf nicht zerstreut hätte, hätte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. (taz, 27.5.86)

Die Absicht ist klar: mit solchen Äußerungen, ebenso wie mit Falschmeldungen über Schüsse auf Hubschrauber, Wasserwerfer oder gar auf Polizisten wird die Lebensgefahr der Polizisten herbeigeredet, um den Einsatz neuer Waffen bis hin zum Schußwaffengebrauch zu rechtfertigen.

Nachdem sich bislang keine Spaltung zwischen Militanten und Spaziergängern abzeichnet, wird versucht, durch hartes Vorgehen, *alle* so zu terrorisieren, bis zumindest ein großer Teil den Widerstand aufgibt. Demgemäß spricht die Einsatzleitung der Polizei mittlerweile nicht mehr von einem „Umfeld der Militanten" sondern von einem „militanten Umfeld". (Informationsbüro freies Wackerland, Pressemitteilung, 26.5.86)

Nach den Auseinandersetzungen in Wackersdorf war zu erwarten, daß CDU und Anhang alle Register ihres Könnens ziehen würden, um ihr Verständnis der „Liberalitas Bavariae" zu verdeutlichen. Tatsächlich wurde in den folgenden Tagen ein ganzes Bündel von Maßnahmen und Forderungen auf den Tisch gelegt:

— Ausdehnung des Sicherheitsgürtels um die geplante WAA durch Rodung des Waldes und Ausheben von breiten Gräben.
— Einrichtung einer „Bannmeile" im Umkreis von 10 km um das WAA-Gelände, innerhalb dessen Zeltlager und sonstige genehmigungspflichtige Veranstaltungen nicht stattfinden dürfen. Dies kommt einem faktischen „Demonstrationsverbot für ein Gebiet von 300 Quadratkilometern" gleich. (taz, 27.5.)
— Verstärkter Einsatz von Polizeipsychologen und -pädagogen für die „Betreuung' friedlicher Demonstranten.
— Aufstellung und Ausbildung von mindestens zwei neuen Hunderschaften.
— Einsatz der GSG 9 und der MEKs der Länder, so der Wunsch des FDP Staatsministers Möllemann.

Sollte es nach dem Willen der bayerischen Regierung und der CSU gehen, so werden bei zukünftigen Demonstrationen Vermummung und „passive Bewaffnung", also z.B. das Tragen von Lederjacken und Motorradhelmen, nicht mehr als Ordnungswidrigkeit geahndet, sondern es stellt einen Straftatbestand dar. Außerdem verlangte das bayerische Kabinett die Wiedereinführung des Landfriedensbruchparagraphen, wie er bis Anfang der 70er Jahre bestand. Das bedeutet, die bloße Anwesenheit bei militanten Auseinandersetzungen stellt einen Bruch des Friedens mit diesem Land dar.

Neue Distanzwaffen stehen auf der Wunschliste des bayerischen Kabinetts ganz vorn. Bei ihnen handelt es sich um ein „polizeitypisches Einsatzmittel unterhalb der Schwelle des Schußwaffengebrauchs unter besonderer Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit". Mit diesen Waffen sollen Demonstranten bis zu 60 Metern auf Distanz gehalten werden. Ähnliche Waffen werden vom südafrikanischen Rassistenregime gegen die schwarze Bevölkerung eingesetzt. Aus der Nähe können diese Waffen (Prototypen sind bereits entwickelt) zu schwersten Verletzungen führen und u.U. tödlich sein, stellte der SPD-Landtagsabgeordnete Gantzer fest.

Ein Sieg?

Zweifellos ist es ermutigend, wie sich der Widerstand in Wackersdorf entwickelt. Die hohe Aktzeptanz gegenüber militanten Aktionen, das oft verblüffende und unkomplizierte Zusammenwirken von sonntäglich gekleideten Anwohnern und Autonomen in Kampfmontur und die Unbeirrbarkeit vieler oberpfälzer Bürger sind ein guter Ausgangspunkt für weitere Widerstandsaktionen.

Daraus und aus der Tatsache, daß es ab und zu gelungen ist, die Bullen in Bedrängnis zu bringen, den Schluß zu ziehen, Pfingsten habe eine Sieg gebracht, wäre aber eine Überschätzung der eigenen Kraft. Es stimmt eben nicht, daß es, wie ein „Chaot aus der Region" in einem Flugblatt formuliert, Pfingsten gelungen sei, „die Bullen in direkter Konfrontation zu schlagen." Denn, nüchtern betrachtet, war die Staatsgewalt auf der militärischen Ebene dem Widerstand weit überlegen. Und dies wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Damit ist nicht gesagt, daß militanter Widerstand sinnlos ist. Im Gegenteil. Nur: Selbstüberschätzung hilft nicht weiter.

Betrachtet man die bisher in Wackersdorf praktizierten Widerstandsformen, so fällt auf, daß diese vorwiegend noch individueller Natur sind. Noch ist es nicht gelungen, Widerstandsformen zu finden, die eine größere Zahl von WAA-Gegnern aktiv in konkrete Aktionen einbeziehen und gleichzeitig wirkungsvoll sind. In diesem Zusammenhang wäre es von großem Nutzen, sich die positiven Erfahrungen aus der Grohnde-Demonstration zunutze zu machen.

KB Nürnberg

Testfeld Wackersdorf:
Der Karl, der läßt den Derwisch tanzen

Es klingt wie aus einem Handbuch zur Guerillabekämpfung: Wie „Fische im Wasser" seien die „Chaoten in der Menschenmenge geschwommen", deshalb hätten die Hubschrauber großflächig CS-Kampfstoffbehälter über der Demonstration abwerfen müssen. So begründet ein Polizeioffizier den Amoklauf seiner Einheiten am Pfingstwochenende. Und sein Chef, Innenminister Karl Hillermeier, trommelt, aus seiner Sicht habe „schon lange kein friedlich gestimmter Atomkraftgegner mehr etwas im Taxölderner Forst zu suchen." Sein Rezept: erneute Verschärfung des Demonstrationsrechtes und vor allem neue Waffen. Vor Ort in der Oberpfalz sind seine Absichten schon Wirklichkeit: Sieben Wochen nach der unangekündigten CS-Premiere zu Ostern kamen über die Pfingsttage CS-Trägerwaffen zum Einsatz, die bislang unbekannt waren in der BRD.



Foto: Marily Stroux

Ein komisches Ding hüpfte da über den Boden: klein, rund, schwarz und übelriechend — zum kotzen, also eindeutig CS. Das hatte der demonstrationserfahrene Zugereiste noch nicht gesehen. Seine gedankenschnelle Reaktion: ausbrennen lassen, einwickeln, einstecken. Wenig später der nächste Hüpfer. Diesmal ein Metallzylinder, der vor seinen Augen in drei Teile auseinanderfällt.

Der nähere Blick gab Gewißheit: „WARNING: MAY CAUSE SEVERE INJURY — GIVE MEDICAL AID TO PERSONS SERIOUSLY AFFECTED!" — Deutlich weist die Schrift auf der metallenen Hülse der us-amerikanischen Federal Labarotories Inc. auf die Gefahren hin: „Achtung: Kann ernste Verletzungen verursachen — stark Betroffene benötigen medizinische Versorgung!". Der Metallkörper trägt einen Zündbügel am Kopf, aus mehreren Düsen strömt der CS-Kampfstoff. Besonderer Clou: Beim Aufprall am Boden soll die zylindrische Metallhülse (Durchmesser 65 mm) in drei Einzelkörper zerfallen, von denen jeder sich stark erhitzt. Fünf an den Böden befindliche Düsen lassen die scharfkantigen Subkörper dann wild durch das Gelände kreiseln. Ein Festhalten und Zurückwerfen, wie bei den bisher gebräuchlichen styroporummantelten Kampfstollbehältern möglich, wird dadurch erschwert.

Ein reizender Gummiball

Froschähnliche Bewegungen vollführt auch der zweite aufgefundene CS-Körper, der über Pfingsten erstmalig in der BRD zum Einsatz kam. „Frog" — Frosch nennen amerikanische Polizeitechniker die Gummikugel „519 CS" der Federal Labarotories Inc. Ebenfalls mit einem Zündbügel wie bei herkömmlichen scharfen Handgranaten versehen, erfährt die faustgroße brisante Kugel bei jedem Aufprall einen willkürlichen Rückstoß und zischt ab wie ein Squash-Ball mit Eigenantrieb. Deutsche Polizeitechniker nennen den reizenden Gummiball mit den drei Düsen am Äquator deshalb auch scherzhaft „tanzender Derwisch".

Meditativ ist die Wirkung nicht gerade: Allein die metallischen Zünder und die scharfen, stark erhitzten Kanten der „Triple Chasers Granade" (Drillingsjagdgranate) bergen die Gefahr schwerer mechanischer Verletzungen. Zumal die unberechenbaren Bewegungen ein Ausweichen zum Glücksspiel machen. Außerdem fehlt die herkömmliche schützende Styroporummantelung, und die Einsatzkräfte haben praktisch keine Erfahrung mit dem Einsatz der brisanten Knallfrösche.

Eine Woche nach dem Vorfall folgte prompt ein heftiges Dementi aus dem bayerischen Innenministerium. Dort ist angeblich nichts über die Anwendung dieser neuartigen CS-Trägerwaffen bekannt. So bleibt vorerst ungeklärt, auf wessen Verantwortung der Einsatz erfolgte.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich vor Jahren an der Frankfurter Startbahn-West: Dort hatte eine Einsatzgruppe mehrere Blend-Schock-Granaten in die Menschenmenge geschleudert. Trotz mehrerer Zeugenaussagen wagte das Polizeipräsidium ein Dementi und mußte es zurückziehen, als von Demonstranten ein Beweisstück vorgelegt werden konnte. Das ausgebrannte Exemplar war der Aufmerksamkeit eines eigens zu nächtlicher Stunde ausgeschickten Säuberungstrupps der Polizei entgangen.

Hillermeier fordert „Wirkwurfkörper"

Wenige Tage nach dem Feldversuch am WAA-Bauzaun sattelte Innenminister Karl Hillermeier drauf: Jetzt müßten sofort neue Distanzwaffen her. Sein Wunsch: „Wirkwurfkörper" der Firma Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Seit bald zwei Jahren sitzen MBB-Ingenieure an einem Auftrag der Innenministerkonferenz vom Juni 1984. Diese beschloß damals, neue Distanzwaffen „unterhalb der Schwelle des Schießwaffengebrauchs unter besonderer Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit" entwickeln zu lassen. Die physikalische Grundlage hatte zuvor das Frankfurter Batelle Institut geliefert, eine maßgeblich mit Geldern des Verteidigungsministeriums finanzierte Forschungseinrichtung. Ein Problem machte den Wissenschaftlern zu schaffen: Die Gesetze der Mechanik lassen es nicht zu, daß ein Geschoß über die geforderte Distanz von 60 Metern gleichbleibend „umwerfende" Wirkung zeigt, ohne daß ernsthafte Verletzungen auftreten. Denn die Geschwindigkeit, und damit auch die Wucht beim Auftreffen, nimmt mit der Entfernung ab. Die MBB-Forscher kamen deshalb zu dem Ergebnis, das Geschoß mit einem raketenähnlichen Eigenantrieb zu versehen. Doch diese Lösung geriet zum Flop: Wenn in zehn Metern Entfernung jemand getroffen wird, brennt die für 60 Meter berechnete Treibladung weiter und setzt den Getroffenen in Brand.

Vier verschiedene „Wirkkörper" sollte MBB der Innenministerkonferenz vorlegen, und einen Wirkwurfkörper. Einzig das 70 mm Durchmesser zählende Abschußgerät, von polizeikritischen Zynikern auch „Zimmermannorgel" genannt, ein panzerfaustähnliches Metallrohr, konnte in dem Test überzeugen. Die Wirkwurfkörper hingegen gerieten zum Mißerfolg. „Die physikalischen Gesetze lassen sich nun mal nicht per Innenministerbeschluß überlisten", spottet Wolfgang Dicke, Pressesprecher der Gewerkschaft der Polizei und Waffenexperte seiner Organisation.

„Hohes Verletzungsrisiko"

Ein internes Papier der Polizeiführungsakademie (PFA) nennt die Gründe:

— Der „Wuchtwirkkörper (WK1)" erreicht mit Eigenantrieb eine Einsatzreichweite von 60 Metern. Allerdings gibt der Diplom-Physiker Prof. Dr. med. K. Sellier vom Institut für Rechtsmedizin Bonn in einem begleitenden Gutachten für die PFA ein „hohes Verletzungsrisiko" für die biochemische Wirkung des WK1 an. Selbst bei einer reduzierten Mündungsgeschwindigkeit von 50 m/s seien noch „Schädelbrüche, Bewußtlosigkeit, Lungenblutungen und Rippenbrüche zu erwarten". So kommt das Polizeipapier zu dem Ergebnis, „die ursprüngliche Idee eines umwerfenden Wuchtkörpers mit nur geringer Schmerzwirkung — wie beim Boxhieb — kann allerdings nicht verwirklicht werden." Deshalb und wegen unsicherer ballistischer und Treffeigenschaften seien „noch weitere Überlegungen erforderlich".

— Die „Gummischrotwirkkörper (WK2)", eine Anzahl verpackter Wartgummikugeln, verteilen sich nach dem Abschuß und können „vor allem das Auge erheblich und bleibend" schädigen. Auf 60 m Entfernung ergibt sich zudem eine unberechenbare Verteilungsfläche der Treffer.

— Der Wirkkörper 3 steckt noch in der Entwicklungsphase: Es handelt sich hierbei um ein mit „Schaumstoff umkleidetes Alu-Rohr", das in der Luft 16 Kampfstoffsubkörper ausstoßen soll, die dann auf die Menschenmenge herabhageln.

— Für den vierten Wirkkörper ging der Auftrag an die Waffenschmiede Heckler&Koch im baden-württembergischen Oberdorf. Ein Hartgummizylinder, so das seit längerem vorliegende Zwischenergebnis, sollte sich in der Luft zu einem ca. 20 cm Spannweite messenden vierzackigen Stern entfalten. Schon die ersten Testreihen zeigten, daß der Aufklappmechanismus häufig nicht funktionierte und das halbpfundschwere Geschoß als geschlossener Zylinder ins Ziel traf.

Fazit des internen Vermerks der Polizeikaderschmiede: Die „taktischen Forderungen", also in erster Linie die geforderte Reichweite von 60 Meter, sind „technisch lösbar." Aber nur um einen blutigen Preis: „Fest steht aber auch, daß in Einzelfällen schwerwiegende Verletzungen jedoch nicht auszuschließen sind."

„Ein Schuß in den Ofen"

Der 2,2 Millionen D-Mark teure Entwicklungsauftrag — lediglich das sozialdemokratisch regierte Hamburg hat sich an den Kosten nicht beteiligt — verspricht zum Fiasko zu werden. GdP-Waffenexperte Wolfgang Dicke bezeichnet jedenfalls die bisherigen Ergebnisse als „Schuß in den Ofen" und rechnet mit der Möglichkeit, daß die nächste Innenministerkonferenz im Herbst das gesamte Projekt mit „einem Begräbnis erster Klasse" zu Grabe trägt. Dann, so der sozialdemokratische Gewerkschafter, müßten seine Kollegen eben mit dem vorhandenen Arsenal auch weiterhin auskommen.

Schlimm genug. Und erst recht die Töne, mit denen der bayerische Innenminister die Öffentlichkeit auf eine härtere Gangart einstimmt: Einzelne seiner Beamten hätten zu Recht ihre Schußwaffen gebrauchen können, da sie sich an den Pfingsttagen in einer lebensbedrohlichen Situation befunden hätten. Wer sagt diesem Gewaltphantasten endlich mal deutlich, daß das WAA-Projekt bereits im Wendland am Widerstand der Bevölkerung gescheitert ist und daß auch sein niedersächsicher Kollege mit seinem militärischen Konzept eine Bauchlandung erlebte?!

hg, Hamburg, aus: „Radiaktiv" 8, Juni 1986

Die erste bundesweit koordinierte Anti-AKW-Aktion nach Tschernobyl findet mit zwei zeitgleichen Großaktionen am 7. Juni statt. In Wackersdorf und Brokdorf rufen Bürgerintiativen und politische Organisationen zur Mobilisierung für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen auf.

7. Juni: Großaktionen in Brokdorf und Wackersdorf



Brokdorf

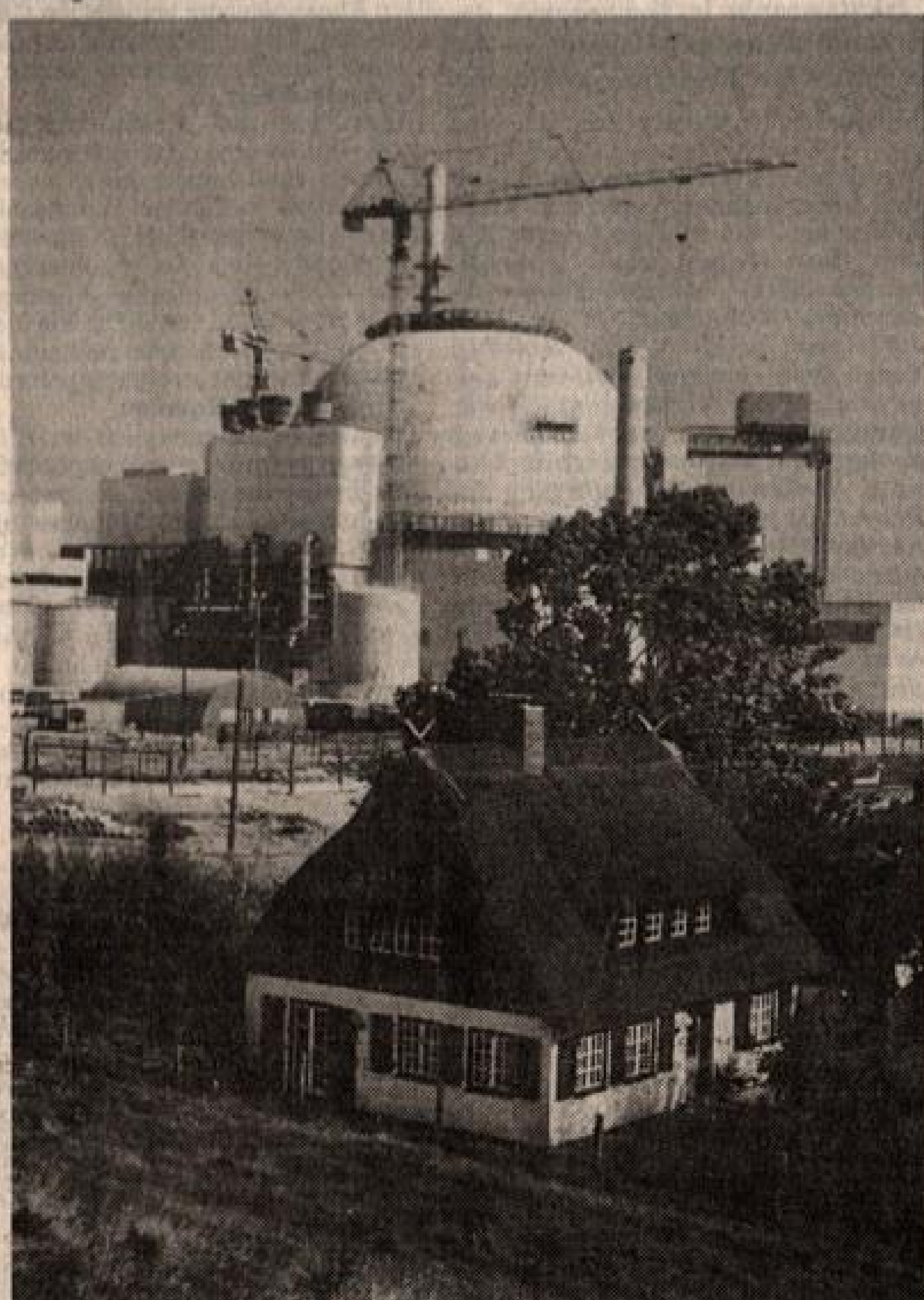
Anlaß für die Demonstration gegen das Probebetrieb laufende AKW in Brokdorf war die bevorstehende Betriebsgenehmigung am 13. Juni. Diese ist vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Barschel auf nicht näher bestimmte Zeit verschoben worden. Im Aufruf der mehr als 40 BIs und Organisationen wird dies als Reaktion auf den öffentlichen Druck seit Tschernobyl bewertet. Gleichzeitig weisen die Aufrufer darauf hin, daß die von Barschel angekündigte „Sicherheitsprüfung" nicht im entferntesten mit Stillegungsabsichten zu tun hat. „Prüfen statt Stillegen: Diese Taktik soll die neue Protestbewegung gegen die Atomenergie lähmen". Die Aufrufer sehen daher auch keinen Grund, von der Demo abzulassen.

Ihre eigenen Wege ging die SPD in Schleswig-Holstein. Sie rief für den 1. Juni in Wilster, 12 Kilometer vom AKW entfernt, zu einer „Volksversammlung" genannten Parteiveranstaltung „Stoppt Kernkraft jetzt - Borkdorf nicht ans Netz!" auf (u.a. mit den bots). Doch auch diese scheint der Mobilisierung für den 7. Juni keinen Abbruch zu tun.

Auch die Spaltung auf der Brokdorf-Aktionskonferenz am 24. Mai hat die steigende Bereitschaft nördlich der Mainlinie, nach Brokdorf zu fahren, kaum getrübt. Neben dem Aufruf der mehr als vierzig Unterzeichner aus BIs, den norddeutschen Grünen und linker Organisationen mobilisieren gesondert Gewerkschafter gegen Atom/AKL sowie in Hamburg die IG Druck, GEW, GHK, GGLF und die IGM Bergedorf, der Landesjugendring, die Jungsozialisten, die DKP sowie verschiedene autonome Gruppen (letzte auch im Süden der BRD). Vielfalt scheint diesesmal Trumpf. Buskonvois aus Hannover, Bremen, und Westberlin sind angekündigt. Aus Hamburg fahren mindestens zwei Buskonvois, zwei Sonderzüge nach Wilster, eine Fahrraddemo ab Elmshorn. Kirchliche AKW-Gegner organisieren christlichen Widerstand über den Verkauf einer kleinen Handeisensäge als Widerstandssymbol, Bootsfahrer organisieren eine Elbdemonstration, Kulturgruppen wollen mit den Trompeten von Jericho Reaktormauern zum Einstürzen bringen, Kinderinitiativen bereiten in Wilster ein großes Anti-AKW-Kinderfest vor, um den Eltern die Teilnahme an der Brokdorf-Demo zu ermöglichen. Gewaltfreie Aktionsgruppen wollen ab Donnerstag, 5.6. fünf vor zwölf mit Blockaden des Reaktorgeländes und möglicher Polizeibewegungen beginnen. Flugblätter mit der Kennzeichnung der Anti-AKW-Infrastruktur und der Aufforderung „Hau weg den Scheiß" kursieren. Für Buntheit ist gesorgt. Was am 7. Juni konkret läuft und wer den Reaktor aus der Nähe zu sehen bekommt, steht in den Sternen. Kundgebung und Demonstration direkt am Reaktorgelände sind angemeldet, von Auflagen ist bislang nichts bekannt. Die bürgerlichen Medien hüllen sich noch in Schweigen.

„Brokdorf ist ein Symbol für den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung", heißt es im Aufruf. Es scheint, daß hiervon die Hauptmobilisierung ausgeht.

(Informationen und Kontakt: **BUU, Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 20, Tel. 400 423**).



Brokdorf im August 1985



Wackersdorf Ostern 1986

Wackersdorf

Schwieriger stellt sich die Lage in Wackersdorf dar, besonders nach den Pfingstereignissen. Die Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-BIs hat für den 7.6. aufgerufen, die Falken, AKW-Gegner aus Österreich und der Schweiz haben sich angemeldet. Unter Berufung auf Pfingsten versuchen die bayerischen Behörden eine Behinderung der Demonstration. Die Kundgebung auf dem „Rot-Kreuz-Platz", 100 Meter vom Baugelände der WAA entfernt, wurde nicht genehmigt. Zunächst eine Sperrzone von 10 km, dann 5 km und nach jüngstem Stand modifiziert eine Begrenzung durch Straßen, bzw. Eisenbahn (was de facto auch auf eine Sperrzone von 5 km um das Gelände hinausläuft) wurden als verboten belegt. In der jüngsten Auflage wird als Begründung für dieses faktische Demoverbot die Furcht vor Ausschreitungen und die Sorge um ein Verkehrschaos genannt.

In einem Erlaß des Landratsamtes wird aufgrund polizeilicher Gutachten von möglichen Molotow-Cocktails und Waldbrandgefahr gesprochen. Der Kundgebungsort wurde verweigert „*wegen seiner emotionalisierenden Nähe zu dem umstrittenen Bauvorhaben sowie wegen der am Pfingsten stattgefundenen gewalttätigen Auseinandersetzung im unmittelbaren Bereich der gesamten Bauzaunanlagen*", so der Polizeiführungsstab. Die BIs wollen sich dagegen rechtlich wehren. Auf jeden Fall soll aber trotz Verbot am Baugelände demonstriert werden.

(Kontakt und Information: **Anti-WAA-Büro, Sandstraße 1, 8460 Schwandorf, Tel. 09431/1029**).

Anti-AKW-Termine

7. Juni: 13 Uhr, Gemeinsame Großaktionen in Brokdorf und Wackersdorf

Teile der Grünen und einige BIs auf die Forderung nach sofortiger Stillegung

Unter Berufung auf Pfingsten versuchen die bayerischen Behörden eine Behinderung der Demonstration. Die Kundgebung auf dem „Rot-Kreuz-Platz", 100 Meter vom Baugelände der WAA entfernt, wurde nicht geneh-

Furcht vor Ausschreitungen und die Sorge um ein Verkehrschaos genannt. In einem Erlaß des Landratsamtes wird aufgrund polizeilicher Gutachten von möglichen Molotow-Cocktails und Waldbrandgefahr gesprochen. Der

gelände demonstriert werden.

(Kontakt und Information: Anti-WAA-Büro, Sandstraße 1, 8460 Schwandorf, Tel. 09431/1029).

Anti-AKW-Termine

7. Juni: 13 Uhr, Gemeinsame Großaktionen in **Brokdorf und Wackersdorf** unter dem Motto: „Sofortige Stillegung aller Atomanlagen - Brokdorf darf nie ans Netz - Keine WAA in Wackersdorf".

Demonstration in **Würzburg** aus Anlaß des Alternativen Umwelttages (Aufrufer u.a. BUND und BBU).

6. - 8. Juni: Bundesweites Treffen von Leuten, die sich mit der Umgebungsüberwachung laufender Atomanlagen befassen, in Hameln. Kontakt: **Tel. 05151/51529**

12. Juni: 9.30 Uhr, gemeinsame Kundgebung bundesdeutscher und niederländischer AKW-Gegner am Gelände der Urananreicherungsanlage in **Gronau**. Anlaß: Die Einweihung dieser ersten bundesdeutschen UAA durch Forschungsminister Riesenhuber.

14. Juni: Große Kundgebung in der hessischen Landeshauptstadt **Wiesbaden**. Unter dem Motto „Hessen belagern den Landtag — Abschaltung aller Atomanlagen" rufen die Veranstalter der Biblis-Demonstration vom 24.5. auf. Sprecher/innen auf der Kundgebung sollen sein: Margarete Mitscherlich, Klaus Traube, Maria Mies und Alexander Schubart.

15. Juni: Demonstration gegen die Inbetriebnahme des **AKW Cattenom** in Frankreich. Aufrufer ist die Interregionale Koordination von Parteien und BIs aus Frankreich, Luxemburg, dem Saarland und Rheinland-Pfalz.
11 Uhr: Treffen in Mondorf les Bains (Luxemburg). 12.30 Uhr: Grenzübertritt nach Frankreich. 14 Uhr: Demonstration und Kundgebung in Cattenom. Sollte Frankreich einmal mehr die Grenzen für AKW-gegner/innen schließen, soll die Kundgebung in Mondorf stattfinden mit anschließenden Grenzblockaden.
Um der Saar-SPD die Teilnahme als Aufrufer zu ermöglichen, verzichteten Teile der Grünen und einige BIs auf die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen, jetzt heißt es nur noch Stillegung. Mehrheitlich entschieden sowohl Luxemburger als auch Bundesdeutsche, die Abschlußkundgebung nicht direkt am AKW stattfinden zu lassen, sondern im Dorf Cattenom.

21. Juni: Anti-AKW-Strategietag in den Niederlanden. U.a. soll das Vorgehen gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar und eine mögliche Demonstration im Herbst beraten werden.
Kontakt: **Landelijk Platform tegen Kernenergie, p/a Tweede Weteringsplatsoen 9, Amsterdam, Tel. 020/221366.**

Anti-AKW-Bundeskonferenz

vom 27. -29. Juni in Frankfurt, Universität, Senckenberganlage
Kontakt: **Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o Anti-Atombüro, Rodlindstraße 58, 6000 Frankfurt, Tel. 069/497599 (von 16-20 Uhr).**

Einsendungen für den Materialreader zur Konferenz müssen bis zum 14. Juni in Frankfurt sein; der Reader kostet DM 10.- inkl. Unkosten für die Konferenz.

Geplanter Konferenzablauf: Freitag, 27.6. um 19 Uhr, Auftaktveranstaltung „Anti-WAA-Bewegung und Atomstaat" mit BI-Vertretern aus Wackersdorf und dem Wendland. Samstag, 28.6. um 9.30 Uhr: Auftaktplenum, ab 14 Uhr diverse Arbeitsgruppen. Ab 19 Uhr Kulturveranstaltung. Sonntag, 29.6. um 9 Uhr: Abschlußplenum, Positionsbestimmung und weitere Aktionsplanung.

Aufrufer: Zeitschrift „atom", Redaktionen Göttingen und Lüneburg; bayerische Zeitschrift „radiaktiv"; BBA Bremen; Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen; LAGA Lüneburg; BIs aus Kassel, Wiesbaden, Marburg, Gießen, Bonn und Wuppertal; Initiative Kirche von unten; der KB und die Falken.

Brokdorf-Aktionskonferenz geplatzt

700 Menschen hatten sich am 24. Mai zur Vorbereitung der Brokdorf-Demonstration in der Hamburger Kampnagelfabrik versammelt. Nach mehrstündiger, teilweise heftiger und handgreiflicher Diskussion kam weder eine Einigung über einen Aufruf, noch über einen Aktionsrahmen für die Großaktion am 7. Juni heraus. Der erste Versuch einer gemeinsamen Beratung der neuentstandenen Anti-AKW-Bewegung war damit geplatzt. Nach der Konferenz einigten sich dennoch ca. 60 Vertreter aus BIs verschiedener Städte, der Grünen und linker Organisationen auf einen Aufruf und ein gemeinsames Aktionsziel.

Die Hauptauseinandersetzungslinie lief nicht wie vielfach andernorts entlang der Diskussion um sozialdemokratische Ausstiegsvorstellungen aus der Atomenergie. Daß die in der Brokdorf-Vorbereitung marginal sind, davon zeugt der vorliegende Aufruf, der unmißverständlich die sofortige Stillegung aller Atomanlagen fordert und keinen Zweifel an der Ablehnung der „friedlichen" sowie militärischen Nutzung läßt. Die Auseinandersetzung verlief zwischen linksgrünen Vorstellungen von einer Massenaktion als wichtigem Ziel am 7.6. und autonomen Gruppen, denen bereits die Teilnahme dieser linken Grünen zuviel war, die kategorisch jede Bündnispolitik ablehnten und die Grünen als Teil dieses Staates nicht dabei haben wollten (BUU Weiße Rose, Itzehoe: Hauptziel sei der „Kampf den Kollaborateuren", womit natürlich die Grünen gemeint waren). Schrieb die „taz" nach der Konferenz, der Konflikt sei zwischen Systemgegnern und Atomkraftgegnern verlaufen, stellte er sich in Wahrheit als Konflikt mit dem ignoranten Sektierertum und der Ablehnung jeder Bündnispolitik außerhalb der eigenen autonomen Reihen dar.

Bleibt die Frage, wieso solche Position dennoch relevant sein konnte. Da ist zum einen das spürbar gewachsene Mißtrauen vor allem in Bürgerinitiativen gegenüber grüner Vereinnahmung zu nennen. Vor diesem Hintergrund fiel jede Stimmungsmache, die Grünen reißen sich alles unter den Nagel, bei Teilen auf fruchtbaren Boden. Da ist zum anderen die Diskussion und Erfahrung mit der GAL Hamburg, deren führende Vertreter zunehmend statt Diskussion mit anderen linken Strömungen auf Ausgrenzung setzen und außerparlamentarisch für sich den Führungsanspruch beanspruchen, der häufig genug in Person parlamentarisch tätiger Vertreter vorgetragen wird. So auch nach der Hamburger Demonstration der 35.000 gegen die Atomenergie, auf der es schepperte. Die eilfertige Distanzierung hiervon mag man einer Parlamentspartei ja noch nachsehen. Die dann vom GAL-Fraktionsgeschäftsführer nachgeschobene und vom Landesvorstand getragene, markige Ankündigung („Opportunistischer Liberalismus hilft keinem weiter"), dafür sorgen zu wollen, daß künftig keine Aktionen mehr stattfinden sollen, die dem Ziel der Demonstration schaden würden, und die GAL sehe sich in der Verantwortung hierfür, schuf böses Blut im Vorfeld der Konferenz. Festgemacht wurde die Distanzierung an Kindern, die gefährdet worden seien. In Wahrheit sind in dieser Debatte die Kinder allerdings nur Vehikel für eine Ausgrenzungspolitik, die darauf verzichten will, andere Formen politischen Widerstands als die in der GAL üblichen und von ihr leistbaren zum Bestandteil gemeinsamer Aktivitäten zu machen. In der Vorstellung mancher GALlier sollen offenkundig Partei und außerparlamentarische Bewegung in eins verschmelzen.

Eine solche Kritik hat nichts damit zu tun, nun jede politische Unsinnsaktion von autonomen Teilen zu legitimieren, nur weil sie stattgefunden hat. Für uns gilt, anders als für viele Autonome, daß die politischen Ziele Priorität vor aktionistischen Bedürfnissen haben müssen und nicht umgekehrt. Und das heißt nach Tschernobyl selbstverständlich die aktuelle gestiegene Bereitschaft neuer Kreise zur Mobilisierung gegen das Atomprogramm positiv aufzunehmen. Das heißt selbstverständlich auch Bündnispolitik in das verunsicherte bürgerliche Lager hinein.

Das heißt aber nicht, daß die aus der parlamentarischen Arbeit abgeleitete Politik bestimmend sein darf. Das würde so wohl auch kaum jemand in der GAL behaupten, da man ja einen anderen Anspruch hat. Es ist aber das Problem eines Wahlvereins, dessen Existenz wesentlich am zweifelsohne oppositionellen Mitmischen in etablierter Politik hängt. Würden GAL/Grüne ernsthaftes Interesse am Entstehen einer außerparlamentarischen Bewegung haben, müßten sie auch die Diskussion um konsequente Formen politischen Widerstands führen und die Anti-AKW-Bewegung hat hierin Tradition und Erfahrungen. Ist dies nicht das Ding der GAL, dann sollte sie wenigstens so viel Einsicht haben anzuerkennen, daß andere hier praktisch tätig sind. Zur **Kombination** von Massenprotest und Widerstandsaktionen, das hat u.a. die Friedensbewegung gezeigt, gibt es keine sinnvolle Alternative.

Festgehalten werden muß aber, daß

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

die kritisierte GAL-Linie nicht auf der Konferenz vorgetragen wurde, anwesende GAL und Grüne stattdessen einen Text zum Aktionsziel vorgelegt hatten, der mit leichten Veränderungen als Aufruf übernommen wurde. Darin wird eine größtmögliche Mobilisierung nach Brokdorf als wichtigstes Ziel benannt. ,,*Unsere Stärke ist die Vielfalt des Widerstands. Wir müssen darauf achten, daß die verschiedenen am Widerstand beteiligten Gruppen und Einzelpersonen ihre Vorstellungen entwickeln und zum Ausdruck bringen können. Unser praktischer Widerstand soll wirkungsvoll sein, ohne daß Menschen gefährdet werden*'', heißt es weiter. Es wird zu größtmöglichem Schutz und Geschlossenheit der Demonstranten angesichts möglicher Übergriffe des Gewaltmonopols aufgerufen. Daß hierüber nicht auf der Aktionskonferenz diskutiert werden konnte, lag nicht an grüner Ausgrenzung, sondern an totaler Weigerung von Teilen der Autonomen, eine solche Diskussion unter Einbeziehung der Grünen überhaupt zu führen. Auch der Versuch anderer autonomer Teile (Wendlandplenum), mit einem eigenen Widerstandskonzept den Mittler spielen zu wollen, mußte an diesem Willen zur Spaltung scheitern. Zum anderen ist ihre eigene Schwerpunktsetzung kaum dafür geeignet, den politischen Konsens einer Versammlung abzugeben, die aus sehr unterschiedlichen Lagern kam. In Kürze sei es wiedergegeben: Aktionen als Bestandteil der Gesamtdemonstration, die sich an der ,,Systemfrage'' orientieren müssen wie Angriff auf den Bauzaun (wobei betont wird, daß man ,,nicht schwerpunktmäßig zu einer militärischen Auseinandersetzung'' aufruft), Konzept ,,Unruhe in der Region Steinburg'' wie Einschränkung von Polizeibewegungen, Aktionen an den Masten. Umorientierung in die Städte, falls man nach Auseinandersetzung mit der Polizei nicht weiterkommt. 1977, daran sei hier kurz erinnert, war ein solcher Vorschlag der linksradikalste, der gemacht wurde. Daß er 1986 auf einmal politische Mittlerfunktion haben sollte, wo die Anti-AKW-Bewegung in ihrer Breite gerade am Erwachen ist, wirkt schon ein wenig absurd.


Brokdorf, 19.2.77

Schlechter Auftakt also für die weiteren notwendigen Diskussion in der Anti-AKW-Bewegung. Klar muß sein, daß eine Grünen-Ausgrenzung die Verabschiedung ins totale Sektierertum bedeutet und daß diese besonders hier im Norden und in Hamburg absurd ist. Wer wie auf der Aktionskonferenz geschehen, ausgerechnet einen linken Grünen wie Thomas Ebermann handgreiflich exkommunizieren will — und wenn er auch verbal provoziert hätte — hat offenkundig jedes Maß für politische Relationen verloren, will offenkundig die Spaltung provozieren. Den politischen Nutzen hätte davon mit Sicherheit eine grüne Richtung, der jede nichtgrüne außerparlamentarische Bewegung zuwider ist.

hr.

Reaktionen auf Tschernobyl

Am 26. April war die Katastrophe im Reaktor von Tschernobyl, am 28.4. wurde es bekannt.

30.4.: In Schwandorf demonstrierten 300, in Hamburg 200 Menschen vor dem sowjetischen Konsulat.

3.5.: Nach dem ersten Schock gab es am Wochenende erste größere Demonstrationen gegen die Atomenergie. Vor dem AKW Stade waren es 1.200 und in Würgassen 1.500. In Wackersdorf protestierten 15.000. In Westberlin 8.500, Frankfurt 2.000, Göttingen 2.000 und Stuttgart 4.000.

7.5.: In Bremen versammelten sich 10.000 AKW-Gegner zu einer Kundgebung.

8.5.: In Salzburg gab es die erste österreichische Demonstration gegen die WAA Wackersdorf mit 3.000 Teilnehmern.
Im Norden begann mit einem Auto-Konvoi das ,,Endlager-Spektakel'' mit den Höhepunkten am 9.5. in Gorleben (6.000 Teilnehmer) und am 11.5. am Schacht Konrad in Salzgitter (4.000 Teilnehmer). Bei beiden Aktionen griffen militante AKW-Gegner Einrichtungen und Zäune an.

9.5.: Eine Gruppe von ,,Robin Wood'' besetzte einen Strommast der Preag beim AKW Stade und hielt ihn bis zur Räumung am 15.5.

10.5.: Das zweite Wochenende nach Tschernobyl. In Essen belagerten 3.000 die RWE-Zentrale, in Breisach blockierten mehrere tausend aus Protest gegen das AKW Fessenheim die Grenze BRD/Frankreich. In München demonstrierten 15.000, in Darmstadt 3.000, in Mannheim 4.000, im Odenwald 600, in Fulda 1.000. In Luzern waren es 1.600 und in Rom protestierten mehr als 100.000 gegen die Atomenergie.

11.5.: Zur bißlang größten Demonstration in der BRD kam es im Dreiländereck. Die badisch-elsässischen BIs hatten zum Protest gegen Fessenheim aufgerufen, 30.000 kamen.

13.5.: In Hamburg demonstrierten 35.000 vor dem Rathaus.

15.5.: Wohlvorbereitet wurde in der Nacht mit Schweißgeräten ein Mast 10 km vom AKW Stade gefällt.
In Würgassen besetzte eine Gruppe von ,,Robin Wood'' einen Strommast der Preag. In Luxemburg-Stadt demonstrierten 900.

16.5.: 5.000 protestierten in Tübingen.

17.5.: Trier erlebte mit 6.000 Teilnehmern seine größte Nachkriegsdemonstration. Der Protest richtete sich vor allem gegen die Inbetriebnahme des benachbarten französischen AKW Cattenom. Am Grenzübergang Dudelange protestierten fast 5.000 Luxemburger gegen Cattenom. In Landshut demonstrierten 2.000 (Ohu), in Ulm 3.000, in Schweinfurt 500, in Westberlin 10.000 Eltern und Kinder.
In Erlangen wurde die Aktionswoche gegen die Konzerne Siemens und KWU mit 5.000 Teilnehmern beendet. Zugleich war dies Auftakt für das Anti-AKW-Pfingstcamp in Wackersdorf.

18.5.: 20.000 kommen am Pfingstsonntag nach Wackersdorf. Nach Angriffen auf den Bauzaun kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, brutalem Gaseinsatz und tausenden Verletzten.

20.5.: Das Pfingstcamp Wackersdorf wird geräumt, 300 Personen vorübergehend festgehalten. Abends demonstrieren 300 in Schwandorf.

24.5.: 2.000 demonstrieren in Neuwied gegen den Probetrieb im AKW Mülheim-Kärlich. 5.000 in Westberlin, 6.000 in Frankfurt, 5.000 in Bielefeld.

25.5.: 25.000 demonstrieren vor dem AKW Biblis. 4.000 blockieren wegen Cattenom die Grenze bei Saarbrücken. 150 Gewerkschafter demonstrieren am ersten Tag des DGB-Kongresses ,,Auch im DGBee, AKW Nee''.

Etwa 300.000 Menschen beteiligten sich an verschiedenen Anti-AKW-Demonstrationen, nicht gerechnet die unzähligen kleinen Aktionen, Protestveranstaltungen, Behördenbelagerungen etc. (Alle Angaben ohne Gewähr und Anspruch auf Vollständigkeit).

Bundesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN:
Vorwärts zu den Bundestagswahlen

Vom 16. bis 19. Mai 1986 hielten die Grünen ihre Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Hannover ab, um sich ein Wahlprogramm für die kommenden Bundestagswahlen zuzulegen. Den Delegierten lagen zur Verabschiedung Programmentwürfe zu den Schwerpunktthemen Frauen, Frieden, Wirtschaft/Ökologie/Soziales, Internationalismus, Demokratie und Recht, sowie ein Kurzwahlprogramm aus den genannten Themen vor. Es galt, das Wahlkampfkonzept zu verabschieden, und die Realo-Grünen wollten noch über ihr Lieblingsprojekt, das Umbauprogramm debattieren. Zu den Programmentwürfen lagen den Delegierten über 300 Änderungsanträge vor, und zu vier Themenkomplexen mußten sich die Grünen mit sogenannten Globalalternativen auseinandersetzen, die teilweise konträr zu den BAG-Entwürfen (1) standen.

Beherrschendes Thema jedoch waren nicht die programmatischen Debatten, sondern die Folgen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl: der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie stand ebenso zur Debatte wie der sofortige Ausstieg der Grünen aus der hessischen Regierungskoalition.

Wegen der Tschernobyl-Diskussionen mußten die Grünen Abstriche bei ihren Wahlprogrammdebatten machen. So wurden zu den jeweiligen Schwerpunktthemen die hauptsächlichen politischen Kontroversen ausgetragen, um deren Ergebnisse in das Kurzwahlprogramm einzuarbeiten. Dieses Programm gelangte denn auch mit Mühe und Not zur endgültigen Verabschiedung, während die programmatischen Langfassungen als ,,Arbeitsmaterialien'' beigegeben wurden. Das Umbauprogramm liegt vorerst in der Schublade.

1. Frauen

Leitantrag wurde nicht der BAG-Entwurf, sondern eine Globalalternative des Westberliner Frauenbereichs der AL. Erwartungsgemäß fand die Hauptkontroverse um die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 bei vollem Selbstbestimmungsrecht der Frauen statt, wie dies klar und eindeutig von den AL-Frauen formuliert wurde.

Dagegen regte sich Grüne Frauenopposition vor allem aus dem bayerischen Raum, die in ihrer Argumentation auf das Repertoire der katholischen Kirche zurückgriff: Hannelore Saibold, verhinderte MdB dank der Nichtrotation von Petra Kelly, maß dem Schutz des ungeborenen Lebens einen höheren Stellenwert bei als dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen und bot als ,,Kompromiß'' aus ihrer Sicht die bestehende Fristenlösung an. Dorothea Kallabresi bezeichnete den Schwangerschaftsabbruch als Gewalt gegen menschliches Leben und schlug als ,,Kompromiß'' eine andere Variante vor: ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen ja, aber mit einem anderen Begründungszusammenhang versehen. Es müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen und dem Schutze des ungeborenen Lebens ein Widerspruch bestehe, in den sich der Staat jedoch nicht einmischen solle.

Eine überwältigende Mehrheit der Grünen erteilte den bayerischen Vorstößen eine klare Absage und Versuche einiger Frauen, eine erneute Diskussion zu erzwingen, scheiterten. Damit schien alles klar zu sein. Doch weit gefehlt: bei der Verabschiedung des Kurzprogramms konnten die bayerischen Frauen (2) einen Teilerfolg erringen. Es wird nunmehr die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert — allerdings mit dem Zusatz, daß mit jeder Abtreibung ungeborenes Leben ,,*beendet*'' werde und ein Konflikt zwischen dem ,,*Leben der Frau und des in ihr wachsenden Lebens*'' existiere.

Bei einer getrennten Abstimmung votierten die Grünen Frauen mehrheitlich gegen diese Passagen, aber mit Hilfe der männlichen Stimmen wurden die genannten Formulierungen mit knapper Mehrheit verabschiedet.

Dem Vernehmen nach gibt es Bestrebungen der eher links-grünen Frauen, die konservativ-katholischen Inhalte wieder aus dem Kurzwahlprogramm zu entfernen — die Gelegenheit dazu besteht auf der nächsten BDK im September.

2. Frieden

Hier verlief die Hauptkontroverse um die Forderung des Austritts der BRD aus der NATO. Schon vor der BDK hatte es darum einen heftigen internen Streit gegeben. Im BAG-Entwurf hieß es dazu: ,,*Wir streben aktiv einen blockfreien Status der BRD an, der den Austritt aus der NATO erfordert*''. Weiter wollte die BAG-Frieden nicht gehen, da sie sich auf ein einseitiges Abrüstungsszenario geeinigt hatte, welches eher in der Lage sei, am vorhandenen Bewußtsein der Bevölkerung anzuknüpfen. Albert Statz (AL-Westberlin, maßgeblicher Autor des Grünen Friedensprogramms) bezeichnete die ,,NATO-raus''-Forderung denn auch als ,,maximalistisch''. Aber die schrittweisen NATO-Aussteiger kamen mit ihrem Konzept nicht durch. Mitglieder der Westberliner AL und des Kreisverbandes Hamburg-Wandsbek der GAL brachten folgenden Änderungsantrag glatt zur Verabschiedung: ,,*Wir sind uns bewußt, daß sich im Verlauf eines einseitig-unabhängigen Abrüstungsprozesses die Frage stellen wird, ie lange die BRD noch in der NATO verbleiben kann. Denn einseitige Abrüstung zielt nicht allein auf Verminderung der Rüstung, sondern auch auf Veränderung der internationalen politischen Verhältnisse, konkret auf die Auflösung der Blöcke. Es geht nicht um ein ,Überflüssigwerden'' der Blöcke zu einem notwendigerweise nicht näher benannten Zeitpunkt. Es geht auch nicht um eine gleichgewichtsorientierte und parallel verlaufende ,Blocküberwindung'', sondern bewußt um die Schwächung desjenigen Bündnisses, welches die Aufrüstungsspirale stetig vorangetrieben hat und vorantreibt — die NATO.*'' Einseitige Abrüstungsschritte stünden dem nicht entgegen, es sei den Grünen gerade recht, wenn die NATO ,,*in eine Zerreißprobe geführt wird*''. Deshalb: ,,*Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Die NATO ist nicht reformierbar.*''

Die Grünen Blockübergreifer, Ausgewogenheitsfanatiker, Realos merkten wohl zu pät, was sie da haben durchgehen lassen, scheiterten jedoch dreimal bei ihren Versuchen, eine erneute Debatte zu erzwingen. Erst hinter den Kulissen erreichten sie die Streichung derjenigen Passagen, in denen die NATO als Hauptkriegstreiber klassifiziert und somit vom Grünen Block-Gleichgewicht abgewichen wurde.

Zudem kursierte ein Flugblatt, u.a. unterzeichnet von MdB Jo Müller, in dem es unter der Überschrift ,,*Wolle mer se reilasse? — Die DKP*'' hieß, die ,,*DKP und ihre ideologischen Sputniks stehen vor der Tür, sie suchen gerade jetzt Unterschlupf, weil sie im radioaktiven Regen von Tschernobyl stehen*''.

So fordern die Grünen im Kurzwahlprogramm den Austritt aus der NATO, gekoppelt mit der ,,ausgewogenen'' Formulierung der ,,Blocküberwindung'' (3).

3. Wirtschaft/Ökologie/Soziales

In der Grundsatzdebatte standen sich zwei Programmentwürfe zu diesem Thema gegenüber, die sich sehr stark auf das Grüne Umbauprogramm beziehen. Der BAG-Entwurf erhielt gegenüber dem Entwurf des Öko-Marktwirtschaftlers Helmut Wiesenthal eine knappe Mehrheit. Die Hauptdifferenzen in den beiden Reformentwürfen bestanden zum einen darin, daß im Wiesenthal-Entwurf auf Perspektiven Grüner Wirtschaftspolitik zugunsten der Konzentration auf das angeblich Machbare von vornherein verzichtet und die Krise als bloße ,,verfehlte Wachstumspolitik'' analysisiert wurde, was implizit hieße, die kapitalistische Krise könne grundsätzlich immanent ,,gelöst'' werden. Demgegenüber schürt der BAG-Entwurf diese Illusionen nicht, ist aber hinsichtlich der konkreten Reformschritte gemäß Umbauprogramm mit dem Wiesenthal-Entwurf nahezu identisch (4).

Im Kurzprogramm wurden den Grünen Umbauern einige radikalere antikapitalistische Passagen hineingestimmt, was dazu geführt hat, daß dieser Programmteil in sich nicht mehr so reform-,,stimmig'' ist.

4. Internationalismus

Hier lagen den Grünen gleich drei verschiedene Programmvarianten vor. Kernpunkte sind die Forderungen der Grünen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und der Schuldenstreichung. Ganz ungrün bekennen sich die Grünen zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Ländern der ,,3. Welt'', ohne ihn jedoch ,,glorifizieren'' zu wollen.

5. Demokratie und Recht

Umstritten war in diesem Programmteil vor allem der bewußte Verzicht auf die Verbotsforderung neofaschistischer und rassistischer Parteien und Organisationen. MdB Christian Ströbele, dessen Programmentwurf zum Leitantrag erhoben wurde, plädierte für andere Formen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen; staatliche Verbote könnten diese Problematik nicht lösen. Um diesen Punkt gab es zunächst kaum Kontroversen, bis in einem gescheiterten Rückholantrag von einigen Grünen für das Verbot faschistischer/rassistischer Parteien eingetreten wurde.

6. Atomenergie

Angesichts der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl verabschiedeten die Grünen undiskutiert einen weiteren Bestandteil zu ihrem Kurzwahlprogramm unter dem Titel ,,Jetzt oder nie — Ausstieg aus der Atomenergie''. Hier werden der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie sowie der Einstieg in Energiesparmaßnahmen und eine ökologische Energieversorgung gefordert.

7. Quotierung, Rotation

Die Grünen einigten sich im Prinzip darauf, alle Gremien, einschließlich der Parlamentsposten, zu quotieren, d.h. mit Frauen und Männern zu jeweils 50% zu besetzen. Den Frauen stehen dabei die ungeraden Zahlen zu.

Abschied genommen wurde von der Zwei-Jahres-Rotation der Grünen Parlamentarier/innen. Nunmehr gilt für den Bundestag die vierjährige Amtszeit, ohne diese gleich im Anschluß verlängern zu können, was insbesondere vom Realo-Flügel gefordert wurde.

Ein Sieg der Fundamentalisten?

CDU-Todenhöfer machte beim verabschiedeten Kurzwahlprogramm der Grünen einen ,,krankhaften Anti-Amerikanismus'' aus, das sozialdemokratisch orientierte ,,Volksblatt Berlin'' war verärgert, weil die Grünen nicht auch noch ihre Selbst-Auflösung beschlossen — und die Sozialdemokratie war erleichtert, denn nach diesen Grünen Programm-Aussagen habe sich die Frage einer rot-grünen Koalition in Bonn endgültig erledigt.

Aus grün-interner Sicht haben sich die ,,Fundis'' und Öko-Sozialisten weitgehend durchsetzen können. Das gilt für die NATO-raus-Formel ebenso wie für fast alle Programmteile. Der Streit darüber, was bei den Grünen Forderungen nun als ,,realistisch'' oder ,,utopisch'' zu gelten habe, wurde nicht geführt.

Die Aussagen zum § 218 und der Verzicht auf das Verbot neofaschistischer/rassistischer Parteien stellen die gravierendsten Schwachstellen des Programms dar. Der Internationalismus-Teil ist einigermaßen ent-ökologisiert worden, und in den Wirtschaftsfragen gibt es unter den Grünen ohnehin nur noch einen Wettstreit unterschiedlicher reformerischer Konzepte, die einen mehr marktwirtschaftlich, die anderen weniger.

Die Realos wird diese mehr nach ,,links'' neigende Akzentverschiebung im Programm nicht weiter stören; sie ist allenfalls dazu geeignet, im Wahlkampf deutlichere Konturen gegenüber der SPD zu markieren. Denn selbst ein ,,fundamentales'' Programm vermag die Koalitions-Phantasien bei den Grünen nicht zu bremsen — siehe Hessen.

Sei es, wie es sei: die Grünen sind ohnehin noch nie wegen ihrer mehr oder weniger klugen Programme gewählt worden, sondern — das bestätigt Tschernobyl — schwimmen in Wechselbädern sozialer Bewegungskonjunkturen.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) Bei den BAG-Entwürfen handelt es sich um Programmentwürfe der jeweiligen „Bundesarbeitsgemeinschaften" der Grünen — einer Art Kommissionen auf nationaler Ebene.

2) Der Richtigkeit halber muß gesagt werden, daß es selbstverständlich auch in Bayern zahlreiche Frauen unter den Grünen gibt, die mit dem „Schutz des ungeborenen Lebens" usw. nichts am Hut haben.

3) Hier sei nur angemerkt, daß die Grünen Nationalisten um die Gruppe Rolf Stolz („Linke Deutschland-Diskussionen") nur knapp mit ihrem Ansinnen scheiterte, ihre Friedensvertrags-Forderung unterzubringen.

4) Die ökologisch-wirtschaftlichen Forderungen der Grünen konzentrieren sich auf die Bereiche Umweltsanierungen, Abbau bis Verbot umweltschädlicher Produktionen, Rüstungskonversion, radikale Arbeitszeitverkürzung, Ausbau der Mitbestimmungsrechte, Schaffung von Wirtschafts- und Sozialräten, Ausbau der Gesundheitsvorsorge, Mindestrente, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfesätze.

Die Reformen Südafrikas: Überfälle und Terror

Kleine Sonderkommandos der südafrikanischen Luftwaffe und Armee überfielen am 19. Mai mit Hubschraubern und Bombern angebliche Einrichtungen des ANC in Zimbabwe, Sambia und Botswana. Ganz nach US-amerikanischem und israelischem Vorbild rechtfertigte die Regierung Botha den Überfall mit der ,,vermehrten terroristischen Tätigkeit des ANC'' (FAZ, 20.5.). Es sei offenkundig, ,,daß russische Minen und Waffen nur über einen Weg, nämlich durch benachbarte Staaten, nach Südafrika gebracht werden können'' (FR, 20.5.).

Am 14. Mai hatte der Verteidigungsminister Malan bevorstehende ,,militärische Aktionen gegen Terroristenbasen jenseits unserer Landesgrenzen'' angekündigt. Die Parteiführung der gemäßigten weißen Opposition wurde sowohl von Malan, als auch vom Außenminister Botha über die drei bevorstehenden Überfälle vorabinformiert (FAZ, 20.5.). Die rechte Abspaltung der regierenden National-Partei, die Konservativen begrüßten die Angriffe ,,als schon lange notwendig'' und die noch rechtere HNP bot Botha ,,warmherzige Unterstützung'' an. Die burischen Faschisten der unverhohlen mit Nazi-Emblemen und Braunhemden auftretenden ,,Afrikaner Weerstands Beweging'' (AWB) dagegen versuchten wenige Tage später, eine Versammlung der Regierungspartei in Pietersburg unter der Parole: ,,Kampf für Apartheid!'' zu sprengen. Die Rassisten-Polizei setzte gegen die Faschisten Tränengas ein.

Präsident Botha nahm dies zum Anlaß öffentlich zu erklären, daß er voll auf der Seite der ,,unruhigen'' Weißen stünde. Der Überfall auf Zimbabwe, Sambia und Botswana sei nur die ,,erste Etappe'' einer Offensive zur Zerschlagung des schwarzen Widerstandes. Er kündigte an: ,,Wir werden es wieder tun, wenn die Situation es erfordert.'' (nach Newsweek, June 2, 1986) Damit ist der Weg vorgezeichnet: Unter dem Vorwand, die sich radikalisierenden weißen Rassisten und Faschisten ,,beruhigen'' zu müssen, legt die irrsinnigerweise noch als ,,gemäßigt'' geltende Botha-Regierung an Brutalität gegenüber den Nachbarländern und dem schwarzen Widerstand im eigenen Lande zu. Am 15. Mai drohte Botha: ,,Politische Gewalt wird mit der vollen Macht, die dem Staat zur Verfügung steht und die bis heute auch noch nicht annähernd voll eingesetzt wurde, beantwortet.'' (Stern, 25.5.86)

Die weißen ,,Herrenmenschen'' außerhalb der Botha-Partei begrüßen dies und drehen an der Eskalationsschraube: Für das erste Juni-

dies und drehen an der Eskalationsschraube: Für das erste Juni-

Wochenende rufen die Konservativen, die HNP und AWP gemeinsam auf zu einer Massendemonstration in Pretoria am ,,Voortrekkermonument'' unter den Parolen ,,Für Apartheid, für weiße Vorherrschaft'' und ,,Kampf dem Rest der Welt''. (Newsweek) Für die schwarze Mehrheit eine kaum hinzunehmende Provokation.

Überfall auf die Frontstaaten

Angeblich ist der Überfall auf die drei Frontstaaten die Reaktion auf das Auffinden eines ,,enormen Waffenarsenals des ANC'' am Pfingstwochenende gewesen. Daß dies nur der gesuchte Vorwand für die schon vorher vorbereitete Aktion war, ergibt sich aus der Ankündigung Malans auf einen bevorstehenden Angriff vom 14. Mai.

Am 19. Mai bombardierten zwei Kampfflugzeuge angeblich das ANC-Hauptquartier in Lusaka. Offiziell wurde verlautbart, eine ,,ANC-Propagandazentrale im Südwesten Lusakas'' (FAZ, 20.5.), habe als ,,Transitlager für Terroristen auf dem Weg nach Südafrika'' gedient. Newsweek sprach dagegen von einem bombardierten UN-Flüchtlingslager, ebenso der Stern. Zambias Präsident Kaunda teilte mit, daß bei dem Angriff auf das Flüchtlingslager ,,15 Kilometer südlich von Lusaka'' (FR, 20.5.) zwei Menschen getötet worden seien. Zwar liegt Lusaka gute 700 km vom südafrikanischen Territorium entfernt, doch mutet es doch seltsam an, daß das angebliche Angriffsziel — die ANC-Zentrale in Lusaka — bei offenbar unbehelligtem Anflug mit einem Flüchtlingslager verwechselt wird. Umso mehr als die Aktion vom südafrikanischen Armee-Oberkommandanten ,,durchweg erfolgreich und mit der größtmöglichen Sorgfalt geplant und ausgeführt worden seien.

Sechs bis acht Kampfhubschrauber machten sich auf den kurzen Weg zum Nachbarstaat Botswana. Fünf km vor der Hauptstadt Gaborone richtete sich der Angriff ebenfalls gegen ein angebliches ANC-Lager. Es sei zu einem heftigen, aber kurzen Schußwechsel mit Angehörigen der Botswana-Armee gekommen. Die südafrikanischen Soldaten ,,hätten Sprengsätze gelegt und wahllos um sich geschossen.''(FR, 20.5.) Dort wurde ein Mensch getötet. Eine ähnliche Demonstration hatten die RSA-Truppen schon im Juni 85 durchgezogen.

Schon nach dem von Südafrika inszenierten Putsch in Lesotho durch die ,,Paramilitärischen Streitkräfte'' im Januar dieses Jahres äußerte der ANC die Befürchtung, daß Botswana ähnliches drohe. Mit der Marionetten-Regierung in Lesotho schloß die RSA einen Vertrag, nachdem Lesotho ANC-Kämpfern jeglichen Aufenthalt verweigert. ,,Botswana, so Südafrikas Außenminister Pik Botha, ist das nächste Ziel Südafrikas, um ein Abkommen ählich dem mit Lesotho zu erreichen.Botswana sei 'eine Infiltrationsroute', die 'geschlossen werden (müsse). Notfalls wird die Armee geeignete Maßnahmen ergreifen'...'' (ANC-Bulletin / Januar 86)

Der dritte Schlag galt Harare, der Hauptstadt von Zimbabwe. Hämisch fragte die FAZ, ,,wie es möglich si, daß südafrikanische Armee-Hubschrauber die etwa 600 Kilometer von der Grenze bis Harare zurücklegen konnten, ohne angegriffen, zurückgeschlagen oder abgeschossen zu werden.'' Dort sind zwei Ziele angegriffen worden. Eine ,,operationelle Zentrale des ANC'' in unmittelbarer Nähe der Regierungsgebäude Zimbabwes und eine ,,Terroristen-Transit-Herberge'' in einem Villenvorort. Beide Gebäude wurden zerstört. Laut Stern ,,schlichen sich farbige Agenten des Apartheidstaates an das örtliche Büro des ANC'' und eröffneten das Feuer. Die ANC-Mitglieder seien rechtzeitig gewarnt worden und hätten sich rechtzeitig versteckt. Zimbabwes Premierminister Mugabe erklärte, vier ,,mutmaßliche Verräter'', die verdächtig seien, den Überfall mit vorbereitet zu haben, seien verhaftet worden. (FAZ 21.5.)

Überfall mit vorbereitet zu haben, seien verhaftet worden. (FAZ 21.5.)

Die südafrikanische Armeeführung behauptete, in den beiden Häusern seien ,,seit Jahren'' ,,Waffen sowjetischer Herkunft'' gelagert worden. Die Häuser hätten als ,,Koordinationszentren für die Bewegung der ANC-Kämpfer zwischen Sambia, Tansania, Zimbabwe und der Republik Südafrika gedient, sowie als Kontaktstelle des ANC zur Regierung Zimbabwes''. (FAZ 21.5.)

Als bisher unbehelligtes Mitglied der Frontlinienstaaten darf sich nun wohl auch Tanzania im Visier der RSA-Militärs sehen. Schließlich unterhält der ANC dort mehrere Ausbildungs-Projekte für die aus Südafrika kommenden Flüchtlinge.

Nachdem im Februar 1984 zwischen der RSA und Angola ein Waffenstillstandsabkommen und eine Truppenrückführungsvereinbarung geschlossen wurde, das von den Rassisten ständig — u.a. durch die logistische Unterstützung der pro-imperialistischen UNITA — unterlaufen wird und im März 1984 Mosambique zum berüchtigten Nkomati-Gewaltverzichtsabkommen genötigt wurde, hatte die RSA erheblich ihre Vormachtstellung im südlichen Afrika festigen können. Durch die Besetzung Namibias ist die RSA zwar in ständige Kämpfe mit der SWAPO, speziell deren Befreiungsarmee PLAN (Peoples Liberation Army of Namibia) verwickelt, die den Haushalt des Rassistenstaates erheblich belasten,





greift aber dabei auf Seiten der UNITA in die Kämpfe in der Volksrepublik Angola ein. Auch dort gilt als Rechtfertigung die Unterstützung der SWAPO-,,Terroristen'' durch Angola.

Angola, Mosambique, Botswana, Tanzania, Zambia und Zimbabwe (und bis zum Putsch im Januar 86 de facto auch Lesotho) bilden die Gruppe der Frontlinien-Staaten, die als gemeinsam formulierten Anspruch zwar die Befreiung Namibias und Südafrikas von Rassismus und weißer Vorherrschaft zum politischen Ziel erhoben haben, derzeit aber weder die politische, noch ökonomische, noch militärische Kraft haben, die RSA ernsthaft zu bedrohen. Genau dies hat die RSA mit den Militäraktionen auf die von ihr ökonomisch in hohem Maße abhängigen Staaten Zambia, Botswana und Zimbabwe demonstriert.

Die Antwort auf die politische Unterstützung des ANC durch diese Länder ist die Androhung militärischer Operationen, für die natürlich die Angegriffenen selbst die Verantwortung haben: ,,Die Nachbarstaaten können sich angesichts der Präsenz von Terroristen nicht als unschuldig bezeichnen'' (KN, 20.5.), so der Oberkommandierende der Rassisten-Armee. Bezeichnend für die gegenwärtige Lage innerhalb der Frontlinien-Staaten ist die Klage des tanzanischen Außenmini-

halb der Frontlinien-Staaten ist die Klage des tanzanischen Außenmini-

sters, ,,daß Südafrika uns für die Verursacher des Konflikts erklärt''. (Newsweek, June 2/86)

Mit Hilfe von Terrorbanden ...

Die Militäraktionen der Rassisten sind, auch wenn sie den ANC nicht schwer getroffen haben, als Absage an Illusionen auf Verhandlungen mit dem ANC zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verstehen. Botha erklärte unmißverständlich: ,,Es kann kein Zweifel bestehen, daß alle friedlichen Mittel, die zur Verfügung standen, erschöpft sind.'' (Stern, 25.5.86) Er versprach, Südafrika werde alles daransetzen, den ANC zu brechen (Newsweek). Eine Kampfansage an den schwarzen Widerstand zur selben Zeit, als in der Township von Kapstadt, Crossroads, Bürgerkrieg herrschte mit mindestens 27 Toten, 3000 brennenden Hütten und über 200.000 Obdachlosen.

Mit dem Schlachtruf: ,,Wir geben Ihnen den Geschmack ihrer eigenen Medizin'' tobten zu Beginn der Kämpfe mindestens 70 Schwarze, ,,the fathers'' genannt und durchsetzt mit ,,vigilantes'' (den lateinamerikanischen rechtsradikalen ,,Todesschwadronen'' vergleichbar) durch die Straßen Crossroads. Sie machten Jagd auf die radikalisierten, kämpfenden Kids, die ,,comrads'', denen sie dann das berüchtigte ,,necklace'' um den Hals hängten, mit Benzin übergossen und anzündeten. Die Opfer verbrannten bei lebendigem Leibe. Schon seit längerer Zeit wird ,,necklace'' von den schwarzen kämpfenden Kids in den Townships gegen bekannte oder vermeintliche Kollaborateure des Rassistenregimes eingesetzt. Ihr abgrundtiefer Haß richtet sich gegen schwarze Polizisten, von den Rassisten eingesetzte schwarze Verwalter und Kontrolleure der Townships.

In Crossroads schlugen die ,,Vigilanten'' mit den selben Mitteln zurück. Die ,,Vigilanten'' rekrutieren sich zum einen aus Gegnern des ,,bewaffneten Kampfes'', oftmals Militante der proimperialistischen Inkartha-Organisation Gathsa Buthelezis, und aus Straßengangs, die den Verlust ihrer ,,Einflußgebiete'' fürchten. Dazu stoßen noch ältere Schwarze, die nicht bereit sind, den Boykott weißer Shops mitzutragen, dessen Aufrechterhaltung von den Kids streng kontrolliert wird.

Der Gegenschlag der ,,Vigilanten'' wurde von der Polizei unterstützt. Sie verschaffte diesen Waffen, oder nahm wie in Crossroads an ihrer Seite an der Jagd auf die Kids teil. In Crossroads sahen die Polizisten einfach nicht hin, als die ,,Fathers'' und ,,Vigilanten'' die Kids angriffen. Augenzeugen berichteten, daß sich die Angreifer hinter den anrückenden ,,Caspirs'', den Panzerwagen, versteckten, ohne von der Polizei behelligt zu werden.

... gegen die aufständischen "Comrads"

Die ,,comrads'' werden auch deshalb zum Ziel reaktionärer schwarzer Gegengewalt, weil es den offiziellen staatlichen Organen bisher nicht — trotz härtester Repression — die ;,Ruhe und Ordnung'' in den Townships wiederherzustellen. Noch setzt das Rassisten-Regime auf das Draufhetzen schwarzer Reaktionäre, zumal dies propagandistisch auszuschlachten ist, wenn sich die Schwarzen gegenseitig bekämpfen.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist offen. Gegenüber dem Beginn der Kämpfe in den Townships haben die Kids sich heute besser organisiert, auch in ihrer Bewaffnung. Waren vor Monaten noch Steine ihre einzige Waffe, sind heute auch Gewehre Vorhänden.

Schwarze Polizisten sehen sich zunehmend Heckenschützen ausgesetzt. Aber auch auf anderer Ebene haben die ,,comrads'' die Townships ,,unregierbar'' gemacht. Die Stadtverwaltungen wurden vertrieben und durch eigene Verwaltungen ersetzt. Tausende von Bewohnern verweigern die Mietzahlungen, was den Staat mehr als 65 Millionen Rand Einbußen kostete. In den ,,befreiten Gebieten'' wurden ,,Volksgefängnisse'' eingerichtet. Hunderte von den 18.000 schwarzen Polizisten, wird gemeldet, hätten aus Furcht vor Repressalien der Kids ihren Dienst quittiert. Die verbalen ,,Reform''angebote Bothas führen nicht zur beabsichtigten ,,Befriedung'' der Kids, sondern steigern ihr Selbstbewußtsein.

Die Kids haben sich in den letzten Monaten größere Teile der Townships erobert und zu ,,befreiten Gebieten'' erklärt. Und sie haben in der Tat unter den brutalsten Attacken der Polizei zu leiden. Von ,,1.400 schwarzen Südafrikanern, die in den letzten zwei Jahren getötet wurden, waren 200 Kinder nicht einmal 14 Jahre alt.'' (stern, 21.5.) 2.106 Kinder unter 16 Jahren wurden allein in der zweiten Jahreshälfte 1985 verhaftet. Das sind 27% aller aus politischen Gründen Verhafteter. Sollten die Kids sich weiter radikalisieren, so steht zu befürchten, daß das Rassisten-Regime zu noch härteren Gegenmaßnahmen greift. Schon werden Überlegungen gehandelt, nach denen das Regime die Townships in ,,Konzentrationslager'' verwandeln will.

Der ANC ließ über seinen Vertreter Mzimba in Zimbabwe verlauten, daß der ,,jüngste Aufschwung beim Widerstand der Schwarzen in Südafrika dem ANC nur die Möglichkeit gebe, eine härtere Position einzunehmen, da er sonst an Einfluß verlöre.'' (FR, 27.5.) Besorgt äußerte sich der Vorsitzende des ,,South African Institut of Race Relations'': ,,Die Tragödie ist, daß die Kinder glauben, das System sei in seinen letzten Zügen und reif, umzukippen. Aber das System hat seine Muskeln noch nicht angespannt.''

Bj., Hamburg

Alle Informationen, soweit nicht extra angegeben aus: Tagespresse vom 20.-27.5. und Newsweek June 2/86)



Simbabwes Premier Robert Mugabe vor dem von einem südafrikanischen Kommandounternehmen verwüsteten Haus in Harare, in dem der ANC ein Büro unterhält

Chile:

Repression und Zusammenschluß der Opposition

Pinochet regiert derzeit faktisch mit dem Belagerungszustand, ohne ihn offiziell erklärt zu haben. Flächendeckende Hausdurchsuchungen mit Tausenden von Verhaftungen, Todesschüsse auf der Straße und die militärische Besetzung Santiagos waren die Beiträge des Regimes zum 1. Mai.

Die Opposition hatte bereits im März mit einer intensiven Mobilisierungs- und Protestkampagne begonnen. Zahlreiche Streiks einzelner Berufsgruppen, Demonstrationen, Studentenkämpfe usw. sollten ebenso wie die Mobilisierung zum 1. Mai zur Vorbereitung des zweiten nationalen Streiks beitragen und das Klima schaffen, in dem er breit und erfolgreich durchgesetzt werden kann.

Hervorzuheben ist der neuerliche Versuch, die Zusammenarbeit aller Oppositionskräfte zu erreichen. Ende April wurde die sogenannte ,,Bürgerversammlung'' ins Leben gerufen, die 250 Gewerkschaftsverbände, Berufsvereinigungen, soziale Organisationen zusammengefaßt und von den politischen Parteien sowohl der bürgerlichen als auch der linken Opposition unterstützt wird.

Der erste Mai

Seit einigen Wochen ist es üblich in Chile, daß die Militärs in voller Kriegsmontur und mit schwarzgemalten Gesichtern eingesetzt werden. Selbst die üblichen Posten, die Brücken oder U-Bahnhöfe bewachen, stehen mit ihren schwarzgemalten Gesichtern herum. Dies soll einschüchtern, soll aber auch Identifizierung unmöglich machen.

Im Vorfeld des 1. Mai überfielen die so hergerichteten Soldaten den größten Teil der Armenviertel Santiagos, alle Häuser wurden dabei flächendeckend durchsucht, alle männlichen Bewohner verhaftet und nach einer Personalüberprüfung entweder freigelassen oder in den Knast gesteckt. Dieses Vorgehen ist nicht neu, neu ist aber das Ausmaß: von den Maßnahmen waren diesmal Hunderttausende direkt betroffen. Und neu ist auch, daß solche Maßnahmen durchgeführt werden ohne Verhängung des Belagerungszustandes (zur Zeit herrscht in Chile der ,,normale'' Ausnahmezustand, die verschärfte Form des Belagerungszustandes wurde nicht deklariert, wird aber praktiziert).

Außerdem wurden wieder zahllose Gewerkschaftsbüros überfallen, Gewerkschafter und Parteipolitiker verhaftet und eine große Kundgebung zu der der nationale Gerwerkschaftsverband aufrief, verboten. Die Gewerkschaften riefen daraufhin zu Demonstrationen im Zentrum Santiagos auf. Das Stadtzentrum wurde schon am frühen Morgen von Soldaten — wieder mit geschwärzten Gesichtern — und Polizeikräften militärisch besetzt.

Im vorigen Jahr war im Vorfeld des 1. Mai eine ähnlich massive Repression durchgeführt worden mit dem Ergebnis, daß es nur zu mehreren kleinen Demonstrationen in den Randgebieten Santiagos kam und die Opposition den 1. Mai in geschlossenen Veranstaltungen im Saal begehen mußte. Dieses Jahr kam es trotz der Repressionsmaßnahmen zu massiven Ansammlungen im Stadtzentrum. Immer wieder wurden Demonstrationszüge formiert, die dann gewaltsam aufgelöst wurden. Von 10 bis 15 Uhr gab es regelrechte Schlachten, rund 800 Menschen wurden verhaftet, auch Christdemokraten und Gewerkschaftsführer fürchterlich verprügelt, es gab viele Verletzte, weil die Militärs nicht nur Tränengas und Wasserwerfer einsetzten, sondern auch in die Menge schossen.

Am Abend gab es dann weitere Aktionen in den Armenvierteln. Das gesamte politische Spektrum in Chile, einschließlich der katholischen Kirche haben das Vorgehen des Regimes deutlich verurteilt.

Reagan will ,,Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung in Chile''

Der neue US-Botschafter, der seit einigen Monaten für die USA in Chile tätig ist, hebt von Zeit zu Zeit das Interesse der USA an Chiles ,,Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung'' hervor. In den letzten Meldungen von Ende April wurde auch ein Datum genannt, 1989 sei der frühestmögliche Termin für einen Wechsel.

Das Interesse der USA ist damit einigermaßen eindeutig definiert. Pinochet soll 1989 abgelöst werden. Das Problem ist, daß Pinochet gemäß seiner Verfassung, die er 1980 verabschieden ließ, für 1989 selber den sogenannten demokratischen Übergang geplant hat. Die Militärs sollen einen Präsidentschaftskandidaten vorschlagen, der natürlich Pinochet heißen soll, und das Volk darf dem in einem Plebiszit zustimmen. Diese Planung ist angesichts der Verhältnisse in Chile selbst für die USA nicht tragbar.





Barrikadenbau in Santiago — Studentenkämpfe

Die Aktivitäten des Botschafters gehen in die Richtung, das für 1989 geplante Plebiszit in sogenannte freie Wahlen umzuwandeln und mit der Vorbereitung dafür jetzt zu beginnen. Das bedeutet die Ausarbeitung eines Parteiengesetzes, Klarheit über den Wahlmodus über die Möglichkeiten, die Linke auszugrenzen und die Suche nach einem geeigneten Kandidaten. In diesem Sinne laufen die Gespräche mit Vertretern der Teilstreitkräfte und Politikern der Rechten und der Mitte.

Kürzlich wurde in Venezuela ein Treffen von verschiedenen Politikern dieses Spektrums durchgeführt, unter anderem als diplomatische Unterstützung für die bürgerliche und rechte Opposition in Chile. Beteiligt waren neben prominenten Lateinamerikanern Vertreter aus den USA und interessanterweise von den Philippinen. Chef der chilenischen Delegation war der Vorsitzende der Christdemokraten, Gabriel Valdes. Aus den Reihen der chilenischen Streitkräfte meldeten sich inzwischen Stimmen zu Wort, die für eine vorsichtige Veränderung der Verfassung eintreten, so z.B. General Merino, Chef der Marine und Junta-Mitglied.

Es ist nicht ganz leicht zu beurteilen, welche Bedeutung solchen Stellungnahmen zukommt. Offensichtlich ist, daß die führenden Militärs sich entscheiden müssen, ob sie Pinochets Planungen weiter unterstützen oder ob sie eine Ära nach philippinischem Muster aufbauen. In diesem Sinne scheint es Bewegung innerhalb der Streitkräfte zu geben, die man aber nicht mit tatsächlichen Zersetzungserscheinungen verwechseln sollte.

Kurzum, die westlichen Demokratien, vor allem die USA wollen anscheinend Pinochet davon überzeugen, daß seine Stunde 1989 abläuft. Bis dahin wollen sie ihn halten, aber sofortige Maßnahmen für den Demokratisierungsprozeß einleiten. Dafür gilt es Unterstützung in der Rechten, in den Streitkräften und letztlich auch in der Christdemokratie zu gewinnen.

Bürgerliche Opposition und Kirche

Die Christdemokratie befindet sich nach wie vor in der Klemme. Der Druck von unten nimmt zu, die christdemokratischen Gewerkschafter wollen den nationalen Streik, prominente Kritiker aus den eigenen Reihen beklagen den schwankenden Kurs der Partei und fordern die konsequente Zusammenarbeit mit der linken Opposition, nachdem alle Versuche über die Zusammenarbeit mit der Rechten in einen Dialog mit dem Regime zu kommen, gescheitert sind.

Eine neue Qualität haben inzwischen auch die Auseinandersetzungen zwischen dem Regime und der katholischen Kirche oder genauer gesagt: mit dem Kardinal Fresno, der sicher kein Vertreter der Diktatur ist, aber einst als Kirchenchef eingesetzt wurde, weil Pinochet mit ihm leben konnte. Fresno hatte federführend an der ,,nationalen Übereinkunft'' mitgearbeitet, die im vorigen Jahr rechte Parteien, Christdemokraten und einige sozialdemokratische Kräfte zusammenschloß, um mit der Diktatur in einen Dialog einzutreten. Dieser Versuch war an Pinochets Ablehnung gescheitert. Im März wurde Fresno von Pinochet eingeladen. Er nahm die Einladung als ,,privates Treffen'' an und stellte als Bedingung, daß darüber nicht öffentlich berichtet werden dürfe. Dies wurde zugesagt, Fresno schlich sich durch einen Seiteneingang in den Präsidentenpalast, saß bei Pinochet, die Tür ging auf und ein Haufen Pressefotografen machte Fotos, die am nächsten Tag in allen Zeitungen erschienen. Dies nur als kleine Anekdote am Rande über die Umgangsformen und die Öffentlichkeitsarbeit der Diktatur.

Inzwischen wurden Mitarbeiter des Solidaritätsvikariats der katholischen Kirche verhaftet, weil sie einem verletzten ,,Terroristen'' medizinische Hilfe geleistet und einen Platz in einem Krankenhaus besorgt haben. Der Arzt des Krankenhauses, der den Verletzten versorgt hatte, sitzt inzwischen ebenfalls im Knast.

Fresno seinerseits hat die Repressionsmaßnahmen der letzten Zeit relativ scharf verurteilt. Außerdem hat er im April (endlich) eine Delegation der MDP (Volksdemokratische Bewegung KP, PS, MIR u.a.) offiziell empfangen. Die offizielle Kirche taktiert weiter, ihre Reste von Geduld mit der Diktatur dürften aber inzwischen erschöpft sein.

Neuer Zusammenschluß der Oppositionskräfte

Eins der wichtigsten Ereignisse in Bezug auf die Oppositionsbewegung ist die Gründung der sogenannten Bürgerversammlung (Asamblea de la Civilidad) Ende April. Es handelt sich um einen Zusammenschluß fast aller Gewerkschaftsverbände, Berufsständischen Vereinigungen und sozialen Organisationen. Vom nationalen Gewerkschaftsbund über die berühmten Transportunternehmer (die 1973 mit ihrem Streik wesentlich zum Sturz Allendes beigetragen haben) bis hin zur Organisation der Mapuche, der Ureinwohner. Unterstützt und mitgetragen wird dieser Zusammenschluß von den politischen Parteien der bürgerlichen und der linken Opposition.

Zur Erinnerung: Eine Zusammenarbeit der bürgerlichen und linken Opposition hatte es bereits 1983 in konkreten Fragen, bei der Organisierung von Protesttagen usw. gegeben. Diese Zusammenarbeit endete, als die MDP gemeinsam mit den Gewerkschaften zum nationalen Streik (Oktober 1984) aufrief, damit einen großen Erfolg errang, und das Regime das Land dann mit Repression und Belagerungszustand weitgehend paralysierte. Die Versuche der bürgerlichen Opposition, in Verhandlungen mit dem Regime oder zumindest den Streitkräften zu kommen, mündeten Mitte letzten Jahres in den ,,Acuerdo Nacional'', die ,,Nationale Übereinkunft'' von extrem rechten bis hin zu sozialdemokratischen Parteien unter explizitem Ausschluß der Linken, speziell der MDP. Dieser Dialogversuch scheiterte an der Ablehnung Pinochets, während gleichzeitig die Massenmobilisierung zunahm.

Ende letzten Jahres schrieb die MDP einen Brief an die bürgerlichen Oppositionskräfte (Alianza Democratica) und forderte zu Absprachen im Vorgehen gegen die Diktatur auf. Die Alianza Democratica war zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, sich auf eine gemeinsame Antwort an die MDP zu einigen. Ein Teil lehnte jeglichen öffentlichen und offiziellen Kontakt mit den MDP-Parteien ab, einige bürgerliche Parteien antworteten auf eigene Rechnung, es gab verschiedene Gespräche auf unterschiedlichsten Ebenen. Vorgeschlagen wurde schließlich von den kooperationswilligen bürgerlichen Parteien ein ,,privates Komitee der politischen Zusammenarbeit'', an dem vier Parteien der Demokratischen Allianz und vier Parteien der Linken teilnehmen sollten, für die Linke: KP, PS, Mapu, Christliche Linke. Die MDP ließ sich darauf — d.h. u.a. auf den Ausschluß des MIR — nicht ein und forderte die Erweiterung auf jeweils 5 Parteien. Aus diesen Verhandlungen und Gesprächen ging schließlich die Idee der ,,Bürgerversammlung'' hervor, die nun formal aus sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen besteht, zugleich aber Absprachen und Zusammenarbeit der politischen Blöcke einschließt.

Die ,,Bürgerversammlung'' hat Ende April unter schwierigen Umständen — die Versammlung wurde verboten, es mußte unter halblegalen Bedingungen getagt werden — die ,,Forderung Chiles'' (Demanda de Chile) verabschiedet und unterzeichnet. Es handelt sich um einen Forderungskatalog, der eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der beteiligten Kräfte enthält. Zentrale Forderung ist Demokratie, daneben wird gefordert: Aufhebung der Ausnahmezustände, Auflösung der Geheimpolizei, Verabschiedung einer demokratischen Verfassung, Aufhebung der Militärkontrolle in den Universitäten, Verringerung der Ausgaben fürs Militär, Entschädigung für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen. Dieser Katalog wurde dem Regime übergeben mit der Aufforderung bis zum 31. Mai Stellung zu nehmen. Für den Fall, daß die Diktatur nicht oder ablehnend antwortet, werden breite und massive Maßnahmen des zivilen Ungehorsams angekündigt und die Möglichkeiten für einen Generalstreik sollen dann erneut überlegt werden.

Ist das nun der große Durchbruch, um den *Sturz* der Diktatur in absehbarer Zeit zu schaffen?





Neuer Zusammenschluß der chilenischen Opposition. Die ,,Bürgerversammlung'' verabschiedet den ,,Forderungskatalog Chiles''. Am Mikrofon José Santos, Vertreter der Mapuche.

Sicherlich wurde mit der ,,Bürgerversammlung'' und ihrem Forderungskatalog ein wichtiger Schritt auf die breitestmögliche Zusammenfassung aller sozialen Kräfte hin erreicht. Wenn es gelingt, diesen Zusammenschluß auch in den Provinzen zu verankern, könnte ein Generalstreik, der von diesem Spektrum ausgerufen wird, tatsächlich zu einem totalen, landesweiten Streik und einem schweren Schlag für die Diktatur werden. Es wird aber vermutlich einiges kosten, einen konsequenten Streikaufruf in diesem Gremium durchzusetzen. Dies zeigt die Formulierung, daß nach einer Ablehnung des Forderungskatalogs ein Streik ins Auge gefaßt werden soll — er wurde nicht als unmittelbare Reaktion und Sofortmaßnahme festgelegt.

Auffällig ist ein deutliches Zugeständnis der MDP, die bisher jegliche Aufforderung oder Verhandlung mit dem Diktator kategorisch abgelehnt hat. Der Forderungskatalog der ,,Bürgerversammlung'' richtet sich jetzt direkt an die Regierung. Die Frage ist, wieweit die MDP (als Bündnis) an ihrer bisherigen Orientierung *Sturz* der Diktatur im Unterschied zur ,,geregelten Ablösung'' festhalten kann und will.

In chilenischen Zeitungen wurde verbreitet, daß Geheimverhandlungen zwischen Christdemokraten und KP stattgefunden hätten. Andererseits ist aus den Reihen der KP zu hören, daß es jetzt darauf ankomme, die Vorbereitungen zum Massenaufstand voranzutreiben und daß es die Bedingungen dafür gibt. Der MIR scheint in dieser Hinsicht vorsichtiger, skeptischer und langfristiger zu denken.

Lateinamerika-Kommission

Fortsetzung von Seite 1

Libyen — Mythos einer Revolution

Der Clan des König Idris stützte seine Herrschaft auf die traditionellen Stammesführer, die religiösen Autoritäten und die städtischen Bündnispartner der Sanussi-Familie, auf die Kaufleute und auf den Beamten- und Polizeiapparat. Die Kräfte des Unabhängigkeitskampfes und die sich herausbildende städtische Bildungselite wurden von vorneherein durch die repressive Innenpolitik von der Macht ausgeschlossen. Nach der manipulierten Parlamentswahl 1952 brachen in Tripolitanien politische Unruhen aus. Die Regierung reagierte hart. Alle Parteien wurden im gleichen Jahr verboten, ein Versammlungsverbot erlassen, die Grundrechte außer Kraft gesetzt, Oppositionelle durch die Polizei verfolgt. Jeder organisierte Protest wurde unterbunden. Trotz eines gewissen Aufschwungs, insbesondere durch antibritische und antiamerikanische Stimmungen angesichts der Suezkanalkrise (1956), der Jordanwasserkrise (1964) und des Junikrieges (1967), blieb die Opposition schwach.

Der Erdölboom verstärkte seit 1958 die sozialen Widersprüche zwischen der schmalen Schicht der traditionellen Elite und der armen, an der Grenze des Existenzminimums lebenden Masse der Bevölkerung. Die Erdölförderung lag vollständig in den Händen ausländischer, vor allem amerikanischer Konzerne. Von 1960 bis 1969 stiegen die Erdöleinnahmen rasch (1962: 86 Mio. UN-Dollar, 1966: 423 Mio., 1969: 1206 Mio. (4)). Das Kapital strömte in den profitablen Handel und in den Bausektor. Die nationale Industrie wurde, ebenso wie die Landwirtschaft, vernachlässigt. Lukrative Posten im aufgeblähten Staatsapparat wurden den Mitgliedern der traditionellen, loyalen Führungsschicht zugeschanzt. Die neue Klasse der Reichen in den Städten paßte sich schnell einem verwestlichen, luxoriösen Lebensstil an. Der Erdölboom und die relativ hohen Löhne der kleinen städtischen Arbeiterklasse boten für Teile der verarmten Landbevölkerung Anreiz, in die Städte zu kommen, wo sie in der Regel zur Arbeitslosigkeit verdammt in Slums vegetieren mußten (5).

Die oppositonellen Gruppierungen, die Gewerkschaften, baathistische Gruppen, die Moslembrüderschaft, blieben ohne nennenswerten politischen Einfluß. Die Armee wurde zunehmend nasseristisch beeinflußt. Die soziale und politische Unzufriedenheit wuchs jedoch angesichts der Repression, der Mißwirtschaft und der Unfähigkeit des überkommenen Regimes, den Erdölreichtum für die nationale Entwicklung nutzbar zu machen. Die

Die oppositonellen Gruppierungen, die Gewerkschaften, baathistische Gruppen, die Moslembrüderschaft, blieben ohne nennenswerten politischen Einfluß. Die Armee wurde zunehmend nasseristisch beeinflußt. Die soziale und politische Unzufriedenheit wuchs jedoch angesichts der Repression, der Mißwirtschaft und der Unfähigkeit des überkommenen Regimes, den Erdölreichtum für die nationale Entwicklung nutzbar zu machen. Die

Unruhe in der sich allmählich bildenden jungen Intelligenzschicht entlud sich 1964 in Studentenunruhen in Bengasi. Im gleichen Jahr wurde nach nasseristischem Vorbild der ,,Bund Freier Offiziere'' gegründet, der am 1. September 1969 während eines Auslandsaufenthaltes von König Idris die morsche Monarchie ohne Widerstand stürzte und die Libysche Arabische Republik unter dem Leitsatz ,,Freiheit, Sozialismus, Einheit'' ausrief.

Nach der Septemberrevolution

Diesen drei Prinzipien fühlte sich das neue Regime innen- und außenpolitisch verpflichtet. Das Prinzip ,,Einheit'' meint Panarabismus, ,,Freiheit'' Unabhängigkeit von den imperialistischen und sozialistischen Supermächten sowie Blockfreiheit, unter ,,Sozialismus'' wird — in strenger Abgrenzung vom Kommunismus — die eigenständige arabische, auf dem Islam basierende Variante verstanden. Sie fand in Ghaddafis ,,Dritter Universal-Theorie'' (Grünes Buch) ihre spezielle Ausprägung.

Der Revolutionäre Kommandorat unter Führung Mohammed al-Ghaddafis und die von ihm gebildete Regierung versuchten umgehend, die kulturelle, wirtschaftliche und politische Anhängigkeit von den imperialistischen Staaten zu beseitigen, den nationalen Reichtum gerechter zu verteilen und neue, basisdemokratische Organistionsformen zu entwickeln.

Amerikaner und Briten räumten noch 1970 ihre libyschen Militärbasen. Die libysche Regierung wies 1971 die restlichen 35.000 italienischen Kolonialisten aus. Banken und ausländische Unternehmen wurden verstaatlicht. Unternehmen wurden zum Teil in libyschen Privatbesitz überführt. Privateigentum stand in den ersten Jahren nicht im Widerspruch zum libyschen ,,Sozialismus'', mittlere und kleine Unternehmen wurden sogar gefördert.

Von 1970 an forderte die libysche Regierung mehr Einfluß auf die Erdölindustrie, die ausschließlich in den Händen amerikanischer Konzerne lag und von ausländischen Fachkräften in Gang gehalten wurde. Außerdem verlangte sie höhere Ölsteuern und Nutzungsabgaben. Formal wurde der Erdölsektor schrittweise in libysche Verfügungsgewalt überführt. Entweder beteiligte sich die Nationale Erdölgesellschaft mit mindestens 51 % oder die Konzerne wurden enteignet. Trotzdem liegt die Produktion noch heute fast vollständig in den Händen ausländischer Fachkräfte. Ausländische Konzerne machten weiterhin Milliardengewinne. Erst seit 1981 ziehen sich die amerikanischen Konzerne, zum Teil aus Gründen der Rentabilität wie beispeilsweise Exxon oder auf Druck der amerikanischen Regierung, aus dem libyschen Geschäft zurück. Die libysche Regierung bemüht sich heute um sowjetische Hilfe bei der Erdölförderung bemühen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit insbesondere von den imperialistischen Staaten wurde weder durch Nationalisierungsmaßnahmen noch durch spektakuläre Industrieprojekte aufgehoben.

Der Revolutionäre Kommandorat löste noch 1969 das Parlament auf. Parteien blieben verboten, da das parlamentarische System das Volk spalten würde und nichts mit direkter Demokratie zu tun habe. Das arabisch-islamische Erbe wurde wiederbelebt: Die lateinische Schrift wurde abgeschafft, der ausschließliche Gebrauch der arabischen Sprache eingeführt, die Almosensteuer entsprechend dem Koran erhoben, Alkohol, Glücksspiel und Prostitution verboten (6).

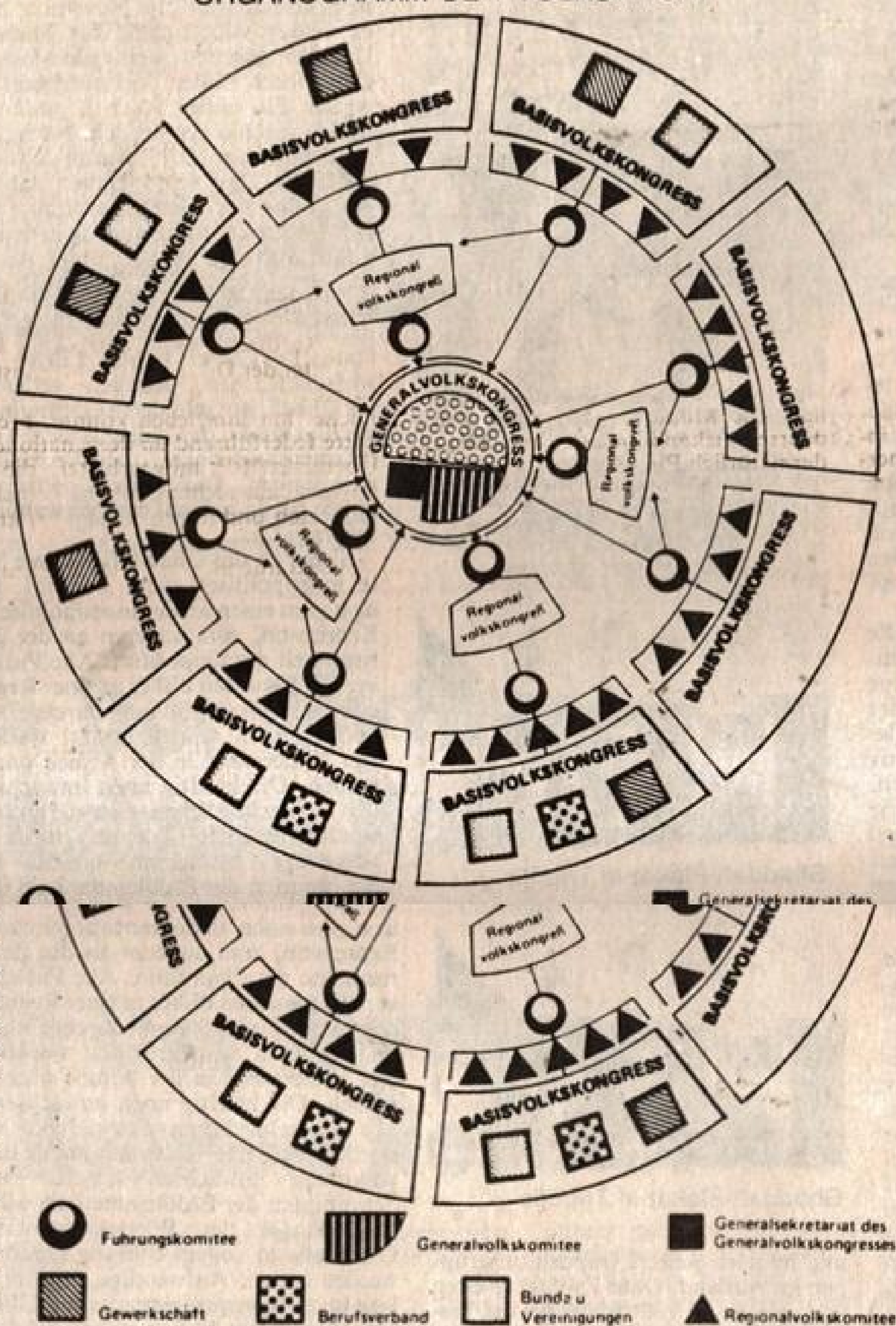
Nach dem Septemberputsch konnte sich der Revolutionäre Kommandorat auf keine Massenbasis stützen. Jahre später stellte Jallud, Mitglied des Revolutionären Kommandorates und langjähriger Ministerpräsident dazu fest: ,,*Eine Avantgarde führte 1969 die Revolution durch und hielt sie in Gang. Das war unser schwacher Punkt. Wir hofften, das Volk würde sie übernehmen, aber wir stellten fest, daß die Eliminierung der Avantgarde verhängnisvoll für die Revolution sein würde ... Wir befanden uns in einem Dilemma, weil die Revolution, die Moral und geistige Werte heben wollte, diese Absicht durch alles enttäuscht sah, was sie für das Wohlergehen des Volkes tat.*'' (7). Idealismus, Sendungsbewußtsein, aber auch Furcht vor der Eliminierung prägen heute stärker als je zuvor die maßgeblich von Ghaddafi bestimmte Politik.

ten fest, daß die Eliminierung der Avantgarde verhängnisvoll für die Revolution sein würde ... Wir befanden uns in einem Dilemma, weil die Revolution, die Moral und geistige Werte heben wollte, diese Absicht durch alles enttäuscht sah, was sie für das Wohlergehen des Volkes tat.'' (7). Idealismus, Sendungsbewußtsein, aber auch Furcht vor der Eliminierung prägen heute stärker als je zuvor die maßgeblich von Ghaddafi bestimmte Politik.

Innenpolitisch versuchte Ghaddafi seine ehrgeizigen Theorien und Pläne ohne Bezug auf die gesellschaftliche Wirklichkeit durchzusetzen. Je mehr er auf passiven oder offenen Widerstand stieß, desto konsequenterverfolgte er seine Ziele. Die Opposition wurde und wird mittels Terror ausgeschaltet. Wirtschaftliche und soziale Sicherheit bei weitgehender politischer Lethargie der Masse der Bevölkerung verhindern einen breiten Widerstand gegen Ghaddafi.

Der Revolutionäre Kommandorat stand vor einer Vielzahl schwieriger Aufgaben, die der Kolonialismus und die Mißwirtschaft der Monarchie hinterlassen hatten. 90 % der Bevölkerung waren Analphabeten, Fachkräfte fehlten, die Kapitalbildung war gleich Null, die Infrastruktur mangelhaft. Trotzdem hatte die libysche Revolutionsregierung vergleichsweise gute Voraussetzungen. Noch 1961 hatte das Pro-Kopf-Einkommen 50 Dollar betragen, 1971 waren es 1.700 Dollar, mehr als Dreifache des Pro-Kopf-Einkommens in Saudi-Arabien. Wichtigstes entwicklungspolitisches Ziel des Revolutionören Kommandorates war, Landwirtschaft und Industrie zu entwickeln, um Wohlstand und Unabhängigkeit langfristig und unabhängig vom Erdöl zu sichern. Gleichzeitig wurde das Schulwesen aufgebaut und die materielle Infrastruktur entwickelt (Kommunikation, Verkehr, Wohnungsbau, Elektrizität). Staatliche Organistionen und Unternehmen lenkten die Entwicklungsprogramme. An erster Stelle stand 1970 die Landwirtschaft (Neulandgewinnung und Agrarreform), gefolgt von Wohnungsbau und Industrie (8). Die Verstaatlichung ausländischer und die Gründung nationaler Unternehmen stärkten zunächst die Position der nationalen Bourgeoisie, die andererseits durch die Herausbildung eines starken öffentlichen Sektors mit einer neuen Technokratenklasse begrenzt wurde. Die gleichzeitig auf Basiskonferenzen eingeleitete direkte Demokratie stieß auf Widerstand in der alten Bürokratenklasse, in der wirtschaftlichen Führungsschicht und bei Teilen der Armee. Verstärkt wurden die Widersprüche durch die ,,revolutionäre'' Außenpolitik, insbesondere durch die Vereinigungsbestrebungen, und die große Zahl arabischer Fachkräfte, die in das revolutionäre Libyen strömten und zum Teil Führungspositionen besetzten. Letzteres verprellte vor allem die Mittelschichten, die für die Revolution gewonnen werden sollten.

Um eine Massenbasis für die Revolution zu schaffen, wurde 1971 nach ägyptischem Vorbild die libysche Arabische Sozialistische Union (ASU) gegründet. Ghaddafi stellte dies als eine Möglichkeit dar, das Volk mittels direkter Demokratie an Politik und Wirtschaft zu beteiligen. ,,*...sie wird die Zusammenarbeit zwischen den arbeitenden Klassen des Volkes verwirklichen, die Differenzen zwischen den Klassen ausräumen, wenn es welche gibt, wirkliche Demokratie und Einheit mit der Revolution gegen die Diktatur*



einer Klasse verwirklichen ...'' (9). Neben Arbeitern, Bauern, Soldaten gehörten nach seiner Definition auch die Intellektuellen und nicht ausbeuterischen Unternehmer zu den arbeitenden Klassen des Volkes. In der ASU sollten sich die aktiven Volkskräfte sammeln, um die Fortsetzung der Revolution zu sichern, die von Ghaddafi diktiert wurde. Leider war das Volk nicht so einheitlich, wie in Ghaddafis Theorien vorgesehen. Wesentliche Teile der Intellektuellen unterstützten zunächst die Septemberrevolution, distanzierten sich jedoch, als ihre Erwartungen von Demokratie vom Revolutionären Kommandorat nicht eingelöst wurden. Vor allem die Mittelklassen wendeten sich neben der neuen Bourgeoisie von dem neuen revolutionären System ab. Widerstand kam außerdem von den religiösen Autoritäten, denen Ghaddafis islamisch legitimierte Revolution mißfiel. Das Konzept der ASU scheiterte. All diesen Kräften sagte Ghaddafi in der Rede von Zwara (1973) den Kampf an. Er proklamierte die ,,Volksrevolution''. Im Zuge dieser ,,Revolution'' sollten alle Gesetze überprüft, die Kultur von negativen ausländischen Einflüssen und die Gesellschaften von ,,kranken'', sprich oppositionellen, Kräften gereinigt, der Verwaltungsapparat von überwuchernder Bürokratie gesäubert werden. Die Gründung von Volkskomitees wurde eingeleitet. Insgesamt liefen diese Maßnahmen auf die wirtschaftliche Entmachtung der libyschen Handelsbourgeoisie und die politische und wirtschaftliche Entmachtung der Mittelschichten hinaus. Der Nationalkongreß der ASU 1974 beschloß, daß die libysche Gesellschaft (das sind die aktiven Volkskräfte) nunmehr aus Arbeitern, Bauern, Studenten, Händlern, Beamten, Selbständigen und Gewerbetreibenden bestehe.

Die Widersprüche innerhalb der libyschen Gesellschaft wuchsen und spiegelten sich in der Armee wieder. Innerhalb des Revolutionären Kommandorates gab es schon vorher Differenzen über die Außenpolitik Ghaddafis (Scheitern der Vereinigung mit Ägypten, die Volksmärsche an die ägyptische Grenze, um der Vereinigung Nachdruck zu verleihen, die Rolle Libyens im Oktoberkrieg). Zweimal trat Ghaddai 1973 spektakulär von seinen Ämtern zurück, um sie auf Drängen der ,,Volksmassen'' wieder einzunehmen. Die Anti-Ghaddafi-Fraktion unter Führung von al-Hawadi und al-Muheishi versuchte nach dem Scheitern der Fusion mit Tunesien 1974, Ghaddafi auf repräsentative Funktionen abzuschieben. Ghaddafi zog sich zwar für eine gewisse Zeit aus der Politik zurück, nicht weil er entmachtet war, sondern weil er sein ,,Grünes Buch'' schreiben wollte. Die Anti-Ghaddafi-Fraktion nutzte die Zeit, um die neugewählten Volkskomitees aufzulösen und ihre Kandidaten durchzusetzen. Als 1975 der Propaganda-Krieg zwischen Ägypten und Libyen ausbrach und Ghaddafi sich der Sowjetunion zuwandte, putschte die Anti-Ghaddafi-Fraktion unter al-Muheishi mit Teilen der Armee. Der Putschversuch schlug fehl. Von den Mitgliedern des Revolutionären Kommandarates gelang nur al-Muheishi die Flucht nach Ägypten.

Ghaddafis Mißtrauen gegenüber der Armee hat sich bis heute erhalten. In Regierung, Armee und Volkskomitees wurden umfangreiche Süuberungen durchgeführt. Die Opposition gegen Ghaddafi verlor jeden politischen und wirtschaftlichen Einfluß. Ghaddafis Ziel war niemals nur die Entmachtung der neuen Bourgeoisie und des parasitären Beamtenapparates gewesen. Über die Notwendigkeit, die Gesellschaft von ,,kranken'', d.h. kritischen, Elementen zu säubern, äußerte sich Ghaddafi schon bei der Proklamierung der Volksrevolution (siehe oben). Auf der 1. Tagung der Allgemeinen Volkskonferenz 1976 definierte Ghaddafi, was er unter ,,Bourgeoisie'' versteht: ,,*Es gibt Leute, die ruhen sich auf ihrer Matte aus, denken bourgeois, akzeptieren die Volksherrschaft nicht, sie lehnen die Revolution, die Einheit und den Sozialismus ab, sie sind gegen die Transformation, sie wollen nur auf Kosten der Gesellschaft schmarotzen ... dieser Bourgeoisie erklären wir den Krieg und ich sage euch: Wenn wir unsere Reihen nicht säubern, ist die Revolution in Gefahr, ist die Volksherrschaft in Gefahr, aber auch die weitere Entwicklung und die sozialistische Transformation.*'' (10).

Am 1. September 1976, dem siebten Jahrestag der Revolution, rief Ghaddafi den Beginn einer ,,neuen Phase der Revolution'' und die endgültige Errichtung der ,,Volksmacht'' aus. Die ASU war damit aufgelöst und ein neues, basisdemokratisches Modell eingeführt (11).

Das System der direkten Volksherrschaft

Zwischen 1976 und 1979 veröffentlichte Ghaddafi in drei Teilen seine ,,Dritte Universal-Theorie'', das ,,Grüne Buch'' (,,Lösung des Problems der Demokratie durch direkte Volksherrschaft'' (Bd.1), ,,Lösung des Ökonomischen Problems durch Sozialismus'' (Bd.2), ,,Die soziale Basis der Dritten Universaltheorie'' (Bd.3)). Ghaddafi beruft sich in seinen Theorien auf den Islam, lehnt aber alle (vier) Schulen des Islam ab und stützt sich ausschließlich auf Koran und Sunna. Er entnahme immer nur das dem Koran, was er für seine Theorien beziehungsweise für die Legitimierung seiner Politik brauchte.

Damit setzte er sich recht frühzeitig in Widerspruch zu den religösen Autoritäten und der Moslembrüderschaft. Schon 1973 begann er mit der Verschmelzung der islamischen undweltlichen Gerichten und der staatlichen Aufsicht über die religiösen Stiftungen die Macht des Klerus einzuschränken. 1975 verbot er den religiösen Autoritäten, zu politischen Problemen Stellung zu nehmen. In einer großangelegten Kampagne gegen religiöse Würdenträger ab 1978 wurde der Islam auf die Moscheen begrenzt, die libysche Gesellschaft bis auf das Erbrecht säkularisiert (12).

Das Volk wurde auf unterer Ebene in Volkskomiteesorganisiert, die von 1973 an in Betrieben, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen gegründet wurden. Von 1976 an schickten die Volkskomitees Vertreter in 187 Basisvolkskonferenzen und in 42 übergeordnete Volkskonferenzen, die zusammen mit Nebenorganisationen Delegierte in die jährlich tagende Allgemeine Volkskonferenz entsenden. Die erste Tagung der Allgemeinen Volkskonferenz fand 1978 statt. Ghaddafi wurde Generalsekretär der Allgemeinen Volkskonferenz. Der Ministerrat wurde durch das Allgemeine Volkskomitee ersetzt. In der Verfassungproklamation von Sabha wird die Libysche Arabische Republik in Libysche Volksjamahiriyya umbenannt, der Koran zur Grundlage der gesellschaftlichen Rechte erklärt, die Staatsgewalt mittels der verschiedenen Komitees und Konferenzen dem Volk übergeben und das gesamte Volk (Männer und Frauen) zur Verteidigung des Heimatlandes mit der Waffe aufgerufen. 1978 erklärte Ghaddafi seinen Rücktritt als Generalsekretär, um sich ganz der ,,revolutionären Arbeit'' widmen zu können. Alle übrigen Verwaltungen wurden durch Allgemeine Volkskomitees neu organisiert. Damit waren formal Ghaddafis Vorstellungen von Volksherrschaft verwirklicht: Ohne Parlament, das eine ,,Barriere'' zwischen Volk und Staatsautorität darstelle; ohne repräsentative Demokratie, die Betrug an den Massen sei; ohne Klassen und Parteien, die die Gesellschaft zersplittern würden und ein Instrument zur Beherrschung des Volkes seien. Eine einheitliche Gesellschaft sollte auf diese Weise entstehen, die keine Überwachung braucht, sich selbst reguliert und ihre einheitliche Meinung in einer ,,demokratischen'' Presse äußern darf (13).

wirklicht: Ohne Parlament, das eine ,,Barriere'' zwischen Volk und Staatsautorität darstelle; ohne repräsentative Demokratie, die Betrug an den Massen sei; ohne Klassen und Parteien, die die Gesellschaft zersplittern würden und ein Instrument zur Beherrschung des Volkes seien. Eine einheitliche Gesellschaft sollte auf diese Weise entstehen, die keine Überwachung braucht, sich selbst reguliert und ihre einheitliche Meinung in einer ,,demokratischen'' Presse äußern darf (13).

Aber selbst dieses schöne Organisationsmodell war nicht geeignet, Ghaddafis Vorstellungen in den Volksmassen widerspruchslos zu verankern und sie im Sinne seiner Politik zu moblisieren. Ghaddafis Rückzug von der Allgemeinen Volkskonferenz und seine hingebungsvolle revolutionäre Arbeit brachten bald neue Organisationsformen hervor. Um die wieder ins Stocken geratene Revolution anzukurbeln und auf Linie zu bringen, bildete Ghaddafi mit den restlichen vier Mitgliedern des ehemaligen Revolutionären Kommandorates das Oberste Revolutionskomitee. Schließlich sollten umfassende Änderungen, entsprechend dem zweiten Teil des Grünen Buches in die Tat umgesetzt werden und nicht an Widersprüchen und Trägheit in den Volkskomitees scheitern. Zu diesem Zweck wurden überall bewaffnete Revolutionskomitees gegründet. Der 2. Nationalkongreß der Revolutionskomitees stellte sich 1979 folgende Aufgaben: Die Massen in den Produktionstätten und Volkskongressen mobilisieren, das revolutionäre Bewußtsein fördern, die revolutionäre Praxis und die Durchführung der Beschlüsse der Volkskongresse kontrollieren und vorantreiben, die Feinde der libyschen Revolution im In- und Ausland physisch zu liquidieren (14). Im Laufe der Zeit wurden die Revolutionskomitees neben den Geheimdiensten zu einer umfassenden Spitzelorganisation, die teilweise Lynchjustiz verübte, Regimegegner im In- und Ausland umbrachte und mit der Armee zu konkurrieren begann.

Der von Ghaddafi in die Wege geleitete ,,Sozialistische Aufbau'' umfaßt: Bewaffnung des Volkes, sozioökonomische Umwandlungen, Kulturrevolution, Islamisierung und außenpolitische Aktivitäten. Grundlage für die wirtschaftspolitischen Umwand-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

lungen war die Forderung Ghaddafis, daß es in einer egalitären Gesellschaft keine Lohnarbeiter geben darf, sondern „Partner". Jeder „Produzent" besitzt einen Teil der Investitionsmittel und hat Anspruch auf einen konkreten Teil der Produktion. Jeder soll soviel erhalten, wie für die Befriedigung seiner Bedürfnisse notwendig ist. Nichts darf mehr vermietet oder verpachtet werden, der Nutzer soll auch Eigentumsrechte haben. Seit 1978 wurden entsprechende Maßnahmen durchgeführt. Das Grundeigentum wurde auf ein Haus beschränkt, der Einzelhandel wurde verstaatlicht (das Handwerk wurde ausgenommen, weil es produktive Arbeit leistet), alle Betriebe und Institutionen mit Ausnahme der Banken, der Erdölwirtschaft und der staatlichen Verwaltung wurden von den Volkskomitees übernommen, d.h. in „Volksbesitz" überführt(15). Ghaddafi grenzte sich damit vom Kapitalismus und vom Staatskapitalismus ab. Das Eigentum soll weder in Hand einer Klasse noch des Staates bleiben. All diese Maßnahmen, insbesondere aber die Volksbewaffnung und die Militarisierung von Schulen und Universitäten, führten zu erheblichen Widersprüchen, insbesondere im entrechteten Bürgertum, unter den Händlern der Bazare und privaten Kleinunternehmern, unter der Intelligenz und den Studenten.

Unterstützt oder doch zumindest wohlwollend hingenommen wurden die wirtschaftlichen Maßnahmen von der breiten Masse der Bevölkerung. Jeder Familie hatte nun Anspruch auf eine eigene Wohnung oder ein Haus (1981 besaßen schon zwei Drittel der Bevölkerung ein eigenes Haus), jede Familie besitzt Auto, Kühlschrank und Fernseher. Trotz steigender Inflation wuchs der Wohlstand der Bevölkerung. Die Grundnahrungsmittel wurden subventioniert, ebenso Strom, Gas, Benzin und Transport. Die neuen Volkssupermärkte (in Tripolis gibt es statt der kleinen Läden jetzt ganze fünf) wurden zunächst mit einem reichhaltigen Warenangebot überschwemmt. Die Gesundheitsfürsorge ist kostenlos. All dieser Wohlstand blieb jedoch, trotz ehrgeiziger Industrialisierungsprojekte, von Importen aus dem imperialistischen Ausland abhängig. Die Bevölkerung verhielt sich den revolutionären Ambitionen Ghaddafis gegenüber indifferent und genoß den Konsum (beispielsweise wurden seit 1969 neun Kofferradios pro Kopf der Bevölkerung eingeführt).

In den ersten Jahren überdeckten die Erdölmilliarden das u.a. durch laufende Umstrukturierungen entstandene wirtschaftliche Chaos. Hin und wieder gab es Versorgungsengpässe, die jedoch durch weitere Einfuhren relativ schnell aufgehoben werden konnten. Die ehrgeizigen Projekte in Industrie und Landwirtschaft waren in der Regel viel so groß angelegt, konnten auf Grund von Mißwirtschaft, ständigen

seit 1969 neun Kofferradios pro Kopf der Bevölkerung eingeführt).

In den ersten Jahren überdeckten die Erdölmilliarden das u.a. durch laufende Umstrukturierungen entstandene wirtschaftliche Chaos. Hin und wieder gab es Versorgungsengpässe, die jedoch durch weitere Einfuhren relativ schnell aufgehoben werden konnten. Die ehrgeizigen Projekte in Industrie und Landwirtschaft waren in der Regel viel so groß angelegt, konnten auf Grund von Mißwirtschaft, ständigen

organistorischen Änderungen und dem Mangel an einheimischen Fachkräften nie die Importabhängigkeit senken, vor allem, weil die einheimischen Produkte nicht mit dem Importen konkurrieren konnten. Trotz Agrarreform, großer Bewässerungsprojekte und Ödlandkultivierung deckte die Agrarproduktion immer weniger den Bedarf (1969: 60 %; 1979: 40 %).

Der „Erfolg" von Ghaddafis „Sozialisierung" hing allein von den Erölmilliarden ab, mit denen geradezu verschwenderisch umgegangen wurde. 1980 betrugen sie noch 23 Mrd. Dollar jährlich, seitdem sind sie auf Grund der Erdölschwemme und des Preisverfalls drastisch gesunken. 1981 waren es noch 16 Mrd. Dollar, 1983 14 Mrd., 1984 11 Mrd., 1985 werden sie auf weniger als 9 Mrd. geschätzt (16). Libyen hält die vereinbarten Förderquoten nicht ein und nimmt dadurch weitere zwei Mrd. Dollar ein. Im Rahmen drastischer Sparmaßnahmen wurde die Einfuhr von Luxusgütern untersagt, die Kosumgüterimporte bis auf Grundnahrungsmittel und Medikamente drastisch gesenkt (17). Mängel in der Versorgung mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln werden immer häufiger. Die Ausweisung hunderttausender arabischer Gastarbeiter hängt vor allem mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zusammen. Dadurch vergrößerten sich die Mängel im Dienstleistungs- und Produktionssektor. Auf die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung reagierte Ghaddafi mit neuen Herausforderungen. Vor dem Volkskongreß erklärte er im April 1984 auch die Arbeit von Schneidern, Friseuren, Bäckern und Konditoren für unproduktiv. Alle diese Arbeiten könnten auch zu Hause erledigt werden (18). Außerdem sollen Kräfte aus dem Verwaltungs- Beamtenapparat zu produktiven Arbeiten herangezogen werden. Gleiches droht Studenten mit schlechten Zensuren. Ein unwilliges, konsumorientiertes Volk muß halt erzogen werden.

Opposition in Libyen

Im Zuge des „sozialistischen Aufbaus" sollten auch die außenpolitischen Aktivitäten „revolutionär" gestaltet werden. In Tripolis wurde neben dem Außenministerium ein Büro für auswärtige Beziehungen eingerichtet, das die Verbindungen zwischen Libyen und ausländischen Gruppierungen und Parteien, Befreiungsbewegungen, Guerilla-Gruppen und Freundschaftsgesellschaften aufrechterhalten sollte. Ende 1979 kam Ghaddafi zu der Einschätzung, daß Außenminister Treiki und einige Diplomaten sich den Anstrengungen dieses Büros widersetzen. Die Widersprüche brachen offen aus, als sich viele Diplomaten der Ankündigung Ghaddafis widersetzten, alle Schulen und Universitäten in Kasernen zu verwandeln und militärisches Training für alle Studenten im In- und Ausland durchzuführen.

Die Widerstände veranlaßten Ghaddafi zu der Drohung, wer nicht nach Libyen zurückkehre, würde liquidiert(19). Ghaddafi rief zur Umwandlung von Botschaften in Volksbüros auf, besetzt von Leuten, die sich dem Büro für auswärtige Beziehungen und nicht dem Außenministerium verantwortlich fühlten. Viele Diplomaten, die bis dahin dem libyschen Regime die Treue gehalten hatten, wandten sich ab



Ghaddafi-Plakat in Tripolis



Ghaddafi-Plakat in Tripolis

und bildeten weitere Oppositionsgruppen im Ausland. Ohne Zweifel spielten und spielen die Volksbüros bei der Verfolgung und Liquidierung libyscher Oppositioneller im Ausland eine wichtige Rolle. Ghaddafi rief in Abständen immer wieder zur Verfolgung und Vernichtung von Feinden der Revolution auf. 1983 wurde gar ein Ministerium für äußere Sicherheit gegründet.

In Libyen opponierten zuerst die Studenten gegen Ghaddafis Politik. Die Studenten, auf die Ghaddafi sich in seiner Revolution besonders stützen wollte, waren ihm feindlich gesinnt oder standen seiner Politik indifferent gegenüber, besonders weil er Lehrpläne und Verwaltung umwälzte und die Ausbildung durch militärisches Training unterbrach. Die Unzufriedenheit mündete in den Studentenunruhen von 1979 und 1980. Ghaddafi reagierte mit totaler Repression, konnte die Opposition aber nicht mundtot machen, weil sich viele Kritiker im Ausland befanden.

Putschversuche, Meutereien und Sabotageakte in der Armee, Anschläge und Attentatsversuche häuften sich. Insbesondere verstärkten sich die Auseinandersetzungen mit der Armee. Von den Revolutionskomitees wurde das Militär wegen seiner Privilegien angegriffen. Im Frühjahr 1984 erklärte Ghaddafi, die Armee könne auf Grund ihrer Natur nicht an der direkten Demokratie teilhaben, die Volkskongresse und Revolutionskomitees müßten verstärkt werden, da die reguläre Armee in Gefahr sei, von feindlichen Kräften genutzt zu werden, um die Macht des Volkes zu zerschlagen (20). Ein Gesetz zur Bildung einer Volksarmee wurde von der Allgemeinen Volkskonferenz jedoch zunächst abgelehnt.

Nach dem Putschversuch im Mai 1984 (Angriff auf die Aziza-Kaserne, dem streng bewachten Wohnsitz Ghaddafis) wurde die Armee erneut gesäubert. Entsprechend den Revolutionskomitees wurde die Armee mit einem Netz von Revolutionsoffizieren überzogen, die z.B. die Munitionsdepots kontrollieren (in der Vergangenheit waren sie hin und wieder durch Sabotageakte in die Luft geflogen). Nach dem US-Angriff im April 86 auf Libyen sollen hohe Offiziere Ghaddafi einen Besuch abgestattet und auf wichtige Probleme hingewiesen haben: Ohne Munition und so gefährlich unvorbereitet könnten sie das Land nicht verteidigen (21). Ob es deshalb so ruhig in Tripolis geblieben ist?

Nicht nur in der Armee gärt es. Auch in der Allgemeinen Volkskonferenz konnte sich Ghaddafi mit verschiedenen Gesetzesvorhaben nicht durchsetzen. Im Januar 1984 wies die Allgemeine Volkskonferenz vier Gesetzesvorhaben mit überwältigender Mehrheit zurück. Das erste befaßte sich mit der Gleichstellung von Mann und Frau, die Frau sollte — in islamischen Ländern verpönt — ebenfalls das Recht auf Scheidung haben und ihren Mann im Falle des Ehebruchs verklagen dürfen. Nach einer Scheidung sollte die gemeinsame Wohnung in den Besitz der Frau übergehen, sie sollte das Sorgerecht für die Kinder und die Hälfte des Einkommens des Mannes erhalten (offensichtlich sitzen keine Frauen im libyschen Allgemeinen Volkskongreß!). Mit dem zweiten Gesetz wollte Ghaddafi den Militärdienst für Jungen und Mädchen einführen, um die Grundlage für die Volksarmee zu schaffen, die die „potentiell faschistische" Armee (Ghaddafi) nach und nach ersetzen soll. Im November hatte es in der Militärschule für Mädchen Unruhen gegeben, weil viele Mädchen gegen ihren Willen dort untergebracht waren. Für einige Wochen mußte die Schule geschlossen werden. Nach „Gegendemonstrationen" wurde sie wieder geöffnet. Das dritte Gesetz sah die Auflösung der Elementarschulen vor. Der Unterricht sollte künftig in den Familien von der Mutter erteilt werden (in der Regel eine Analphabetin). Grund für diese „revolutionäre" Maßnahme war Lehrermangel. Viele ausländische Lehrer hatten Libyen aus wirtschaftlichen Gründen verlassen, die frisch ausgebildeten Lehrerinnen wollten wegen des obligatorischen Militärdienstes keinen Arbeitsvertrag unterschreiben. Das vierte Gesetzesvorhaben bezog sich auf eine Verwaltungsreform (22).

Sicher ist das Ghaddafi-Regime heute innenpolitisch nicht bedroht. Das liegt zum einen an der innenpolitischen Repression, zum anderen an der Zerrissenheit der Oppositon. Alle Putschversuche wurden bisher in einer Region oder von einem Stamm durchgeführt und konnten schnell isoliert werden. Der Widerstand in der Armee wächst jedoch. Die künftig noch anwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden die Unzufriedenheit in der Bevölkerung anwachsen lassen. Das Schrumpfen der Erdöleinnahmen wird

te innenpolitisch nicht bedroht. Das liegt zum einen an der innenpolitischen Repression, zum anderen an der Zerrissenheit der Oppositon. Alle Putschversuche wurden bisher in einer Region oder von einem Stamm durchgeführt und konnten schnell isoliert werden. Der Widerstand in der Armee wächst jedoch. Die künftig noch anwachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden die Unzufriedenheit in der Bevölkerung anwachsen lassen. Das Schrumpfen der Erdöleinnahmen wird

die Mängel der Wirtschaftspolitik Ghaddafis in vollem Umfang sichtbar werden lassen: Aufwendige, oft nutzlose Investitionsprojekte, die von Libyern allein nicht weitergeführt werden können, Abhängigkeit von ausländischen Beratern in Wirtschaft und Militär und von ausländischen Importen. Die imperialistischen Staaten haben an der libyschen Revolution gut verdient.

Nahostkommission

Anmerkungen:
(1) Konrad Schliephake, Libyen, aus: Politisches Lexikon Nahost, hrg. von U. Steinbach u.a., Beck, München 1979, S. 188
(2) Im ersten und zweiten Weltkrieg war Libyen Kriegsschauplatz
(3) Angaben nach: Hanspeter Mattes, Libyen, aus: Nohlen/Nuscheler (Hrg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 6, Hoffmann und Campe 1983, S. 119-141
(4) Hanspeter Mattes, 1983, a.a.O., S. 126
(5) Hanspeter Mattes, Die gesellschaftlich Transformation Libyens (1951-1984): Aufstieg und Fall der Bourgeoisie, in: Orient, 1/85, S. 27 - 47
(6) Hanspeter Mattes, 1983, a.a.O., S. 124
(7) Le Monde, LM, 30.12.80, zit. nach Claudia Wright, Libya and the West: Headlong into Confrontation, in: International Affairs, 1/1981/82, S. 13 - 41
(8) Hanspeter Mattes, 1983, a.a.O., S. 128
(9) zit. nach Mattes, Orient, a.a.O., S. 35
(10) zit. nach Mattes, Orient, a.a.O., S. 10
(11) Angaben in diesem Abschnitt nach Mattes, Orient, a.a.O., Colin Legum, The Middle East Contemporary Survey, 1976/77
(12) Mattes, 1983 und Hanspeter Mattes, Islam und Staatsaufbau, Das theoretische Konzept und das Beispiel der Sozialistischen Libyschen Volksjamahiriyya, Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft, Juni 1982
(13) Konrad Schliephake, 1979, a.a.O., S. 196, S. 199
(14) Neue Zürcher Zeitung, NZZ, 5.10.84
(15) Konrad Schliephake, 1979, a.a.O., S. 195, S. 199
(16) LM, 30.4.85, Internationale Wirtschaft Wien, 16.1.85
(17) Frankfurter Rundschau, FR, 4.9.85
(18) LM, 17.5.84
(19) Claudia Wright, a.a.O.
(20) LM, 17.5.84
(21) LM, 30.4.86
(22) LM, 11.5.84

Die Kernkraftwerke in der BRD

ATOMKRAFTWERKE IN DER BUNDESREPUBLIK

Versuchs- oder Forschungsreaktoren

Standort oder Name	Nettoleistung in Megawatt (MW)	Inbetriebnahme (Jahr)	Bauart
Kahl	15	1961	Natriumsiedewasserreaktor
Karlsruhe	50	1966	Druckwasserreaktor
Jülich: Versuchsreaktor	13	1967	Kugelhaufenhochtemperaturreaktor
Jülich: KWK	20	1974	Kompakter Zirkonhydrid-Reaktor
Insgesamt	98		

Atomkraftwerke in Betrieb

Standort oder Name	Nettoleistung in Megawatt (MW)	Inbetriebnahme	Bauart
Obrigheim	328	1969	Druckwasserreaktor
Stade	630	1972	Druckwasserreaktor
Würgassen	640	1972	Siedewasserreaktor
Biblis A	1146	1974	Druckwasserreaktor
Biblis B	1240	1976	Druckwasserreaktor
Brunsbüttel	771	1976	Siedewasserreaktor
Neckarwestheim	788	1976	Druckwasserreaktor
Ohu / Isar I	870	1977	Siedewasserreaktor
Unterweser	1230	1978	Druckwasserreaktor
Philippsburg 1	864	1979	Siedewasserreaktor
Grafenrheinfeld	1225	1981	Druckwasserreaktor
Krümmel	1260	1984	Siedewasserreaktor
Grohnde	1300	1985	Druckwasserreaktor
Grundremmingen B	1244	1985	Siedewasserreaktor
Grundremmingen C	1244	1985	Siedewasserreaktor
Philippsburg 2	1268	1985	Druckwasserreaktor
Hamm-Schmehausen	300	1985	Thorium-Hochtemperaturreaktor
Mülheim-Kärlich	1300	1986	Druckwasserreaktor
insgesamt	17.638		

Im Bau befindliche oder geplante AKWs

Standort Name	Nettoleistung in MW	Geplante Inbetriebnahme	Bauart
Brokdorf	1290	1986	Druckwasserreaktor
Isar 2	1270	1988	Druckwasserreaktor
Kalkar	311	1987	Schneller Brüter
Lippe-Ems 1	1230	1989	Druckwasserreaktor
Neckarwestheim 2	1225	1990	Druckwasserreaktor

Atomstaat

Fortsetzung von Seite 1

Viel Jod, aber kein Caesium — naja, Caesium ist auch dabei, aber Strontium noch nicht nachweisbar, nun haben wir auch das aber ganz wenig, und Plu-

Heilloses Durcheinander? Eher gab es eine, wie der Atomstaat es versteht, *heilsame* Öffentlichkeitsarbeit, weil die ganze Wahrheit *unheilvoll* gewirkt hätte. Kleine Informations-Dosen, ruhig auch sich widersprechende — warum

Atomstaat

Fortsetzung von Seite 1

Viel Jod, aber kein Caesium — naja, Caesium ist auch dabei, aber Strontium noch nicht nachweisbar, nun haben wir auch das aber ganz wenig, und Plutonium-Messungen dauern leider sehr lange außer in Helmstedt, wenn es an sowjetischen LKWs haftet, weil es an den Reifen besser zu sehen ist. Man war ja so schrecklich unvorbereitet ...

Wirklich? Im Zuge der Harrisburg-Diskussion wies der damalige BMI 1981 auf das in der BRD existierende behördliche Überwachungssystem für Radioaktivitätsimmissionen und -emissionen hin. Es gewährleiste „*ein hohes Maß an Kontrolldichte*" und biete die Möglichkeit, „*Notfallschutzmaßnahmen an eine unfallbegleitende und an die Wetterlage angepaßte computergesteuerte Prognose über die Aktivitätsausbreitung wirkungsvoll zu orientieren.*" Moment!! — die Pointe kommt noch: Es sei sogar „***unabhängig***".

Vielleicht springt dieses Kontrollsystem aber nur auf die hausgemachte, nicht auf die heimtückische russische Strahlung an. Das dürfte dann aber nicht für das parallele Netz von Strahlenmeß- und Auswertungs-Stationen gelten, welches das Militär unterhält. Vergaß man, die Computer anzuschalten? Waren die fertigen Programme in der Eile nicht auffindbar? Oder mußten einfach alle Kontrollsysteme abgestellt werden, damit unsere AKWs die einmalige Chance nutzen konnten, ihre radioaktiven Tanks zu erleichtern?

Man wußte doch Bescheid in Washington, Paris, London und Bonn: Über das Ausmaß der Reaktorbeschädigung, über die ungefähre Zahl der Opfer in der Ukraine (während man hemmungslos tausende von Soforttoten behauptete), über Art, Zusammensetzung und Ausbreitung der radioaktiven Wolke. Die Atomtechnik, um die sich die großen Geheimnisse ranken, ist, was ihre Spuren betrifft, die verräterischste überhaupt. Zeige mir, wieviel Caesium du hast und ich sage dir, von welchen Bomben und Reaktoren es kommt — wenn man nur die Geräte dazu hat. Zimmermann hat sie.

Heilloses Durcheinander? Eher gab es eine, wie der Atomstaat es versteht, *heilsame* Öffentlichkeitsarbeit, weil die ganze Wahrheit *unheilvoll* gewirkt hätte. Kleine Informations-Dosen, ruhig auch sich widersprechende — warum nicht? Blutdruck runter, Durchblutung hoch ist geläufige medizinische Praxis. Hauptsache Schock-Verhütung, keine Panik. Wir bekommen soviel Wahrheit, wie wir vertragen können. Der Doktor, der es verschreibt, heißt ... — Zimmermann beispielsweise. Diese Informationspolitik braucht sich nicht mit der sowjetischen vergleichen zu lassen. Sie ist „besser".

Genau diese Informationstechniken, genau diese gespielte Naivität, genau diese demonstrative Harmlosigkeit, genau diese scheinbare Schwachköpfigkeit, genau diese sekundären Widersprüchlichkeiten, an denen sich eine erregte Öffentlichkeit therapeutisch abarbeiten darf, müssen wir vor Augen haben, wenn die Sprache auf den Nerv des Atomprogramms kommt, wenn von seinem christlichen, zivilen, friedlichen Charakter die Rede ist, von der nuklearen Eiapopeia-Macht BRD. *Nein wirklich — mit Plutonium kann man Bomben bauen, ja wer hätte das gedacht? Aber doch nicht mit unserem. Und wenn doch, kein anständiger Mensch weiß, wie man das macht. Außerdem darf man der Regierung bei allen Meinungsverschiedenheiten nicht den Friedenswillen absprechen!*

Maßgebliche Männer mit Macht, mit Geld und mit enormen wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten kümmern sich darum, daß die Bevölkerung nicht erfährt, was sie ohnehin nicht ändern kann. Damit keine Panik entsteht. Auf diese Praxis paßt Bölls Wort von der „fürsorglichen Belagerung". Besorgte Menschen von der Oberpfalz bis zur Wilster Marsch haben dem Wort freilich eine andere Bedeutung verliehen. Fürsorgliche Belagerung in Brokdorf, vorsorgliche Besetzung in Wackersdorf. Und im Herbst schauen wir nach in Hanau, wo das nukleare Nervensystem zusammenläuft, ob dort wirklich soviel Plutonium lagert, wie der Bunker groß ist.

30 Megatonnen für den Krebs

Für den schnellen Strahlentod war aus der Sicht der BRD Tschernobyl zu weit. Strahlenkrankheiten gibt es ab 50 rem und Strahlentote ab 500 rem aufwärts. So hatte der Super-Gau zwei Folgen: Die Gefahr einer Kernschmelze in der BRD ist nur noch schwer zu leugnen. In der dichtbesiedelten BRD könnte ein Super-Gau im schlimmsten Fall einer totalen Kernschmelze Millionen Tote zur Folge haben. Das hatte schon 1976 das Institut für Reaktorsicherheit vertraulich für das Innenministerium errechnet. (1)

Thema dieses Artikels sind nicht die Folgen eines Super-Gau, sondern die Folgen des radioaktiven Niederschlags in der 2.000 km vom Unfallort entfernten BRD. Der radioaktive Regen auf die BRD wurde allenthalben ganz konkret als drohende Gefahr empfunden. Den ständigen Versicherungen der Bundesregierung, daß keine Gefahr vorhanden sei, mochte niemand mehr Glauben schenken. Dieser Artikel will den Versuch einer Abschätzung über die möglichen Folgen machen.



Für die BRD läßt sich vereinfacht davon ausgehen, daß in Tschernobyl eine Wasserstoffbombe mit einer Sprengkraft von 30 Megatonnen explodiert ist. Der radioaktive Fall out entspricht also dem einer Atombombe mit einer 2000-fachen Sprengkraft von Hiroshima. Bei einer vollständigen Kernschmelze eines AKWs entspricht beim radioaktiven Fall out ein Megawatt AKW-Leistung einer Megatonne einer Atombombe. Dieser Vergleich stammt von der Liste Demokratischer Ärzte, die keineswegs einer antisowjetischen Propaganda verdächtigt werden können. (2)

Ein US-Fachinstitut schätzt, daß in Tschernobyl rund 3.000 Billiarden Becquerel radioaktives Jod 131 und 200 Billiarden Becquerel Cäsium 137 freigesetzt wurden. Becquerel bezeichnet die radioaktiven Zerfälle pro Sekunde, eine Billiarde ist eine Zehn mit 15 Nullen hinten dran. (3) Genau diese Mengen würde auch ein Biblis-Reaktor bei vollständiger Kernschmelze in die Luft pusten (s. Tabelle 1). Bei einem Blick auf die Biblis-Tabelle läßt sich erkennen, daß noch viel mehr radioaktive Stoffe im Reaktor in den Brennstäben

len hinten dran. (3) Genau diese Mengen würde auch ein Biblis-Reaktor bei vollständiger Kernschmelze in die Luft pusten (s. Tabelle 1). Bei einem Blick auf die Biblis-Tabelle läßt sich erkennen, daß noch viel mehr radioaktive Stoffe im Reaktor in den Brennstäben

stecken, die ebenfalls bei einer Kernschmelze nach außen dringen. Bei der Uranspaltung im Reaktor und gleichermaßen bei der Atombombenexplosion werden rund 200 in der Natur nicht vorkommende „künstliche" radioaktive Stoffe gebildet. (s. Tabelle 2) Der Urankern wird bei Neutronenbeschuß in zwei kleinere Atome gespalten, wobei gewaltige Energie freigesetzt wird. Während beim AKW die Energie zur Stromerzeugung verbraucht worden wäre, bevor es zur Kernschmelze kommt, würde bei einer Atombombenexplosion diese Energie auch mit einem Schlag frei, insofern hinkt unser Beispiel einer Bombenexplosion in Tschernobyl, beim Fall out hier aber ist das gleich. Künstliche radioaktive Stoffe sind von den stabilen Atomen chemisch nicht unterscheidbar und somit auch für den menschlichen Organismus nicht. Deshalb ist Radioaktivität auch nicht mit irgendeinem Sinnesorgan erkennbar. Beim Ausfall der Kühlung im Reaktor heizen sich die Brennstäbe bis zum Schmelzen auf. Je nach Geschwindigkeit der Kernschmelze, je nach dem Siedepunkt der Spaltprodukte und in Abhängigkeit davon, ob das Reaktorgehäuse zerstört wird (das war in Harrisburg nicht der Fall), dringen die radioaktiven Stoffe ins Freie. Was davon bei uns ankommt, hängt von Wind und Wetter, von der Schwere der Teilchen und anderen Faktoren ab. Radioaktives Jod, von dem nach den ersten Unfalltagen hier fast allein die Rede war, gehört zu den allerersten Stoffen, die aus einem zerstörten Reaktor verdampfen.

Radioaktivität und Krebs

Radioaktive Strahlung bedeutet in jeder Dosis Krebsgefahr. Das ist keineswegs eine neue Erkenntnis. Die meisten Pioniere der Erforschung radioaktiver Strahlung starben an Krebs. In den 50er Jahren wurden zahlreiche US-Soldaten zur Beobachtung von Kernwaffentests aus geringer Entfernung abkommandiert, weil die Militärs an einer realistischen Erprobung des Gefechtsfelds interessiert waren. Erst später stellte man fest, daß die Leukämierate sich bei ihnen verdoppelt hatte, erst in den 80er Jahren gab es große Prozesse um ihre Entschädigung. John Wayne und seine Filmtruppe starben in den folgenden 20 Jahren meist an Krebs, nachdem sie demonstrativ im US-Atombombentestgebiet gefilmt hatten, um dessen Harmlosigkeit zu beweisen. Uhren mit Leuchtzifferblättern (1 Millirem pro Jahr) und röntgenstrahlende Schuhanpasser in den Geschäften sind heute verschwunden, mit Röntgenaufnahmen ist man vorsichtig geworden. 1 Millirem pro Jahr allerdings kommt heute überall aus dem häuslichen Fernseher. 110 Millirem macht die natürliche radioaktive Strahlung aus.

Radioaktive Strahlung schießt auf ihrer Bahn durch den Organismus zahlreiche Elektronen aus den Molekülen heraus, die dadurch ihr neutrales elektrisches Gleichgewicht verlieren.

macht die natürliche radioaktive Strahlung aus.
Radioaktive Strahlung schießt auf ihrer Bahn durch den Organismus zahlreiche Elektronen aus den Molekülen heraus, die dadurch ihr neutrales elektrisches Gleichgewicht verlieren.

Im Geiger-Zähler verursacht dieser Effekt das Ticken, im Körper können elektrisch geladenen Moleküftrümmer aber aggressive chemische Eigenschaften entwickeln. Man kann dabei zwei Typen biologischer Schadwirkungen unterscheiden:

1. Erzeugung chemischer Giftstoffe
2. Beschädigung von Zellkernen.

Innerhalb einer Zelle wirken die ionisierten (= elektrisch geladenen) Stoffe wie Giftinjektionen. Erst bei hohen Dosen führt das zur Zerstörung (Strahlenkrankenheit), während sich der Körper bei kleineren Belastungen dagegen wehren kann, so daß es hier so scheint, als ob ein Schwellenwert existiert.

Bestimmte Gifte zerstören aber die Zellwände, was Krebs auslösen kann. Diese Wirkung ist gerade bei Niedrigstrahlung besonders hoch.

Werden die Zellkerne beschädigt, so kann die von ihnen gesteuerte Erneuerung der Zellen nicht mehr normal vor sich gehen. Eine Form der falschen Zellvermehrung ist der Krebs. Zwischen einzelnen Baufehlern und dem Auftreten des Krebs als Krankheit können 10 bis 30 Jahre vergehen. Schäden an den Zellkernen bzw. an der Erbsubstanz können auch zu Mißbildungen erst in kommenden Generationen führen.

Die Wirkung radioaktiver Strahlen und Substanzen ist allerdings keineswegs vergleichbar: Alphastrahlen produzieren Ionen nur auf Bruchteilen von Millimetern, Betastrahlen erreichen im Gewebe knapp einen Millimeter, mit Röntgenstrahlen kann man das Innere eines Menschen durchstrahlen und fotografieren, d.h. sie dringen zum großen Teil durch den Körper hindurch. Bei den angerichteten Schäden ist es umgekehrt; je weiter eine Strahlung durchdringt, um so geringer sind ihre Schadenswirkungen an Ort und Stelle. So sind auch die Wirkungen einzelner radioaktiver Stoffe völlig unterschiedlich, vor allem weil sie an verschiedenen Stellen des Körpers als chemische Bausteine eingebaut werden und vor allem dort Schäden und Krebs hervorrufen können (s. Kasten).

Krebsfolgen sind allgemein anerkannt

Seit den 50er Jahren gab es Untersuchungen, die eine Krebserhöhung durch radioaktive Strahlung behaupteten: *„Damals verfolgte beispielsweise der amerikanische Wissenschaftler David Hewitt das Schicksal von 1.694 Kindern, deren Mütter während der Schwangerschaft röntgenologisch untersucht worden waren. Hewitt fand eine Verdoppelung der Leukämierate bei diesen Kindern, bevor sie das zehnte Lebensjahr erreichten. Die Studie wurde stark angezweifelt — bis 1962 der Mediziner Brian MacMahon (...) die gleiche Fragestellung an 700.000 Kindern wiederholte. (...) Ergebnis: Die Krebssterblichkeit im Kindesalter lag bei im Mutterleib bestrahlten Kindern um 40% über der normalen Rate. Eine am National Cancer Institut der USA*

Mediziner Brian MacMahon (...) die gleiche Fragestellung an 700.000 Kindern wiederholte. (...) Ergebnis: Die Krebssterblichkeit im Kindesalter lag bei im Mutterleib bestrahlten Kindern um 40% über der normalen Rate. Eine am National Cancer Institut der USA

1985 veröffentlichte Studie über 32.000 Zwillinge bestätigte dies Resultat." (5) Zu Beginn der 70er Jahre veröffentlichte in Großbritannien die Ärztin Alice Stewart ein ähnliches Ergebnis, das auf der statistischen Auswertung der Daten von 19 Mio. Kindern beruhte. (11)

Untersuchungen von Sternglass in den USA, der erhöhte Krebs- und Todesfälle bei Kindern im Umkreis von AKWs bereits im Normalbetrieb oder nach dem Harrisburg-Unfall festgestellt hatte, wurden immer wieder angezweifelt, weil es sich dabei teilweise um extrem geringe Zahlen handelte, manchmal ging es dabei um einige wenige Fälle, die umgerechnet in Prozent allerdings einen erheblichen Anstieg anzeigten.

Heute wird allgemein anerkannt, daß auch niedrige Raten radioaktiver Strahlung zur Erhöhung der Krebsrate führen. Allgemein gilt auch für BRD-Behörden die Faustformel, daß eine doppelte Bestrahlung zu einer Verdoppelung der Krebsfälle führt. Jede offizielle Behauptung, daß eine Gefährdung in der BRD nicht vorgelegen hätte, ist deshalb eine ganz bewußte Zwecklüge gewesen. Obwohl man bei uns auch nie ausschließen kann, daß selbst Verantwortliche einfach zu dumm sind. Aber wer sagt schon gerne laut, daß er bereit ist, eine gewisse Rate an Todesfällen in Kauf zu nehmen?

Der Hamburger Umweltschutzverantwortliche Vahrenholt gab zu, daß die Strahlenschutzkommission (SSK) Grenzwerte *„jetzt aus dem Boden gestampft"* habe, *„bei denen man gar nicht weiß, ob sie sicher sind"*. Der Staatssekretär des Inneren, Franz Kroppenstedt, habe es intern ganz offen gesagt, man müsse *„jetzt nach dem Opportunitätsprinzip vorgehen"*, was — so der Spiegel (5) — heißen sollte: *„die Werte so ansetzen, daß für Produkte noch Vermarktungschancen bestehen und die Leute nicht in Panik geraten."* Pech für die großangelegte Betrugspolitik war allerdings, teilweise eher noch die Unruhe gesteigert zu haben.

„Wir sind 2.000 Kilometer von dieser Unfallstelle entfernt. Eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung ist ausgeschlossen"

„Wir sind 2.000 Kilometer von dieser Unfallstelle entfernt. Eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung ist ausgeschlossen"

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am 6.5.1986

Nicht *daß* niedrige Dosen von Radioaktivität Krebs verursachen, ist umstritten, sondern *wie hoch* diese Rate ist. Auch kritische Wissenschaftler können nicht bestreiten, daß in diesem Bereich mit Annahmen gearbeitet wird, mit Modellen, die sich nur schwer beweisen lassen. Nur in Einzelfällen (z.B. Röntgenstrahlen) lassen sich Statistiken über bis zu 30 Jahren aufstellen. Zudem weiß niemand, wie Krebs wirklich, bei wem und bei wem nicht ausgelöst wird, selbst bei „gleicher" Belastung. Es sei so, als ob ein Amokschütze von einem Hochhaus auf eine Menge feuere, danach fallen einige um, brachte es jemand auf den Punkt. (5) Salopp drückte das Problem mangelnder Kenntnisse Professor Dietrich Schulte-Frohlinde vom Mülheimer Max-Planck-Institut für Strahlenchemie so aus: Im Bereich niedriger Strahlendosen sei die Gesundheitsgefährdung *„reine Glaubenssache"* (5). So konnte es auch nicht ausbleiben, daß sich Leute als Vorkämpfer gegen die „Panik" zu Wort meldeten, die man nur noch als Zyniker oder aber verhinderte Spaßvögel bezeichnen kann. Professor Felix Wachsmann, ehemaliger Chef des Instituts für Strahlenschutz in München, betonte plötzlich *„die nützliche Wirkung kleiner Dosen, (...) die Steigerung der Fertilität und Vitalität sowie Verlängerung der Lebensdauer (...) bei primitiven Lebewesen in gewissen Fällen"*, Effekte, die *„bei Säugetieren (...) schon bei Bruchteilen eines Gray"* auftreten könnten. (5) Könnten, sicherlich, aber Krebs gibt's trotzdem.

Wir können uns aber bei den folgenden Abschätzungen trotzdem auf hochoffizielle Werte und Berechnungen stützen, die z.B. das Bundesinnenministerium selbst zugrunde legt bzw. wie sie die UNO bei der Abschätzung der Folgen der Atombombenversuche angibt. Auch wenn kritische Wissenschaftler diese Werte als zu niedrig ansehen, kommt man schon auf beträchtliche Konsequenzen.

Verharmlosungen und Vertuschungen

Häufig wurde der Vergleich mit der natürlichen Radioaktivität (110 Millirem pro Jahr (= 0,110 Rem)) zur „Beruhigung" herangezogen. Weil diese Rate in Höhenlagen größer ist, verglich der Leiter des Offenbacher Stadtgesundheitsamts die Tschernobyl-Folgen mit denen *„eines 14tägigen Aufenthaltes in Davos"*. (5) Immerhin nimmt der 1979 in den USA im Auftrag der „National Academy of Science" erstellte „BEIR-Report" an, daß ca. 1% aller Krebserkrankungen auf die natürliche Radioaktivität zurückzuführen seien. *„Andere Untersuchungen geben den Anteil der durch die natürliche Strahlung verursachten Krebsfälle mit 1-10% an, bei Leukämie bis 20%. In der Bundesrebublik werden demnach mehrere Tausend tödliche Krebsfälle durch die natürliche Strahlung verursacht,"* schreibt das IFEU-Institut. (4) Weniger bei der natürlichen Strahlung sondern gerade bei den „künstlichen" Strahlen sind vor allem Stoffe zu finden, die sich in bestimmten Körperteilen anreichern und dort viel größere Schäden (im Vergleich zu ihrer abgegebenen Strahlung) hervorrufen.

Vom Bundesinnenministerium gibt es detaillierte Tabellen, die angeben, wie man zu ganz unterschiedlichen Belastungswerten bei unterschiedlichen radioaktiven Stoffen, sei es beim Atmen oder Essen und Trinken, kommt.

Schäden (im Vergleich zu ihrer abgegebenen Strahlung) hervorrufen.
Vom Bundesinnenministerium gibt es detaillierte Tabellen, die angeben, wie man zu ganz unterschiedlichen Belastungswerten bei unterschiedlichen radioaktiven Stoffen, sei es beim Atmen oder Essen und Trinken, kommt.

Danach wirkt etwa Plutonium auf die Lunge rund zehntausendfach schlimmer als Jod 131 oder Strontium tausendfach schlimmer als Jod 131 auf die Knochen. (Diese Tabellen sind in dem erwähnten IFEU-Bericht angegeben, danach könnte jeder mit vorhandenen Meßwerten seine Millirem ausrechnen (4).) Den Tabellen zufolge errechnet sich für ein Kleinkind in Darmstadt bei nur einer Stunde Aufenthalt im Freien am 1.Mai bei 166 Bq pro Kubikmeter Luft eine Schilddrüsenbelastung von 11,5 mrem, oder für die Leber eines Erwachsenen im baden-württembergischen Greglingen am 6.Mai, nach Verzehr von einem Kilogramm Salat, 1,45 mrem durch Cäsium 137. Ein Liter 500 Bq-Milch, wie sie von der Strahlenschutzkommission erlaubt wurden, bedeutete für ein Kleinkind 210 mrem Schilddrüsenbelastung. Hätten tatsächlich alle Kinder Milch mit dieser Belastung eine Reihe von Tagen getrunken, könnte das Schilddrüsenkrebs in einigen tausend Fällen bedeuten (s. Extra-Artikel dazu).

Die Strahlenschutzkommission hatte bis zu 3 rem Schilddrüsenbelastung für Kleinkinder genehmigt, und rechnet damit, daß in der Regel 1 rem nicht überschritten worden wäre. Bei Cäsium sei in Gebieten mit „hoher Kontamination" (= Verseuchung) innerhalb von drei Monaten mit 60 mrem pro Erwachsenem durch Essen zu rechnen. Es wird ohne weiteres erklärt, daß in „Einzelfällen" die Belastung noch höher sei; bei der Schilddrüse wird für Erwachsene mit 300 mrem Belastung gerechnet. Dann aber wird ganz kräftig runtergemogelt: Weil es eben **im Durchschnitt** gar nicht so schlimm gewesen sei, kommt die SSK zur Abschätzung, daß in der BRD 1986 mit 90

Krypton-85	329
Krypton-88	2.800
Strontium-89	3.900
Strontium-90	200
Zirkonium-95	6.600
Ruthenium-103	5.100
Ruthenium-106	1.500
Iod-131	3.800
Iod-133	7.500
Xenon-133	7.400
Caesium-134	510
Caesium-137	260
Barium-140	6.900
Cer-144	4.000.
Plutonium-238	4,7
Plutonium-239	1,1
Plutonium-241	220

Aktivitäten der Spaltprodukte im Reaktor vom Biblis-Typ (s. IFEU-Bericht S.5)

Fortsetzung auf Seite 16

Der folgende Beitrag erscheint in Kürze in einer erweiterten Neuauflage des Buches „Atomkraft am Ende". Er wurde dem Ak vom Verlag Werkstatt/Göttingen freundlicherweise zur Verfügung gestellt und von uns um ca. die Hälfte gekürzt. Helmut Hirsch ist Mitarbeiter der Gruppe Ökologie Hannover. Er ist durch Nachforschungen und Publikationen über militärische Hintergründe ziviler Atomprogramme, so auch des bundesdeutschen, bekannt geworden. — Red.

Helmut Hirsch:

Tschernobyl — Chronik einer Katastrophe

Prolog: 27. Juni 1954

In Obninsk, südlich von Moskau, geht das erste Atomkraftwerk der Welt in Betrieb. Es handelt sich um einen graphitmoderierten, leichtwassergekühlten Druckröhrenreaktor mit einer elektrischen Leistung von 5 Megawatt. Das Zeitalter der zivilen Atomenergienutzung hat begonnen. Die Zeitbombe tickt.

Erster Tag: 25. April 1986

In der Sowjetunion sind 50 Atomkraftwerke mit rd. 33.000 Mw elektrischer Leistung in Betrieb (in Europa insgesamt rd. 200 mit über 120.000 MWe). 25 davon sind vom gleichen Grundtyp wie Obninsk, der zum RBMK-Reaktor weiterentwickelt wurde. Der RBMK ist ein militärisch-ziviler Zweizweckreaktor; er dient sowohl der Produktion von Elektrizität, als auch von Plutonium für das sowjetische atomare Arsenal. Die anderen sowjetischen Reaktoren sind Druckwasserreaktoren, hauptsächlich vom Typ WWER, sowie zwei Schnelle Brüter.

In Tschernobyl in der Ukraine sind vier RBMK-Blöcke mit je 1.000 MW elektrischer Leistung in Betrieb, die 1977 bis 1983 ans Netz geschaltet wurden. Zwei weiter Blöcke sind am gleichen Standort im Bau. Tschernobyl liegt etwa 130 km nördlich von Kiew. In und um Kiew leben etwa dreieinhalb Millionen Menschen. Der Reaktortyp RBMK gilt bei vielen Atomexperten im Westen als ein vom Aufbau her ziemlich sicherer Reaktor, auch verglichen mit westlichen Druckwasserreaktoren.

Am 25. April beginnen jene Ereignisse, die der Welt zeigen werden, daß auch ein angeblich relativ sicherer Reaktortyp nicht sicher genug ist. Der genaue Ablauf ist bisher nicht bekannt geworden. Jedenfalls arbeitet der vierte und neueste Block in Tschernobyl im Rahmen seiner jährlichen Überprüfung gerade mit nur 7 Prozent seiner Nennleistung. Gleichzeitig werden wissenschaftliche Experimente durchgeführt.

Plötzlich nimmt die Reaktorleistung zu — innerhalb von 10 Sekunden auf 50 Prozent. Offenbar wurden irrtümlich Steuerstäbe ausgefahren. Ursache könnte ein Fehler des Betriebspersonals gewesen sein — vielleicht aber auch eine falsche Anzeige eines Meßinstrumentes, das im Reaktorkern die Zustandsgrößen laufend kontrolliert. Eine Sektion des Reaktors heizt sich jedenfalls besonders auf.

Das Kühlwasser verdampft. Ein Bruch im Primärkreislauf des Reaktors tritt ein, in dem Wasser und Dampf normalerweise bei hohem Druck und hoher Temperatur zirkulieren.

Nach Meinung von Experten des französischen Commissariat à l'Energie Atomique könnte der Bruch in einem der vier Sammler eingetreten sein, die den Dampf aus den Druckröhren, in denen sich der Brennstoff befindet, zusammenfassen und zur Turbine leiten. Unmittelbare Folge: Turbinenschnellabschaltung und Stopp der Kühlmittelpumpen.

Die rund 200 t leicht angereicherter Uranbrennstoff im Reaktor erhitzen sich weiter. Das Wasser auch in den bisher nicht betroffenen Druckröhren verdampft und reagiert bei Temperaturen ab etwa 1.000°C heftig mit dem Zirkonium der Hüllrohre. Dies führt zu zusätzlicher Aufheizung sowie zum Freiwerden von Wasserstoff. Auch bei einem Leichtwasserreaktor deutscher Bauart bestehen die Brennelement-Hüllrohre aus einer Zirkon-Legierung.

Die Situation gerät nun rasch außer Kontrolle, obwohl der Reaktor zum Unglückszeitpunkt mit nur 7% Nennleistung arbeitete, und die Entwicklung von Nachzerfallswärme im Reaktorkern daher bedeutend kleiner ist, als bei einem Unfall bei Vollast.

Später wird vom sowjetischen Vertreter im Gouverneursrat der IAEO, Semjonow, festgestellt, daß in dieser Phase auch der Sicherheitsbehälter des Reaktors durch den Druck versagt habe. Nach allgemeinem westlichen Kenntnisstand verfügen RBMK-Reaktoren nicht über einen Sicherheitsbehälter, jedenfalls nicht in einer westlichen Reaktoren vergleichbaren Form. Sie werden allerdings in Zellenbauweise errichtet, wobei den einzelnen Zellen auch eine gewisse Druckfestigkeit und damit Sicherheitsbehälter-Funktion zukommt.

US-Aufklärungssatelliten stellen am 25. April bereits den Zusammenbruch der örtlichen Kommunikation um Tschernobyl fest, sowie Berichte, die von dort nach Moskau gesandt werden.

Zweiter Tag: 26.April 1986

Nach (erst Tage später veröffentlichten) offiziellen sowjetischen Angaben tritt der Unfall an diesem Tage um 1 Uhr 23 ein. Eine heftige chemische Explosion führt zu schweren Schäden am betroffenen Reaktorblock und zerstört sämtliche Barrieren zwischen Reaktorkern und Atmosphäre. Dabei hat es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um eine Wasserstoffexplosion gehandelt. Durch die Explosion stürzt ein 200 Tonnen schwerer Kran auf den Reaktor und bewirkt weitere Zerstörungen.

Nach Aussagen von W. Falin, Vorstandsvorsitzender der sowjetischen Nachrichtenagentur „Nowosti", entstand nach der Explosion „eine in den Notfallregeln nicht vorgesehene Lage". Die Bedienungsmannschaft des Reaktors hätte dann zunächst das Risiko unterschätzt und ihre eigenen Möglichkeiten überschätzt. Die überforderten Techniker ergriffen Sicherheitsmaßnahmen z.T. mit Verspätung. Die Notkühlung (Fluten des Reaktorkerns mit Wasser) wurde so spät ausgelöst, daß sie nicht mehr wirksam werden konnte und durch heftige Dampfexplosionen die Lage noch verschlimmerte.

Die Aufheizung des Kernbrennstoffes im Reaktor geht weiter. Möglicherweise dauert auch die Kettenraktion zeitweise noch an. Bei leichtwassermoderierten Reaktoren kommt sie beim Verdampfen des Moderators (der gleichzeitig Kühlmittel ist) sofort zum Stillstand. Bei Graphitmoderation bleibt die Moderatorwirkung und damit die Möglichkeit einer Kettenreaktion bestehen, bis der Reaktorkern seine Form verloren hat und zusammengeschmolzen ist.

Am Vormittag des 26. April beginnt der Kern zu schmelzen. Durch die Zerstörung des Reaktorgebäudes kann Luft eindringen: Die Graphitblöcke, auf 1.400° C aufgeheizt, beginnen zu brennen. Die Flammenwand erreicht eine Höhe von 30m. Der Unfall ist nicht mehr unter Kontrolle zu bringen — es kommt zum ersten „Super-GAU" der Welt: zu einem Unfall, bei dem sämtliche Sicherheitssysteme und -vorkehrungen vollständig ausfallen bzw. wirkungslos werden und ein großer Teil des radioaktiven Inventars freigesetzt wird.

Gegen fünf Uhr früh beginnt die Evakuierung der Arbeiter aus den Anlagen von Tschernobyl. Die Bevölkerung in der Umgebung des Kraftwerkes schwebt in großer Gefahr. Die nahe am Kraftwerk gelegene Stadt Pripjat wird bis 2 Uhr 23 von der Polizei abgeriegelt, aber noch nicht evakuiert.

In der Stadt Tschernobyl (20 km entfernt, 30.000 Einwohner) werden noch keinerlei Maßnahmen getroffen. Fast alle Menschen in der Sowjetunion sind noch völlig ahnungslos; ebenso die gesamte Bevölkerung des restlichen Europa.

Dritter Tag: 27. April 1986

Der Graphitbrand dauert an, der geschmolzene Reaktorkern gibt nach wie vor große Mengen radioaktiver Stoffe an die Atmosphäre ab. Das Feuer verstärkt die Freisetzung: Radioaktive Teilchen werden durch die aufsteigenden heißen Verbrennungsgase in die Höhe gerissen, neue Luft strömt laufend seitlich zu. Unter schwierigsten Bedingungen und größter Gefahr versuchen Feuerwehrleute den Brand zu löschen — mit großen Mengen Wasser. Dies führt aber nur zu weiteren Dampf- und Wasserstoffexplosionen.

Die freigesetzen Mengen Radioaktivität sind je nach Radionuklid verschieden; sie hängen vom Inventar des Reaktorkerns sowie von der Flüchtigkeit ab. Leichtflüchtige Stoffe werden früher freigesetzt als andere. In den Tagen des Unfalles wird Jod-131 frühzeitig und wahrscheinlich nahezu 100% freigesetzt — eine Menge von rd. 30 Millionen Curie (1 Curie = 37 Milliarden Becquerel). Bei den Cäsium-Isotopen 134 und 137 ist mit einer Freisetzung von rd. 50% zu rechnen — das entspricht 3.8 Millionen bzw 6.7 Millionen Curie. Von Strontium-90 können bis zu 10% freigesetzt werden — rd. 400.000 Curie. Daneben sind auch noch andere Stoffe — z.B. Barium-, Ruthen-, und Cer-Isotope, aber auch Neptunium-239 sowie Plutonium- Isotope — von Bedeutung.

Am 27. April gegen 14 Uhr wird die Stadt Pripjat endlich evakuiert (30.000 Menschen). In den Städten Tschernobyl und Kiew werden noch keinerlei Maßnahmen durchgeführt.

Vierter Tag: 28. April 1986

Die Situation am Reaktor in Tschernobyl ist unverändert. Die Regierung der Sowjetunion hat es noch immer nicht für nötig erachtet, andere Länder über die Katastrophe in Kenntnis zu setzen. Dennoch wird sie an diesem Tag bekannt: Informationen können an Staatsgrenzen zurückgehalten werden, nicht aber die radioaktive Wolke.

Im schwedischen Atomkraftwerk in Forsmark wird Alarm gegeben: Bei der Eingangskontrolle wird an der Kleidung eines Arbeiters Radioaktivität festgestellt. Auch Messungen in der Umgebung des Kraftwerkes zeigen erhöhte Werte. Die Betriebsleitung vermutet einen Störfall in Forsmark: Der Reaktor wird abgeschaltet, 600 Arbeiter werden evakuiert. Während noch fieberhaft nach dem vermeintlichen Leck gesucht wird, werden auch in Stockholm und Helsinki radioaktive Stoffe in der Luft nachgewiesen, die nur von einem Reaktorunfall kommen können. In Tampere (Finnland) wird das 5 bis 6fache der normalen Radioaktivität festgestellt.

Erst nachdem in Schweden und Finnland Vermutungen geäußert werden, in der Sowjetunion könne sich ein Reaktorunfall ereignet haben, gibt die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine lakonische Meldung heraus: Im Atomkraftwerkskomplex von Tschernobyl sei es zu einem Unfall gekommen, ein Reaktor sei beschädigt. Gegenmaßnahmen seien im Gange, den Betroffenen werde geholfen; eine Regierungskommission sei eingerichtet worden. Nichts wurde gesagt über Ursache und Ablauf des Unfalles, über die Freisetzungen und die Zahl der Opfer, sowie darüber, welche Gefahren noch bestünden.

Ein Schluß kann aus der Meldung immerhin gezogen werden: Die Tatsache, daß eine Regierungskommission eingesetzt wurde, deutet auf eine schwere Katastrophe hin.

Fünfter Tag: 29. April 1986

Der Brand und die radioaktiven Freisetzungen in Tschernobyl dauern an. Deutsche Experten schätzen, daß in der unmittelbaren Nähe des Reaktors eine Dosisleistung von etwa 1.000 rem pro Stunde herrscht. Das bedeutet: Schon ein Aufenthalt von einer Viertelstunde führt bei allen Betroffenen zu akuter Strahlenkrankheit, sowie bei empfindlichen Personen zu Todesfällen; ein Aufenthalt von einer Stunde führt in jedem Fall zum Tode. Es wird vermutet, daß in einem Umkreis von 3 km niemand die Katastrophe überleben könne.

Aus den USA werden Vermutungen bekannt, daß ein zweiter Block am Standort Tschernobyl ebenfalls in Brand geraten sei.

Die sowjetische Bevölkerung wird in der Nachrichtensendung Wremja in knappster Form über den Unfall informiert. TASS meldet, daß der Unfall bisher zwei Todesopfer gefordert habe. Die US-Nachrichtenagentur upi spricht von 2.000 Toten.

Der Stausee, der Kiew mit Trinkwasser versorgt, soll durch radioaktive Verseuchung bedroht sein. Im übrigen geht das Leben in Kiew unverändert weiter. Die radioaktive Wolke wird nun auch in Polen gemessen. Das polnische Radio gibt bekannt, daß besondere Maßnahmen nicht erforderlich seien.

In Schweden und Finnland wird zehnfach erhöhte Radioaktivität gemessen; stellenweise liegen die Werte noch erheblich höher (bis 140fach erhöht). In Kopenhagen wird das fünffache des normalen Wertes gemessen.

Am Morgen des 29. April bitten sowjetische Diplomaten in Bonn und Stockholm um Rat, wie ein Graphitfeuer gelöscht werden kann. Später trifft Botschafter Kwizinskij zu einer Besprechung im Auswärtigen Amt in Bonn ein. Worüber gesprochen wird, bleibt geheim.

Dennoch fühlen sich die Bundesminister Zimmermann und Riesenhuber bereits in der Lage zu erklären, ein ähnlicher Unfall könne in der Bundesrepublik völlig ausgeschlossen werden. Etwas vorsichtiger äußert sich ein Experte des TÜV: Ein solcher Unfall sei in der BRD zwar theoretisch nicht ausschließbar, praktisch aber doch.

In Berlin wird erhöhte Radioaktivität in der Luft gemessen. Auch Flensburg meldet erhöhte Werte; ansonsten ist die Bundesrepublik noch nicht betroffen.

Sechster Tag: 30. April 1986

Fotos, die von einem US-Aufklärungssatelliten aufgenommen wurden (der Satellit KH-11 überfliegt viermal täglich die Sowjetunion), zeigen Hubschrauber und Flugzeuge, die den havarierten Reaktorblock umkreisen und Sand und Chemikalien abwerfen. Im Gegensatz zu früheren Meldungen wird festgestellt, daß es offenbar doch nicht zum Kernschmelzen in einem zweiten Block am Standort gekommen ist.

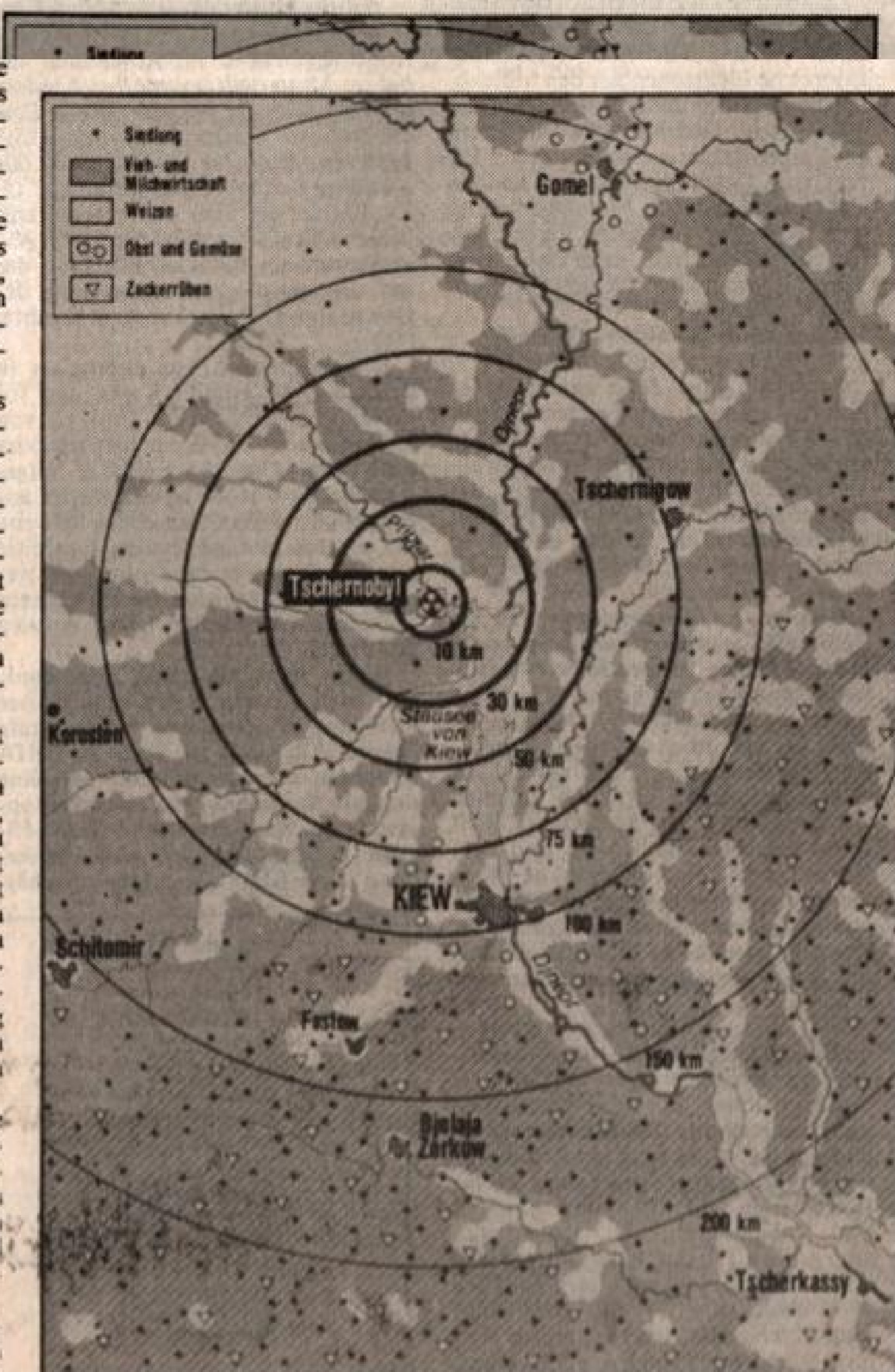
Das sowjetische Fernsehen zeigt ein Bild des betroffenen Kraftwerksblockes, mit deutlichen Anzeichen einer starken Explosion, die das Dach aufgerissen hat.

In Polen treten hohe Radioaktivitätswerte vor allem im Nordosten, um Bialystok und Suwalki, auf. Alle Kinder unter 16 Jahren bekommen in der Schule Jodtabletten. Vor den staatlichen Gesundheitsstellen, die Jodtabletten an die Bevölkerung ausgeben, bilden sich lange Schlangen. Milchpulver ist in vielen Orten Polens nicht mehr zu bekommen. Vor Verzehr von Gemüse wird gewarnt; dies wird allerdings als reine Vorsichtsmaßnahme dargestellt. Die polnische Regierung richtet im ganzen Lande Beratungsstellen ein.

Es wird deutlich, daß auf den ersten Vorstoß der radioaktiven Wolke nach Nordwesten (v.a. Skandinavien), der die BRD kaum erreicht hat, ein zweiter folgt, und zwar von der Unglücksstelle zunächst ziemlich genau in westlicher Richtung: Am Morgen des 30. April steigt die Radioaktivität in Kärnten, bei Ostwind und Regen (Regen erhöht die Konzentration radioaktiver Stoffe in den bodennahen Luftschichten und wäscht Radioaktivität in den Boden). Auch andere österreichische Bundesländer richten Krisenstäbe ein. Es wird empfohlen, daß kleine Kinder und Schwanger in den Häusern bleiben, Vieh nicht auf die Weide getrieben, und Verzehr von Frischgemüse vermieden wird.

Die Radioaktivität reist nicht nur mit dem Wind: Am Grenzübergang Helmstedt wird bei 6 LKW, die aus Polen und der Sowjetunion kommen, radioaktive Kontamination festgestellt. Bei einem deutschen LKW, der in 500 km Entfernung am Unglücksort vorbeigefahren ist, ist aufwendiges Abwaschen erforderlich — das Waschwasser muß anschließend als radioaktiver Abfall behandelt werden.

In der Bundesrepublik nehmen die Proteste zu. Am 30. April demonstrieren z.B. in Schwandorf 300 Menschen — gerade das Gebiet, in dem die Wiederaufbereitungsanlage errichtet werden soll, ist vom radioaktiven Niederschlag aus Tschernobyl besonders betroffen. Landrat Schuierer versucht vergeblich, vom Deutschen Wetterdienst, Umweltministerium und anderen Stellen konkrete Daten zur Belastung zu bekommen — der Dienstweg muß eingehalten werden, Informationen bleiben geheim.



Kampf den Atomkraftwerken

Ein trauriger Gag besonderer Art ist es, daß der stellvertretende Hessische Ministerpräsident und Finanzminister Krollmann ausgerechnet jetzt beginnt, von der Errichtung eines Kernkraftwerkes mit Hochtemperaturreaktor in Borken zu schwärmen. Die hessische SPD sieht auch keine Veranlassung, Biblis stillzulegen.



In der Nähe von Kiew wird Milch auf Strahlung untersucht

Siebenter Tag: 1. Mai 1986

Zufolge einer amtlichen Erklärung aus Moskau soll die Lage in Tschernobyl weitgehend unter Kontrolle sein, der Austritt radioaktiver Stoffe habe in den letzten 24 Stunden nachgelassen. Der Reaktor brennt jedoch immer noch.

Der genaue Ablauf der Ereignisse, die zu dem Unfall führten, ist nach wie vor unbekannt. Nach einer unbestätigten Meldung soll das auslösende Moment ein Stromausfall, gefolgt vom Versagen der Notstromversorgung, gewesen sein.

Die offizielle Moskauer Erklärung gibt ferner an, es hätte bisher zwei Tote gegeben. 197 Verletzte wären in Krankenhäuser eingeliefert worden, davon 49 kurzfristig wieder entlassen. 18 der Verletzten seien in einem kritischen Zustand.

Die US-Schätzungen von rd. 2.000 Toten werden als antisowjetische Propaganda bezeichnet; es werde versucht, eine „Psychose des Mißtrauens" auszulösen.

Gleichzeitig geben US-Stellen bekannt, die Angabe von zwei Todesopfern sei doch glaubwürdiger als andere, höhere Schätzungen. Jedoch würden in den nächsten Wochen noch erheblich mehr Todesopfer zu beklagen sein. Das US-Landwirtschaftsministerium schätzt, daß rd. 10% der sowjetischen Getreideproduktion von dem Unfall beeinträchtigt werden könnten. In Wallstreet steigen die Getreide-Aktien ...

In Kiew wird der 1. Mai bei herrlichem Sonnenschein und festlicher Stimmung gefeiert. Die offiziellen Berichte sind sehr dürr; die zentralen sowjetischen Medien bringen keine Warnungen vor dem Verzehr von Lebensmitteln u.ä. In Kiew wird allerdings empfohlen, Kleinkinder nicht aus dem Hause zu lassen; längerdauernde Arbeiten unter freiem Himmel werden unterbrochen. Ein deutscher Reiseleiter berichtet, in Kiew seien die Krankenhäuser voll, z.T. habe man Notquartiere in den benachbarten Schulen eingerichtet. Es soll in der Umgebung doch zu einigen hundert Todesfällen gekommen sein. Milchprodukte werden gemieden; viele Menschen nützen das verlängerte Wochenende und reisen in den Süden.

In Polen bestehen nach wie vor erhöhte Radioaktivitätswerte. In Warschau regnet es am 1. Mai.

In Österreich nimmt die Radioaktivität in Kärnten ab, nach Regenfällen

In Polen bestehen nach wie vor erhöhte Radioaktivitätswerte. In Warschau regnet es am 1. Mai.

In Österreich nimmt die Radioaktivität in Kärnten ab, nach Regenfällen

in Oberösterreich zu. Die Wolke muß auch über Ungarn gezogen sein; dort fiel allerdings kein Regen. In der CSSR wird die Bevölkerung nicht informiert; sie richtet sich weitgehend nach den Meldungen in den österreichischen Medien. Jod-Tabletten sind gefragt.

In Berlin gehen die Werte etwas zurück. Der südliche Arm der Wolke, die sich wie in einer Zangenbewegung auf das Bundesgebiet zubewegt hat, wird jedoch immer stärker: Werte steigen in Bayern, sowie in Teilen von Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In Darmstadt wird um 17 Uhr ein erschreckender Wert von 166 Becquerel Jod-131 pro Kubikmeter Luft gemessen. Der Deutsche Wetterdienst empfielt, Säuglinge nachts bei geschlossenem Fenster schlafen zu lassen und Kühe nicht auf die Wiese zu führen. Ein Sprecher des hessischen Umweltministeriums empfielt, Kinder nach dem Spielen im Freien sorgfältig abzuwaschen.

Achter Tag: 2. Mai 1986

Soweit aus verschiedenen, teilweise widersprüchlichen Angaben ersichtlich, werden erst an diesem Tag alle Menschen in einem Umkreis von 30 km um den havarierten Kraftwerksblock, also auch die Bewohner der Stadt Tschernobyl, evakuiert. Der sowjetische Minister für Atomenergie Petrosjanz spricht von einer schweren Katastrophe.

Der US-Spezialist für Knochenmarkstransplantationen, Robert Gale, fliegt nach Moskau. Derartige Transplantationen können Strahlenopfern, die kurzfristig hohe Dosen (bis 1.000 rem) abbekommen haben, eventuell zum Leben verhelfen. Sie wirken aber nicht unfehlbar; bei mindestens 20% der Fälle sind Probleme mit Abwehrreaktionen des Körpers gegen das Transplantat zu erwarten. Gale erwartet die vollen Auswirkungen des Unfalles frühestens in drei bis vier Wochen. Langfristig, nimmt er an, werden Krebskrankheiten sowie die Augenkrankheit Grauer Star zunehmen.

In Schweden und Polen tritt im Hinblick auf die Radioaktivität in der Luft eine gewisse Entspannung ein. In Großbritannien werden in Milch Spuren von Jod-131 nachgewiesen; auch Griechenland und die Türkei werden von der Wolke erreicht. In der Schweiz wird empfohlen, kein Wasser aus Zisternen zu benützen und Gemüse gründlich zu waschen. Die niederländischen Bauern sollen ihr Vieh eine Woche länger in den Ställen lassen.

Die Wolke breitet sich in der Bundesrepublik aus. In Süddeutschland werden die höchsten Werte gemessen, v.a. in Regensburg, Stuttgart und Freiburg. Hohe Luftradioaktivität tritt aber auch schon in Saarbrücken und Aachen auf. Am Nachmittag des 2. Mai wird schließlich auch Hannover erreicht, das bis dahin, zwischen beiden Wolkenvorstößen liegend, verschont blieb.

Die ersten hohen Werte der Bodenkontamination tauchen auf, so werden z.B. in Bad Wurzach in Baden-Württemberg 50.000 Bq Jod-131 pro Kilogramm Boden gemessen. Dieser Wert liegt selbst für Umweltminister Weiser „an der Katastrophengrenze". In Bayern werden bis zu 900 Bq Jod-131 pro Liter Milch gemessen. Die Berliner Meierei-Zentrale stoppt Milchlieferungen aus Westberlin und der DDR.

Endlich werden nun auch — zumindest für die Radioaktivität in der Luft — Meßwerte in größerer Zahl be-

liner Meierei-Zentrale stoppt Milchlieferungen aus Westberlin und der DDR.

Endlich werden nun auch — zumindest für die Radioaktivität in der Luft — Meßwerte in größerer Zahl be-

kanntgegeben. An den Vortagen wurden nur einzelne Werte veröffentlicht und meist nach längerer Verzögerung. Die Taktik war durchweg, einen kurzfristigen Abfall der Werte abzuwarten (der meist rein zufallsbedingt war), um dann fallende Tendenz bekanntgeben zu können. Steigende Tendenzen gab es dadurch immer nur im Rückblick! Die Meßstationen laufen im Bundesinnenministerium zusammen, das nun nach massivem Druck beginnt, Werte in größerer Zahl zu veröffentlichen.

Der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission, Oberhausen, verharmlost das Problem der Spätschäden; die Gefahr sei klein. Dennoch sei das Milchtrinken einzuschränken; Vieh solle kein Frischfutter erhalten. Molkereien sollen Frischmilch nur ausliefern, wenn ihr Gehalt an Jod-131 unter 500 Bq/l läge. Frischgemüse sei zu waschen, von Jod-Tabletten abzuraten.

Neunter Tag: 3. Mai 1986

Die radioaktive Wolke erreicht den Fernen Osten: In Tokio geht radioaktiver Regen nieder.

Die polnische Polizei beschlagnahmt in mehreren Städten einige hundert Tonnen Frischgemüse.

In Süddeutschland steigen die Radioaktivitätswerte in Bewuchs und Boden. Vor allem zwischen Ulm und Illertal werden hohe Werte gemessen. In Tuttlingen werden 1.300 Bq Jod-131 pro Liter Milch gemessen.

Die Empfehlung des Baden-Württembergischen Umweltministers Weiser, Kühe nicht auf die Weide zu lassen, wird kaum verbreitet. Orte mit besonders hohen Radioaktivitätswerten werden nicht gesondert informiert.

Der hohe Grenzwert der Strahlenschutzkommission gestattet ein großzügiges Verdünnen von besonders belasteter Milch mit weniger belasteter. Die Chance, Milch mit geringem Gehalt an Jod-131 gezielt für Kinder zur Verfügung zu stellen, wird so vertan. Der 3. Mai ist auch ein Tag bundesweiter Demonstrationen. Die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, die — wie längst bewiesen ist — ohne Erhöhung der Emissionen aus fossilgefeuerten Kraftwerken möglich ist , wird eingefordert. In Wackersdorf demonstrieren 15.000 Menschen, in Berlin 8.500, in Stuttgart 4.000, in Stade 1.200, in Frankfurt 2.000, in Würgassen 1.500, in Göttingen 2.000. In Wackersdorf und Göttingen kommt es zu brutalen Ausschreitungen der Polizei.

Zehnter Tag: 4. Mai 1986

Der Parteichef von Moskau, Jelzin, gibt weitere Informationen über die Situation am Unglücksort: Bisher wurden insgesamt 49.000 Menschen evakuiert. Die Dosisleistung um den Reaktor ist von 200 Röntgen/h am 2. Mai auf 150 am 4. Mai gesunken. 20 bis 25 Opfer befinden sich in einem sehr kritischen Zustand.

Ministerpräsident Ryschkow und Politbüromitglied Ligatschow haben die Umgebung des havarierten Reaktors besucht. Hubschrauber werfen nach wie vor Säcke mit Sand, Blei und Bor zum Abdichten des Reaktors ab.

In Rumänien wird vor Brunnenwasser, Milch, frischem Gemüse gewarnt. Kinder sollen nicht ins Freie gelassen werden und nur Milch aus Milchpulver erhalten. Auch in Jugoslawien wird

In Rumänien wird vor Brunnenwasser, Milch, frischem Gemüse gewarnt. Kinder sollen nicht ins Freie gelassen werden und nur Milch aus Milchpulver erhalten. Auch in Jugoslawien wird

vor Milchprodukten gewarnt. In der DDR glänzt das Neue Deutschland mit der Schlagzeile: „Innenministerium der BRD meldet: Gesundheit der Bevölkerung war zu keiner Zeit gefährdet".

In der Nacht vom 3. zum 4. Mai sowie am 4. Mai regnet es in der BRD. Die Bodenwerte steigen weiter stark an. Das Bundesinnenministerium und verschiedene Landesbehörden geben Empfehlungen, betonen aber, es handle sich um reine Vorsorge, es bestünde keinerlei Gefahr. Auch in Niedersachsen, dem bisher am wenigsten betroffenen Bundesland, sollen Kühe nun nicht mehr auf die Weide; die Molkereien sollen die Milch kontrollieren. Kontakt mit Regenwasser ist zu meiden. Die Strahlenschutzkommission verkündet Grenzwerte für Blattgemüse: 250 Bq Jod-131 pro kg, sowie 100 Bq Cs-137 pro kg.

Kritik an den Grenzwerten wird laut. Die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace fordert eine Senkung des Grenzwertes für Milch auf ein Hundertstel, also 5 Bq/l. Ähnlich äußern sich andere Verbände und Organisationen.

Interessanterweise äußert sich am 4. Mai auch die staatliche Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung", München, kritisch zu dem Milch-Grenzwert.

In Hessen wird ein Wert von 20 Bq/l Milch, in Berlin ein solcher von 100 Bq/l für Jod-131 festgelegt. Bundesinnenminister Zimmermann äußert sich an diesem Tag über die deutschen Atomkraftwerke: Er schwört auf ihre Sicherheit!

Elfter Tag: 5. Mai 1986

Der bundespolitische Sprecher der CDU erklärt: *„Die Bevölkerung ... kann mit den Meßwerten ohnehin nichts anfangen, deswegen ist es besser, sie nicht zu veröffentlichen."* In Hannover erklärt der Leiter des Amtes für Zivilschutz, die Stadt habe keinerlei Einsatzpläne für Katastrophenfälle mit radioaktivem Niederschlag vorbereitet. In der Nähe dieser Großstadt liegt das Atomkraftwerk Grohnde. Wahrscheinlich ist die Situation für viele deutsche Großstädte typisch.

Zwölfter Tag: 6. Mai 1986

Auf einer Pressekonferenz in Moskau erklärt der stellvertretende Ministerpräsident Schtscherbina, es gäbe bisher zwei Tote, 18 Verletzte im kritischen Zustand und insgesamt 204 Menschen mit Strahlenkrankheit. Zur Zeit seien 150 Arbeiter eingesetzt, die gegen das Reaktorunglück kämpften. Auf dem Reaktor sei eine Schicht von Sand, Bor und Blei von 4 m Dicke aufgeschüttet worden.

Schtscherbina betont, die Sowjetunion werde ihr Atomenergieprogramm wie vorgesehen auch in Zukunft mit hohem Tempo realisieren. Die Prawda berichtet, die Lage am Unglücksort sei nach wie vor kompliziert, und lobt den heldenhaften Einsatz der Feuerwehrmänner.

In der Bundesrepublik werden Bodenwerte bis zu 170.000 Bq Gesamtbeta pro kg Boden gemessen. Die Warnungen vor der Langzeitbelastung nehmen zu. Der Leiter der Hessischen Landesanstalt für Umwelt spricht davon, daß in Zukunft vor allem durch Cäsium-137 im Boden mit einer mehrfachen Grundbelastung der Bevölkerung durch Radioaktivität zu rechnen sei. Endlich werden Richtwerte für die Zusammensetzung der Gesamt-beta-Aktivität bekannt: 25% Jod, 40% Ruthen-Isotope, 20% Cäsium-Isotope, 7% Barium, unter 1% Neptunium. Der Anteil von Strontium-90 ist nach wie vor unklar. Er könnte bei rd. einem Zehntel des Cäsium-Wertes liegen.

In Baden-Württemberg wird bei Freilandgemüse im Handel teilweise das Zehnfache des offiziellen Grenzwertes gemessen, bei Kuhmilch das Vierfache. Ein Wasserwerk muß stillgelegt werden, bei den anderen treten keine erhöhten Werte auf.

Die Atomlobby hat nach wie vor ihre strammen Vertreter. Die CDU bleibt auf Atomkurs, auch FDP-Lambsdorff tritt für die Weiterführung der bisherigen Kernenergiepolitik ein. Der Hessische Ministerpräsident Börner ist gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke, sieht aber keinen Grund, Biblis stillzulegen, wie er vor dem Landtag erklärt. Ein Ausstieg sei eventuell in den 90er Jahren denkbar. Der grüne Umweltminister Fischer äußert sich zu dieser Erklärung Börners nicht.

Dreizehnter Tag: 7. Mai 1986

In Jugoslawien hat sich schon in den vergangenen Tagen die Opposition ge-

Dreizehnter Tag: 7. Mai 1986

In Jugoslawien hat sich schon in den vergangenen Tagen die Opposition ge-

gen das bei Zagreb geplante zweite Kernkraftwerk des Landes verstärkt. Am 7. Mai wird bekannt: Die Regierung will auf das Kernkraftwerk verzichten. In Österreich ist die Inbetriebnahme von Zwentendorf nun endgültig kein Thema mehr.

Während die Luftwerte deutlich zurückgehen, ist die Kontamination landwirtschaftlicher Produkte in der BRD weiter stark angestiegen, ebenso die des Bodens. Die Großmarkthalle in Frankfurt meldet einen Umsatzrückgang von 50%. Im Freien gezogenes Blattgemüse darf nicht mehr angeboten werden. Es wird empfohlen, unterzupflügen und neu zu säen (dadurch erhält zwar das Jod-131 Zeit zum Zerfall, aber Cäsium und Strontium gelangen erst recht in den Boden). Bei Spinat, Lauch, Löwenzahn wurden hohe Werte gemessen, niedrigere bei Rhabarber. Spargel ist bisher nicht betroffen.

Vierzehnter Tag: 8. Mai 1986

Der ukrainische Ministerpräsident Liaschko erklärt, das Feuer im Reaktor glimme nur noch, die Temperatur sei auf 300° C gesunken. Es wird bekannt, daß auch das Dach des benachbarten Reaktorblockes bereits Feuer gefangen hatte, aber noch rechtzeitig gelöscht werden konnte. Über dem Unglücksreaktor werden immer noch Blei, Sand, Bor und Lehm abgeworfen. Zum Schutz des Trinkwassers werden am Ufer des Flusses Pripjat Dämme aufgeschüttet.

Die Prawda berichtet, daß nunmehr auch unter dem Atomkraftwerk gearbeitet werde, um die Folgen unter Kontrolle zu bringen. Offenbar ist der Reaktorkern durch die Fundamente geschmolzen. Es wird offiziell bekanntgegeben, daß nunmehr insgesamt drei Todesopfer zu beklagen seien.

Das Leben in Kiew geht nun nicht mehr seinen gewohnten Gang. Zwar sollen am 7. und 8. Mai über 100.000 Menschen den Radprofis der „Internationalen Friedensfahrt" zugejubelt haben. In der Ukraine werden aber mittlerweile verschiedene Maßnahmen empfohlen wie: Keine Milch trinken, Blattgemüse gut waschen, keine ausgedehnten Spaziergänge unternehmen, Jod-Tabletten werden nicht ausgegeben; offenbar kam es aber zu Krankheitsfällen durch „Selbstbehandlung" mit solchen Tabletten.

Die Radioaktivität in Kiew nimmt zu. Es herrscht keine Panik, aber viele Menschen verlassen die Stadt. Die Straßen werden regelmäßig mit Wasser abgespritzt, kontaminierte Autos werden gereinigt. Flughäfen und Bahnhöfe werden von Soldaten mit Maschinenpistolen bewacht.

Spanien meldet erstmals aus Barcelona erhöhte Werte. Nur in Frankreich herrscht absolutes Stillschweigen.

In der Bundesrepublik werden nach wie vor hohe Werte in Boden und Nahrungsmitteln gemessen. Ausgerechnet in der Umgebung des Hochtemperaturreaktors bei Hamm-Uentrop wird sehr hohe Bodenkontamination gemessen — die Reaktorbetreiber streiten jeden möglichen Zusammenhang mit ihrer Anlage entschieden ab. Das Gegenteil wäre kaum beweisbar (allenfalls mit genauen Isotopenanalysen) — die Meßnetze zur Umgebungsüberwachung bei deutschen Atomanlagen, die auch unter günstigsten Bedingungen nur lückenhafte Informationen liefern, sind durch die Niederschläge von Tschernobyl „geblendet". Eine Kontrolle der deutschen Anlagen ist damit nicht möglich.

Fünfzehnter Tag: 9. Mai 1986

IAEO-Generaldirektor Blix berichtet, daß im Unglücksreaktor noch immer hohe Temperaturen herrschten, die Kernschmelze aber wohl unter Kontrolle sei. Aus der Luft wurden insgesamt 5.000 t Sand, Bor und Blei auf den Reaktor abgeworfen.

Alle Abreisenden aus der Ukraine werden an Bahnhöfen und Flughäfen kontrolliert. 250.000 Kinder aus Kiew zwischen 7 und 14 Jahren sollen am 15. Mai vorzeitig in Ferienlager verschickt werden.

An der spanischen Mittelmeerküste werden erhöhte Werte gemessen. In Italien fordern die Sozialisten die Stillegung von Latina, dem kleinsten und ältesten der drei italienischen Atomkraftwerke.

In der Bundesrepublik werden erstmals hohe Werte in Frischfleisch gemessen, v.a. in den Schilddrüsen von Wild, Rindern und Schafen.

Sechzehnter Tag: 10. Mai 1986

In der BRD ist die Wolke teilweise verschwunden, örtlich bestehen aber noch hohe Luftwerte (z.B. in Regens-

Sechzehnter Tag: 10. Mai 1986

In der BRD ist die Wolke teilweise verschwunden, örtlich bestehen aber noch hohe Luftwerte (z.B. in Regens-

burg). Für Bundesgesundheitsministerin Süßmuth war und ist das alles kein Problem.

Siebzehnter Tag: 11. Mai 1986

Nach IAEO-Generaldirektor Blix hat sich die Lage am havarierten Reaktor stabilisiert. Infrarotmessungen zeigen keine heißen Stellen mehr an der Reaktorruine. Die Temperaturen liegen wieder unter dem Schmelzpunkt von Uran. Frühere Angaben über niedrige Temperaturen waren offenbar voreilig.

Man könne nun vielleicht optimistisch sein, meint Blix. Unter dem Reaktor sei ein Wassertümpel angelegt worden; nach Verdampfen des Wassers wurde er mit Beton ausgegossen. Es ist ein ganzes Tunnelsystem entstanden.

In Kiew werden die Straßen dreimal täglich abgespritzt. An 50 Stellen wird stündlich die Strahlung in Luft, Wasser und Boden gemessen. Kinder sollen zu Hause bleiben und täglich die Haare waschen.

Insgesamt sind aus der Umgebung des Reaktors 92.000 Menschen und 34.000 Stück Vieh evakuiert worden.

Neunzehnter Tag: 13. Mai 1986

Der Vizepräsident der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Welichow, erklärt, die Situation im Unglücksreaktor habe sich erst am 11. Mai stabilisiert. Offenbar gelang erst an diesem Tag eine gewisse Abdichtung von unten, so daß der geschmolzene Kern nicht tiefer in die Erde eindringen konnte ...

(Manuskript abgeschlossen am 27.5.86)

Harrisburg

Die Lektion, die nicht verstanden wurde

Alte Publikationen über den Unfall von Harrisburg, die es reichlich gibt, wieder aufzuschlagen, ist jetzt eine wahnsinnig interessante Sache. Das interessanteste Fundstück gleich vorweg: Es stammt aus dem Vor-Ort-Bericht eines Experten, den die US-Atomaufsichtsbehörde, Nuclear Regulatory Commission (NRC), zum Reaktor „Three Mile Island" entsandt hatte. Roger Mattson telefonierte am dritten Tag der Ereignisse an seine Washingtoner Zentrale: „Wir haben unglücklicherweise zu spät zu wenige Informationen erhalten, und noch bei jedem teilweisen Schmelzen eines Reaktorkerns ist es so gewesen." In Harrisburg hat vor sieben Jahren eine teilweise Kernschmelze, also ein GAU, stattgefunden — Begriffe, welche die offiziellen und verantwortlichen Stellen aus Politik und Wirtschaft bis zum heutigen Tag auf das Peinlichste vermeiden, wenn das damalige Geschehen zur Sprache kommt. Aber nicht nur das: ‚Noch jedes Mal ist es so gewesen' heißt, daß es nicht zum ersten Mal so war. Harrisburg gilt offenbar zu Unrecht als Uraufführung des GAUs in einem Atomkraftwerk. Haben nur wir gepennt oder wem ist das schon mal aufgefallen?

Scheinbar belanglose Wartungsarbeiten lassen eine Pumpe ausfallen; ein offenes Ventil schließt sich nicht wie vorgesehen; zwei andere, permanent offenzuhaltende Ventile sind bei einer Routineüberprüfung versehentlich geschlossen worden; ein Pappschild mit Bedienungshinweisen verdeckt eine Kontrolleuchte, die das anzeigen soll; Meßinstrumente liefern Daten, mit denen die Techniker nichts anfangen können; ein Schalter wird falsch betätigt oder es wird richtig geschaltet, bloß zu spät oder die Papierzufuhr für den Computer-Drucker klemmt — schon gerät ein 1000 Megawatt Atomreaktor außer Kontrolle. Als am 28.3.1979, wenige Sekunden nach vier Uhr früh, im zweiten Block des Atomkraftwerks Three Mile Island (TMI 2) die Alarmhupe ertönt, sitzt der Leiter einer vier Mann-Nachtschicht an seinem Arbeitstisch im Kontrollzentrum. *„Ich blickte durchs Glasfenster wie bei jedem Alarm, und ich sah, wir hatten buchstäblich jeden Alarm — alles war*
„Ich blickte durchs Glasfenster wie bei jedem Alarm, und ich sah, wir hatten buchstäblich jeden Alarm — alles war
rot." Kein Grund zur Aufregung: Turbinenausfall und automatische Reaktorschnellabschaltung sind für die Kraftwerksbetreiber in aller Welt zwar ärgerlich und teuer, aber doch ein stinknormaler Störfall — so häufig, daß es die westdeutschen Anti-AKW-BIs irgendwann zu Beginn der achtziger Jahre aufgaben, die entsprechenden Vorkommnisse allein für die BRD aufzulisten.

Relativ banal fängt es an. Daß sich ein Überdruckventil im Wasserkreislauf, der den Reaktorkern kühlt, planmäßig öffnete, nicht aber wieder schloß, mußte den Technikern entgehen, da das entsprechende Kontrollgerät zwar den Steuerungsbefehl zum Schließen anzeigte, nicht aber die tatsächliche Stellung des (hakenden) Ventils. Erst nach zwei Stunden wurde das faktische Leck entdeckt. So aber alarmierte es nicht sonderlich, als man zehn Minuten nach Störfallbeginn feststellte, daß sich Wasserfluten — Herkunft unbekannt — ins Reaktorgebäude ergossen. Das kommt schließlich auch nicht gerade selten vor. Zwar paßten die Daten aus dem Reaktor nicht zum üblichen Verlauf einer Schnellabschaltung; der Druck war zu niedrig angezeigt, die Temperatur zu hoch. Aber so lange der Wasserstand in Ordnung zu sein schien, meinten die Techniker, alles im Griff zu haben, weil die Kühlung gewährleistet wäre.

In Wirklichkeit war längst ein „Loss of coolant accident" (LOCA: Kühlmittelverlust) eingetreten. Der Druckabfall ließ Wasserdampf entstehen, mindestens der obere Teil der Brennelemente wurde freigelegt und erhitzte sich rapide. Als 1200 Grad Celsius erreicht waren, reagierte die Metallumhüllung, die die Uran-Brennstäbe umgibt, chemisch mit dem Dampf. Dadurch entstand einerseits Wasserstoff, andererseits konnten radioaktive Spaltprodukte aus den Brennelementen austreten. Die scheinbar ausreichende Wasserstandsanzeige an den Meßgeräten, auf die sich die Techniker verließen, täuschte über die Existenz von Dämpfen und Gasen im Reaktordruckgefäß hinweg.

Als man allmählich zu erkennen begann, daß sich die Situation kritisch entwickelte, war es bereits zu spät. Das für solche Fälle vorgesehene Notkühlsystem soll zwar im Prinzip funktionstüchtig geblieben sein, konnte aber nur für jeweils kurze Zeitabstände eingesetzt werden, da die ausgedehnten und mittlerweile das ganze System durchwandernden Blasen die Pumpen als letztes Mittel, die Entwicklung noch zu beeinflussen, zu zerstören drohten. Insgesamt mehrere Male, so heißt es, war der Reaktorkern für mehrere Stunden zu mindestens zwei Dritteln ohne Kühlung.

Was dann passierte, wird in den offiziellen Analysen und Berichten, die später im Auftrag verschiedener Behörden erstellt wurden, weitaus vornehmer umschrieben als in den ziemlich verzweifelten Besprechungen der NRC-Beamten: *„schwere Beschädigung des Reaktors"*, *„teilweise Zerstörung von Brennelementen"*, Erhitzung auf Temperaturen von 1950 bis 2200 Grad *„oder sogar mehr im Reaktorkern"*. Oder sogar mehr: Bei knapp 3000 Grad schmelzen die Uran-Brennstäbe. Und zu einem Teil schmolzen sie tatsächlich in Harrisburg. Aber das Wort durfte in der Öffentlichkeit nicht gebraucht werden, wie so vieles nicht.

Den Ernst der Lage, der ihnen schließlich doch *irgendwie* bewußt wurde, gestanden sich Techniker, NRC-Beamte und das Krisenmanagement von Behörden und Elektrizitätsgesellschaft, wenn man den Berichten glauben darf, nicht einmal untereinander ein.

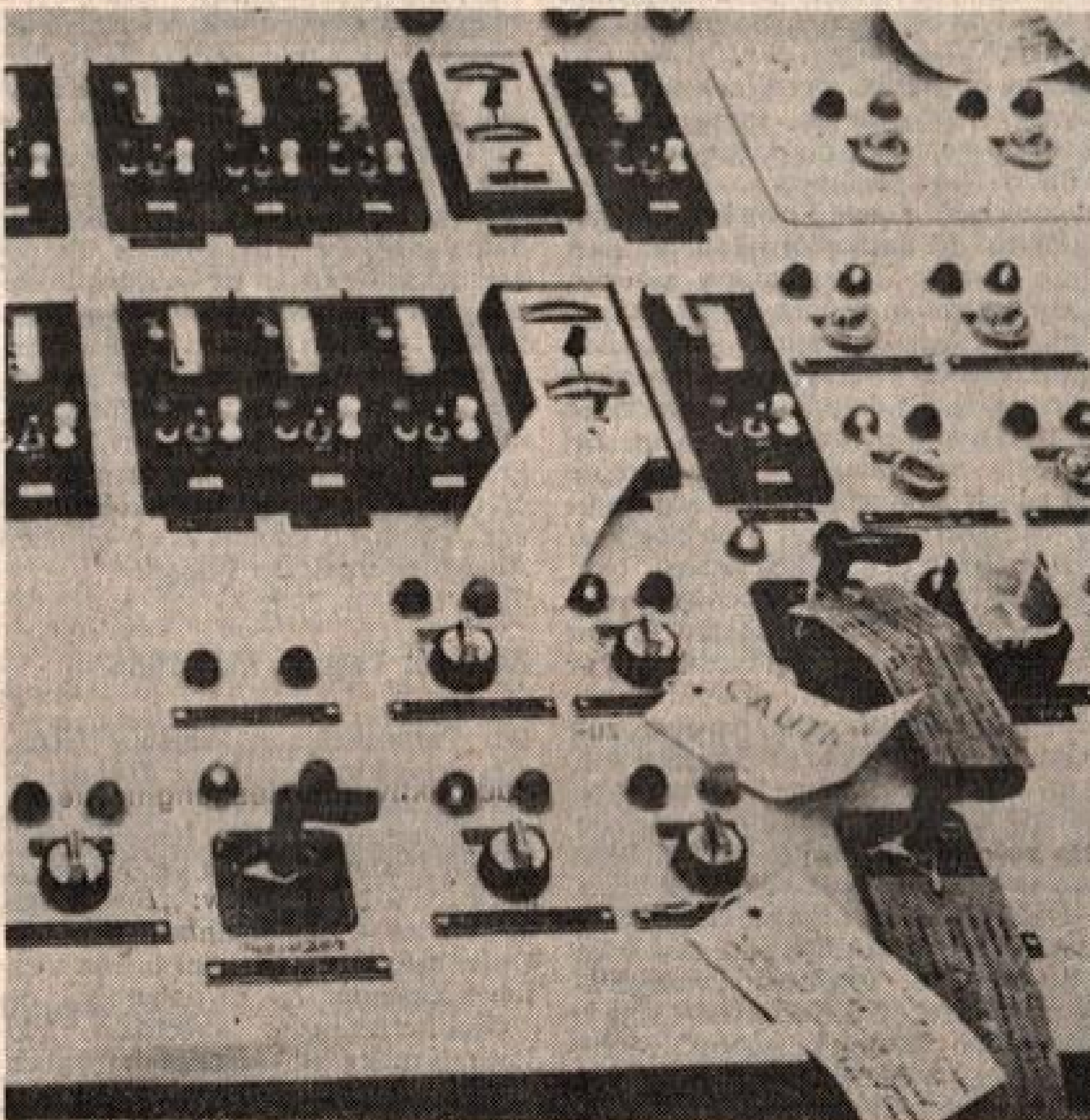
Das Unmögliche, das nicht eintreten durfte, konnte auch nicht beim Namen genannt werden: GAU. Noch Monate danach krümmte man sich unter den Fragen der Untersuchungskommissionen, ob der Eintritt eines GAUs überhaupt ins Kalkül aufgenommen wurde. Des Rätsels Lösung ist nicht schwer: Betreiber und Behörden waren von Anfang an bemüht, die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß der Katastrophe zu täuschen. Später brauchten sie natürlich rechtfertigende Argumentationen, um die Desinformation nicht allzu offensichtlich werden zu lassen.

Etwa zwei Stunden nach Unfallbeginn wurden hohe Radioaktivitätswerte im Reaktorgebäude registriert; in einem Abluftkamin, durch welchen Gase in die Umgebung entwichen, versag-
te im Reaktorgebäude registriert; in einem Abluftkamin, durch welchen Gase in die Umgebung entwichen, versag-
ten die Meßinstrumente bei der Höchstanzeige von 1000 rem pro Stunde. Nach weiteren 60 Minuten rief die TMI-Leitung den allgemeinen Notstand auf dem Kraftwerksgelände aus und informierte die lokalen Behörden. Vormittags erklärte die Stromgesellschaft Met Ed wahrheitswidrig der Öffentlichkeit, es handele sich um keine außergewöhnliche Situation. Man habe alles im Griff, nach außen sei keine Strahlung abgegeben worden.

Zu dieser Zeit herrschte am Reaktor selbst das Chaos. Eine Wasserstoff-Explosion erschütterte gegen Mittag den Sicherheitsbehälter, eine weitere, möglicherweise zerstörerische schien sich anzubahnen. Nahezu hilflos versuchten aus dem ganzen Land zusammengetrommelte Ingenieure und Wissenschaftler, das heiße Ungetüm irgendwie zu kühlen. Wechselweise pumpten sie Wasser hinein und öffneten die Überdruckventile. Unmengen eines radioaktiven Dampf-Wasser-Gemischs gelangten auf diese Weise in das Reaktorgebäude; von dort wurden sie in bald überschwappende Tanks eines Nebengebäudes gepumpt, von dort in Abklingtanks und von dort ... die Gase in die Luft und das Wasser in den Fluß.

Widersprüchlich sind die Angaben über die in der Umgebung gemessene Strahlung, in den Kleinstädten Middletown und Goldsboro sowie im 16 km entfernten Harrisburg, mit 250 000 Einwohnern die Hauptstadt von Pennsylvania. Top secret blieb die wahrscheinliche Gesamtmenge der abgegebenen Aktivität. Angeblich mußten zunächst die von den AKW-Betreibern selbst aufgestellten Instrumente ausgetauscht werden, da sie nicht geeicht und unbrauchbar gewesen seien. Vielleicht waren sie wirklich untauglich und zeigten nichts an. Vielleicht aber hatten sie umgekehrt zuviel angezeigt? Jedenfalls wurden die Verantwortlichen nicht müde, die dann schließlich nicht mehr zu verheimlichende Strahlenbelastung für unbedenklich zu erklären. Der Chef der Gesellschaft Met Ed präsentierte sich der US-Fernsehnation am 29.3. mit klassischer Atomstaats-Diktion: *„Wir haben niemanden verletzt. Wir haben niemanden verstrahlt. Und ganz sicher (!) haben wir niemanden getötet."* Inzwischen kennt man die Übersetzung dieser nicht mal mehr modernen Terminologie: Bisher hat es keine Todesopfer gegeben. Über Art und Umfang von Verstrahlungen und Verletzungen können oder sollen keine Angaben gemacht werden.

Am 30.3., der Reaktor war nach wie vor außer Kontrolle, sein radioaktives Inventar wurde in kleineren und größeren Schüben an die Umwelt abgegeben, fiel die Entscheidung über Evakuierungsmaßnahmen. Zu diesem Zeitpunkt setzten sich alle nach TMI 2 entsandten NRC-Verantwortlichen



Das lernte die Atomindustrie aus Harrisburg: Entfernung von Pappschildern mit Bedienungshinweisen, weil sie Kontrolleuchten verdecken können. Wie nach jedem Unfall wurde die Sicherheit auch durch diese Maßnahme außerordentlich verbessert.

dringend dafür ein. Abteilungleiter Denton: *„Ich glaube, das Wichtigste für die Evakuierung ist, einen Vor-*
dringend dafür ein. Abteilungleiter Denton: *„Ich glaube, das Wichtigste für die Evakuierung ist, einen Vor-*
sprung vor der Wolke zu kriegen, statt stillzusitzen und aufs Sterben zu warten. Selbst wenn wir die Strahlendosis im Einzelfall nicht verringern können, haben wir doch noch eine Chance, sie für die Gesamtbevölkerung in Grenzen zu halten." Sein Stellvertreter Mattson: *„Ich verstehe nicht, warum Sie nicht die Leute evakuieren. Das muß ich sagen. Ich habe das auch hier unten schon dauernd gesagt. Ich weiß nicht, was wir zum jetzigen Zeitpunkt schützen. Ich glaube, wir sollten die Leute evakuieren."* Auf die Frage nach seiner momentanen Hauptsorge, antwortet der Sicherheitsexperte erneut, *„daß wir einen Unfall haben, von dem wir nicht wissen, wie wir ihn angehen sollen, und der, nach vorsichtiger Schätzung, sich langsam verschlimmert und — nach der pessimistischsten Einschätzung — an der Schwelle zur Katastrophe steht. Und ich sehe überhaupt keinen Grund, die Menschen nicht zu evakuieren. Ich kann mir nicht vorstellen, was man dabei gewinnt, wenn man die Menschen nicht evakuiert."*

Obwohl sich die NRC-Zentrale diesem Rat anschloß, evakuierten die Behörden nicht. Sie spielten, wie es die Kommentatoren später beschrieben, „va banque". Der Gouverneur von Pennsylvania beließ es bei einer Empfehlung an schwangere Frauen und Kinder, eine fünf Meilen-Zone um das Kraftwerk nicht zu betreten. Gleichzeitig gab er intern Anweisungen, den Notstandsbunker der Regierung im zweiten Tiefgeschoß des Transportministeriums von Harrisburg herrichten zu lassen. Dort werden die Lebensmittelvorräte für 40 bis 50 Personen aufgefrischt, Luftfilter und Wasserzufuhr aus einem eigenen Tiefbrunnen überprüft, die Kommunikationssysteme getestet. *„Theoretisch könnten wir hier unbeschadet bis zum Jüngsten Tag ausharren"*, meint der Sprecher eines staatlichen Katastrophenschutzes, der, wie der Name andeutet, den Staat schützt. Offenbar existiert in der Bevölkerung ein gewisses Bewußtsein über den Charakter behördlicher Fürsorge: Massenhaft verliessen die Einwohner von Middletown und Goldsboro die Region.

Tatsächlich war es nicht ein hinterwäldlerischer Landesfürst gewesen, der die dringend angeratene Evakuierung verweigerte. Vielmehr traf Gouverneur Thornburgh seine Entscheidung nach einem Telefongespräch mit dem damaligen US-Präsidenten, Jimmy Carter. Ebenso ergaben die späteren Untersuchungen, daß das Weiße Haus die Harrisburger Verwaltung bedrängt hatte, die betroffene Region unter keinen Umständen zum Notstandsgebiet zu erklären, weil dies eine „handfeste Panik" hervorrufen würde. Weil sich die Situation am Reaktor nach fünf Tagen immer noch nicht entspannt hatte, erschien Carter zu einem Blitzbesuch mit dem erklärten Zweck, der internationalen Öffentlichkeit Ruhe und Gelassenheit zu demonstrieren. 10 Minuten lang ließ sich das Staatsoberhaupt den Kontrollraum zeigen. Aber: Sicher ist sicher. Ein Krankentransport stand bereit.

Am sechsten Tag wandte sich das Blatt vorsichtig zum Besseren. Wochen dauerte es, um Millionen Liter radioaktives Wasser allmählich zu entseuchen. Nach Monaten konnte man mithilfe von Robotern Meßproben aus
aktives Wasser allmählich zu entseuchen. Nach Monaten konnte man mithilfe von Robotern Meßproben aus
dem Reaktorgebäude entnehmen. Das Reaktordruckgefäß muß geschlossen bleiben. Die Ruine strahlt immer noch: Der Unfall von Harrisburg ist nicht zuende.

Niemand bestreitet ernsthaft, daß das Ausbleiben eines Super-GAUs mehr Glück als Verstand war. Das bißchen menschlicher „Verstand" im Umgang mit den entfesselten Kernkräften kann so beschrieben werden, daß man *„kleinere Opfer vorsieht, etwa den begrenzten Austritt von Radioaktivität, um die Zerstörung des Gebäudes und damit den großen Brand zu verhindern"* — so die Empfehlung des bundesrepublikanischen Nobelpreisträgers Maier-Leibnitz an die Atomindustrie nach Tschernobyl („stern", 7.5.86). Eine, schon was Harrisburg angeht, zynische Umschreibung: Wie hoch die „kleineren Opfer" jenes GAUs wirklich waren und sind, wurde in den USA zum Gegenstand heftiger Kontroversen. Diejenigen Wissenschaftler, von denen man sagen kann, daß sie in ihrer Arbeitshypothese Strahlenschäden nicht von vornherein ausschlossen, stellten im Umkreis von Three Mile Island eine erhöhte Säuglingssterblichkeit und erhöhte Krebsraten fest.—

Da hätten wir also, was die politischen Abläufe betrifft, einen konkreten Ost-West-Vergleich. Etwa gleich lange brauchten die Verantwortlichen in den USA wie in der UdSSR, um die Frage einer Evakuierung zur Entscheidung zu stellen. Ähnlich verwirrend, widersprüchlich, verharmlosend waren die offiziellen Auskünfte über das Ausmaß der Gefährdung. Hüben wie drüben war die Bevölkerung, um sich ein realistisches Bild machen zu können, vor allem darauf angewiesen, den Tonfall der Verlautbarungen zu interpretieren und auf dahingeworfene Nebensatz-Bemerkungen zu achten. Hier wie dort waren die Erklärungen von dem Muster geprägt, daß erstens nichts Schlimmes passiert und zweitens das Schlimmste vorüber sei. Die USA können natürlich darauf verweisen, daß sie vom Super-GAU verschont blieben. Andererseits: Wenn jener in Harrisburg eingetreten wäre, spricht vieles dafür, daß er dort noch verheerender gewirkt hätte als in der Ukraine: Einmal wegen des verschiedenen Reaktortyps, der auf TMI noch mehr radioaktives Inventar enthielt, zum anderen wegen der größeren Bevölkerungsdichte in der näheren Kraftwerksumgebung.

Was den Unfallablauf angeht, gab es damals wie heute eine Reihe beinahe wortgleicher Erklärungen der Experten, wonach man es mit einer völlig neuartigen, unvorhergesehenen Situation zu tun habe. Und im krassen Widerspruch dazu kommentierten die Medien damals genauso wie heute, selten sei ein Unfall so präzise vorausgesagt worden. Heute gilt Jens Scheer als Kronzeuge für die Gefährlichkeit des sowjetischen RBMK-Reaktors, den der Bremer Professor schon vor fast fünf Jahren anprangerte, sowie — noch überzeugender — der Artikel in einer ukrainischen Literaturzeitung, der eine Kritik an Planung und Errichtung neuer Reaktorblöcke in Tschernobyl mit der Warnung beendete, die Folgen davon werde man noch zu spüren bekommen.

Doch das Phänomen von „selffullfilling prophecy" war in Harrisburg noch frappierender. Damals war in den USA gerade der Film „China Syndrom" angelaufen. Jenem Drehbuch schien das reale Geschehen von TMI 2 in einer geradezu unglaublichen Übereinstimmung zu gehorchen. Vielleicht sehnt man sich angesichts unfaßbarer Katastrophen automatisch nach Vergleichsmaßstäben, die man prompt dort findet, wo ein Szenario — sei es im Film, sei es in Zeitungsartikeln — schon mal durchgespielt worden ist. Vielleicht geht auch einfach jede Warnung vor jedem beliebigen Atomreaktor in der Welt früher oder später in Erfüllung. Eins ist jedenfalls sicher: In puncto prophetischer Gabe haben die Atomkritiker vor ihren Gegnern einen nicht mehr einholbaren Vorsprung.

Vorsichtig sollte man auch mit der Argumentation von den Mängeln der Planwirtschaft umgehen. So wird jetzt häufig vorgebracht, der Sowjetunion fehle es am Markt, an der Konkurrenz und an einem kritischen Umweltbewußtsein — Faktoren, die einen höheren Sicherheitsstandard im Westen bewirken würden. Tatsächlich ging der TMI-Reaktor trotz erheblicher Störungen während seines Probebetriebs am 30.12.78 ans Netz, weil die Met Ed-Gesellschaft die Frist bis zum Jahresende einhalten mußte, um sich Steuervorteile von 40 Mio. Dollar zu sichern. Tatsächlich hatte Met Ed einschneidende Einsparungen am Personal ihrer Atomkraftwerke vorgenommen. Und von genau den gleichen Materialmängeln und Schlampereien, die die ukrainische Kritikerin vier Wochen vor Tschernobyl zur Sprache brachte, han-
von genau den gleichen Materialmängeln und Schlampereien, die die ukrainische Kritikerin vier Wochen vor Tschernobyl zur Sprache brachte, han-
delt auch der Film „China Syndrom".

Wer sich schon hierzulande auf den kühnen Versuch einläßt, eine Überlegenheit des Atomstaats westlicher Prägung zu behaupten, hätte im Grunde nur ein Argument, das stechen könnte: „Captain Dave". So wurde am Harrisburger Lokalsender ein Reporter genannt, der sich am 28.3.1979 wie jeden Morgen mißmutig, unausgeschlafen, verkatert hinters Steuer klemmte, um zur Arbeit zu fahren. Und wie an jedem Morgen schaltete er, weil in dieser gottverdammten Ecke der Welt ohnehin nie etwas los ist, über CB-Funk die Bullenfrequenz ein. So bekam er mit, daß alle verfügbaren Polizeiwagen und Feuerwehren des Landkreises zum Atomkraftwerk geordert wurden. Um 8.25 Uhr brachte der Sender die Nachricht; um 9.06 Uhr tickerte AP die erste Meldung heraus. Andernfalls wäre der Unfall von Harrisburg vielleicht genauso wenig bekannt geworden wie die GAUs, die es, dem eingangs zitierten Telefongespräch zufolge, schon vorher gegeben hat.

Aber an diesem Argument scheinen die hiesigen Atompropagandisten wenig interessiert zu sein. Captain Dave ist nicht gefragt.

de.

Quellen

„Die Lektion"; Rainer Paul, Heyne, 1980
„Harrisburg war nur der Anfang"; Anti-AKW-Kommission des KB, Jürgen Reents Verlag, 1979
„Der Störfall von Harrisburg"; offizieller Bericht der Kemeny-Kommission, Erb Verlag, 1979
„Konsequenzen für die Sicherheit von Kernkraftwerken und den Strahlenschutz aus dem Störfall im amerikanischen Kernkraftwerk TMI 2 bei Harrisburg vom 28.März 1979"; Schlußbericht des Bundesinnenministeriums (Baum), 1981 — *besonders empfehlenswert für Sprachstudien, z.B. wie beschreibt man eine Gehirnamputation als leichte Grippe ...*

Reden ist Silber, Schweigen Plutonium?

Zur sowjetischen Informationspolitik

„Die Kommunisten brauchen immer und unter allen Umständen die Wahrheit'', lautet ein von Gorbatschow gern zitiertes Lenin-Wort. Die von der Sowjetunion nach der Katastrophe von Tschernobyl betriebene Informationspolitik dagegen folgte zunächst der Maxime, so wenig und so spät wie möglich Informationen preiszugeben — und dies nicht allein gegenüber den Klassenfeinden im Westen, sondern auch gegenüber der eigenen Bevölkerung und den verbündeten Staaten. Ein schöneres Geschenk hätte die Sowjetunion den USA nicht machen können. Endlich stimmte das Feindbild wieder. Die Russen sind zu dämlich, um mit moderner Technik umzugehen, Schuld ist „das System da drüben'', und mit so verlogenen Leuten kann man halt keine Rüstungskontrollmaßnahmen vereinbaren. Offene Schadenfreude legte zwar niemand an den Tag, aber die bürgerliche Welt registrierte befriedigt, daß die politische Offensive der UdSSR gestoppt sei.

Eine ukrainische Warnung?

Im Zusammenhang mit der Katastrophe von Tschernobyl geistert durch die westliche Presse die Meldung, vier Wochen zuvor hätte ein Artikel von L. Kovalevska in der „Literaturna Ukraina'' das Unglück vorausgesagt und auf schwere Mangel des Reaktors verwiesen. Diese Behauptung wurde auch nach einer vollständigen Veröffentlichung des Artikels in der „Frankfurter Allgemeinen'' vom 12. Mai fleißig kolportiert. Doch wer den Artikel liest, staunt nicht schlecht, denn da ist von dem havarierten vierten Block des AKWs gar nicht die Rede und schon gar nicht von versagenden Kühlsystemen. Vielmehr behandelt der Artikel die Schlampereien beim Bau des fünften und sechsten Blocks, der noch nicht abgeschlossen ist. Der Artikel weist nach, daß diverse Zulieferunternehmen die Verträge nicht einhalten und es daher zu unnötigen Verzögerungen komme. Diese Verzögerungen werden unter Verwendung von Ryshkov- und Gorbatschow-Zitaten kritisiert.[1] Zwar wird in dem Artikel auch erwähnt, daß zum Teil „fehlerhaftes Material'' angeliefert würde, aber nicht behauptet, daß in den fertigen Blöcken fehlerhaftes Material auch verbaut wurde.

Material'' angeliefert würde, aber nicht behauptet, daß in den fertigen Blöcken fehlerhaftes Material auch verbaut wurde.

jb

Die Gründe für die unsagbar dumme Informationspolitik der Sowjetunion sind keineswegs eindeutig. Immerhin aber lassen sich mittlerweile wenigstens einige Informationskanäle in der UdSSR analysieren und unterschiedliche Verhaltensweisen sowjetischer Spitzenpolitiker benennen. *Die* sowjetische Informationspolitik gab es nicht. Es gab recht deutlich mehrere Umgangsweisen mit der Katastrophe und den internationalen Fragen. Auch wenn es noch nicht möglich ist, die Frage zu beantworten, *wie es wirklich war*, so wollen wir mit diesem Artikel wenigstens versuchen, die vorhandenen Informationen zusammenzufassen und zu interpretieren.

Die erste Phase: Das strahlende Schweigen

Das Unglück ereignete sich nach sowjetischen Angaben am Samstag, dem 26.4., um 1.23 Uhr Ortszeit. Am Sonntag (27.4.) wurden in Finnland, Dänemark, Norwegen und Polen erhöhte radioaktive Werte gemessen. Als am Montag (28.4.) skandinavische Vertreter in Moskau anfragten, erklärte die sowjetische Atomenergie-Behörde, ihr sei von einem Unfall nichts bekannt. Wenige Stunden später veröffentlichte die Nachrichtenagentur TASS eine knappe Meldung, es habe sich in Tschernobyl eine Havarie ereignet, alle erforderlichen Maßnahmen seien ergriffen worden. Basta. Weder die sowjetische Bevölkerung noch die angrenzenden Staaten waren informiert worden. Nachdem im Westen Gerüchte und Spekulationen aufkamen bzw. aufgebracht wurden, bequemte sich die sowjetische Regierung am 29.4. zu einer weiteren Stellungnahme, in der erstmals Zahlen genannt wurden. Demnach habe es bei der Havarie zwei Tote gegeben und 197 Menschen seien in Krankenhäuser eingeliefert worden. Im sowjetischen Fernsehen erschien ein erster Bericht. Drei Tage nach dem Unfall begann man die sowjetische Bevölkerung zu informieren! Diese ersten Informationen waren jedoch kaum verwertbar, weil sie weder den Umfang der Katastrophe erläuterten, noch geeignete Verhaltensweisen empfahlen, sondern vorwiegend der Beruhigung dienten. Am 30.4. dann erfolgte eine dritte Erklärung der sowjetischen Regierung und eine nähere Unterrichtung der westlichen Botschafter in Moskau. Am selben Tag bestätigte die Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA) die sowjetische Auffassung, daß für andere Länder keine Gefahr bestehe. In den ersten Tagen hat die sowjetische Regierung den Eindruck erweckt, als habe sie versucht, die Katastrophe zu vertuschen, als habe sie gegenüber der eigenen Bevölkerung und gegenüber anderen Staaten völlig verantwortungslos gehandelt.

Das sowjetische Schweigen war der Hintergrund für die internationalen Spekulationen, war der Hintergrund, vor dem die CIA-Story von mehreren tausend Toten um die Welt gehen konnte. Wenn sich später die UdSSR beschwerte, im Westen hätten die bekannten aggressiven Kreise das Unglück für eine antisowjetische Propaganda mißbraucht — was zweifellos stimmt! — dann muß sie sich den Hinweis gefallen lassen, daß ihre Vertuschungsversuche diese Kampagne zumindest sehr vereinfacht haben.

Die zweite Phase: Irrungen, Wirrungen

Nach dem 1. Mai wurden unterschiedliche Verfahrensweisen deutlich. Noch am 1. Mai erklärte Terechow (Botschafter der UdSSR in Bonn), es handele sich *„um eine Havarie begrenzten Charakters, und eine Gefahr für Menschen anderer Länder kann ausgeschlossen werden''* („UZ'', 2. Mai). Auch der Moskauer Botschafter Kwizinski blockte Anfragen ab und wiederholte die knappe TASS-Meldung. Dagegen gab der Moskauer Parteichef Boris Jelzin, der sich als Gast der DKP in der BRD aufhielt, relativ bereitwillig Auskunft und nannte einige Zahlen und Daten. Am 2. Mai gestanden sowjetische Diplomaten (endlich) „ge-

in der BRD aufhielt, relativ bereitwillig Auskunft und nannte einige Zahlen und Daten. Am 2. Mai gestanden sowjetische Diplomaten (endlich) „ge-

wisse Gefahren'' für die sowjetische Bevölkerung und angrenzende Staaten ein und gaben zu, daß man den Reaktor noch nicht unter Kontrolle habe. Am 3. Mai erschienen erste Berichte in der hiesigen Presse, nach denen die Informationspolitik der Sowjetführung keineswegs einheitliche politische Hintergründe hatte. Diesen Berichten zufolge versuchten zunächst die Verantwortlichen in dem AKW Tschernobyl, die Sache in den Griff zu bekommen und gaben falsche Informationen nach Moskau weiter. Das Staatskomitee für Reaktorsicherheit in Moskau habe dann das Seine dazugetan und Anfragen des sowjetischen Außenministeriums abgebügelt. Diese Version wurde mittlerweile offiziell bestätigt (siehe unten). Nun wäre es sicherlich naiv anzunehmen, die zentralen Moskauer Stellen hätten überhaupt nichts gewußt. Aber sie wurden anscheinend unvollständig informiert. Für diese Version spricht auch die ausführlichere Informationspolitik, die nach dem 1. Mai einsetzte.

Die dritte Phase: Demonstrative Ausführlichkeit

Während im Westen durch die Angaben Jelzins erste Zahlen und konkrete Evakuierungsmaßnahmen der UdSSR bekannt wurden, hatte in den betroffenen sowjetischen Gebieten immer noch keine ausführliche Information der Bevölkerung stattgefunden. Den Ernst der Lage konnten die Sowjetbürger lediglich zwischen den Zeilen lesen und der Tatsache entnehmen, daß mit Ryschkow und Ligatschow zwei der ranghöchsten Politiker das Katastrophengebiet besuchten, um sich ein Bild zu machen und Verantwortungsbewußtsein zu demonstrieren.

In den folgenden Tagen bemühten sich dann die sowjetischen Medien darum, mit Reportagen und Berichten über die Evakuierungen und Schutzmaßnahmen der sowjetischen Bevölkerung ein Bild von der Situation vor Ort zu vermitteln. Die Sowjetunion lud nun eine IAEA-Delegation unter Vorsitz ihres Generaldirektors, Blix, ein. Diese Delegation traf am 5. Mai in der UdSSR ein und konnte sich vor Ort ein Bild von den Zuständen machen. Während sich einige Funktionäre noch immer um Verharmlosung bemühten, erklärte Arbatov (Leiter des



Radioaktivitäts-Messung in Kiew

Amerikanismus-Instituts in Moskau) in einem BBC-Interview: *„Der Unfall war wie eine Atombombenexpolision in der Atmosphäre''*. Am 6. Mai, elf Tage nach der Katastrophe, gab es dann die erste Pressekonferenz in Moskau, auf der Einzelheiten über die Schutzmaßnahmen genannt und eingestanden wurde, man habe zunächst das Ausmaß der Havarie unterschätzt. Am selben Tag erschien eine erste Schilderung des Unfallablaufs in der „Prawda'', und die UdSSR bat nun auch offiziell um internationale Hilfe, was zuvor nur sehr verschämt und informell abgelaufen war.

Elf lange Tage brauchte die Sowjetunion, um zu einer halbwegs akzeptablen Informationspolitik zu gelangen. Elf Tage lang überließ sie die Menschen den Spekulationen, der Unsicherheit,

union, um zu einer halbwegs akzeptablen Informationspolitik zu gelangen. Elf Tage lang überließ sie die Menschen den Spekulationen, der Unsicherheit,

den Gerüchten. Es liegt auf der Hand, daß die UdSSR-Führung mit ihrem Schweigen mehr Schaden angerichtet hat, als es jede Propaganda-Kampagne vermocht hätte. Die von der neuen Führung so oft beschworene Offenheit hat sicherlich nicht an Glaubwürdigkeit gewonnen, auch wenn die eingeleiteten Schutzmaßnahmen weit besser waren als die dazu gehörige Informationspolitik.

Während in der Sowjetunion eine umfassende Information einsetzte, die selbstkritische Passagen in der „Prawda'' über das anfängliche Schweigen einschloß, war in den westlichen Staaten ein umgekehrter Prozeß zu verzeichnen. Die zusätzlichen Informationsquellen versiegten schlagartig. War in den ersten Tagen nach dem Unglück mit Geheimdienstmaterial bis hin zu us-amerikanischen Satelitenfotos gearbeitet worden, so gab es nach dem 1. Mai nur noch Informationen der UdSSR und der IAEA. Dies läßt nun zwei Interpretationen zu: entweder waren die sowjetischen Informationen nun aufrichtig, daß man nichts Wesentliches hinzuzufügen hatte, oder aber man erkannte westlicherseits, daß weitere Schreckensmeldungen nur die heimischen AKW-Gegner stärken würden, und praktizierte eine Art heimliche Atom-Solidarität in der bangen Hoffnung, daß die UdSSR die Lage irgendwie in den Griff bekommen möge. Vermutlich stimmt beides. Jedenfalls ließen sich die inneren Beschwichtigungsversuche und das inkompetente Gerangel um Maß-, Grenz- und Alarmwerte im Westen kaum mit Versuchen vereinbaren, die Lage in der UdSSR zu dramatisieren, und der albernen Regierungsthese, solche Unfälle könnten eh nur in der kommunistischen Mißwirtschaft geschehen, glaubte hierzulande kaum jemand. Es stellte sich zunehmend heraus, daß nicht allein die sowjetische Informationspolitik katastrophal war, sondern daß allerorts betrogen, verharmlost und gelogen wurde, wobei die Franzosen wohl die unangefochtene Spitzenstellung einnahmen. Daß überhaupt soviel von den Folgen des Unglücks bekannt wurde, liegt zweifelsohne hauptsächlich daran, daß es in der UdSSR stattfand. Eben dies mußte aber jedem Verantwortlichen in der UdSSR von Anfang an klar gewesen sein. Welcher Teufel ritt also die Verantwortlichen in der Sowjetunion, als sie zunächst versuchten, den Unfall zu bagatellisieren?

Politische Schadensbegrenzung

Erst drei Wochen nach der Katastrophe nahm der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, öffentlich Stellung. In einer Fernsehansprache am 14.5. wurde zwischen den Zeilen deutlich, daß Gorbatschow mit der Informationspolitik alles andere als zufrieden war: *„Der Ernst der Lage war offensichtlich. ... Als wir die erste zuverlässige Information darüber hatten, wurde sie den sowjetischen Menschen mitgeteilt und über diplomati-*

ten, wurde sie den sowjetischen Menschen mitgeteilt und über diplomati-

sche Kanäle an die ausländischen Regierungen weitergegeben'' (Dokumentation der Rede in der „UZ'' vom 16.5.86). Gorbatschow hat damit bestätigt, was zunächst Gerücht und von Falin in einem „Spiegel''-Interview angedeutet worden war: Daß auch die KPdSU-Führung zunächst nicht zutreffend über das Ausmaß der „Havarie'' informiert worden war. Gorbatschow stellte die Situation in Tschernobyl als *„noch gefährlich für die Gesundheit der Menschen''* dar, erklärte jedoch, der Brand sei nunmehr gelöscht und damit „das Schlimmste'' verhindert. Er dankte anderen Staaten und der IAEA für ihre Unterstützung und griff zugleich die USA scharf an, die das Unglück benutzen würden, um *„die Sowjetunion und ihre Außenpolitik in Verruf zu bringen''*. Die KPdSU dagegen begreifen die Tragödie als *„eine weitere schreckliche Warnung, daß die nukleare Epoche ein neuartiges politisches Denken und eine neue Politik erfordert''*. Gorbatschow verkündete in diesem Zusammenhang, daß die UdSSR ihr einseitiges Moratorium für nukleare Tests bis zum 6. August verlängere. Er forderte die USA noch einmal auf, unverzüglich ein Abkommen über die Einstellung aller Atomwaffentests abzuschließen.

Es mag durchaus zutreffen, daß die Verbindung der Tragödie von Tschernobyl mit der Abrüstungsfrage *auch* eine Ablenkungsfunktion für die KPdSU hat. Im Kern jedoch hat die KPdSU völlig recht, daß die Kernwaffen und ihre Produktion das Hauptgefahrenpotential für die Menschheit darstellt.

Zu den Forderungen westlicher Staaten nach einer verbindlichen Informationspflicht bei nuklearen Unfällen erklärte Gorbatschow, die UdSSR unterstütze diese Vorhaben, und sprach sich dafür aus, die Rolle und Funktion der IAEA zu stärken.

Mit der Gorbatschow-Rede hatte die KPdSU nach drei Wochen endlich eine Linie gefunden, die jedoch offenkundig nicht ganz einfach durchzusetzen war. So fand am 24.5. überraschend eine Konferenz in Moskau statt, zu der die UdSSR ihre Botschafter aus aller Welt zusammengetrommelt hatte. Gorbatschow hielt dort eine Rede, die nicht veröffentlicht wurde, und TASS berichtete über die Konferenz mit der Formel, die sowjetische Diplomatie sei *„kritisch und mit parteimäßiger Exaktheit geprüft''* worden (lt. „FAZ'', 26.5.), was übersetzt heißt, daß Gorbatschow den versammelten Botschaftern kräftig die Leviten gelesen hat.

Neben dem Gorbatschow-Text gibt ein Interview des „Spiegel'' mit Valentin Falin einigen Aufschluß. Falin war lange Zeit Botschafter in Bonn und wurde jüngst Vorsitzender der Nachrichtenagentur NOWOSTI. Zwar versuchte Falin in dem Interview hauptsächlich, Kritik von der Sowjetunion abzuhalten, gab dabei jedoch manche Information preis. Demnach habe Gorbatschow erst am Montag, vor der

Fortsetzung nächste Seite

Gorbatschow erst am Montag, vor der

Fortsetzung nächste Seite

Kommentar:

20 Millionen Tote warten auf Genugtuung, Herr Kohl!

Die bundesdeutsche Rechtsregierung entblödete sich nicht, lauthals Entschädigung von der Sowjetunion zu verlangen. Helmut Kohl fand es offenbar ganz normal, ausgerechnet auf dem sudetendeutschen Revanchistentreffen von der Sowjetunion finanzielle Entschädigung für einige Tonnen verstrahltes Gemüse zu fordern. Völlig zurecht reagierte die sowjetische Öffentlichkeit mit Empörung. Da spricht der Vertreter eines Staates, der sich selbst als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches proklamiert, vor Leuten, die lieber heute als morgen die UdSSR zerschlagen sehen möchten. Skandal genug. Und Helmut Kohl dennoch nicht genug. Statt vor den Gefahren eines revanchistischen Kurses zu warnen, gegen die Tschernobyl gar nicht ins Gewicht fällt; statt wenigstens Mitgefühl zu heucheln für die sowjetischen Völker, die den Amoklauf jenes Deutschen Reiches mit 20 Millionen Toten bezahlen mußten, stattdessen fiel diesem Skandalkanzler nichts besseres ein, als mit dem Leiden der ukrainischen Bevölkerung auch noch Profit machen zu wollen.

Selbstverständlich weiß auch Kohl, daß seine Forderung ohnehin weder rechtliche noch politische Chancen hat. Rechtlich ist Bonn aufgrund des Atomgesetzes (§32) verpflichtet, die Schäden im eigenen Land selbst zu beheben. Und politisch würden sich die Atommächte dieser Welt für solchen Präzedenzfall bei Bonn wahrlich bedanken. Frankreich wäre binnen weniger Wochen bankrott, sollte es die Schäden seiner Muroroa-Atomtests bezahlen. Die USA wären bankrott, müßten sie auch nur Mexiko und Kanada entschädigen. Die Briten würden höchstbietend versteigert, müßten sie die Schäden bezahlen, die sie mit ihrer Art der Reinigung von AKWs anrichten (man spült den Müll in die Irische See). Und Seveso, Bhopal ... Die Liste wäre endlos. Kurzum: Niemand im Westen hat ein wirkliches Interesse an einem internationalen Verursacherprinzip. So gesehen wäre die Forderung nach Entschädigung vielleicht nicht einmal dumm. Von einem *deutschen* Kanzler jedoch erhoben, der die BRD mit Angriffswaffen gegen die UdSSR vollstopft und sich zum willign Erfüllungshelfer der US-amerikanischen Kriegspolitik macht, ist sie genau das, als was sie die UdSSR bezeichnet hat; eine „freche Forderung'' eines Revanchisten, eine „freche Forderung'' eines Staates, der bis heute keine Wiedergutmachung geleistet hat für das schlimmste Verbrechen der bisherigen Geschichte.

Und auch darin hat die UdSSR recht: Tschernobyl ist nicht nur ein ziviles Unglück, sondern eine Warnung vor dem Atomkrieg und eine ernstzunehmende Aufforderung alles zu tun, die Atomwaffen zu beseitigen. Leute wie Helmut Kohl stehen dabei bloß im Weg.

jb

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sitzung des Politbüros *„die erste sachliche Information"* erhalten. Zudem erklärte Falin — und deckte damit den eigentlichen Skandal auf — : *„Wir hatten im Grunde genommen keine vorsorglichen Instruktionen, auch nicht auf dem Informationsgebiet". Wenn* das stimmt und nicht nur ein ziemlich dummer Rechtfertigungsversuch ist, dann könnte man den Mangel an Krisenplänen nur als verantwortungslos bezeichnen. Tatsächlich aber lassen die konkret eingeleiteten Schutzmaßnahmen kaum den Schluß zu, es habe keinerlei Katastrophenpläne gegeben. Richtig ist vermutlich nur, daß es keine Richtlinien für die Informationspolitik gab und auf diesem Gebiet improvisiert wurde. Dies deutet auch Falin an, wenn er erklärt: *„Daß das Bedienungspersonal in Tschernobyl teilweise versagte, ist eine Frage für sich. Schon deswegen, weil Fülle und Inhalt der Informationen, die nach Moskau gelangten, weder ausreichend noch korrekt waren. Dadurch* (!) *wurde vieles programmiert, was später geschah. Aus alledem müssen wir ganz große Lehren ziehen"* (alle Zitate aus „Spiegel", Nr. 20/86).

Nach sowjetischen Angaben wurde die katastrophale Informationspolitik der ersten Tage dadurch ausgelöst, daß die Staats- und Parteispitze zunächst schlichtweg über den Umfang der Katastrophe betrogen wurde. Nachdem sich die Tragödie nicht mehr verheimlichen ließ und das Politbüro informiert war, ging man zu einer umfassenden Information über. Reicht das wirklich als Erklärung?

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" (Lenin)

Man kann unterstellen, daß tatsächlich die Techniker und Funktionäre in Tschernobyl zunächst versuchten, die Lage in den Griff zu bekommen und ihre Hilflosigkeit nicht eingestehen mochten, bevor sie praktisch bewiesen war. Als Erklärung für die sowjetische Informationspolitik aber reicht diese
mochten, bevor sie praktisch bewiesen war. Als Erklärung für die sowjetische Informationspolitik aber reicht diese
Aussage keinesfalls aus. Warum glaubte man denn den Berichten aus Tschernobyl? Warum können denn überhaupt Techniker entscheiden, wann es sich um eine „Havarie" und wann um eine Katastrophe handelt? Die KPdSU hat unberührt von den kritischen Technikdiskussionen im Westen ein unerschüttertes Gottvertrauen in die Wissenschaft und die Technik. Man kann nur fassungslos staunen, wenn Falin zur Atomkraft-Diskussion lapidar feststellt: *„Letztendlich entscheidet aber nicht die Diskussion, ob die Technologie sicher ist, sondern der Austausch zwischen den Ingenieuren und Wissenschaftlern"* (ebd.). Aber es liegt in der Logik der technischen und wissenschaftlichen Praxis, wie sie auf der Grundlage der Arbeitsteilung entsteht, daß Techniker und Wisssenschaftler gesellschaftliche Probleme mit ihren spezifischen Denk- und Handlungsweisen erfassen und zu lösen versuchen. In der Praxis heißt dies, die Technik als Technik weiterzuentwickeln, immanente Lösungen zu entwickeln, und den gesellschaftlichen Zusammenhang aus den Augen zu verlieren. Das ist in der UdSSR nicht anders als hierzulande, weil auch in der UdSSR die gesellschaftliche Arbeitsteilung zu zunehmender Spezialisierung führt. Die Entscheidung über grundsätzliche Fragen wie die der Atomenergie den Technikern und Wissenschaftlern zu überlassen, widerspricht dem Ziel, gesellschaftliche Selbstverwaltung und *„echte Volksmacht"* (Gorbatschow) herauszubilden. Letzten Endes also ist die Frage der Informationspolitik von den gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen abhängig. Das Entscheidende ist die Aufgabe, eine Praxis zu zerbrechen, in der der Staatsapparat die Entscheidungen von Technikern und Wissenschaftlern exekutiert, und Organe einer wirksamen Massendemokratie herauszubilden. Die Informationspolitik nach Tschernobyl hat diese Aufgabe nicht etwa überflüssig gemacht, sondern gezeigt, welche Schwierigkeiten einer Umsetzung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages im Weg stehen. In der Praxis hat die Gorbatschow-Linie eine Niederlage hinnehmen müssen, weil der Apparat in gewohnter Weise agierte. Ob die Tragödie von Tschernobyl dazu beiträgt, die konservativen Kräfte in der KPdSU zu schwächen, wird man abwarten müssen. Der Unfall wird die UdSSR nicht von ihrem Atomprogramm abbringen, das dürfte feststehen. Aber wenn er wenigstens die Einsicht stärkt, daß man in der alten Weise nicht regieren kann, ohne politisches Vertrauen zu verspielen, wäre das immerhin etwas.

jb

SSK-Milch: 3 rem für das Kind
Zimmermann unterdrückt Studie

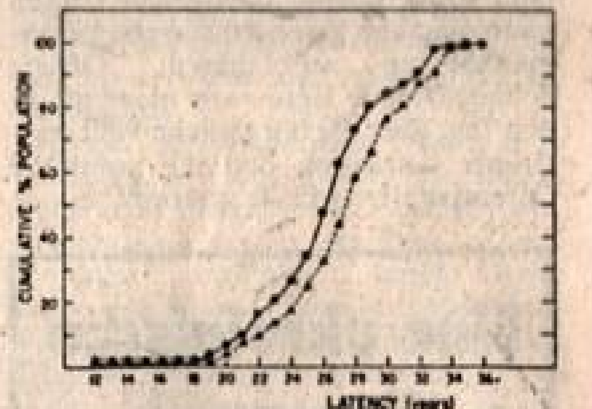
Ulrike Fink, Strahlenbiologin der „Gruppe Ökologie"'' in Hannover, erschrak hörbar und holte tief Luft: *„Nein, das kann nicht sein, das ist einfach ausgeschlossen, das ist völlig unmöglich!"''* Es war am 2. Mai 1986, einige Stunden zuvor hatte die Strahlenschutzkommission den Verkauf von Milch mit 500 Becquerel (bq) radioaktiven Jod 131 pro Liter (mit 500 Beta-Zerfällen pro Sekunde) freigegeben. U. Fink hatte gerade eine Grobabschätzung der radioökologischen Folgen des Grenzwertes von 500 bq Jod 131 pro **100 Liter Milch** gemacht und hörte soeben von der erlassenen Bezugsgröße bei einem Liter. Die „Gesundheitsministerin"'' Süßmuth bezeichnete das als „optimalen Gesundheitsschutz"''. Nun reicht aber bereits ein halber Liter 500-bq-Milch aus, einem Kleinkind die Schilddrüsendosis von 100 mrem zu verpassen. Das ist mehr, als einem erwachsenen Menschen in der Umgebung einer Atomanlage (und auch nur dort) lt. Strahlenschutzverordnung im Laufe eines Jahres zugemutet werden darf. Zahlreiche Proteste auch aus fachwissenschaftlichen Kreisen nötigten die SSK am 7.5.86 zu einem gesonderten Fernschreiben: *„Begründung von Richtwerten für die Aktivitätskonzentrationen von Jod 131 in Nahrungsmitteln."''* Darin wird die 500 bq-Grenze mit einer Abwägung zwischen Normalwert (90 mrem/Jahr) und der dann zugelassenen Dosis bei Reaktorkatastrophen im eigenen Land von 15 rem erklärt: *„In der gegebenen Situation hielt sie* (die SSK — Anm.AK) *für die Schilddrüsendosis des Kleinkindes einen Richtwert von 3 rem für annehmbar."''* Die Strahlendosis von 3 rem (das 33-fache der nach der Strahlenschutzverordnung zulässigen Jahresdosis) entsteht lt. SSK, wenn ein Kind 20 Tage lang je einen Liter Milch mit 500 bq-Jod trinken würde. In dem Fernschreiben berief sich die SSK auf *„Untersuchungen über Spätwirkungen der langjährigen Anwendung von Jod 131 in der nuklearmedizinischen Diagnostik. Die hierüber durchgeführten Untersuchungen haben gezeigt, daß bei Schilddrüsendosen von mindestens 50 rem und Beobachtungszeiten von mehr als 17 Jahren keine Erhöhung der Inzidenz von Schilddrüsenkarzinomen feststellbar war."* Festlegung und Begründung der 3-rem Zumutbarkeit belegen ein Ausmaß an wissenschaftlicher und moralischer Verkommenheit, das selbst hartgesottene AKW-Gegner/innen ins Staunen versetzt. Die Bremer Professorin und Strahlenschutzexpertin Schmitz-Feuerhake hat nachgewiesen, daß sich die SSK in ihrer Begründung auf eine dafür bekanntermaßen untaugliche Studie stützte: Die Beobachtungsdauer in dieser Studie betrug 18 Jahre, aber erst nach 20 Jahren sind überhaupt erst 5% der zu erwartenden gesamten Krebsfälle erkennbar (s.Schaubild). Außerdem wurden nur Erwachsene darin untersucht, bei denen die Wirkung nachweislich geringer ausfällt. In einem Schreiben an die Bremer Umwelt- und Gesundheitssenatorin (vom 10.5.86) weist Frau Schmitz-Feuerhake zugleich auf eine Untersuchung an 11.000 israelischen Kindern nach Röntgenbestrahlunge mit 9 rem hin. Danach erkrankten 0,29% dieser Kinder infolgedessen an Schilddrüsenkrebs. Da als erwiesen gilt, daß Jod 131 ebenso krebserzeugend ist, ergeben 3 rem eine Krebsrate von 0,1%. Jedes Tausendste Kind würde nach 3 rem Belastung an Krebs erkranken. Würden alle 3,6 Mio. Kinder unter 6 Jahren in der BRD diese von der SSK erlaubte Dosis per Milch zu sich nehmen, wären 3 - 4.000 Schilddrüsenkrebserkranken in etwa 25 Jahren die Folge. Auch wenn dies irreal hoch ist, die SSK hat mit ihrer 3 rem-Empfehlung Todesurteile unterschrieben. Nachweisen kann es ihr dann aber niemand. Eine weitere Enthüllung in dem Brief belegt, daß der SSK-Vorsitzende Oberhausen nicht fahrlässig sondern vorsätzlich gehandelt hat. Oberhausen selbst hat nämlich mit einem saarländischen Kollegen namens Glöbel eine Untersuchung über die Folgen von Radiojodtests — mit Förderung des Bundesinnenministeriums — vor wenigen Jahren vorgelegt. Das vorläufige Ergebnis wurde im April 1984 auf einem Westberliner Kongreß der „International Radiation Protection Assoziation"'' (IRPA) vorgestellt: 80 Schilddrüsenkrebserkrankungen bei 13.896 Patienten, sechs mal mehr als in der schwedischen Studie. Das entspricht dem dreifachen der normalen Rate. Schon damals gab es Versuche, die Studie herunterzustufen. Eine Stellungnahme über die „tendenziöse" Einstufung der Untersuchungsergebnisse durch die erwähnte Briefschreiberin, Schmitz-Feuerhake, ging ebenfalls an das Bundesinnenministerium. Das Ergebnis: **Ende 1984 wurde von Zimmermann die Weiterarbeit an der Jod-131-Untersuchung abrupt unterbrochen, indem jegliche Förderung eingestellt wurde.** Dadurch bestünde die Gefahr, *„daß die bei uns erarbeiteten wertvollen Grundlagen zur Klärung der Frage nach dem Risiko der J-131-Anwendung am Menschen nutzlos werden"*, heißt es in einem Protest-Schreiben des Epidemologen Glöbel von der Unversitätsklinik Homburg (Saar). Für Frau Schmitz-Feuerhake steht fest, daß damit *„unerwünschte Ergebnisse verhindert werden sollten."* Von einer Intervention der SSK oder ihres Vorsitzenden Oberhausen ist nichts bekannt. Wie hieß es doch in einer Festschrift Zimmermanns zur 50. Sitzung der SSK am 8.12.19837:
„Unabhängigkeit, hoher Sachverstand und Engagement ihrer Mitglieder haben für zahlreiche politische Entscheidungen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes zu außerordentlich wertvollen Empfehlungen der Kommission geführt und dazu beigetragen, daß der Strahlenschutz in der Bundesrepublik Deutschland einen Stand erreicht hat, der im internationalen Vergleich eine Spitzenposition einnimmt."
Gewiß — Oberhausens Leistung dürfte hier unbestreitbar Spitze sein.

ms, Bonn

Anmerkungen

Der Bericht über die Untersuchung an 11.000 israelischen Kindern wurde im Juli 1980 in der Strahlenschutz-Fachzeitschrift JNCI, Vol. 65, No. 1, S. 7ff veröffentlicht: Elaine Ron und Baruch Modan: „Benign and maligant Thyorid Neiplasms After Childhood Irradiation für Tinea Capitis"

Dies und alle sonstigen Dokumente sind zum Preis von 2,50 DM bei uns erhältlich.



Auftreten von Schilddrüsenkrebs nach Bestrahlung durch radioaktives Jod 131 (in Prozent nach Jahren)
Die Strahlenschutzkommission berrechnete eine Krebsrate, die nach 18 Jahren auftritt.

QUELLE: M.I. Favus, Thyorid cancer occuring as a late consequence of head-and-neck irradiation; The Journal of Medicine 298 (1976), S. 1019-25

Fortsetzung von Seite 16 te Mai fest, daß das Strontium angeb- und bald abklingende Radioaktivität Stichproben regelmäßig einzuholen

Fortsetzung von Seite 16

30 Megatonnen für den Krebs

mrem bei Kleinkindern und 70 mrem bei Erwachsenen durch Nahrungsaufnahme zu rechnen sei. Dabei hat man das ganze schon auf den gesamten Körper umgerechnet, wo die Belastung nicht so hoch wie in einzelnen Organen ist. Man hat einfach einen Mittelwert für die Wirkungen und Aufnahmefähigkeit unterschiedlicher Radioaktivitätswerte in Pflanzen eingesetzt und noch nicht die Dosis über die Atmung und sonstiges berücksichtigt. Trotzdem kommt die SSK in einen Bereich, der die übliche Strahlendosis verdoppelt. Nach dieser Rechnung macht das immerhin ein weiteres Prozent der Krebsrate pro Jahr aus (allerdings verteilt auf die nächsten 20 bis 30 Jahre). (6)

Berücksichtigt werden von der Strahlenschutzkommission vor allem die Jod- und Cäsium-Belastung, die anfangs auch häufig als einzige gemessen wurden, weil sie zu Beginn auf jeden Fall einen besonders hohen Anteil an der radioaktiven Wolke ausmachten. Mitte Mai wußte die Strahlenschutz-Kommission aus Messungen allerdings von zahlreichen anderen radioaktiven Stoffen und zählte als „die wichtigsten" davon elf auf, darunter auch das extrem giftige Plutonium. Vier Wochen nach dem Unfall in der BRD hörte man auch in den Nachrichten, daß Plutonium in die BRD gelangt sei, „natürlich" nur in ungefährlichen Spurenelementen.

Bei den behördlichen Messungen wurden Schlupflöcher reichlich gesucht und genutzt. Das Heidelberger IFEU-Institut schrieb dazu: *„Die Messungen in der Bundesrepublik konzentrierten sich anfangs nur auf die Aktivität in der Luft, und hierbei entweder auf die Betagesamtaktivität* (Anm. AK: nur einer von drei Strahlentypen) *oder vereinzelt auf einige leicht nachzuweisende Radionuklide wie z.B. Jod-131 oder Cäsium 137. Verhältnismäßig spät erst wurden Meßwerte von Regen- und Trinkwasser, Gras- und Bodenproben bekannt. Werte für Milch- und Gemüsemessungen wurden nur sehr unregelmäßig und stichpunktartig erhoben und veröffentlicht. (...) Aussagekräftige Messungen von wichtigen Radioisotopen, wie z.B. Strontium oder Plutonium lagen zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Broschüre, also über zwei Wochen nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl, noch nicht vor." (4)* Mit den veröffentlichten Meßdaten wurde also jeweils nur ein kleiner Teil der Wahrheit bekannt. Immerhin haben nachträglich zwei Meßstellen Teile der Zusammensetzung der radioaktiven Wolke bekanntgemacht. (s. Tabelle 3) Die Strahlenschutzkommission stellte dazu Mitte Mai fest, daß das Strontium angeblich nur 1% des Cäsiums ausmache und bei den übrigen der Beitrag „noch wesentlich geringer", also zu vernachlässigen sei. (6)

30.000 Krebsfälle nach Tschernobyl

Für eine Gesamtabschätzung taugen diese kaschierten Werte überhaupt nicht. Deshalb wird in der Regel ein Vergleich zu den damaligen Folgen der Atombombenversuche herangezogen, die seit 1963 nach einer Vereinbarung zwischen den USA und der Sowjetunion unterirdisch durchgeführt werden. Hinzu kamen noch vergleichsweise geringere Zahlen französischer, chinesischer und je einer indischen und südafrikanischen Versuchsexplosion. Bis zum Teststopp gab es 441 A-Waffen-Versuche mit insgesamt 156 Megatonnen Sprengkraft. Eine UNO-Kommission errechnete, daß 156.000 Krebserkrankungen weltweit dadurch ausgelöst worden seien. Das würde im Vergleich auf 30.000 Krebserkrankungen durch Tschernobyl schließen lassen. (2) Die schwedische Regierung rechnete auf gleicher Basis maximal 8.000 Tote (die Folgen in unmittelbarer Umgebung nicht gerechnet). (5) In diesem Falle würde allerdings ein Großteil der Erkrankungen in Europa zu finden sein, einige Tausend davon nach solchen vorsichtigen Abschätzungen in der BRD. Natürlich ist dieser Vergleich auch nur ein Richtwert. Damals wurden viel geringere Jod-Werte gemessen (10 Bq in Baden-Württemberg (2)), dafür höhere Werte beim Strontium. In München maß man zeitweise 50.000 Becquerel Gesamtbelastung pro Quadratmeter. (7) Zahlreiche Abschätzungen laufen immer wieder darauf hinaus, daß die Belastung der BRD nach Tschernobyl in etwa die Größenordnung der damals in den 60er Jahren aufgrund der Atombombenversuche erreichen wird und insgesamt in etwa vergleichbar sei. Einige Abschätzungen gehen von etwas geringerer Belastung aus, andere wiederum auch von höheren Werten durch Tschernobyl. (2)(5)(7) Jedenfalls sind die Größenordnungen vergleichbar.

Krebs und Umweltvergiftung

Die in der BRD häufig als „Panik" und „Hysterie" bezeichnete Stimmung hatte zweifellos den Vorteil, daß sie kurzfristig jedenfalls der Bundesregierung die Tour der Verharmlosung ziemlich vermasselt hat. Allerdings waren invidueIle Schutzmaßnahmen bestenfalls dazu geeignet, die kurzlebige und bald abklingende Radioaktivität von Jod 131 und einigen anderen Stoffen etwas besser zu überstehen. Meistens wurde die Gefahr aber erst bekannt, wenn der größte Grad der Verseuchung bereits überschritten war, und schon von abklingenden Werten geredet werden konnte, bis dann der Regenfall die Bodenwerte wieder hochschnellen ließ. Längerfristig wird man Kinder hoffentlich nicht zuhause einsperren oder dauernd waschen wollen, was zu früherer Zeit manchmal als autoritärer Erziehungsstil galt. Man muß die Sache aber auch noch von einer anderen Seite beleuchten, um zu erkennen, daß die Möglichkeiten des Staates und der Atomlobby groß sind, diese Unruhe „auszusitzen". Das, was hier allenthalben als unmittelbare Bedrohung und zentrale Ursache eines Ansteigens der Anzahl von Erkrankungen an Krebs empfunden wurde, macht insgesamt gesehen nur einen in Prozenten zu rechnenden Bruchteil der gesamten Krebsgefährdung aus. Anders ausgedrückt, man kommt durch Tschernobyl auf vielleicht einige 10.000 Krebsfälle verteilt auf rund 20 Jahre. Das wird sich sehr schwer handfest nachweisen lassen. In der BRD sterben jährlich nämlich 160.000 Menschen (jeder Vierte) an Krebs, wovon selbst Riesenhuber zufolge „60 bis 90%" auf das Konto der Umweltvergiftung gehen (8), das heißt Opfer der „Industriegesellschaft" sind. Ein US-Institut hat eine Liste 26.000 krebsverursachender chemischer Stoffe zusammengestellt, in der BRD wurde bei der Untersuchung von 6.000 Chemikalien 1.000 als krebserregend eingestuft. (9) Wir wollen hier nur ein Beispiel (s. Tabelle) darstellen, das den Zusammenhang von chemischem Gift in der Landwirtschaft und Magenkrebs darlegt. US-Behörden haben 1978 errechnet, daß zwischen 23 und 38% aller Krebserkrankungen durch Belastungen am Arbeitsplatz hervorgerufen werden. (10) Will man damit nicht zynisch die Gefahr durch Tschernobyl herunterrechnen, so muß man sich trotzdem darüber Gedanken machen, wie insgesamt und dauerhaft Druck auf die Verursacher der Gefährdungen erreicht werden kann. Wer denkt heute beispielsweise noch an die gar nicht so alten Arsen- oder Cadmium-Messungen in Hamburger Sandkästen, wofür die AFFI schon mal ein wenig auf der Anklagebank saß?

Forderungen

Auf der institutionellen Ebene erscheint mir deshalb zweierlei sinnvoll: Die Forderung nach einer regelmäßigen Veröffentlichung von radioaktiven und chemischen Giftwerten, die über Stichproben regelmäßig einzuholen wären. Solche Ergebnisse müßten wie das Wetter amtlich bekanntgeben werden.

Es hat sich immer wieder gezeigt, daß die in den 60er Jahren und danach noch regelmäßig vorgenommenen Messungen längst wieder eingeschlafen sind, und heute Ergebnisse sogar kaum noch erhältlich sind. (5) Erst nachdem der große Alarm gegeben war, sah man sich genötigt Meßwerte — häufig nur als Stückwerk — wieder bekanntzugeben. Eine gesetzlich festgelegte regelmäßige Veröffentlichung der Liste radioaktiver Substanzen mit ihren Aktivitäten, von Jod, Strontium bis hin zum Plutonium, von chemischen Giften, wie von Arsen, Blei bis hin zum Pflanzengift in entsprechenden Dosen kann hier dem System und den Umweltvergiftern erhebliche Probleme bereiten. In aller Regel werden Vergiftungsdosen als „verträglich" angesehen, wenn eine unmittelbare Folgewirkung handfest schwer nachgewiesen werden kann. Das ganze wird dann als „ungefährlich, unterhalb der Grenzwerte" dargestellt und auf das schlechte Gedächtnis der Bevölkerung gebaut.

Zum zweiten: In Ansätzen haben wissenschaftliche Kräfte und Institute sich bemüht, der Beruhigungspropaganda der Strahlenschutzkommission und anderer „berufener" wissenschaftlicher Quellen entgegenzutreten. In einer in der Tat wichtigen Frage brauchen wir möglichst viel und auch institutionalisierten wissenschaftlichen und vor allem öffentlichen Streit um die Folgewirkungen radioaktiver Strahlung durch Tschernobyl und bei der Vergiftung überhaupt.

HH

Anmerkungen

(1) „Untersuchungen zum Vergleich größtmöglicher Störfolgen in einer Wiederaufarbeitungsanlage und in einem Kernkraftwerk"; vertraulicher Arbeitsbericht des Instituts für Reaktorsicherheit, August 1976. Veröffentlicht vom BBU im Jan. 77.
(2) nach Presseerklärung der „Arbeitsgemeinschaft der Listen Demokratischer Ärzte in den Ärztekammern", FR, 27.5.86
(3) Josef Knox, Chef des Fallout-Warnungszentrums am Lawrence Livermore National Laboratory in Kalifornien. Spiegel, 26.5.86
(4) Die Folgen von Tschernobyl; IFEU-Bericht Nr. 43. — Der sehr aufschlußreiche vollständige Bericht ist für DM 5,70 DM beim Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (Im Sand 5) erhältlich.
(5) aus Spiegel, 12.5.86
(6) 3. Empfehlung der Strahlenschutzkommission (68. Sitzung) vom 15./16. Mai 1986
(7) „Die Radioaktivität aus Tschernobyl ähnelt dem Kernwaffen-Fallout", FAZ, 28.5.86
(8) Spiegel, 27.8.86
(9) „Seveso ist überall", Kiepenhauer & Witsch
(10) Egmont Koch, „Krebswelt"
(11) Stern, 22.5.86

Grenzwertmanipulation

Wird Wackersdorf durch Tschernobyl genehmigungsfähig?

Schon kurz nach seinem Amtsantritt als Innenminister versuchte Zimmermann, die Strahlenschutzverordnung im Interesse der Atomlobby zu lockern. Der Grund lag in den zu erwartenden Abgaben von radioaktiven Stoffen aus der geplanten WAA in Wackersdorf. Da Bayern nicht an der Irischen See oder am Kanal liegt, also nicht an Gewässern, in die nach dem Vorbild von La Hague und Sellafield die Hauptmengen an radioaktiven Abfällen abgegeben werden könnten, wird von Betreiberseite schon lange versucht, die Strahlenschutzverordnung den zu erwartenden Emissionen anzupassen. Da dies in Wackersdorf vor allem über einen 200 Meter hohen Schornstein geschehen soll, wird an den entscheidenden Passagen zur Luftbelastung herumgebastelt.

Ausgelöst und offiziell begründet wird die Novellierung des Strahlenschutzgesetzes der BRD mit 1980 und 1984 verabschiedeten EG-Grundnormen, an die man sich anpassen müsse. In die Festlegung der EG-Grundnormen sind aber vor allem von französischer und britischer Seite die Erfahrungen mit dem Betrieb von WAAs eingegangen, d.h. die Gesetze wurden so verändert, daß die Praxis im Nachhinein legalisiert wird. Da es politisch schlecht zu verkaufen ist, wenn die zulässige Bestrahlung der Bevölkerung offen erhöht wird, will man die Strahlenmenge überwiegend unverändert lassen, behauptet aber einfach, daß ihre schädigende und krebsauslösende Wirkung wesentlich geringer sei als bisher angenommen.

Dies geschieht u.a. über zwei Glanzleistungen heutiger Wissenschaft. In Tierversuchen hat sich herausgestellt, daß die Reparaturmechanismen für Strahlenschädigungen in den Zellen
daß die Reparaturmechanismen für Strahlenschädigungen in den Zellen
aktiviert werden, wenn die Strahlung über das natürliche Niveau hinausgeht. Daraus schließen nun einige Wissenschaftler messerscharf, daß Folgen wie Krebs oder genetische Veränderungen niedriger anzusetzen sind als bisher angenommen. Dies bewegt sich aber im Bereich reiner Spekulation, da die Aktivierung solcher Mechanismen noch nichts über ihre Effektivität aussagt. Wenn jemandem ein Loch in die Backe geschnitten wird, werden auch die Wundheilmechnanismen enorm aktiviert. Ob aber diese die Zerstörung völlig beseitigen können, ist eine ganz andere Frage.

Der andere Trick, die biologische Wirksamkeit der Strahlung scheinbar zu verringern, besteht in der Berücksichtigung des medizinischen Fortschritts in der Krebsbehandlung: Krebs, der nicht mehr zum Tode führt oder nur noch zu einem bestimmten Prozentsatz, fällt aus der Rechnung aus. Zum Beispiel kann bei Schilddrüsenkrebs dieses Organ operativ entfernt werden. So wurden bei den Bewohnern des Mururoa-Atolls massenhaft Schilddrüsenoperationen vorgenommen, sodaß sie den als sicher zu erwartenden Krebs nicht bekommen konnten. Diese Menschenversuche gehen jetzt als Begründung für die Senkung der Wichtungsfaktoren von radioaktivem Jod in die Gesetze ein (je günstiger die Heilungschancen einer Krebsart, umso weniger fällt er ins ,,Gewicht'').

Auch Brustkrebs bei Frauen wird durch die Vorsorgeuntersuchungen zunehmend in einem Zustand erkannt, in dem die Ärzte zum Messer greifen. Alle erfolgreichen Brustamputationen gehen in dieser Weise als Verminderung des Strahlenrisikos in die Statistik ein. Die menschenverachtende Logik, die hinter einer solchen Wissenschaft steckt, sieht bestimmte strahlenempfindlichen Organe als lästig und hinderlich für den Betrieb von Atomanlagen an. Als Werkzeug der herrschenden Zustände richtet diese Art von Wissenschaft, die ein humane Ethik als irrational verwirft, den Menschen für die Bestrahlung zu.

Konkret bedeutet dies, daß in der Novellierung der Strahlenschutzverordnung genetische Schäden, Krebs und Tod in folgender Weise legalisiert werden sollen:

— Der Grenzwert für strahlenexponierte Personen, also Beschäftigte in Atomanlagen, bleibt gleich hoch (5 rem/a), obwohl zahlreiche Untersuchungen aus eben diesen Anlagen zeigen, daß damit ein erhöhtes Krebsrisiko verbunden ist. Dem läßt sich durch Operationen oder kontinuierlichen Austausch der Belegschaft, wie in Sellafield praktiziert, abhelfen.

— Die Schilddrüse darf in Zukunft mit der doppelten Dosis bestrahlt werden. Der Hintergrund ist die absehbare Schwierigkeit, radioaktives Jod (insbesondere Jod-129) in Wackersdorf zurückzuhalten. Daher wird mit einer erheblichen Überschreitung der Grenzwerte gerechnet.

— Der Grenzwert für Krypton-85 wird um das Zehnfache angehoben, da neuerdings davon ausgegangen wird, daß es nicht mehr zu einer Ganzkörperdosis kommt, sondern nur die Haut bestrahlt wird.

— Für Strontium-90 werden die biologischen Effekte so heruntergebracht, daß alle bisherigen Befürchtungen der Atomindustrie wegen zu erwartender Überschreitungen gegenstandslos werden. Als ein Beispiel für diese Wissenschaft dienen die Überlegungen beim Einbau eines Strontiums in die Knochen. Da diese beim erwachsenen Menschen nicht mehr wachsen, trifft die Strahlung auf totes Gewebe, ist also ,,unschädlich''. In Zukunft darf sich aber kein Erwachsener mehr ein Bein brechen, denn dann wird im Heilungsprozeß Knochengewebe an den Bruchstellen aktiviert und kann erheblich geschädigt werden. Knochenbrüche darf es offenbar nicht mehr geben, sonst verletzt mensch die Grundlagen der Strahlenschutzverordnung.

— Die zulässigen Luftkonzentrationen für Plutoniumdioxid werden um das Doppelte erhöht, begründet durch Neuberechnungen der biologischen Wirksamkeit.

Die Durchlöcherung des Minimierungsgebotes

Bisher galt als offizieller Grundsatz des Strahlenschutzes, alle Strahlenexpositionen *,,unter Beachtung des Standes der Wissenschaft und Technik und un-*
tionen *,,unter Beachtung des Standes der Wissenschaft und Technik und un-*
ter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles auch unterhalb der ... festgelegten Grenzwerte so gering wie möglich zu halten'' (§ 28 Abs. 1, Strahlenschutzverordnung 1976).

Entsprechende Formulierungen tauchen in § 45 auf. Demzufolge müßten wegen des GAUs in Tschernobyl eigentlich alle Atomanlagen abgeschaltet werden, da die höchstzulässige Dosis nach der Strahlenschutzverordnung längst ausgeschöpft ist. Interessanterweise ist in den Novellierungen — es gibt mittlerweile vier Entwürfe — das Minimierungsgebot stark unter Beschuß. Statt ,,so gering wie möglich'' taucht in einigen Entwürfen das Kriterium vom ,,Grundsatz der Verhältnismäßigkeit'' auf, wie es in ökonomischen Überlegungen angewandt wird.

Eine entscheidende Durchlöcherung des Minimierungsgebotes wird auch durch die Passagen im § 4 Abs. 4 vorgenommen, der Grenzwerte für die Radioaktivität von Produkten festlegt, die in die Öffentlichkeit gebracht werden wie z.B. bestrahlte Lebensmittel. Bisher ist das Bestrahlen von Lebensmitteln zu Konservierungszwecken in der BRD verboten, aber verschiedene EG-Länder praktizieren es seit Jahren. Aufgrund von Tschernobyl hat die Debatte um diese Grenzwerte eine ganz neue Dimension bekommen. Bekanntlich wird auf EG-Ebene wie auf Bundesebene seit der Katastrophe mit großer Selbstverständlichkeit von Grenzwerten für Lebensmittel gesprochen. Da es für die biologische Wirksamkeit von radioaktiver Strahlung keinen Grenzwert gibt, könnten solche Regelungen Risiken nur verkleinern, aber nicht beseitigen. Doch die Verhandlungen in der EG haben gezeigt, daß es noch nicht einmal darum ging, sondern um die Frage, wieviel Prozent einer Ware bei diesem oder jenem Grenzwert noch vermarktbar wären, und wie hoch sich der Schaden für die Landwirte und Lebensmittelhändler beliefe. Für die EG werden jetzt einheitliche Grenzwerte angestrebt, damit nicht der Zoll eines der Mitgliedsländer zum Instrumentarium wird, um die Überproduktion der eigenen Landwirtschaft zu lösen.

In der Bundesrepublik faßt die Atomlobby mithilfe von Zimmermann und Süssmuth diese Gelegenheit beim Schopfe. Aus den kurzfristigen Grenzwerten während der Katastrophe sollen langfristige werden. So wie die Bevölkerung schon an Grenzwerte für chemische Gifte gewöhnt ist, wird dies jetzt für radioaktive Stoffe legalisiert. Wie das ,,Handelsblatt'' (15.5.86) berichtete, hat Frau Süssmuth im Sinne ,,der Lebensmittelüberwachung und des vorbeugenden Gesundheitsschutzes'' die Gründung einer Kommission (so unabhängig wie die Strahlenschutzkommission) vorgeschlagen, die bundeseinheitliche Grenzwerte für die Zukunft festlegen soll. Wenn dies realisiert wird, steht einer entsprechenden Novellierung der Strahlenschutzverordnung nichts mehr im Wege, womit der Weg für den Betrieb von Wackersdorf endgültig frei würde. Denn das, was durch Wackersdorf für Bayern und Österreich sowie angrenzende Teile der Bundesrepublik zu befürchten wäre, ist jetzt schon Realität. Landwirtschaftliche Produkte sind nach den bisher geltenden Gesetzen nicht mehr zu vermarkten oder müssen zumindest ,,verschnitten'' werden.

Der Betrieb der Wiederaufbereitungsanlagen von La Hague und Sellafield hat dazu geführt, daß heute Fische aus der Irischen See soviel Cäsium enthalten, daß ihr Verzehr zu einer Strahlenbelastung führt, die 270% über der natürlichen liegt. Die Konzentration radioaktiver Stoffe in der Irischen See entspricht schon denen des Atomwaffen-Fallouts in den sechziger Jahren. Molkereiprodukte aus der Umgebung von Sellafield und La Hague müssen regelmäßig ,,verschnitten'' werden, um sie noch verkaufen zu können. Bei Betrieb der WAA in Wackersdorf, die keine Gewässer als Müllkippen benutzen kann, wird das umliegende Ackerland zwangsläufig zur radioaktiven Müllkippe, und es würde bei der jetzt geltenden Rechtslage zu Vermarktungsschwierigkeiten landwirtschaftlicher Produkte kommen. Nach den vor Tschernobyl geltenden Gesetzen bedurfte eine Vermarktung von Fischen aus der Irischen See einer speziellen Genehmigung, sie konnte also untersagt werden. Mit den neuen Grenzwerten ist der Weg wieder frei.



13.5.: Biologische Wirksamkeitsfaktoren vor dem Hamburger Rathaus

So entwickelt sich das, was als Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von Tschernobyl ausgegeben wird, in ein Mittel, um Wackersdorf in Betrieb nehmen zu können und La Hague und Sellafield weiter zu betreiben. Daß ohne entsprechenden Widerstand die Atomlobby bereit ist, solches zu nutzen, zeigt der ,,Unfall'' im Hochtemperaturreaktor von Hamm. Hier wurden im Windschatten von Tschernobyl große Mengen von Graphitstaub abgeblasen. Ähnliche Praktiken wurden für zahlreiche AKWs vermutet. Falls es nicht in Kürze zum Abschalten aller Anlagen kommt, wird durch solche Grenzwertpraxis eine wesentlich höhere Abgabe von Strahlung aus allen Atomanlagen möglich.

Bu., Hamburg

Quellen
- Wen schützt die neue Strahlenschutzverordnung? Ulrike Fink, Gruppe Ökologie Hannover
— VWD Europa, 9. und 16. Mai, 1986
— Die Folgen von Tschernobyl, IFEU Bericht Nr. 43, Mai 86
— natur, Oktober 1985, S. 14

Strahlenschutzkommission(SSK)

Eine Kommission zum Schutze der Strahlen

Wer sich zuerst die Liste der Mitglieder der Strahlenschutzkommission (SSK) anschaut und anschließend im neuesten ,,Who's who'' der Atomwirtschaft blättert, wird sich kaum wundern, daß dieser Altherren-Klub seine höchste Aufgabe darin sieht, die radioaktiven Strahlen vor der Kritik zu schützen, anstatt die Bevölkerung vor der Strahlung. Mensch könnte die SSK getrost vergessen, wenn nicht das Urteil dieses Haufens als der Weisheit letzter Schluß von der Gesundheitsministerin und anderen kolportiert und von immer mehr Menschen, denen der Sinn nach ,,Entwarnung'' steht, auch noch geglaubt würde.

Denn: Vertrauen in das, was die SSK und Bundesregierung empfehlen, ist im wahrsten Sinne des Wortes tödlich. Deutlicher als je zuvor haben die vier Wochen seit Tschernobyl gezeigt, wie notwendig es ist, sein Überleben in Selbsthilfe mit anderen Betroffenen zu organisieren.

Das liegt nicht allein daran, daß die Herren des Strahlengrauens ohnehin vor Ablauf der Krebs-Latentzeit das Zeitliche gesegnet haben werden (SSK-Durchschnittsalter: 57 Jahre). Sondern das liegt in erster Linie an der Funktion dieser Kommission als Public Relations-Agentur der Bundesregierung. Werfen wir einen Blick auf Historie und Geschäftsordnung dieses Atomclubs.

Zusammensetzung der Strahlenschutzkommission

Prof. Dr. Dr. E. Oberhausen Vorsitzender Universitätsklinik Homburg (Saar)	Unterzeichner des Pro-Atomenergieaufrufs an alle Bundestagsabgeordneten von 1975, worin die ,,Nutzung der Kernenergie als notwendig und verantwortbar'' bezeichnet wird.
Prof. Dr. R. Neider 1. stellv. Vorsitzender Bundesanstalt für Materialprüfung, Berlin	Mitunterzeichner des o.g. Aufrufs, Mitglied im Deutschen Atomforum, der Kerntechnischen Gesellschaft und der American Nuclear Society
Prof. Dr. Dr. Harder 2. stellv. Vorsitzender Universität Göttingen	Unterzeichner des o.g. Aufrufs
Prof. Dr. K. Aurand Berlin, Privatmann	Mitglied des Deutschen Atomforums, Berichterstatter auf der Internationalen Kernenergiekonferenz im Sept. 1971 in Genf, Veröffentlichungen im Rahmen des Kernforschungszentrum Karlsruhe, bis 1984 Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsamt
Prof. A. Bayer Kernforschungszentrum Karlsruhe	Mitglied der Kerntechnischen Gesellschaft und der Amerikan Nuclear Society
Prof. Dr. L. Feinendegen Kernforschungsanlage Jülich	1962-67 Mitarbeiter bei der Europäischen Atomgemeinschaft, Mitglied der Kerntechnischen Gesellschaft
Prof. W. Feldt Bundesforschungsanstalt für Fischerei, Hamburg	Mitunterzeichner des o.g. Aufrufs
Prof. Dr. J. Hacke Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung, Berlin	
Dr. R. Hille Kernforschungsanlage Jülich	
Prof. Dr. Hinz Institut für Strahlenschutz des Bundesgesundheitsamtes, Neuherberg	
Prof. Dr. W. Jacobi Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, Neuherberg	Mitherausgeber der ,,Atomenergie'', ehememals Abteilungsleiter im Hahn-Meitner-Institut für Kerforschung, Unterzeichner des o.g. Aufrufs
Prof. Dr. A. Kellerer Universität Würzburg	
Dr. K. Niklas Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, Neuherberg	
Prof. Dr. W. Pohlit Universität Frankfurt	Ehemals Mitglied im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, Neuherberg
Dipl.-Phys. M. Tscherner TÜV Rheinland e.V.	
Prof. Dr. S. Wagner Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Abt. 6 (Atomphysik)	

Am Anfang ist Franz Josef Strauß

Die Strahlenschutzkommission wurde erst 1974 als ein Instrument der Atommafia gegen die aufkeimende Anti-AKW-Bewegung gegründet. Niemand hat dies präziser zum Ausdruck gebracht, als der damalige Innenminister Maihofer anläßlich der konstituierenden Sitzung der SSK am 17.10.74 in Bonn: *,,Zu den Aufgaben der Kommission gehört die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Argumenten der Kritiker einer friedlichen Nutzung von Kernenergie. Viele unserer Mitbürger sind über die Gefahren von ionisierenden Strahlen zutiefst beunruhigt. Viele sind verunsichert durch polemische Kampagnen oder doch einfach unsicher aus fehlender oder mangelhafter Information. Wenn wir diese Unsicherheit nicht abbauen und den Bürger vertraut machen mit den unvermeidbaren Risiken der Kernenergie, werden wir die Chancen der Kernenergie für die friedliche Entwicklung unseres Landes nicht wirklich ausschöpfen können.''* (aus: Der Bundesminister des Innern, Informationen über die Tätigkeit der Strahlenschutzkommission beim Bundesminister des Innern, hrsg. anläßlich iher 50. Sitzung am 8. Dezember 1983).

Unmittelbarer Vorläufer der SSK war die Fachkommission IV ,,Strahlenschutz'' der Deutschen Atomkommission. Letztere trat am 26.1.1956 unter Vorsitz des Atomministers F. J. Strauß zusammen. Der 2. Vorsitzende Karl Winnacker, vor 1945 Leiter des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben, schrieb später über die Deutsche Atomkommission: *,,Die Gründungsmitglieder waren persönlich durch den Minister berufen worden ... Jedes Mitglied verpflichtete sich durch Handschlag, in einem Gentlement-Agreement, über alle Verhandlungsgegenstände Schweigen zu bewahren. So*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

war bei den Entscheidungen, die mit den Ministerien vorbereitet wurden, hinreichende Diskretion sicher." Mit dem Ziel, möglichst schnell ein Atomwaffenstaat zu werden, nahm so der Atomstaat seinen Lauf ...

Die Fachkommission „Strahlenschutz" bestand aus zwei Mitgliedern der Hauptkommission und weiteren Mitgliedern, die ebenfalls vom Atomminister persönlich berufen wurden. Die personelle Kontinuität von der Atom- zur Strahlenschutzkommission wahrte u. a. ein Prof. Dr. O. Hug, vor 1945 Assistenzarzt am Pathologischen Institut der Charité Berlin (seit 1935 Mitglied der NSDAP und der SA), nach 1945 Mitglied des wissenschaftlichen Rates der Gesellschaft für Kernforschung und Institutsleiter der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) in Neuherberg, dann Mitglied der Deutschen Atomkommission und schließlich 1974/1975 Mitglied der Strahlenschutzkommission. Für strukturelle Kontinuität — Atomfilz mit Geheimdienstflair — sorgt bis heute die SSK-Geschäftsordnung, in der z. B. festgeschrieben ist, daß „*ohne Zustimmung des Bundesministers des Innern sie niemandem Empfehlungen oder Auskünfte geben*" darf (§ 2, 3). Die Sitzungen sind nichtöffentlich, die Beratungen vertraulich. Bei Hinzuziehung externer Sachverständiger sind auch diese „*auf die Wahrung der Vertraulichkeit über den Inhalt der Sitzung zu verpflichten*". Wer aus der Rolle fällt, den kann der Innenminister jederzeit „aus besonderen Gründen" abberufen. Für den Rest winkt das, was § 6,3 der Geschäftsordnung als „Vergütung der Tätigkeit der Mitglieder der SSK" umschreibt.

Kann es vor diesem Hintergrund noch verwundern, daß alle Anläufe, aus der SSK ein pluralistisches Gremium zu machen, scheitern mußten? 1978 versuchten erst die Umweltverbände, dann der DGB, eine Person ihres Vertrauens in die SSK zu hieven. Vergeblich. Beide Versuche scheiterten am „liberalen" Innenminister Baum, der auf Wahrung des „speziellen" Charakters der SSK bestand.

Strahlenschützer bei der Arbeit

Die erste „Vorsorgemaßnahme" stammte vom 30. April 1986 und richtete sich gegen die Gefahren aus dem Osten: „Spitzenfachleute" der SSK und Zimmermann setzten durch, die Einfuhr von Milch, Obst und Gemüse aus Polen und der UdSSR zu untersagen, „*soweit ein Grenzwert der radioaktiven Konzentration von 4 Bq pro kg bei den gesamten Lebensmitteln überschritten ist*" (so BMI-Sprecher Butz am 2.5.86). Diese Entscheidung hielt

gen, „*soweit ein Grenzwert der radioaktiven Konzentration von 4 Bq pro kg bei den gesamten Lebensmitteln überschritten ist*" (so BMI-Sprecher Butz am 2.5.86). Diese Entscheidung hielt

die SSK einige Tage darauf freilich nicht davon ab, einen Persilschein auszustellen auf westliches Blattgemüse mit 250 Bq/kg und westliche Milch mit 500 Bq/l Jod 131. (Wobei in der Realität flächendeckende Gemüsekontrollen gar nicht realisiert werden konnten und somit regionale Verbote von Gemüseverkauf angemessen gewesen wären: So wurden in Baden-Württemberg auf im Handel befindlichem Gemüse z. B. am 6. Mai 5.500 Bq Jod 131 je kg auf Salat und am 7. Mai 3.400 Bq Jod 131 je kg auf Spinat gefunden. Das Bundesinnenministerim meldete am 11. Mai auf Freilandgemüse 3.000 bis 10.000 Bq Jod 131 je kg in Süddeutschland, im Rest der Republik bis 2.000 Bq/kg). Am 7. Mai wurde seitens der SSK die enorme Strahlendosis von 3 rem für Kleinkinder nach Trinken von 20 Litern Milch als „annehmbar" bezeichnet, was selbst die sonst als besonders skrupellos bekannten EG-Normen für Radioaktivitätswerte in den Schatten stellte. Auf Brüsseler Ebene einigte man sich laut „VWD Europa" vom 16.5.86 darauf, „daß die Aufnahme von Strahlendosen zwischen zwei und drei rem **im Laufe eines Jahres** als unbedenklich anzusehen sei" (Hervorhebung AK).

Der zweite Hammer in der Empfehlung vom 7.5. war die Aufhebung des am 4.5. verfügten Grenzwertes für Caesium-Aktivität und andere langlebige Spaltprodukte in Höhe von 100 bq pro kg Lebensmittel. Die SSK hatte offenbar innerhalb von drei Tagen erkannt, daß die langlebigen Strontium-90- und Caesium-137-Strahler innerhalb einer Generation nicht abklingen und eine Beseitigung der Lebensmittel die Bevölkerung womöglich noch mehr beunruhigen könnte. Anders jedenfalls ist die SSK-Entscheidung nicht zu verstehen, denn es lag am 7. Mai aus technischen Gründen noch kein einziger Meßwert von Strontium-90 vor. Die alleinige Festlegung des Jod-131-Grenzwertes hat zudem den erheblichen propagandistischen Effekt der Orientierung an einem Nuklid, dessen Rückgang absehbar ist, ohne daß damit das Langzeitrisiko auch nur geringfügig abnimmt. Null Grenzwerte für langlebige Strahler bedeutete grünes Licht für den Verkauf und die Konservenverarbeitung von Lebensmitteln, die mit dem Rückgang des Jod-131-Anteils an der Gesamtradioaktivität unkontrolliert stark mit langlebigen Strahlern verseucht bleiben. Nach Angaben des Darmstädter Ökoinstituts würde schon „*durch Verzehr von 14 kg Gemüse mit 100 Bq Caesium-137 je kg ... der jährlich zulässige Grenzwert der Strahlenschutzverordnung für die Strahlenbelastung der Knochen (180 mrem pro Jahr) überschritten; bei Kleinkindern würden dazu bereits 5 kg ausreichen*". Zudem habe man „*bei stichprobenartigen Messungen an im Handel angebotenem Gemüse in Baden-Württemberg z. B. gefunden: 600 Bq Caesium-137 je kg Spinat (7. Mai), 600 Bq C-137 je kg Salat (6. Mai). Am 11. Mai nannte das Bundesinnenministerium Werte von 1.000 bis 3.000 Bq C-137 auf süddeutschem Freilandgemüse*". (vgl. Anhang II des hessischen Ausstiegsszenarios: „Auswirkungen von Strahlenbelastungen").

Haupttendenz Atomstaat

Es ist gut, aber nicht ausreichend, wenn die SSK-Beschwichtigungen auf massenhafte Zweifel gestoßen sind. Was die SSK und das BMI in den letzten vier Wochen vorgeführt haben, ist keine primitive Lobbyarbeit, sondern Ausdruck eines entwickelten, grauenhaften Atomstaats, dem nicht nur das Vertrauen entzogen, sondern der zerschlagen weden muß. Vieles erinnert an Orwell-Visionen: Da wird aus allen Rohren auf Entwarnung und gegen vorsorgliche Jodeinnahmen gesetzt, während sich dann auf einer Bürgerversammlung besorgter Eltern herausstellt, daß ausnahmeslos alle örtlichen Kinderärzte und -ärztinnen, die es besser wußten, ihre eigenen Kinder mit kleinen Dosen nichtbestrahlten Jods versorgt haben. Da wird von einem Minister Zimmermann selbst in der diskreten Runde des Bundestag-Innenausschusses scharf interveniert, als nach Drängen grüner Abgeordneter der SSK-Vorsitzende zusagt, ein Papier über die Nuklidzusammensetzung der Strahlenwolke weiterreichen zu wollen.

Da wird dem Bielefelder Umweltdezernenten Uwe Lahl von der SPD-geführten Düsseldorfer Landesregierung die Einsicht in Unterlagen über Radioaktivitätsmessungen verweigert.

Da kommt nur zufällig und nach wochenlangen Verzögerungen an die Öffentlichkeit, daß am 3./4. Mai 1986 aus dem Hochtemperaturreaktor in Hamm erhebliche Mengen an Radioaktivität freigesetzt wurden und die einzige ersichtliche Konsequenz der

Öffentlichkeit, daß am 3./4. Mai 1986 aus dem Hochtemperaturreaktor in Hamm erhebliche Mengen an Radioaktivität freigesetzt wurden und die einzige ersichtliche Konsequenz der

Rau-Regierung darin bestand, ab dem 4. Mai die zuvor praktizierte Weitergabe von Radioaktivitätswerten bei AKW-Standorten einzustellen.

Da werden von allen staatlichen Stellen die Meßwerte von Plutonium unter Geheimhaltung gestellt, und die schriftlichen Mitteilungen über Meßdaten beginnen mit den Worten: „Diese zur Veröffentlichung freigegebenen Meßdaten schicken wir Ihnen ..."

Da werden Professoren und Wissenschaftler, die sich aufgrund eigener Radioaktivitätsmessungen an die Öffentlichkeit gewendet haben, wie z. B. in Kiel, Ulm und Regensburg, staatlicherweise massiv unter Druck gesetzt, um sie zum Dementi ihrer Gefährdungseinschätzung und ihrer Forderungen zu bewegen. Da heißt es in der „Neuen Westfälischen" vom 27.5.86 beiläufig: „*Es sei falsch, so die Fachleute der Kreisverwaltung, von einem Informationsstopp zu reden. Richtig sei vielmehr, daß der Regierungspräsident und der Innenminister erlassen hätten* (am 9. Mai übrigens), *keine Meßergebnisse mehr bekanntzugeben, die amtlich nicht beglaubigt seien.*"

Da heißt es in einem Fernschreiben an das für die Radioaktivitätsmessungen zuständige Wetteramt in München (laut „Spiegel" 20/86): „*Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß den Wetterämtern übermittelte Werte der gemessenen Radioaktivitäten den Geheimhaltungsgrad VS/NFD haben und ausschließlich als Unterlagen für die von den jeweiligen Landesregierungen zu gebenden Beratungen dienen. Eine Weitergabe an die Öffentlichkeit ist untersagt*" usw. usf.

Es wird in den nächsten Wochen nicht nur darauf ankommen, den Kampf für die Abschaffung des Atomprogramms zu forcieren. Nicht minder wichtig ist es, das massenhafte, aber oft nur gefühlsmäßige Mißtrauen in den Atomstaat mit Fakten, auch physikalischen, anzureichern, zu vertiefen und zuzuspitzen.

ms, Bonn

SPD: Umstieg in das dritte Jahrtausend

In einem ZDF-Hearing zum Thema „Ausstieg aus der Kernenergie?" ereiferte sich Oskar Lafontaine über die CDU/FDP-Politik nach Tschernobyl: „*Das ist Staatsterrorismus!*" Wer, so Lafontaine, nach der Katastrophe von Tschernobyl die hiesigen Atomkraftwerke so weiterlaufen lasse als sei nichts geschehen, nehme den Tod Tausender stillschweigend in Kauf. So ist es. Schade, daß der ansonsten glänzend argumentierende Joschka Fischer in der Gesprächsrunde Lafontaine nicht die Frage gestellt hat, ob er sich denn noch in einer Partei von Staatsterroristen und potentiellen Massenmördern wohl fühle ...

Ende April dieses Jahres geschah zweierlei. Erstens ging der Reaktor in Tschernobyl durch und zweitens tagte der SPD-Parteivorstand. Noch bevor die Meldung aus der Ukraine über die Fernschreiber tickerte, hatte das SPD-Gremium ein Grundsatzpapier zur Energiepolitik beschlossen, in dem es unter Punkt 6 („Kernenergie unter bestimmten Voraussetzungen") heißt: „*Die SPD sieht auch heute die Möglichkeiten, die heute in dem Potential der Kernenergie zu Energieversorgung liegen; doch sind inzwischen auch ihre Gefahren deutlicher geworden.* ***Mittelfristig wird ihre Bedeutung zunächst noch wachsen.*** *Unter Berücksichtigung der im Bau befindlichen Kernkraftwerke steigt ihre Gesamtkapazität von derzeit 17.000 MW bis 1990 auf etwa 24.000 MW an und wird dann etwa 35-40% des Stromverbrauchs aus dem öffentlichen Netz decken.*"

Halten wir fest: Ende April — die ersten sowjetischen Arbeiter verstrahlen gerade im Super-Gau — erklärt der SPD-Vorstand sein Einverständnis zum „mittelfristigen" Ausbau der Atomenergie.

Einige Stunden später war klar, daß kein Sozialdemokrat diesen Beschluß, insbesondere den zitierten Kernsatz, in den nächsten Tagen und Wochen öffentlich vertreten würde. Stattdessen quälte sich die Partei durch einen „Lernprozeß", in dem die unterschiedlichsten, sich zum Teil diametral widersprechenden Konsequenzen aus Tschernobyl propagiert wurden.

Wir haben uns die Mühe gemacht, in das scheinbare Chaos sozialdemokratischer Äußerungen zu den Konsequenzen aus Tschernobyl Ordnung zu bringen, und wir haben dabei — das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein — verschiedene Kategorien erhalten:

Kategorie A: Der Funktionär

Als einen derzeit fest im Sattel sitzen-

Kategorie A: Der Funktionär

Als einen derzeit fest im Sattel sitzen-

den Protagonisten dieser Kategorie zitieren wir den IG Chemie-Vorsitzenden Herman Rappe „*Es kommt nach Tschernobyl darauf an, die Sicherheit von Kernkraftanlagen rund um die Bundesrepublik zu verbessern. Durch die Ablehnung der Atomenergie wird die Verläßlichkeit der Sozialdemokraten durch Kopfsprünge in Zweifel gezogen, davor warne ich*" (9.5.). Oder der SPD-Funktionär Niggemeier, Chefredakteur der IG Bergbau- und Energie-Zeitung „einheit". „*Die entscheidende aktuelle Forderung ist deshalb die nach einer internationalen Übereinkunft über die Anhebung des Sicherheitsstandards in Ost und West auf das Niveau des höchstmöglichen Stands der Technik wie in der Bundesrepublik.*" Am deutschen Atomkraftwesen soll also die Welt genesen. Unter dieser Kategorie ließen sich zudem noch ehemalige SPD-Kanzler einordnen, die in eben dieser Position den Ausbau der Atomanlagen betrieben haben.

Kategorie B: Der Ministerpräsident mit AKWs im Land

Hessens Börner am 5.5.86: „*Deutsche Kernkraftwerke sind sicher. Der Atomunfall in der Sowjetunion ist kein Grund die beiden hessischen Kernreaktoren in Biblis stillzulegen.*" Die hessischen AKWs sind für 40 Jahre angelegt, von denen nicht einmal 10 um sind. Die hessische SPD bleibt damit für dieses Jahrtausend Atompartei.

Kategorie C: Kandidat fürs Amt

Johannes Rau (der u.U. auch der Kategorie B zugerechnet werden kann) am 9.5.86: „*Ein weiterer Ausbau der Kernenergie kommt nicht in Frage. Wenn die SPD im Januar 1987 die Bundesregierung übernimmt, wird sie die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Schnelle Brüter in Kalkar nicht in Betrieb genommen wird. Die SPD sagt auch nein zur WAA in Wackersdorf.*" Bestehende AKWs und solche, die im Bau sind und bald ans Netz gehen, erwähnt Rau nicht. Er favorisiert — ebenso wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — den sog. Hochtemperaturreaktor, kandidiert also, frei nach Lafontaine, für die Führerschaft im Staatsterrorismus.

Kategorie D: Kandidat fürs Amt, kurz vor den Wahlen

Gerhard Schröder: „*Auch ich habe Angst gehabt.*" Ansonsten möchte er in „einer gewaltigen gesellschaftlichen Anstrengung" den langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie wagen, wobei er sich aber ausdrücklich weigert, einen Zeitraum anzugeben. Schritt für Schritt für ... , technisch, ökonomisch abgesichert, seriös und durchdacht, sozusagen unmerklich soll das über die Bühne gehen. In der Zwischenzeit möchte er alle niedersächsischen AKWs einer strengen Sicherheitsprüfung unterziehen, „eventuell" sogar den Schrottreaktor Stade abschalten, dafür aber in „jedem Fall" den neuen, doppelt so großen Reaktor Lingen II ans Netz gehen lassen. Schröder ist ein Kritiker der Kernenergie, der vor den Wahlen den tumben Bürger der Mitte, nach den Wahlen das Energiekapital nicht verschrecken möchte, ein Renegat, ein Realpolitiker also. Auch ihn trifft der Bannstrahl seines Freundes Lafontaine.

Kategorie E: Oppositionsführer

Björn Engholm (Schleswig-Holstein): „*Es gibt ein gigantisches Energieüberangebot. Wir fordern, daß die SPD bis 1989 einen Plan zum Ausstieg aus der Kernenergie vorlegt. Wir fordern eine Verstaatlichung der Energieunternehmen in der Bundesrepublik mit dem Ziel, den von uns angestrebten Ausstieg wirkungsvoller durchzusetzen. Wir fordern die Landesregierung in Kiel auf, dem Kernkraftwerk Brokdorf die Betriebsgenehmigung zu verweigern.*" Engholm ergänzt: „***Im Falle eines Wahlsiegs der SPD im Jahre 1987 kann die SPD Brokdorf nicht von heute auf morgen abschalten. Dann würde ich in Erwägung ziehen, stattdessen die Anlage in Brunsbüttel als ältestes Kernkraftwerk in Schleswig-Holstein außer Betrieb zu setzen.***"

Ulrich Lang (Baden-Württemberg): „*Wir wollen die Stillegung des AKW*

Kernkraftwerk in Schleswig-Holstein außer Betrieb zu setzen."

Ulrich Lang (Baden-Württemberg): „*Wir wollen die Stillegung des AKW*

Obrigheim im Jahre 1989, der AKWs Phillipsburg I und Neckar-Westheim I im Jahre 1995 und des AKW Phillipsburg II im Jahre 2000."

Praktische Konsequenzen innerhalb eines halbwegs überschaubaren Zeitraums verspricht die SPD-BaWü also nur für den Schrottreaktor Obrigheim: 1989 soll er dran glauben. Kunststück: Für Ende des Jahrzehnts war eh vorgesehen, die Anlage vom Netz zu nehmen ...

Was passiert wenn die zitierten Personen die Rollen wechseln? Engholm (Schleswig-Holstein) hat darauf eine einleuchtende Antwort gegeben: Während er in der derzeitigen Kategorie gegen Brokdorf ist, wird er nach gewonnener Wahl flugs in die Kategorie B wechseln. Oder umgekehrt, wie z.B. Willy Brandt, der vor langer Zeit der Kategorie A angehörte und sich nun unter C oder E wiederfindet. Oder aber die Kandidaten der Gruppe C und D, die nach den Wahlen, je nach Ausgang, den Gruppen A, B oder E angehören werden. So flexibel ist die SPD!

Am 26. Mai hat der Parteivorstand der SPD erneut einen Beschluß gefaßt, der all den erwähnten Kategorien die Möglichkeit läßt, ihre Rollen nach Herzenslust auszuspielen. „Umstieg" heißt nunmehr die Parole; und das geht so:

1. Beratung über einen Plan zum schrittweisen Einstieg in den Umstieg, der in den Ausstieg mündet.
2. Nach Diskussion aller Gremien Entscheidung über den Plan.
3. Einbringen des Plans als Gesetzesinitiative in die parlamentarischen Gremien, um dann — immer vorausgesetzt, daß SPD-Mehrheiten vorhanden sind, die sich auch dann noch an solcherlei Pläne erinnern mögen — den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft zu bewerkstelligen.

Während der Jahre, die bis zur Planerfüllung noch ins Land gehen, sollen selbstverständlich AKWs in sozialdemokratisch regierten Bundesländern weiter betrieben werden. Und in der Zwischenzeit wird man mit der CDU auch noch die eine oder andere Entscheidung fällen, die den Beschluß der SPD kurz vor Tschernobyl (mittelfristiger Ausbau der Atomenergie) verwirklichen hilft. So wie etwa die SPD-Fraktion in München, die am 16. Mai 135 Millionen DM für das AKW Ohu II bewilligte.

Auf die Frage, wann denn so ungefähr nach SPD-Vorstellungen der „Umstieg" vollzogen sein könnte, antwortete Harald Schäfer, Obmann der SPD im Innenausschuß: „Um die Jahrhundertwende kann man klarer sagen, ob man noch 5, 10 oder 15 Jahre braucht." (14.5.)

Im Jahre 2015 möchte die SPD ihren Staat vom praktizierten Atomterrorismus befreien — wenn alles gut geht.

KB Göttingen



Lafontaine: „Das ist Staatsterrorismus."



Schröder: „Ich bin ein grundsätzlicher Gegner der Kernenergie. Im übrigen halte ich das Restrisiko der AKWs Würgassen, Grohnde, Esenshamm und Stade für vertretbar."

cher Gegner der Kernenergie. Im übrigen halte ich das Restrisiko der AKWs Würgassen, Grohnde, Esenshamm und Stade für vertretbar."

Atomterrorist Egon Bahr

Von Tschernobyl lernen heißt aber: Es ist zu billig und wird zu reiner Volksverdummung schlicht die Abschaffung aller Gefahren zu fordern. Europa muß lernen, wie man mit den Gefahren lebt, die es selbst geschaffen hat." (Vorwärts, 10.5.)

Volker Hauff, Vorsitzender der Jahrtausend-Kommission der SPD

„Neue Kernkraftwerke, wenn sie denn schon im Bau sind, sollen nur dann ans Netz gehen dürfen, wenn dafür alte Anlagen, die weniger Sicherheit bieten, herausgenommen werden ... Jedes technische System hat ein Risiko. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit. Ein solcher Fall (wie in Tschernobyl, d.V.) ist bei uns zwar höchst unwahrscheinlich, weil die Sicherheit höher ist. Aber er ist keineswegs ausgeschlossen." (Stern)

Ernst Albrecht in der HAZ vom 1.5.

„Bei der Nutzung der Kernenergie kann es stets nur darum gehen, ein ungewöhnliche hohes Maß an Sicherheit zu schaffen. Eine hundertprozentige Sicherheit wird es jedoch in keinem Lebensbereich geben. Irgendwo bleiben wir sterblich."

Es ist wahrlich nur eine Frage des Geschmacks, wenn man/frau zwischen diesen beiden Äußerungen noch Unterschiede finden will. Was ist schlimmer, der Zynismus eines Gossenphilosophen oder die kaltschnäuzige Unverfrorenheit eines Sozialdemokraten, der angesichts der erkannten Gefahr gleich den nächsten Atomkraftwerken, die ans Netz gehen sollen, seinen Segen gibt?

Hessisches "Abschaltszenario":

Fischer auf SPD-Kurs

Es ist immer wieder erstaunlich zu sehen, was sich ein Joschka Fischer erlauben kann, ohne daß es die Öffentlichkeit, ganz zu schweigen von der grünen Basis, auch nur merkt.

Was in Wiesbaden am 22.5.86 als hessisches Abschaltszenario vorgelegt wurde, klingt nur so, als ginge es um die rasche Abschaltung der beiden Super-GAU-Kandidaten von Biblis. Tatsächlich jedoch wurden zwei Szenarien präsentiert, von denen das eine auf Bundesebene die Möglichkeit der Abschaltung aller AKWs binnen sechs Monaten beschreibt und das andere die Abschaltung von Biblis A und B *ohne* konkrete Zeitangabe. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zwischen diesen beiden Szenarien liegt im Ansatz:

Bei dem Papier für die bundesweite Abschaltung handelt es sich um die aktualisierte Version der Begleitstudie zum „Atomsperrgesetz" der Grünen im Bundestag vom Oktober 1984. Die Hannoveraner Wissenschaftler Müller-Reißmann und Schaffner haben darin, bezogen auf 1984, nachgewiesen, daß es grundsätzlich möglich ist, innerhalb eines halben Jahres alle Atomkraftwerke abzuschalten und dennoch eine Erhöhung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen aus Kohlekraftwerken zu verhindern. Das Rezept hierzu besteht aus einer Reihe vorübergehender radikaler Umstrukturierungsmaßnahmen zur ökologischen Optimierung des fossilen Kraftwerkparks. Das hessische Ausstiegsszenario mit dem Titel „Energiewirtschaftliche Konsequenzen einer sofortigen Stillegung der Atomkraftwerke Biblis A und B für das Land Hessen" verzichtet nicht nur auf den Ansatz einer ökologischen Optimierung im Bereich der Kohlekraftwerke, sondern behauptet
B für das Land Hessen" verzichtet nicht nur auf den Ansatz einer ökologischen Optimierung im Bereich der Kohlekraftwerke, sondern behauptet
darüber hinaus gar, daß die AKW-Abschaltung „naturgemäß zu einer Erhöhung der Emissionen" aus Kohlekraftwerken führen müsse.

Es werden in der Langfassung der Studie zwei unterschiedliche Angaben über diese Kohleemissionen gemacht: Bei einer Sofortabschaltung von Biblis A und B: 35.500 t SO_2 und 11.500 t NOX, bei einer Abschaltung zwischen 1988 und 1990, d.h. nach der Entstickung und Entschwefelung der Kohlekraftwerke im von der Bundesregierung vorgesehenen Zeitplan: 6.300-12.700 t SO_2.

In der am 22.5.86 vorgelegten Presseerklärung ist allein von den letztgenannten Emissionsanstiegswerten die Rede und damit von einer Abschaltung der AKWs in Biblis nach frühestens zwei Jahren!

Wollen oder Können?

Die Debatte über diverse Ausstiegsszenarien lenkt derzeit von der Frage ab, auf die es ankommt: Wer will die raschestmögliche Abschaltung aller AKWs und wer will sie nicht.

Anstatt die Frage so zu stellen und zu beantworten, wird einer Versöhnung mit der SPD das Wort geredet nach dem Motto: Wir teilen das Ziel, und unterscheiden uns nur im Tempo, respektive Mittel. Natürlich käme die SPD nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in die allergrößten Schwierigkeiten, wenn sie ihre Politik des immerfortwährenden „mittelfristigen" Ausstiegs mit irgendwelchen *Vorzügen* der Atomenergie begründen sollte. Heute läßt sich der alte Kack einzig und allein im neuen Frack der Sachzwang-Argumentation verkaufen, d. h. bei Auflistung und Beschwörung aller angeblich mit der AKW-Stillegung verbundener *Nachteile*. Bei nüchterner Betrachtung ist es aber kaum zu bestreiten, daß heute die Abschaltung aller AKWs in derBundesrepublik, wenn es nur gewünscht würde, durchsetzbar und für die überwiegende Masse der Bevölkerung von Vorteil wäre. Daß dies kapazitätenmäßig geht, wird heute von niemandem mehr bestritten. Das gilt erst recht für Hessen, wo im Winter 1983/84 beide AKWs außer Betrieb waren, ohne daß es jemand bemerkte. Daß die Abschaltung bei entsprechendem politischen Druck auch juristisch kein Hürdenlauf wäre, läßt sich derzeit auch immanent aufzeigen: Zum einen hat sich mit Tschernobyl schlagartig und radikal das Verständnis und die Akzeptanz vom nuklearen „Restrisiko" in der Gesellschaft verändert. Daran käme kein Gericht vorbei. Zum anderen ist die radioaktive Vorbelastung in der BRD wegen des Reaktor-Super-GAU soweit angestiegen, daß sich eigentlich der Weiterbetrieb eines AKWs, das bekanntlich zusätzliche Strahlung abgibt, nach § 46 der Strahlenschutzverordnung von selbst verbietet. (Erfahrene Juristen wie Reiner Geulen rechnen mit günstigen Erfolgsaussichten bei einem derartigen Prozeß). Und schließlich bietet die unbeantwortbare Frage des Atommülls und die juristische Ankoppelung der AKW-Betriebsgenehmigungen an „Fortschritte" bei der Beschaffung eines Atommüll-Endlagers zusätzliche Ansatzpunkte.

Mit einer Einschränkung bei den extremen Strom-Großabnehmern in der Industrie könnten selbst die Kapitalisten ohne Atomstrom und teuren Milliardengräbern in Kalkar und Wackersdorf prächtig überleben, denn: Nur wer Atomwaffen will, *braucht* Atomenergie. Wer das nicht will, braucht sie nicht. Die Anhänger der militärischen Option dürften innerhalb der herrschenden Klasse einigen Einfluß haben, auf die Gesamtbevölkerung bezogen sind sie eine verschwindende Minderheit.

Weder die SPD noch Biedenkopf oder Bangemann oder wer sonst noch derzeit über „Ausstieg" faseln mag, bräuchten sich heute zu zieren oder um Mehrheiten zu fürchten, wenn sie die Abschaltung der AKWs tatsächlich betreiben *wollten*. Aber eben das ist ihr Ziel nicht. Am allerwenigsten ist es das Ziel von Börner.

„Man muß den Menschen erklären, welchen Preis das hat ..."

... so die Begründung von H. J. Vogel für die Einrichtung einer SPD-Kommission, die unter Vorsitz von Volker Hauff die „Eckwerte" für einen AKW-Ausstieg erarbeiten soll (ppp, 13.5.86). Präziser läßt sich die Funktion dieser Hauff-Kommission kaum fassen: Es handelt sich genaugenommen nicht um eine Arbeitsgruppe *für*, sondern um eine Arbeitsgruppe *gegen* den raschen Ausstieg aus der Atomenergie. Sie soll einerseits dem Ausstiegsgerede der SPD eine gewisse Glaubwürdigkeit verleihen (Rau: „Wichtiger als die Schnelligkeit der Schritte ist die Glaubwürdigkeit der Richtung") und andererseits durch Errichtung unsinniger Hürden die Ausstiegs-Strömung in der Bevökerung kanalisieren. Letzteres deutete Hauff bereits an mit dem Hinweis, in der Kommission zuerst einmal vor allen Dingen bei der rationellen, sparsamen Energieverwendung ansetzen zu wollen („heute-journal", 16.5.).

Allein der Abschreckung zuliebe will sowohl die Bundes-„Ausstiegs"kommission als auch die entsprechende Untergruppe der hessischen SPD ein Szenario für den sofortigen AKW-Ausstieg bearbeiten. „*In der (hessischen) Koalition bedeutet das, daß wir uns intensiver über Folgen und Voraussetzungen eines solchen Handels unterhalten*", drohte der hessische Finanzminister Krollmann in „Heute" (20.5.) bereits an.

Wer wie Krollmann die Atomenergie retten will, wird keine Probleme haben, entsprechende Horrorszenarien für den Sofortausstieg an die Wand zu werfen. Dies gilt gleichermaßen für die Grünen: Wer die ökologische Optimierung und den AKW-Ausstieg will, wird auch entsprechende Szenarien mobilisieren können. Die entsprechende Volksweisheit lautet: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Hessenszenario: Abwägungsdilemma statt Abschaltung

Das über Pfingsten und in Zusammenarbeit mit SPD-Beamten im Umweltministerium erstellte Hessen-Szenario erinnert streckenweise mehr an einen „dialektischen Besinnungsaufsatz" als an eine Kampfschrift für die Abschaltung von Biblis A und B. Soll ich erst den Wald retten und dann raus aus der Atomenergie oder andersherum? Durch Verzicht auf die Minimierung von Schadstoffbelastung bei neu zu nutzenden Kohlekraftwerken wird nicht nur der Bundesregierung, sondern auch der SPD eine willkommene Blöße geboten, um mit Joschka als Kronzeugen für die Verlängerung von Super-GAU-Risiken zu polemisieren: So wird weder der kurzfristige Schadstoffausstoß der hessischen Kohlekraftwerke behandelt (zuständig: J. Fischer), noch bei der Frage der günstigsten Substituion für den Biblis-Atomstrom die umweltverträglichste Lösung ausgewählt. Unter derartigen Voraussetzungen wird eine miese Stimmung erzeugt, die auf eine Verschiebung der Biblis-Abschaltung auf Anfang 1990 drängt. Eine besondere Peinlichkeit leistet sich das Szenario bei der angestrebten Bundesratsinitiative zur Stillegung aller Atomanlagen: Ausdrücklich ausgenommen von der Stillegung sind hiernach „Anlagen, die der auch nach der Stillegung der Atomanlagen notwendigen Atommüllbeseitigung und -lagerung dienen" (S. 50).

Ja zum Zwischenlager Ahaus und Gorleben (SPD-Programmatik), Ja zur Konditionierungsanlage in Gorleben (SPD-Programmatik) und Ja — zum Endlager Gorleben???

Die Anti-AKW-Bewegung wird sich hoffentlich gebührend zu bedanken wissen ...

ms, Bonn

Grüne zu Tschernobyl:

Grüne zu Tschernobyl:

Verbaler Radikalismus und gemäßigte Realpolitik

An zwei Tagen debattierten die Grünen auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz zu Pfingsten die Folgerungen für ihre Politik aus dem Unfall von Tschernobyl. Heraus kam eine Resolution, die für alle etwas bot: verbalen Radikalismus für das Gemüt, fundamentale Sofortausstiegshoffnungen und gemäßigten Radikalismus für die Realpolitik.

Die grüne Gemütslage heizte Gastredner Walter Mossmann an, der massiven außerparlamentarischen Widerstand gegen das Atomprogramm forderte und daran erinnerte, daß es die SPD war, die es gegen den Protest der Anti-AKW-Bewegung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vorantrieb. Mossmann sprach von „Atomterroristen" und dem „Lügenmaul" Zimmermann, beide finden sich in der verabschiedeten grünen Resolution wieder. Rainer Trampert versuchte eine integrierte grüne Abschaltstrategie aus Basisorganisierung und außerparlamentarischem Widerstand, aus Bündnispolitik gegenüber gesellschaftlichen Großorganisationen wie Gewerkschaften und Kirchen, gegenüber Konsumenten und Bauern als Nahrungsmittelproduzenten, sowie aus einer grünen Parlamentspartei, die an der Atomfrage kompromißlos ist.

Schließlich Joschka Fischer. Selbstkritisch in Bezug auf mangelnde Offensive der hessischen Grünen, strategisch in der Benutzung des erarbeiteten Ausstiegsszenarios und konsequent in der Ankündigung, die Koalition platzen zu lassen, falls von der SPD keine „grundlegenden Schritte" des Ausstiegs gemacht werden. Fischer: „Da stehe ich im Wort".

Alles zusammen Balsam für die grüne Seele. Jutta Ditfurth blitzte mit ihrer Fundi-Resolution und allzu durchsichtiger Stoßrichtung gegen ihre Realo-Intimfeinde ab. Beschlossen wurde:

— Der Aufruf zu den Großdemonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf;
— die Bekräftigung der grünen Bundestagsentschließung zum sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie;
— ein Aufruf zum bundesweiten Volksentscheid.

Abgelehnt wurde ein Antrag aus Schadensersatzforderungen an die Sowjetunion.

Resolutionsstreit

Spannender sollte es bei der Diskussion um eine grüne Grundsatzerklärung werden, die den Rahmen für das zukünftige parlamentarische Handeln beschreibt. Zwei Resolutionsentwürfe standen sich gegenüber. Die von hessischen und anderen Realos (u.a. Fischer) forderte den sofortigen Ausstieg unter Nutzung aller Mittel wie gewaltfreier Demonstrationen und Ausstiegsszenarien, Ausschöpfung aller parlamentarischen Möglichkeiten wie „*auch Verhandlungen mit allen politischen und gesellschaftlichen Kräften, die dazu bereit sind oder genötigt werden können*".

Das war der grünen Versammlung denn doch zu unverbindlich Realo. Eine klare Mehrheit erhielt dagegen eine Resolution von Christian Schmidt, Rainer Trampert und Jutta Ditfurth, die die verbalen Radikalismen aus der Mossmann-Rede übernahmen und stärker auf verbindliche Rahmenfestlegungen für die Grünen drängten: „*Für die Grünen in den Parlamenten heißt Tschernobyl, daß sie sich kategorisch jeder Politik verweigern, die — aus welchen Gründen auch immer — die sofortige Stillegung aller Atomanlagen ausschließt*". Für die parlamentarische Handlungsebene wurden folgende Festlegungen versucht:

„*Für die Bundestagswahl 1987 erklären die Grünen unmißverständlich: Es gibt von uns keine Unterstützung eines Kanzlerkandidaten, der nicht zur sofortigen Umsetzung des Atomsperrgesetzes und damit zur sofortigen Stillegung aller Atomanlagen bereit ist.*"

„*Die Bundesdelegiertenversammlung geht davon aus, daß die hessische Koalition beendet ist, wenn bis Ende 1986 nicht die Stillegung aller hessischen Atomanlagen ... vollzogen ist. Sie erwartet dazu eine umgehende Erklärung der SPD.*"

„*Im Hinblick auf die niedersächsischen Landtagswahlen fordert die Bundesdelegiertenversammlung den Landesverband auf, keinen Ministerpräsidenten Schröder ins Amt zu wählen oder zu tolerieren, wenn dieser weiter die Planung, den Bau und den Betrieb von Atomanlagen zuläßt...*"

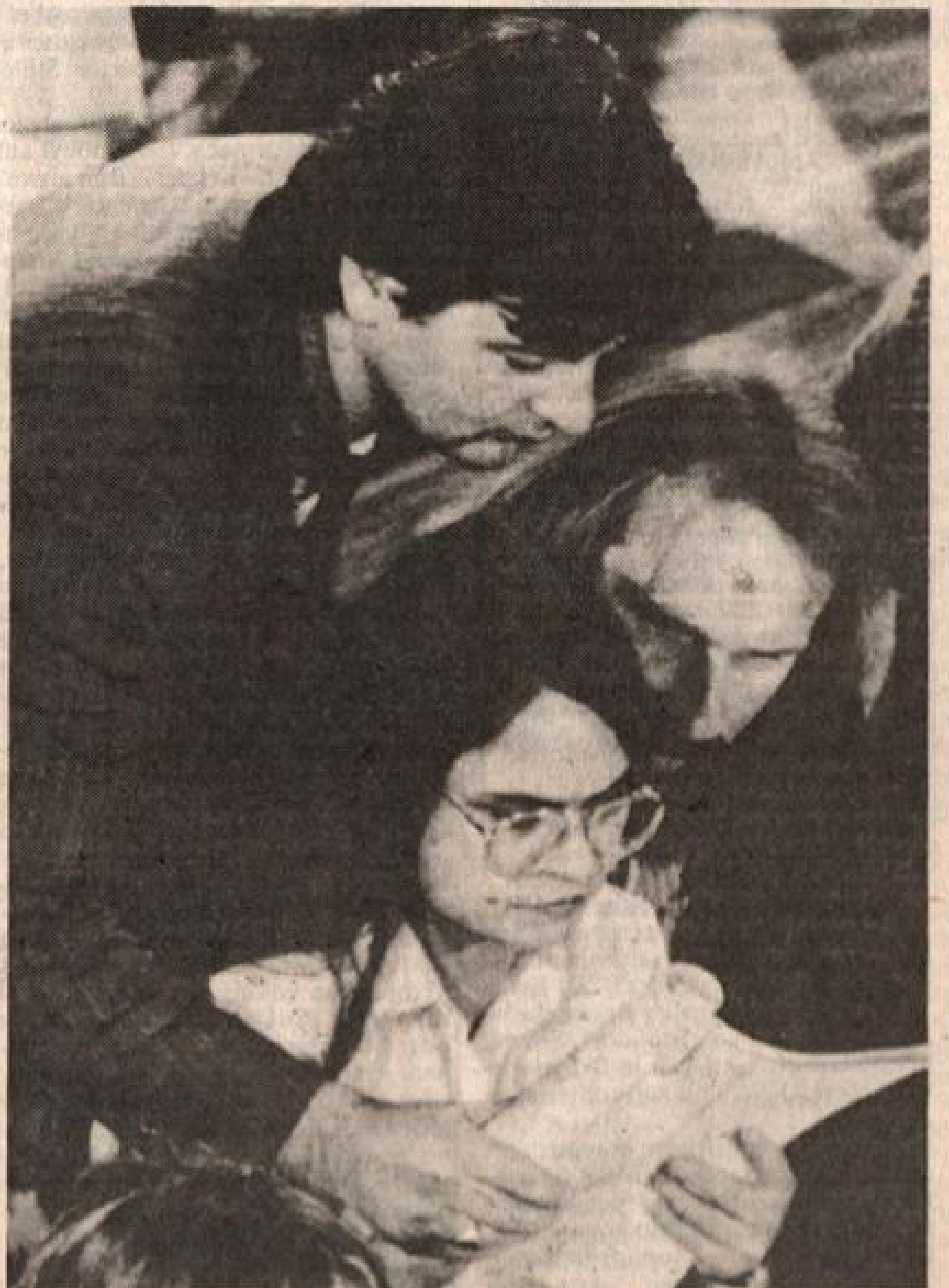
Trampert warf in der Begründung dem Realo-Flügel vor, mit keinem Wort die Atompartei SPD zu erwähnen und forderte auf, „*alle euren offenen oder geheimen Bündnisse mit der SPD aufzukündigen*". Vom Bundesparteitag verlangte er Klarheit in der Atomfrage, „*weil ich mich Dienstag wieder in der Anti-Atombewegung sehen lassen muß*". Doch die Klarheit gab es nicht. Wurde zunächst die radikalere Resolutionsvorlage als Arbeitsgrundlage verabschiedet, gelang den Realos mit Unterstützung auch von AL Berlin- und GAL Hamburg-Delegierten die Entschärfung der Passagen für die konkreten parlamentarischen Festlegungen. Das grüne Harmoniebedürfnis gegenüber allen Strömungen war, wenn auch diesmal knapp, in der Mehrheit. Zwar blieb die Passage für die Bundestagswahl unangetastet, doch sollte man sie auch nicht so ernst nehmen. Niemand stritt um sie, da sie nicht aktuell entscheidungsrelevant ist. Ganz anders bei den Konsequenzen für Hessen und Niedersachsen.

Für Niedersachsen wurde alles offengelassen. Der dortige „sofortige Ausstieg" wurde an eine politische Zusammenarbeit mit der SPD gekoppelt, die die Grünen nur dann für gerechtfertigt halten, „*wenn ein konkretes Ausstiegsszenario für alle niedersächsischen Atomanlagen vereinbart wird, das alle politischen, juristischen und administrativen Mittel ausschöpft, um die unverzügliche Stillegung aller Anlagen durchzusetzen*". Sofort ist eben nicht immer gleich.

Strenger war man da schon mit den Hessen. Von ihnen erwarten die grünen Bundesdelegierten, daß sie „*die Koalition mit der SPD beenden, wenn diese nicht der Stillegung aller hessischen Atomanlagen zustimmt (betr. Biblis A und B, Nukem, Alkem, RBU, Hobeg und Transnuklear), die spätestens bis zum Ende der jetzigen Legislaturperiode abgewickelt sein muß, und konkrete Maßnahmen (nicht nur Beschlüsse oder Studien) zur Erreichung dieses Ziels noch vor Ende 1986 vollzieht.*" So streng diese Fristsetzung einem echten Realpolitiker grüner Couleur auch erscheinen mag, ist ihre wesentliche Botschaft doch die, daß die hessische Koalition von der Bundesdelegiertenversammlung grünes Licht erhalten hat, bis zum Ende der Legislaturperiode 1987 weiterbestehen zu dürfen, das erstemal übrigens, daß sie diesen höchsten Segen bei den Grünen erhielt. Allerdings unter zwei Voraussetzungen: Börner und seine SPD halten ihre Nachdenklichkeit in Sachen Atomenergie durch und die Realos in der Koalition halten es ihrerseits nicht vorher schon für günstiger, den Absprung zu machen.

Der Parteiwerdungsprozeß der Grünen ist auch zu Pfingsten weiter vorangeschritten. Irgendwie kommt sie bekannt vor, diese Mischung aus radikalen Parteitagsreden für das eigene Befinden und dem alltäglichen realpolitischen Geschäft, wo nichts so heiß gegessen wird, wie es zuvor auf dem Parteitag gekocht wurde. Es sei denn, eine neue außerparlamentarische Bewegung stünde davor.

D. und hr.



Fischer, Christa Nickels, Beckmann

Die Linke zu Tschernobyl

Super-GAU in Tschernobyl — die Redaktionen sämtlicher bundesrepublikanischen linken Zeitungen kippen ihre für die nächste Ausgabe vorbereiteten Schwerpunktthemen, kramen in Archiven, interviewen Experten, stellen Forderungen und Aktionsvorschläge zur Diskussion. Eine 40.000 Mitglieder zählende Partei, die DKP, hat es schwer wie nie zuvor.
Im folgenden eine Nachlese wesentlicher Publikationen zum Thema.

DKP lernfähig?

Die DKP hat sich mit ihrer dummdreisten Verharmlosung der Katastrophe von Tschernobyl als ,,Havarie'' und ihrem Bekenntnis zur ,,friedlichen Nutzung'' der Kernenergie (vgl. AK 270, S. 5) in der Linken und in der wiedererwachten Anti-AKW-Bewegung lächerlich bis verhaßt gemacht.

Die in den folgenden Wochen von ihren verschiedenen Gremien zu Tschernobyl nachgeschobenen Erklärungen sind hier und da vorsichtiger und nachdenklicher formuliert; eine Kurskorrektur enthalten sie nicht.

Das Präsidium des Parteivorstandes bringt in seiner Erklärung vom 21.5. zwar per einleitender Floskel seine ,,große Betroffenheit'' und seine ,,Sorgen'' zum Ausdruck, fährt dann aber in gewohnter Manier fort: ,,Wir bleiben bei dem in unserem Parteiprogramm begründeten grundsätzlichen Ja zur friedlichen Nutzung der Kernenergie''. Im übrigen weist die DKP ,,die antisowjetische Hetze'' entschieden zurück und spricht der sowjetischen Führung ihr Vertrauen aus: ,,Die Sowjetunion hat bei der Entwicklung ihrer Energiepolitik stets großes Verantwortungsbewußtsein gezeigt. (...) Die DKP ist davon überzeugt, daß die Sowjetunion die notwendigen Konsequenzen aus der KKW-Havarie ziehen (...) wird.''

Schlag auf Schlag

Aus den Nachrichten hört man heute, daß sowjetische Bürger fluchtartig Kiew verlassen. Wenn das stimmt, dann hat das Regime der SU mit seiner menschenfeindlichen Informationspolitik genau die Panik verursacht, die es angab

das stimmt, dann hat das Regime der SU mit seiner menschenfeindlichen Informationspolitik genau die Panik verursacht, die es angab,
verhindern zu wollen. Nach der Bagatellisierung folgte aufgrund der real existierenden Verhältnisse das Eingeständnis der Katastrophe. In einer Gesellschaft, die nur regierungsamtliche Verlautbarungen kennt, muß bei so einem Hin und Her zweierlei passieren: Mißtrauen und dann vollständiger Legitimationsverlust für das Regime. Keine freien Wahlen, Zwangspsychiatrie, keine freie Presse, nur „innere Sicherheit". Der Legitimitätsverlust von Tschernobyl macht die Beschlüsse des 27. Parteitags mit ihrem Ansatz einer Reform von oben und auch die Gorbatschowschen Abrüstungsvorschläge unglaubwürdig. Gerade dies ist es, was eine an Menschenrechten orientierte, blockunabhängige Friedensbewegung noch nötiger macht als vor Tschernobyl.

Jo Müller, D. Cohn-Bendit in „Pflasterstrand" Nr. 236

* * *

Leserkarte zum Kommentar Jo Müller und wer natürlich nicht fehlen darf, der weltberühmte Dany Cohn-Bendit, der auch schon mal bessere Tage erlebt hat (souvenirs, souvenirs mon potte). Ich empfehle beiden, sich doch mal bei meinem Vater (ZDF-Magazin) zu bewerben, was Stil und Diktion in Richtung Sowjetunion angeht. Es sind noch Antikommunistische-Ghostwriter-Stellen frei. In diesem Sinne, lest Euren Scheiß allein oder vielleicht bei Fackellicht mit Freund Czaja.

Stefan Löwenthal, Leserbrief in „Pflasterstrand" 237.

Die Konsequenzen, welche die DKP bei uns in der BRD gezogen sehen möchte, unterscheiden sich in nichts von den Vorstellungen der SPD: Keine WAA und kein Schneller Brüter, keine Inbetriebnahme von Brokdorf, Sicherheitsüberprüfungen aller in Betrieb befindlichen AKWs und kerntechnischen Anlagen.

Eher noch dürftiger argumentiert der Bundesvorstand des MSB Spartakus in seiner keineswegs Hochschulreife beweisenden Erklärung vom 8.5. Gefordert wird ein ,,Moratorium'' und ,,schrittweiser Ausstieg'' aus dem Atomprogramm. Im übrigen können sich die DKP-Studenten der Einsicht nicht verschließen, daß ,,die Herstellung sozialistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse (...) nicht per se alle Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (bewältigt).'' Eine dezente Kritik an der sowjetischen Informationspolitik könnte sich hinter folgender Formulierung verbergen: ,,Wir brauchen jetzt vor allem Aufklärung und realistische Informationen, die das Ausmaß der Gefahren nicht herunterspielen oder im BILD-Zeitungsstil verdrehen.''

Einfach abschalten?

Geht denn das?, fragt sich die ,,Hamburger Utsichten'', eine Zeitung des DKP-Bezirksvorstandes, in einem längeren Artikel, der sich mit dem von vielen traditionellen DKP-Bündnispartnern mitunterzeichneten Prominenten-,,Appell an die Vernunft'' kritisch auseinandersetzt. Als wesentliches Argument gegen das Abschalten werden die energiepolitischen Probleme der nicht über fossile Brennstoffe verfügenden Entwicklungsländer ins Feld geführt. Das ,,Problem einer notwendigen Abwägung zwischen Nutzen und Gefahren'' soll an Hand der ,,bewährten'' Kriterien aus dem DKP-Parteiprogramm gelöst werden. Also AKWs nur bei ,,Garantie der Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten'', ,,wirksamer demokratischer Kontrolle'', nachgewiesenem Strombedarf.

Abschalten will auch die hessische DKP nicht. Sie fordert die ,,sofortige Sicherheitsüberprüfung von Biblis'' und mahnt Grüne wie Sozialdemokraten zur Mäßigung und zur Rettung der Koalititon: ,,Es wäre verhängnisvoll, wenn die Auseinandersetzung um den Zeitplan für den Ausstieg aus der Kernenergie in Hessen den gemeinsamen Kampf gegen ihren militärischen Mißbrauch sowie für die Durchsetzung einer neuen Politik in der Bundesrepublik verhindern würden'' (Rudi Maurer, Bezirksvorsitzender der DKP-Hessen).

Die hessischen Jusos erklären dagegen klipp und klar: ,,Die Atomtechnik ist nicht beherrschbar'' und fordern folgerichtig ,,die sofortige Stillegung des Atomkraftwerks Biblis''.

DKP-Bündnispartner gehen auf Distanz

DKP-Bündnispartner gehen auf Distanz

Innerparteiliche Proteste gegen die offizielle DKP-Linie sind bisher kaum nach außen gedrungen. Eine uns bekannte Ausnahme macht ein Flugblatt des ,,Eimsbüttler Forums'' (Zusammenschluß von Friedensinitiativen unter Mitwirkung von GAL und DKP), das zu einer verstärkten Zusammenarbeit von Friedens- und Umweltschutzbewegung aufruft. Gemeinsamer Nenner: ,,Das Eimsbüttler Forum schließt sich der Forderung der Umweltbewegung nach sofortiger weltweiter Stillegung aller Atomanlagen an.''

Auch langjährige Bündnispartner der DKP gehen nach Tschernobyl auf Distanz. Hans Brender, Bundesvorstandsmitglied der — vorsichtig ausgedrückt — DKP-beeinlußten ,,Deutschen Friedens-Union'' (DFU) klammert zwar die Frage der sofortigen Stillegung aus. Er formuliert aber, ausgehend von der Gorbatschow-Rede auf dem KPdSU-Parteitag — eine deutliche Kritik an der Art des sowjetischen (Atom-)Wirtschaftens. Ihm ,,scheint eine mögliche partielle technische Sorglosigkeit mit neutralen Einstellungen zusammenzuhängen, wie sie der gerade stattgefundene Moskauer Parteitag strenger Kritik unterzogen hat, nicht zu vergessen eine Fähigkeit zu ‚einfachen' technischen Lösungen und ein Vertrauen in die Möglichkeiten, mit der Technik umzugehen, das leicht auch eine Unterschätzung von Gefahren mit sich bringt'' (,,DVZ'', 2.5.).

Noch einen Schritt weiter in der Kritik der Sowjetunion geht ,,konkret''-Herausgeber Hermann Gremliza. Vermeiden will er einen ,,Religionskrieg'' um die Beherrschbarkeit der Atomenergie: ,,Die wissenschaftliche Erforschung und die wirtschaftliche Nutzung der Atomkraft sind nicht an sich böse. Sie setzen bloß Verhältnisse voraus, die jede Mißachtung von Risiken unter finanziellem oder bürokratischem Druck ausschließen. Das verbietet jeden wirtschaftlichen Einsatz, wo *safe as possible* gleichbedeutend ist mit *useless*. Ob eine kommunistische Gesellschaft dazu taugte, kann offenbleiben — sicher ist nach Tschernobyl, dem schlimmsten der bislang gezählten 152 AKW-Unfälle, daß die in Generationen während Überlebenskampf geformte und deformierte Gesellschaft des Typs ‚realer Sozialismus' nicht dazu taugt, und zwar, da es in dieser Frage keine Abstufungen der Tauglichkeit gibt, so wenig wie die kapitalistische'' (,,konkret'' 6/86).

Abschalten!

Keine Probleme mit der Forderung nach sofortiger Stillegung aller AKWs haben GIM und KPD. ,,Jetzt alle Atomanlagen abschalten! ist die Schlagzeile des ,,Roten Morgen'' vom 16.5. Die ,,GAU-Leiter aller Länder nach Tschernobyl'' verfrachten will die GIM. SPD und DGB sollen in die Front der AKW-Gegner gezwungen werden: ,,SPD (Parteitag: August!) und Gewerkschaften (IGM-Gewerkschaftstag: Oktober!) müssen auf den Ausstieg aus der Atomenergie festgelegt werden.'' Durchgesetzt werden soll der Ausstieg per Volksentscheid: ,,Von SPD und Grünen muß verlangt werden, daß sie nach einem Wahlsieg 1987 die gesetzlichen Grundlagen schaffen.'' (,,was tun?'', 15.5.).

Die MLPD will ,,Arbeiter und Bauern gegen das Atomprogramm'' (,,Rote-Fahne''-Headliner vom 17.5.) mobilisieren und außerdem die ,,sozialistische Alternative stärken''. Da ,,sich erst im Sozialismus Wissenschaft und Produktivitätskräfte allseitig im Dienste der Menschheit entwickeln'' könnten, sei ,,die richtige Konsequenz zum jetzigen Zeitpunkt die Stillegung''. Wobei hinzugefügt werden muß, daß aus Sicht der MLPD der Sozialismus in der Sowjetunion vor exakt 30 Jahren zu existieren aufgehört hat. Hätte es zu Stalins Zeiten schon ein Atomprogramm gegeben (und eine MLPD), wären die sowjetischen AKWs der propagandistischen Rückendeckung durch diese einzigartige Partei sicher gewesen.

Grüne Realos weisen den Weg

Daß ,,mit der Atomangst Politik gemacht wird'', wie die AKW-Befürworter den Kritikern scheinheilig vorhalten, ist, um unseren Bundeskanzler zu zitieren, ja nun wirklich ,,ein ganz normaler Vorgang''. Aber muß diese Politik unbedingt so aussehen wie die der grünen Realos Dany Cohn-Bendit und MdB Jo Müller? Zwar ist nach deren Auffassung auch in Hessen, dem Ursprungsland des welthistorischen rot-grünen Experiments, ,,eine Politik angesagt, die den Ausstieg aus der Koalition nicht tabuisiert''. Aber aktuell wichtiger ist der Ausgang der Niedersachsen-Wahl. Alle sollen mitziehen — Fundis, Realos, Ökosozialisten und Koalos — um die niedersächsischen Grünen über 10 % zu bringen und dann kraft dieses Wahlergebnisses Schröder zu zwingen, ,,aus Gorleben auszusteigen und Stade abzuschalten''. Überhaupt scheinen die 10 % eine magische Grenze zu sein, die auch in Hessen (und auf Bundesebene?) den qualitativen Sprung ermöglichen: ,,Eine sehr starke Grüne Fraktion, hier muß auch die 10-%-Marke angepeilt werden, wird dann den geordneten Rückzug aus dem Atomwahn durchsetzen können'' (,,Pflasterstrand'', 17.5.).

js.



Foto: H.W.

Foto: H.W.

Frankreich: Sowjetische Zustände

Französische AKWs sind ganz besonders, ganz wahnsinnig sicher. Auch wenn man heute, beispielsweise, zwei Jahre danach von einer Beinahe-Katastrophe im AKW Bugey bei Lyon erfährt. Auch wenn zwei Tage nach dieser Information wieder mal das Entweichen von Radioaktivität aus der Wiederaufbereitungsanalge in La Hague bekannt wird. Mit einem Fünfzeiler in ,,Le Monde''. Und mit dem Kommentar: ,,*Der Unfall scheint allerdings keine Folgen für die Bestrahlten haben zu müssen.*'' (22.5.)

Jedenfalls und im Falle eines Falles, also im Falle einer so unwahrscheinlichen ,,Havarie'' in einem französischen AKW — der französische Bürger wäre mindestens genauso prächtig informiert wie sein sowjetischer Genosse. Über die französische Seelenruhe wird von Schweden bis Neuseeland der Kopf geschüttelt.

In diesen Tagen genoß man eine Demonstration dessen, was hier und dort Atomstaat genannt wird: eine Koalition von Atombetreibern aus Parteien, Regierung und Staat, wozu natürlich der polizeiliche Atomkraft-Werkschutz genauso gehört wie das wissenschaftliche Schweigen von den Physikern bis zu den Ärzten, die Medien nicht zu vergessen. Zumindest ein Teil der französischen Presse nahm es anläßlich Tschernobyls locker mit der sonst so verschmähten ,,Prawda'' auf. ,,Le Monde'', eine Zeitung, die weltweit als Muster an Seriosität gilt, schrieb staatstragend-verantwortungsbewußt am 9. Mai: ,,*Die perfekte Seelenruhe in unserem Land, eine Ausnahme in ganz Europa, ist durch unser Kontrollsystem gerechtfertigt, das bis heute keine einzige Anomalie gezeigt hat.*'' Zu den beiden oben genannten Attributen kommt ein drittes hinzu: verlogen. Eine Frau, Simone de Beauvoir, wies mal darauf hin, daß bürgerliches, also privilegien- und staatserhaltendes Denken notwendigerweise oder verschleiernd wäre. Wo käme man hin, wenn man offenherzig sagen würde: Klar, wir haben eine Serie von Unfällen, klar sind die Dinger nicht absolut sicher, klar brauchen wir sie wegen des Plutoniums, und klar wollen wir sie wegen der schönen, kleinen Atomwaffen.

Im selben Artikel (Editorial) analysiert ,,Le Monde'', was nicht nur diese Zeitung die ,,deutsche Psychose'' nennt und kommt dabei auf einen besonders primitiven Trick: ,,*Die Besorgnis der Bevölkerung (in der BRD) stellt die Bundesregierung vor ein politisches Probelm; trotz ihrer beruhigenden Erklärungen gelingt es ihr nicht, die unkoordinierten Maßnahmen auf Länderebene zu unterbinden. So haben die baden-württembergischen Behörden beispielsweise die Reise von zehn Jugendgruppen in die DDR im Rahmen eines deutsch-deutschen Austauschprogramms untersagt.*''

Compris? Wir, linke Franzosen, wir haben keine Angst vorm Kommunismus, folglich auch nicht vor kommunistischer Radioaktivität, während die Deutschen, die sind ja sowieso ... Folgen Sie meinem Blick ... Natürlich wird mit keiner Zeile irgendein Meßwert aus der BRD genannt. Psychose eben. Einerseits haben's die Deutschen eh mit den Wäldern, andererseits sind die ja alle antikommunistische Nazis.

Nun. Die gleiche Zeitung — im Stil ,,Ich erzähle nur weiter, was mir andere gesagt haben, nicht?'' — äußert am 16. Mai ihre Verwirrung a propos Greenpeace: ,,*Die Reaktionslosigkeit von Greenpeace anläßlich Tschernobyls verleitet beispielsweise den ehemaligen Verteidigungsminister Hernu, seine Vermutung nochmals bestätigt zu sehen, Greenpeace arbeite für den KGB.*''

Bravo! Und Robin Wood arbeitet für den Papst. Aber ein weiteres Beispiel aus der Serie ,,wir linke Franzosen''; diesmal handelt es sich um den grünen Parteitag in Hannover, ebenfalls ein Editorial wert: ,,*Die radikalisierten Grünen*''.

Besorgt stellt der Leitartikelschreiber fest, die grüne Forderung nach Austritt aus der NATO sei eine prompte Antwort auf Gorbatschow, der ,,*in seiner Tschernobylrede die geschickte dialektische Umkehrung einer Vermischung zwischen militärischer und ziviler Atomenergie vollzogen hat. Von einer Partei, die laut Umfragen steigt, deren Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen im nächsten Januar entscheidend sein könnte, können solche Positionen nur besorgen.*'' Wie seit Mitterrand üblich wird Kohls Ungeschick kritisiert, sich ausgerechnet vor einer Sudetenversammlung für Schadensersatzforderungen gegenüber der SU einzusetzen, weil ,,*es nur denjenigen Argumente liefert, die, aus Naivität oder Berechnung, die BRD in das zweifelhafte Abenteuer des Pazifismus und des Neutralismus hineintreiben könnten.*''

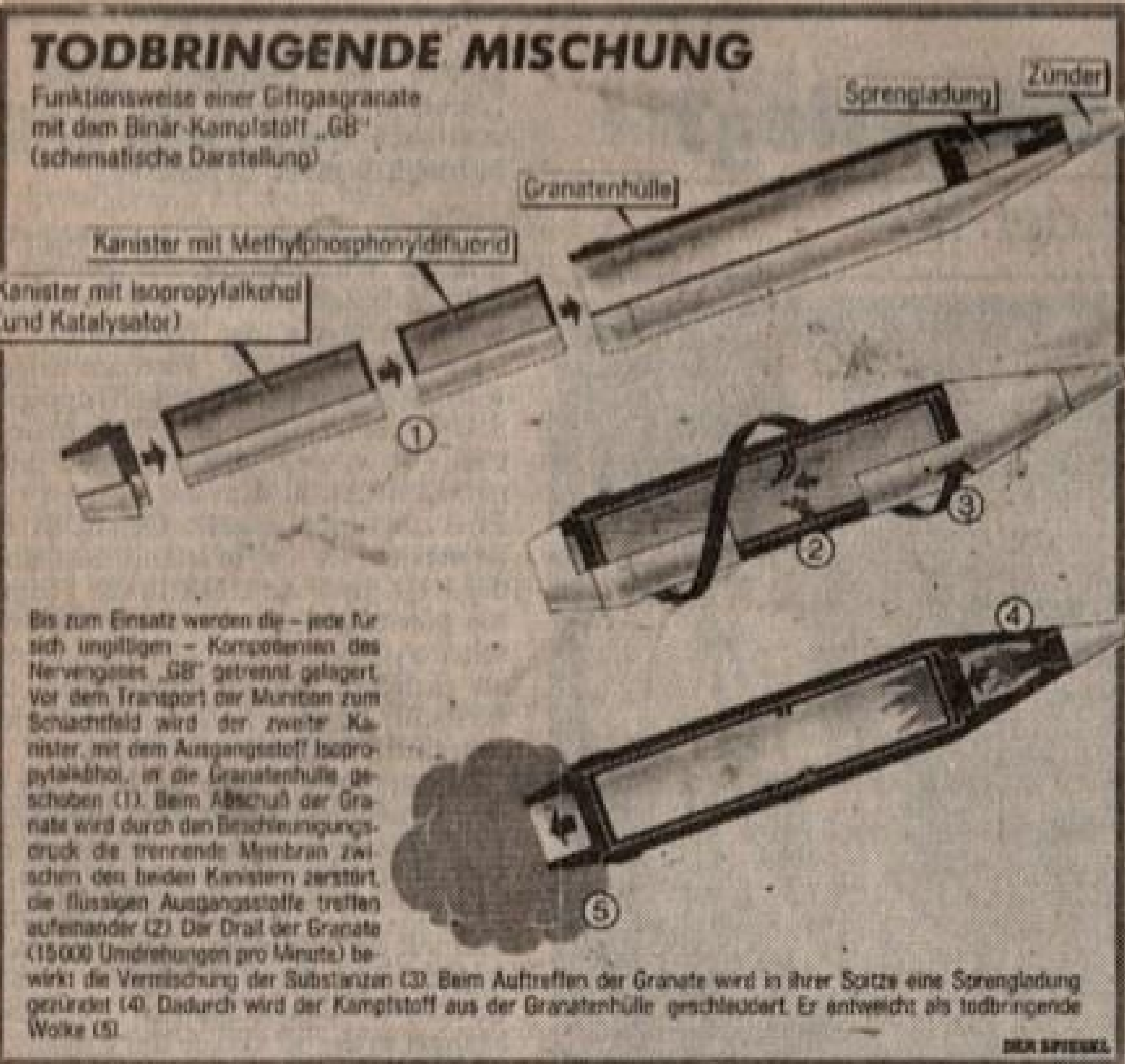
Mal ein psychotischer Antikommunist, mal Mitglied der 5. Kolonne ... Ist ein Tschernobyl in Frankreich möglich, fragt ,,Le Monde'' am 22. Mai. Nein, lautet die Antwort und als Bekräftigung dient jenes absurde Zitat des Herrn Cogn'e, Leiter des Instituts für atomare Sicherheit und atomaren Schutz: ,,*Ich sehe nicht die Möglichkeit eines Unfalls vom Typ Tschernobyl in unseren Einrichtungen, der vergleichbare Rückwirkungen auf die Umwelt hätte. Aber ich behaupte nicht, es sei unmöglich.*''

Frankreich-Kommission

Havarien in französischen AKWs

Chooz	1968
Saint Laurent des Eaux	1969
Saint Laurent des Eaux	1980
Bugey	1984

Schöne Aussichten!



Chemische "Nachrüstung" beschlossen

Im (Waffen-)produktiven Wechselspiel von Bedrohungslügen, Abrüstungsverhandlungen und Aufrüstungsbeschlüssen ist dieser Tage ein neuer Durchbruch zu verzeichnen: Der NATO-Kriegsrat hat am 22. Mai dem US-„Streitkräfteziel" zugestimmt, das ab 1. Oktober 1987 die Produktion und Stationierung sogenannter „binärer" C-Waffen vorsieht.

Damit das Vorhaben der NATO nun nicht allzusehr nach schlichter einseitiger Aufrüstung riechen möge, bediente man sich eines bewährten Rezeptes: Zunächst wurden der Sowjetunion eine „massive" Vorrüstung mittels gefälschter CIA-Zahlen („tatsächlich wissen wir überhaupt nichts", so ein ehemaliger CIA-Mitarbeiter lt. „Boston Globe", 9.4.84) und der nie bewiesene Einsatz chemischer Kampfstoffe („Gelber Regen") in Afghanistan, Laos und Kampuchea vorgeworfen; gleichzeitig brachen die USA die Verhandlungen über ein allgemeines C-Waffen-Verbot ab. Anfang 1984 leg-

stan, Laos und Kampuchea vorgeworfen; gleichzeitig brachen die USA die Verhandlungen über ein allgemeines C-Waffen-Verbot ab. Anfang 1984 leg-

te Reagan dann einen neuen Vertragsentwurf vor, der allerdings den Haken hat, nicht-staatliche Produktionsanlagen von einer Kontrolle „vor Ort" auszuschließen und damit zwar die sowjetische, nicht aber die US-amerikanische Waffenproduktion zu unterbinden. Und nun wird dem Faß die Krone aufgesetzt, indem der NATO-Aufrüstungsbeschluß an den Vorbehalt eines (natürlich vorhersehbaren) Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen geknüpft wird und durch die „Nach"rüstungsdrohung ein Einlenken Moskaus erzwungen werden soll. Nachtigall, ick hör dir trapsen ...

Dabei schien alles doch so einfach zu sein: Wäre es nach den Anhängern der These von „mäßigenden" Einfluß westeuropäischer NATO-Mitglieder auf die USA gegangen, dann hätten Norwegen, die Niederlande, Dänemark, Griechenland, Island und Luxemburg diese neuerliche Vorrüstung der NATO verhindern müssen: Der US-Kongreß hatte seine Finanzierungsentscheidung nämlich ausdrücklich von einer Zustimmung der NATO-Partner abhängig gemacht! Doch deren Kritik realisierte sich schließlich nicht einmal als „Fußnote" im offiziellen Schlußkommunique, sondern lediglich in unterschiedlichen Resolutionen, die sich gegen eine Stationierung der neuen Waffen auf eigenem Territorium auch im sogenannten „Eventualfall" richten.

Resultat: 760.000 Artilleriegranaten des Kalibers 155 mm und 28.000 „Bigeye"-Bomben sollen in nämlichem „Eventualfall", d.h. ausdrücklich *vor* Kriegsausbruch, hauptsächlich in BRD, Türkei und Großbritannien stationiert werden (Spiegel, 26.5.). BRD-Standorte sollen lt. NATO-Infrastrukturplan 1985-90 werden: Kaiserslautern, Idar-Oberstein, Miesau, Pirmasens und Germersheim/Lingenfeld

tioniert werden (Spiegel, 26.5.). BRD-Standorte sollen lt. NATO-Infrastrukturplan 1985-90 werden: Kaiserslautern, Idar-Oberstein, Miesau, Pirmasens und Germersheim/Lingenfeld

(Südpfalz) (taz, 28.2.). Und was die angebliche „Konsultation" der betroffenen Regierungen vor einer etwaigen Stationierung angeht, so äußerte einmal General Kroesen als Chef der Studiengruppe Chemische Kriegsführung bereits: Die „Logik des Austausches" erlaube es den USA nach dem Stationierungsabkommen mit der BRD von 1954, „ihre in Deutschland lagernden Bestände ohne vorherige Konsultation zu modernisieren" (taz, 15.5.).

Die SPD wird's schon richten: „Verhandlungen mit den östlichen Nachbarn" sind in Aussicht gestellt (FR, 23.5.).

Antimilitarismus-Kommission, KB Göttingen

Frankreich:

Ordnung, Sicherheit und Polizei

In Frankreich soll es an Polizei mangeln. Die PS-Regierung hat sich zwar während ihrer Amtsperiode sehr bemüht: allein im Jahr 1982 wurden über 6.000 neue Arbeitsplätze, insgesamt an die 18.000 Stellen in der Branche neu geschaffen, es reicht nach wie vor nicht aus.

Die neue Chirac-Pasqua-Regierung malt ein düsteres Bild: „*Von 1979 bis 1983 ist die gewalttätige Kriminalität um 53% gestiegen ... 42% der in Paris Festgenommenen sind Ausländer*" (aus einer RPR-Wahlzeitung vom März 1986).

Die Wirklichkeit ist eine andere: In kaum einem anderen Land der Welt ist man so „gut geschützt" wie in Frankreich: Hier kommt ein Polizist auf 262 Einwohner (BRD: ein Polizist auf 320 Einwohner). Angst wird von den rechten Angstdemagogen vor Jugendlichen, Ausländern und Terroristen geschürt.

Doch stirbt man in Frankreich öfter an den Folgen eines Arbeits- oder Verkehrsunfalls als aufgrund eines Gewaltverbrechens. Vor allem aber ist es nicht der brave französische Bürger, der sich Sorgen zu machen braucht um seine Sicherheit, sondern sein ausländischer Mitbürger.

130 rassistische Morde sind in den Jahren 1980 bis 1985 in Frankreich verübt worden. Zwei Beispiele aus der makabren Statistik: Am 9. Juli 1983 wurde in der Trabantenstadt La Courneuve bei Paris ein neunjähriges Kind, Toufik Ouanes, erschossen. Am 14. November desselben Jahres warfen Fremdenlegionäre den jungen Habib Grimzi aus dem 140 Stundenkilometern fahrenden Zug Bordeaux-Vintimille hinaus.

Schutz finden Ausländer auch nicht bei der französischen Polizei. Ob innerhalb ihrer Dienststellen oder außerhalb: Die zehn Finger reichen nicht aus, um die Fälle aufzuzählen, wo jugendliche Ausländer von Uniformierten erschossen worden sind.

Der neue Innenminister Charles Pasqua, ein alter Law und Order-Aktivist, der unter anderem die berüchtigte gaullistische Parallelpolizei SAC leitete, hat Reagans Stichwort übernommen, vonwegen Selbstverteidigung sei nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht. Mit gutem Beispiel geht Pas-

gaullistische Parallelpolizei SAC leitete, hat Reagans Stichwort übernommen, vonwegen Selbstverteidigung sei nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht. Mit gutem Beispiel geht Pas-

qua voran: am Abend des 12. April patrouillierte er persönlich durch die Pariser Metro und ganz rambomäßig erklärte er: „*Die Angst muß das Lager wechseln. Die Unsicherheit muß das Lager wechseln*". („Le Figaro", 14.4.1986)

Privatmilizen haben ohnedies eine lange Tradition in Frankreich, ob die erwähnte SAC (Bürgerwehrdienst) oder Unternehmermilizen. In Erinnerung dürfte die Isigny-Affaire geblieben sein: In der Nacht vom 7. Februar 1982 überfiel ein 37 Mann starkes, militärisch organisiertes Kommando die besetzte Käsefabrik in Isigny (Calvados). Draußen warteten 20 Lastwagen und 100 Männer, die innerhalb weniger Stunden 7.500 Camemberts verluden.

In Erinnerung ist auch der Überfall einer mit Fleischerhaken bewaffnete Unternehmermiliz auf die streikenden Arbeiter in der Automobilfabrik Talbot bei Poissy ...

In der Zwischenzeit erfreuen sich zahlreiche Städte, vor allem im französischen Midi, einer eigenen Gemeindepolizei. Es sind heute 530 an der Zahl, die im übrigen meistens besser, sprich „wirkungsvoller" ausgerüstet sind als die Kollegenverbände der nationalen Polizei. Mit 105.000 Polizisten und 80.000 Gendarmes, zusätzlichen Gemeindepolizeien plus Privatmilizen hier und dort ist der französische Bürger nicht nur besonders „gut geschützt", auch das Ausland weiß das polizeiliche know how made in France zu schätzen. So kommt Frankreich im Exportgeschäft polizeilicher Ausrüstung (von Beratung bis zur Bekleidung) weltweit gleich nach den USA. De Gaulle schuf seinerzeit, 1961, eine Abteilung des Innenministeriums zur „internationalen technischen polizeilichen Zusammenarbeit", den SCTIP. Jener SCTIP arbeitet heute mit der Polizei von 80 verschiedenen Ländern zusammen.

In jüngster Vergangenheit wurden zu Mexiko und Saudiarabien besonders einvernehmliche Beziehungen auf diesem Gebiet gestaltet. Mit Ryad unterzeichnete Paris 1980 ein Zusammenarbeitsabkommen, das 1983 vom damaligen (vor kurzem verstorbenen) Innenminister Deferre bekräftigt wurde. Saudische Polizisten werden in Frankreich ausgebildet, parallel dazu ist ein SCTIP-Büro in Ryad erreichtet worden.

Gleichfalls von der PS-Regierung eingeleitet, wird der Apparat des mexikanischen Innenministeriums unter französischer Anleitung „modernisiert"; bei der in Mexiko stattfindenden Fußballweltmeisterschaft sind französische Experten mit Sicherheit und Ordnung betraut.

Noch unter der PS-Amtszeit wurde eine weitere Institution für den polizeilichen Export geschaffen, die SOFREMI. Hieran ist einerseits der Staat, andererseits die Wirtschaft mit Firmen wie Thompson, Bull, Renault und die Bekleidungsfirma Bidermann SA, die gerne alle Polizisten dieses Planeten anziehen möchte, beteiligt. Geht man zu einem weiteren Bereich der Sicher-

wie Thompson, Bull, Renault und die Bekleidungsfirma Bidermann SA, die gerne alle Polizisten dieses Planeten anziehen möchte, beteiligt. Geht man zu einem weiteren Bereich der Sicher-

heitspolitik über, Haft und Knast, steht Frankreich auch hier an der Spitze, was die Dauer der Untersuchungshaft und dementsprechend die Zahl der Untersuchungshäftlinge betrifft: 38 pro 100.000 Einwohner. Darin wird Frankreich lediglich von der Türkei und Italien übertroffen.

Die Chirac-Pasqua-Regierung, deren Hauptsorgen Sicherheit und Arbeitslosigkeit sein sollen, legte jüngst ihr Programm vor: Abgesehen von zusätzlichen Polizeistellen, unter anderem über die Einbeziehung von Wehrpflichtigen, abgesehen auch von der beabsichtigten Wiedereinführung der Hotelanmeldeformulare, sollen Ausweiskontrollen jederzeit möglich sein, wird der fälschungssichere Ausweis eingeführt, die Untersuchungshaft auf vier Tage verlängert, die Strafprozeßunterlagen werden in Paris zentralisiert, eine dreißigjährige nicht abzukürzende Haftstrafe soll die abgeschaffte Todesstrafe ersetzen, und natürlich sind neue Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus geplant.

So soll der Straftatbestand des „terroristischen Verbrechens" eingeführt werden. Das Kriterium dafür wäre dann nicht nur die geplante oder durchgeführte Tat, sondern auch die beabsichtigte oder erklärte Zielsetzung der „Terroristen". Darüberhinaus sollen Ausländerorganisationen, die auf französischem Boden oder von ihm aus terroristische Aktionen planen oder durchführen, oder Destabilisierungsaktivitäten beabsichtigen, aufgelöst werden.

Einen Vorgeschmack der neuen Law und Order-Politik à la Chirac/Pasqua bekamen die Journalisten Gilles Millet (Libération) und Marc Francelet (VSD). Millet hat sich bei der Polizei unter anderem durch Interviews mit Jacques Mesrines (eine Zeitlang der meistgesuchte Mann Frankreichs) und Jean Marc Rouillan (sogenanntes führendes Mitglied der Action directe) bzw. durch seine Weigerung, mit den Behörden zu kooperieren, unbeliebt gemacht. Im April wurde Millet in Untersuchungshaft genommen, nach einigen Stunden aber wieder freigelassen, während die Polizei eine Durchsuchung der Libération-Räume durchführen wollte, die zunächst am Widerstand der dort Beschäftigten scheiterte. Marc Francelet wurde ebenfalls für kurze Dauer in Beugehaft genommen; er kam gerade aus Libyen zurück, wo er eine Reportage gemacht hatte ...

Kommen in Frankreich die seligen Marcellin-Zeiten zurück? Als jener Innenminister war (1968 bis 1974), konnte man in Paris an jeder Straßenecke die lieblichen CRS-Mannschaftswagen erblicken. Heute heißt das „Cohabitation" und gilt als raffinierte Taktik eines sozialistischen Präsidenten.

Frankreich-Kommission

Anzeige

Die französische Neutronenwaffe geht in Serie

„Frankreichs Atomwaffen unterstehen auch weiterhin ausschließlich der Verfügungsgewalt des Staatspräsidenten. (...) Aber die französischen Waffen helfen uns indirekt schon im Frieden. (...) Jetzt nach den Gesprächen zwischen Kohl und Mitterand weiß man auch, daß der Einsatz der prästrategischen Waffen, wenn er auf deutschem Boden erfolgen sollte, nicht mehr ohne vorherige Konsultation stattfinden wird."

General Altenburg, Generalinspekteur der Bundeswehr (1)

„*Eine Perversion des Denkens*" nannte Egon Bahr 1977 die Neutronenwaffe (2), als US-Präsident Carter diese Waffen produzieren und in der Bundesrepublik stationieren wollte. 1978 wurde die Produktion dieser Waffe aufgrund zahlreicher Proteste in Europa aufgeschoben, im August 1981 begann aber doch unter der Reagan-Regierung die Produktion, auf eine Stationierung in der Bundesrepublik wurde vorerst verzichtet.

Im Sommer dieses Jahres — voraussichtlich im Juni — soll nun in Frankreich nach Abschluß der Testserie die Entscheidung über den Beginn einer Neutronenbomben-Produktion fallen. Der neue französische Premierminister Jacques Chirac wußte es schon vor seinem Regierungsantritt, vierzehn Tage vorher verkündete er:

„*Unsere taktischen Atomwaffen sichern die nötige Feuerkraft und bieten eine erste Ebene der atomaren Abschreckung. Zu diesen Waffen muß von nun an die Neutronenbombe gezählt werden, deren Technologie wir nach zehnjährigen Entwicklungsarbeiten jetzt beherrschen.*" (3)

Schon am 9.Oktober 1985 hieß es in einem Rapport für die Abgeordneten der französischen Nationalversammlung:

„*Die Pluton-Raketen werden ab 1992 durch das Raketensystem Hades abgelöst. Die Reichweite wird 350 km betragen. Einer der jetzt erwogenen Sprengkopftypen ist die Neutronen-Bombe. Die Testexplosionen im Versuchszentrum des Pazifik haben die Richtigkeit des Konzeptes der Neutronenbombe bestätigt, aber die Produktionsentscheidung ist noch nicht getroffen. Sobald die Entscheidung fällt, kann die Serienproduktion ohne Zeitverzug beginnen. Vor dem Verteidigungsausschuß hat der zuständige Minister Paul Quiles übrigens betont, daß eine Entscheidung noch vor Juli 1986 getroffen werden sollte.....*"

Der neue französische „Verteidigungs"-Minister sieht darin den Grundstock für eine europäische Verteidigung: „*Und wir haben nun auch die Neutronenwaffe für das Gefechtsfeld. Sie kann die zahlenmäßige Unterlegenheit der NATO wettmachen und so mögliche Angreifer entmutigen. Die Einsatzbedingungen der Neutronenwaffe, die Definition der Waffensysteme und ihrer Bewegungsabläufe könnten dem deutsch-französischen Dialog im militärischen Bereich den konkreten Inhalt zurückgeben, den er mit dem Scheitern gemeinsamer Panzer- und Flugzeugentwicklungen verloren hat.*" (4)

Nicht nur zur „Belebung" der deutsch/französischen Militärkooperation soll die Waffe dienen, sondern die BRD soll im Falle eines Einsatzes auch direkt beteiligt und zumindest „konsultiert" werden. Die „Süddeutsche Zeitung" (5) wollte sogar wissen: „*Es ist aber inzwischen in Bonn deutlich geworden, daß die Konsultation auch für die Zielplanung gilt.*"

Wie in Libyen kann auch die Bundesrepublik bald stolz vermelden, auch hier die Zielauswahl getroffen zu haben.

Für Atomwaffen, so meldete die SZ, sei man sich außerdem einig, „*daß französische Atomsprengköpfe nicht auf deutschem Boden detonieren sollen, daß heißt, auch nicht in der DDR...*" (5)

Ob das für die Neutronenwaffen auch gelten soll, die ja angeblich den großen Vorteil bieten, daß eben hauptsächlich nur Menschen vernichtet würden, während das Gebiet sehr bald in Besitz genommen werden könnte, mag dahin gestellt sein. Ganz sicher würde daraus folgen, daß die Hades-Raketen mit ihren Sprengköpfen dann in der Bundesrepublik herumfahren bzw. hier stationiert werden müßten, damit sie überhaupt Gebiete außerhalb „deutschen Bodens" im Osten erreichen könnten.

Schon 1977 waren SPD und CDU/CSU für die Einführung der Neutronenwaffe, und der heutige Kriegsminister Wörner äußerte im Bundestag seine Erleichterung, daß nicht „*Herr Bahr und andere — aus diesen oder jenen Gründen — das Sagen in der Bundesrepublik Deutschland*" haben (6), (7).

Da es sich bei der französischen Atomwaffe um eine „europäische" Atomwaffe handelt, hört man nun gar nichts mehr, auch nicht von der SPD, die sich so gern als Partei tituliert, die die Wünsche der Friedensbewegung in sich aufnimmt. Das war wohl nichts.

HH

Anmerkungen

(1) General Altenburg in WELT, 1.4.86
(2) Bahr im „Vorwärts", 21.7.77
(3) Chirac in „Le Monde", 28.2.86
(4) Giraud in „Le Monde", 12.2.86
(5) Süddeutsche Zeitung, 28.2.86
(6) Wörner im Bundestag, 8.9.77
(7) Der Großteil der Fakten und Zitate stammt aus einer Sendung des Westdeutschen Runkfunks vom 23.4.86, Redakteur: Reinhard Spilker

Nordirland — ein vergessener Krieg?

Interview mit einem Vertreter der IRA



Vor 70 Jahren scheiterte der irische Osteraufstand. Einige Jahre später wurde im Süden der Freistaat Irland gegründet. Seit 17 Jahren hat die IRA den Kampf wieder aufgenommen. Einige Gebiete Nordirlands stehen mittlerweile quasi unter ihrer Kontrolle, britische Stützpunkte können dort nur noch aus der Luft versorgt werden. Das folgende Interview führten Mitglieder einer Delegation der GAL mit einem Vertreter der IRA-Provisional.

Was ist die IRA heute, wofür kämpft sie?

IRA: Die Irish Republican Army, IRA, ist der militärische Arm der Republikanischen Bewegung. Wir führen einen bewaffneten Befreiungskampf gegen den Gewaltapparat der britischen Krone, die britische Armee, die nordirische Royal Ulster Constabulary, RUC, und die UDR. Unser Ziel ist der Abzug der Briten von der Insel und die Errichtung einer sozialistischen Republik Irland in einer Nach-Abzugs-Situation.

Die IRA ist eine Guerillaarmee, eine Geheimarmee. Unsere Stützpunkte sind die nationalistischen Viertel wie dieses hier, wo wir uns gerade befinden. Die Leute hier unterstützen uns mit allem Notwendigen für's Überleben: Plätze, wo wir unsere Waffen verstecken können, und wo wir uns treffen können, sie versorgen uns mit Geld und Unterkünften für diejenigen unter uns, die auf der Flucht sind.

Wie kann die IRA angesichts der allgegenwärtigen Präsenz der bis an die Zähne bewaffneten britischen Armee und ihres flächendeckenden Überwachungsnetzes operieren?

Nun, wir sind inzwischen mit einer ganzen Reihe hochentwickelter Waffen ausgerüstet, die durchaus internationalem Standard entsprechen. Z.T. sind wir in der Lage, bestimmte Bombenarten selbst herzustellen.

Hinzu kommt, daß wir aus dem Geheimen heraus losschlagen, wo und wann wir wollen. Wir entscheiden, ob wir uns einen Angriff in einer bestimmten Situation zutrauen, wann und mit welchen Mitteln wir angreifen und bestimmen so den jeweiligen Kriegsschauplatz weitgehend selber. Für die Briten ist unsere Stärke eine ständige Ungewißheit, sie müssen raten, wieviele wir sind.

Darüber wissen auch unsere Mitglieder nicht mehr als notwendig, um die Gefahr eines erpreßten Verrats so klein wie möglich zu halten.

Was für einen Charakter hat euer Kleinkrieg gegen die britische Krone?

Hier findet ein sehr persönlicher Krieg statt, der uns alle sehr tief berührt, der auf unserem eigenen Teritorium stattfindet, auf unserem eigenen Boden geführt wird. Wir stehen einer Besatzungsarmee gegenüber. Unsere Kämpfer sind nicht weg von zu Hause auf einem Schlachtfeld weit weg irgendwo.

zungsarmee gegenüber. Unsere Kämpfer sind nicht weg von zu Hause auf einem Schlachtfeld weit weg irgendwo.

Es gibt keine Distanz zwischen den Menschen hier und dem Krieg.

Jeder muß damit leben, muß damit Tag für Tag fertig werden. Diese Lage, verbunden mit der verwurzelten Tradition des irischen Befreiungskampfes, ermöglicht uns, mit Inspiration und Hingebung den Kampf weiterzuführen. Wahrscheinlich noch stärker als von diesen Faktoren sind wir von dem Bewußtsein getrieben, daß wir wissen, wir werden gewinnen. Wir kämpfen nicht für irgend etwas Abstraktes, Mystisches, wir kämpfen für eine sinnvolle Veränderung in Irland, für ein besseres Leben für alle Menschen in Irland, seien sie Katholiken, Protestanten, Atheisten oder sonst etwas.

Unsere Kämpfer sind politisiert, sie wissen genau, wofür sie kämpfen, während der durchschnittliche britische Soldat nicht weiß, warum er hier ist. Für ihn ist es ein Job. Viele von ihnen gingen zur Armee, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Sie werden hier benutzt ohne zu wissen, wofür sie ihre Rolle spielen.

Auch bei der Polizei ist es so. Sie machen ihren Job. Wobei bei vielen von ihnen ein tief verwurzelter sektiererischer religiöser Haß hinzukommt. Es gibt genug Beweise dafür, daß viele Polizisten gleichzeitig sehr enge Kontakte mit paramilitärischen Banden UDA und UVF haben, die für Morde an Katholiken und Republikanern verantwortlich sind.

Wie lebt ihr mit der ständigen Belastung des Krieges, wie geht ihr mit dem auf euch lastenden Druck um, der es doch sicherlich unmöglich macht, einfach „auszusteigen"?

Die meisten unserer Mitglieder kommen zur IRA aus ihrer unmittelbaren Lebenserfahrung heraus. Die ständigen Schikanen und Verfolgungen durch Armee und Polizei, Verwandte, die getötet oder eingesperrt wurden, bewegen sie zum Widerstand. Bevor sie Mitglieder der IRA werden, findet ein ausführliches Vorbereitungsprogramm statt, das sehr lange dauert. In diesem Prozeß, wie auch später zu jedem Zeitpunkt der Mitgliedschaft, kann die oder der einzelne aussteigen.

Die Leute neigen dazu, die menschliche Seite unseres Kampfes nicht zu sehen. Sie glauben, wir gehen einmal in der Woche los, tun, was immer wir zu tun haben, und ziehen uns dann wieder zurück. Wir leben unseren Kampf 24 Stunden am Tag.

Was bedeutet das in der Realität?

Was bedeutet das in der Realität?

Viele unserer Kämpfer sind auf der Flucht, das heißt, ihr Familienleben ist unterbrochen. Besonders schlimm ist das für die Verheirateten unter uns. Sie sehen oft ihre Familien monatelang nicht, ihre Familien werden ständig schikaniert und verfolgt, die Häuser durchsucht.

Keins unserer Mitglieder wird für das, was wir tun, bezahlt. Wir sind eine Armee aus Freiwilligen, was wir tun, tun wir freiwillig. Wir haben keine regulären Jobs, können also unsere Familien finanziell nicht unterstützen. Zu sehen, wie sie darunter leiden, ist eine weitere schwere Belastung.

Auch wenn unsere Mitglieder nicht auf der Flucht sind, sind sie oft als Aktivisten bekannt und müssen ständig auf der Hut sein. In diesem Viertel sind wir einer permanenten Überwachung ausgesetzt, verdeckte Under-Cover-Überwachung kommt hinzu. Allein durch die hochsensiblen Kameras, die in den ständig kreisenden Hubschraubern installiert sind, wird die ganze Gegend erfaßt.

Es ist angesichts dieser Bürgerkriegspraxis der Briten erstaunlich, daß hier ständig Untergrundaktivitäten stattfinden, Waffen hin und her transportiert werden und Aktionen geplant und durchgeführt werden. Wie geht ihr mit eurer Angst um?

Wirt sind keine furchtlosen Typen, wir fühlen Angst. Wenn wir in Operationen verwickelt sind, fühlen wir als Menschen Angst — im Feuer der Britischen Soldaten oder der Polizei. Wir fühlen Aufgeregtheit und Nervosität. Aber das zeigt nur, daß wir Menschen sind.

Wir haben unsere eigenen Stärken und Schwächen. Wir haben ein starkes Gefühl von Solidarität und Kameradschaft unter uns. Wenn z.B. sich jemand von uns unter Druck fühlt oder mit Depressionen zu tun hat, wird er, ob Mann oder Frau, sich an die anderen wenden können um Hilfe. Bei ihnen eine Schulter zum Anlehnen, eine Schulter zum Ausheulen finden. Und sich Rat holen können. Jeder weiß, daß er auch mal ausspannen kann. Eine Pause machen, sich wieder zusammen zu bekommen, Zeit mit der Familie zu verbringen. Das kann durchaus in extremen Drucksituationen möglich sein.

Wir können uns nicht in eine kampffreie Zone zurückziehen, wir müssen hier im Kriegsgebiet 24 Stunden leben, deshalb sind wir niemals wirklich entspannt. Wir sind ständig auf dem

deshalb sind wir niemals wirklich entspannt. Wir sind ständig auf dem

Sprung zu sehen, was passiert, woher die nächste Patrouille kommt, woher der nächste Schuß abgefeuert wird.

Wie verarbeitet ihr die Tatsache, daß ihr in eurem Kampf Menschen tötet?

Wir sind keine kopflose gehirnlose Bande von Terroristen, die maskiert und bewaffnet herumrennen und auf Leute schießen um des Schießens willen. Unsere Kämpfer wissen, wenn sie auf einen britischen Soldaten oder einen Polizisten zielen, dann schießen sie nicht auf die Person, auf das Individuum, weil sie denjenigen ja auch gar nicht kennen. Wenn sie sich unter anderen Bedingungen treffen würden, würden sie wahrscheinlich sogar Freunde sein ... aber unglücklicherweise repräsentiert im Krieg der Soldat oder der Polizist die britische Besatzung des Landes, steht für alle Formen der Unterdrückung, der Unterentwicklung und der sozialen Miseren wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Frauenunterdrückung. Er steht gegen das umfassende Recht der Iren auf Selbstbestimmung.

Wenn ihr eure Kraft zu kämpfen aus dem Bewußtsein zieht, daß ihr siegen werdet, wie konkret ist das gemeint? Seit Jahrhunderten ist Irland im Kampf gegen Besatzer, zuletzt im Hungerstreik 1981 hat die britische Regierung ihren unbeugsamen Willen gezeigt, lieber Tote in Kauf zu nehmen als nur einen Schritt nachzugeben. Gibt es heute konkrete Aussichten auf einen baldigen Abzug der Briten von der Insel?

Wir glauben, daß wir mit dem bewaffneten Kampf und dem Wachsen einer glaubwürdigen politischen Organisation in den vergangenen Jahren einer zusammenfassenden Lösung sehr viel näher gekommen sind. Wenn ich nahe Zukunft sage, meine ich einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren, vielleicht eher. Unser Kampf hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht, durch das Wachsen von Sinn Fein als glaubwürdige politische Organisation mit einer sinnvollen Politik. Wir unterstützen diese Politik vollständig. Die Unterschiede zwischen uns und Sinn Fein liegen dort, wo wir den bewaffneten Kampf gegen die bewaffnete Macht der britischen Regierung führen, und Sinn Fein den Massenwiderstand gegen die britische Politik auf der Insel organisiert.

Im Moment liegt ja die Initiative auf der Straße eher bei den randalierenden Loyalisten als bei den Republikanern. Loyalistische Jugendliche in Straßenschlachten mit der überwiegend protestantischen Polizei, Streik der protestantischen Arbeiter gegen die Vereinbarungen der Londoner Regierung mit Dublin: Wie seht ihr die Situation? Reibt ihr euch die Hände, daß nun die Vertreter der britischen Besatzung Dampf von den Loyalisten bekommen?

Wir sehen in dem Hillsborough-Abkommen zwischen London und Dublin eine sehr gefährliche Initiative. Die Briten haben ein Interesse an einer Stärkung des irischen Establishments, der Sozialdemokratie im Norden wie im Süden.

Wir glauben, daß die Briten die Loyalisten nicht mehr brauchen, um ihre Interessen in Irland zu sichern, was sich ganz deutlich in dem Willen der britischen Regierung zur Konfrontation mit den Loyalisten zeigt.

Das wirft eine weitere Gefahr auf: Die Strategie der Loyalisten zielt darauf ab, eine Identitätskrise in der Polizei zu verursachen, in der Hoffnung, daß die RUC es ablehnen wird, die britische Politik mitzutragen. Das kann dazu führen, daß in den kommenden Monaten die Polizei unter dem Druck der Loyalisten diesen freie Hand läßt zu Anschlägen auf Republikaner und Katholiken, daß UDA und UVF freie Hand bekommen für ihren Terror gegen nationalistische Viertel.

Dadurch kann eine Situation geschaffen werden, in der die britische Armee entsprechend der Schwächung der Polizei verstärkt selbst Polizeiaufgaben mit übernimmt.

Droht also eine neue Eskalation des Terrors gegen die katholische Bevölkerung in den sechs nordirischen Counties von Ulster und ein verstärktes Eingreifen der britischen Armee als „Schlichter"? Stehen nicht die Loyalisten nach dem Abkommen von Hillsborough in einer Defensive?

Es geht mal wieder um die britische Politik der Ulsterisation, die sehr starke Ähnlichkeiten mit der US-amerikanischen Strategie der Vietnamisierung hat. Während des Vietnam-Krieges wurden südvietnamesische Truppen in Szene gesetzt, um der Welt weiszumachen, es handele sich um einen internen Konflikt, in dem die US-Army als Friedenstruppe agierte. Genau dasselbe machen sie hier in Irland. Sie haben die RUC und die UDR in die Frontlinie gezwungen, um die Rolle der britischen Armee zu verschleiern und sich als ehrlichen Makler hinzustellen, der versucht, Frieden zwischen zwei kriegführenden Fraktionen zu sichern.

Für die loyalistische Bevölkerung ist die aktuelle Situation eine Identitätskrise. Sie beanspruchen Loyalität zur britischen Krone aber befinden sich in direkter, z.T. militärischer Konfrontation mit den Vertretern dieser Krone in Irland. Das ist ein krasser Widerspruch, der den eklatanten politischen Mangel in der Ideologie der Loyalisten verdeutlicht. Diese Ideologie ist nicht nur gefährlich, sie ist auch faschistisch. Viele der loyalistischen Politiker würden sich in Ländern wie Südafrika sehr schnell zu Hause fühlen. Sie würden sich ohne Schwierigkeiten mit dem Regime in Pretoria verstehen, denn was in Irland seit vielen Jahren praktiziert wird, ist Apartheid. Nicht aufgrund der Hautfarbe, sondern aufgrund der Religion besteht hier ein Apartheidsystem gegen die katholische Bevölkerung.

Der nach wie vor überwiegende Eindruck über den Konflikt in Irland außerhalb der Insel ist der eines Religionskonfliktes. Protestanten haben nach wie vor die Mehrzahl der Jobs im Norden, stellen Polizei und nordirische Armee-Angehörige. Die paramilitärischen Banden rekrutieren sich aus der protestantischen Bevölkerung, die ihre Privilegien verteidigen will. Wie steht ihr angesichts der realen Bedrohung für nationalistische, katholische Bewohner des Landes durch diese faschistischen Terrorbanden zu den Protestanten und zum Katholizismus?

Wir sind keine sektiererische Organisation, wir meinen, daß die Religion nichts zu suchen hat im politischen Kampf.

Wir befinden uns weitaus häufiger im Konflikt mit der katholischen Kirche, oder besser mit der Hierarchie der Kirche, als wir im Frieden mit ihnen sind.

Wir stehen für einen Staat in einem neuen Irland, in dem keine Kirche, sei sie katholisch oder protestantisch oder was auch immer, den Staat kontrollieren oder nur beeinflussen soll. Wir stehen für ein sozialistisches Irland, für

ren oder nur beeinflussen soll. Wir stehen für ein sozialistisches Irland, für

eine unabhängige sozialistische Republik, in der gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten für alle Teile der Bevölkerung gelten, unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion. Es ist immer wieder deutlich geworden, daß ein vom Katholizismus beinflußter Staat, wie der Süden Irlands, wiederum Teile der Bevölkerung diskriminiert. Die katholische Hierarchie ist mindestens genauso stark gegen die IRA eingestellt, wie wir gegen sie.

Wo du den Süden ansprichst: Es hat mich doch sehr verwundert, daß auch dort keine offiziellen Gedenkfeiern zu Ehren des Osteraufstandes 1916 angekündigt waren. Warum wurde das Gedenken der Osterrebellion vollständig der linken, oppositionellen und außerparlamentarischen Bewegung überlassen?

Wir haben in einer Vielzahl von Demonstrationen und Gedenkfeiern des 70. Jahrestages des Osteraufstandes gedacht. Für uns ist es wichtig, den Stolz zu dokumentieren, den wir empfinden angesichts derjenigen, die ihr Leben für dieselben Ziele gegeben haben und in deren Tradition wir heute kämpfen. Eine Tradition des Kampfes für ein unabhängiges republikanisches Irland, die weit zurückgeht zu Menschen wie Wolfe Tome, der im 17. Jahrhundert aktiv war und sozusagen der Begründer des modernen Republikanismus ist.

Es ist bezeichnend, daß im Süden, dessen sogenannte Unabhängigkeit ein Ergebnis des Kampfes der Frauen und Männer von 1916 ist, kein Interesse an offiziellen Gedenkfeiern besteht, denn mit dem London-Dublin-Kuhhandel wurden alle Prinzipien, für die damals gekämpft wurde, restlos liquidiert.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Für uns ist es äußerst wichtig, daß die Tradition von 1916 in der irischen Bevölkerung lebendig bleibt, daß verstanden wird, daß die Frauen und Männer damals nicht für einen Staat kämpften und starben, wie er heute im Süden existiert, der zu einem neokolonialen Staat heruntergekommen ist, der von den Briten kontrolliert wird. Daß dies nicht die irische Republik ist, die die Rebellen von 1916 wollten, daß diese Republik bis heute nicht erreicht wurde. Die jetzige Regierung im Süden handelt im völligen Widerspruch zu den Prinzipien der nationalen Selbstbestimmung des irischen Volkes.

Wie sieht euer Kampf in der Republik der südlichen 26 Counties aus?

Obwohl wir ganz grundsätzlich im Widerspruch stehen zu dem Regime in Dublin, ist es ein wichtiges Prinzip der IRA, keine bewaffneten Aktionen im Süden durchzuführen. Wir befinden uns im Krieg gegen die britische Besatzung, und es ist nicht im Interesse der irischen Bevölkerung, wenn sich die IRA in einen bewaffneten Konflikt mit den Kräften des Südens hineinziehen läßt.

Wir müssen das Dubliner Regime politisch herausfordern, eine Aufgabe, die Sinn Fein zufällt. Sicherlich haben wir starke Unterstützer im Süden, moralische und materielle Unterstützung. Aber die Zukunft Irlands nach dem vollständigen Abzug der Briten, d.h. militärisch, ökonomisch, politisch und kulturell, wird nicht von uns bestimmt werden, nicht durch unsere militärische Macht festgelegt werden.

Die Notwendigkeit der Existenz der IRA entfällt in dem Moment, da der Abzug der Briten ausgemachte Sache ist, die Grenze eliminiert ist. Dann wird die irische Bevölkerung über die zukünftige Gestaltung des neuen Irlands entscheiden. Wir werden uns an die Wahlurnen begeben, mittels Sinn Fein, und wenn die Leute uns nicht wählen, müssen wir eben weiter versuchen, uns als glaubwürdige politische Alternative zu verankern.

Der Zeitpunkt der Auflösung der IRA ist der Abzug der britischen Truppen, die Auflösung von RUC und UDR, eine Amnestie für alle politischen Gefangenen, einschließlich der Loyalisten, denn auch sie sind aufgrund der Besatzungssituation im Gefängnis, sowie die Durchführung einer All-Parteien-Konferenz, mit allen Kräften, die am Konflikt beteiligt sind, und die dann über die Zukunft des Landes auf einer einheitlichen Basis von 32 Counties entscheiden.

In Europa ist die Beschäftigung mit dem Irland-Konflikt nicht sehr ausgeprägt. Es herrscht bei uns die Betrachtungsweise vor, es handele sich um einen regional begrenzten Konflikt.

In Europa ist die Beschäftigung mit dem Irland-Konflikt nicht sehr ausgeprägt. Es herrscht bei uns die Betrachtungsweise vor, es handele sich um einen regional begrenzten Konflikt.

Die Briten können nicht länger ökonomische Gründe für ihre Besetzung des Nordens angeben. In Wirklichkeit kostet es sie mehr zu bleiben, als sie aus den six counties in Ulster herausholen. Unter all den Gründen, die sie bewegen, trotzdem zu bleiben, sind die strategischen die bedeutensten. Irland ist Teil der EG. Wir, IRA und Sinn Fein sind gegen die EG. Die südirische Regierung ist Mitglied im Sicherheitsausschuß der EG, der enge Verbindung zum NATO-Sicherheitsrat hat. Über eine Mitgliedschaft des Südens in der NATO wird derzeit laut nachgedacht. Einige Minister bereiten ein Referendum vor, daß mit der Neutralität des Südens Schluß machen soll.

Wir bekämpfen die NATO, wie wir auch den Warschauer Pakt ablehnen. Wir reihen uns eher in die Reihen der blockfreien Länder ein. Wir sind solidarisch mit den fortschrittlichen Bewegungen in der Welt. Wir sind eins mit dem Widerstand in El Salvador, mit dem ANC in Südafrika und der SWAPO in Namibia. Wir unterstützen das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung.

... und wie steht ihr zur europäischen Stadtguerilla?

Wir haben kein Bündnis mit Gruppen wie der RAF oder den Roten Brigaden. Wir sehen diese Gruppen nicht als revolutionäre Befreiungsorganisationen. Deshalb haben wir auch keine Kontakte mit ihnen und fühlen uns ihnen nicht verbunden.

Vielen Dank für das Gespräch.

Vorabdruck mit freundlicher Genehmigung aus: Mitgliederrundbrief der GAL-Hamburg, Juni 1986

La Habana, mi amor

Grüne bei Fidel Castro



Nach den brandheißen Hintergrund-Informationen aus Moskau im letzten AK (Interview mit Rainer Trampert) bringen wir diesmal das Neueste aus Havanna. Wir sprachen mit dem Fraktionssprecher der Grünen im Bundestag, Ludger Vollmer, der zusammen mit Ex-MdB Gaby Gottwald vom 24. April bis 13. Mai in Kuba war. In Abänderung des vorher vereinbarten Programms wurden die beiden grünen Reisenden überraschend von Fidel Castro zum Gespräch empfangen, mit dem sie die internationale Lage und die Risiken der Atomenergie nach der Katastrophe von Tschernobyl diskutierten.

AK: Du warst im April und Mai für drei Wochen in Kuba. Was war das Ziel

AK: Du warst im April und Mai für drei Wochen in Kuba. Was war das Ziel dieser Reise?

L.V.: Ich habe die Reise zusammen mit Gaby Gottwald unternommen. Ziel war, in Kuba und in Mexiko die prononciertesten Positionen zum Thema der internationelen Verschuldungskrise kennenzulernen. Also auf der einen Seite die radikalen Forderungen von Fidel Castro, auf der anderen die sehr gemäßigten, IWF-konformen Strategien Mexikos. Wir haben ja selber als Grüne zu diesem Komplex ziemlich viele Positionspapiere produziert, die übrigens teilweise in Lateinamerika auch in der Diskussion sind; da sind wir ganz gut bekannt mit unseren Positionen. — Über die kubanische Botschaft in Bonn war für uns ein sehr interessantes Programm zusammengestellt worden. Es gab Treffen mit hochrangigen Gesprächspartnern, u.a. dem Parlamentspräsidenten Flavio Bravo, mit Jorge Risquet, das ist so der dritte oder vierte Mann im Staate, mit mehreren stellvertretenden Außenministern und mit Leitern bzw. Leiterinnen von verschiedenen wissenschaftlichen Instituten. Dabei haben wir in allen Gesprächen sehr schnell festgestellt, daß in den Fragen der Weltwirtschaft und auch des Verhältnisses von Frieden und Entwicklung sehr große Übereinstimmung bestand. Das hat wohl dazu geführt, daß alle unsere Gesprächspartner daran gebastelt haben, daß auch das Gespräch mit Castro noch zustande kommt. Am 1. Mai haben wir uns dann knapp 40 Minuten mit Fidel unterhalten. Wir waren die ersten bundesdeutschen Politiker, die ohne Druck der Sozialistischen Internationale von ihm empfangen wurden. Im Gespräch hat sich dann bestätigt, daß es tatsächlich große Übereinstimmungen gibt. Wir fordern genauso wie Fidel die Schuldenstreichung für die hochverschuldeten Länder der Dritten Welt. Wir sind uns auch einig darüber, daß das eine emanzipatorische Forderung ist, eine Kampfforderung, die nicht durchgesetzt werden kann über technokratische Konzepte, sondern nur durch Mobilisierung von unten in den betroffenen Ländern. Wichtig dabei war die Frage, ob man nicht mit der Schuldenstreichung für rechtsgerichtete Regimes die politischen Spielräume erweitert. Eingeschätzt haben wir, daß das im Einzelfall kurzfristig durchaus sein kann; Beispiel etwa Pinochet. Das haben wir übereinstimmend aber nicht als Argument gesehen, die Forderung nach Schuldenstreichung aufzugeben. Denn wenn man, wie ich sagte, das als emanzipatorische Forderung begreift, dann kann man zuversichtlich sein, daß die dafür mobilisierten emanzipatorischen Kräfte auch reichen, um mit Rechtsregimes fertig zu werden.

Wo sieht Kuba in dieser Farge seine Bündnispartner?

Die anderen Länder formulieren erheblich vorsichtiger, obwohl der große Teil der Bevölkerung, aber auch der politisch Verantwortlichen der Meinung sind, daß die Schulden gar nicht zurückgezahlt werden können. Mexiko

Die anderen Länder formulieren erheblich vorsichtiger, obwohl der große Teil der Bevölkerung, aber auch der politisch Verantwortlichen der Meinung sind, daß die Schulden gar nicht zurückgezahlt werden können. Mexiko sagt z.B.: Wir bemühen uns um Rückzahlung, sehen die Chancen aber sehr skeptisch. Das ist die moderateste Form. Die neben der Linie von Fidel prononcierteste Forderung ist die von Garcia in Peru, der die Schuldenrückzahlung auf 10 % der Exporterlöse reduzieren will. Castro hat eine Grundstimmung auf seiner Seite, das ist die in Lateinamerika sehr verbreitete Stimmung gegen die Vereinigten Staaten. Die ist durchgängig selbst in den Regimes in Zentralamerika, die teilweise von den USA alimentiert werden.

Welche Erwartungen werden dabei in die europäische Linke bzw. in die Grünen gesetzt?

Fidel ist der Meinung, daß Bewegungen wie die Grünen eine wichtige Katalysatorfunktion haben, um einen allgemeinen Bewußtseins- und Politikwandel einzuleiten. Er setzt, glaube ich, auf Bewegungen wie uns größere Hoffnungen als auf traditionelle kommunistische Parteien. Er hat uns gegenüber wörtlich gesagt, daß, wäre er Wahlbürger in der Bundesrepublik, er an allererster Stelle die Grünen wählen würde. Ich glaube nicht, daß das nur so dahingesagt war.

Nun ja, dabei fällt mir allerdings die Kuba-Reise von Schröder ein; den hat er ja auch äußerst zuvorkommend behandelt.

Ich weiß nicht, ob er nicht auf Grund des Drucks, der Schröder nach Kuba expediert hat, dazu mehr oder weniger gezwungen war. Da steckte ja der Druck der Sozialistischen Internationale dahinter, und vergleichbares haben die Grünen sicher nicht zu bieten.

Habt ihr auch über die US-Politik in Zentralamerika nach dem Libyen-Überfall gesprochen? Fühlt Kuba sich von den USA bedroht?

Das sind jetzt die Fragen abseits der Finanzpolitik, die wir natürlich auch besprochen haben und wo ebenfalls große Übereinstimmung bestand. So unterstützen wir beispielsweise auch den Contadora-Prozeß, obwohl wir sehen, daß er sehr geschwächt ist, weil die USA auf Länder wie Mexiko, die in diesem Zusammenhang außerordentlich wichtig sind, massiven Druck ausüben können. Für ganz zentral wird in Kuba angesehen, daß der US-amerikanische Einfluß in Lateinamerika zurückgedrängt werden kann. Kuba selbst befürchtet nicht, angegriffen zu werden. Man kann dort meines Erachtens zurecht darauf bauen, daß das Pentagon es nicht wagen wird, Kuba anzugreifen, weil die eigenen Verluste zu hoch wären. Andererseits verweisen die Kubaner auf das US-Wirtschaftsembargo, das nach unserem Eindruck auch von der Bundesrepublik unterstützt wird. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß die Bundesrepublik diese Embargopolitik offensiv mitträgt und daß als Instrument dafür die sogenannte Berlin-Klausel angewandt wird. In den vergangenen Jahren sind alle schon vorbereiteten Verträge zwischen Kuba und der Bundesrepublik geplatzt, sowohl was Wirtschaftskooperation angeht, als auch kulturelle Kooperation, weil die Bundesregierung in den Verhandlungen ganz offensiv die Standard-Berlin-Klausel eingebracht hat. Dies konnte von den Kubanern nicht unterzeichnet werden, weil die Kubaner sehr gute Kontakte zur DDR haben. Die DDR leistet dort den Hauptteil der Entwicklungsarbeit. Diesen Kontakt kann sich Kuba natürlich überhaupt nicht vergraulen. Kuba ist aber, um eine eigenständige Außenpolitik machen zu können, daran interessiert, gewisse Kontakte zu westlichen Ländern auszubauen, auch zur Bundesrepublik. Das wird auch den offensiven Gebrauch der Berlin-Klausel verhindern.

Kannst Du etwas sagen über das kubanische Internationalismus-Verständnis, die Unterstützung von Befreiungsbewegungen?

Das haben wir nicht explizit diskutiert. Die kubanische Außenpolitik hat mehrere Ebenen. Die eine ist der Versuch der Vereinheitlichung nationaler Interessen in Lateinamerika gegen die Vereinigten Staaten. Eine andere Ebene ist die der innenpolitischen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern. In dieser Hinsicht stehen die Kubaner sicherlich immer auf der Seite der emanzipatorischen Volkskräfte. Dann gibt es noch eine weitere Erwartung der Kubaner, die man für mehr oder weniger realistisch einschätzen darf, nämlich die Hoffnung, daß die Europäer eine eigenständige Politik gegenüber den USA machen.

Das sind Erwartungen an die jeweiligen Regierungen bzw. an die, denen man das Regieren zutraut. Wünscht Fidel Castro sich für 1987 ein rot-grünes Bündnis in Bonn?

Direkt wird natürlich nie etwas formuliert. Aber wir haben auch bei ande-

Das sind Erwartungen an die jeweiligen Regierungen bzw. an die, denen man das Regieren zutraut. Wünscht Fidel Castro sich für 1987 ein rot-grünes Bündnis in Bonn?

Direkt wird natürlich nie etwas formuliert. Aber wir haben auch bei anderen Aufenthalten in Zentralamerika oder in Afrika den Eindruck gewonnen, daß bei allen emanzipatorischen Bewegungen die Hoffnung existiert, daß sich in der Außenpolitik der Bundesrepublik 1987 etwas ändert. Wobei die Sozialdemokratie durchweg überschätzt wird in ihrem Veränderungswillen und die internen Schwierigkeiten, die wir haben bei der Diskussion um eine Zusammenarbeit mit der SPD, nicht unbedingt bekannt sind.

Kommen wir zum kubanischen Verhältnis zur Sowjetunion und zum „sozialistischen Lager".

Der zentrale Punkt war dabei natürlich Tschernobyl. Wir hielten uns gerade zu der Zeit in Kuba auf, als die Katastrophe stattfand und waren eine Zeitlang die einzigen Informationsträger, weil wir uns jeden Morgen aus Bonn unterrichten ließen. In der einzigen offiziellen kubanischen Zeitung, „Granma", konnte man dazu nur die TASS-Meldungen lesen. Wir haben es aber häufig erlebt, daß die Funktionäre, mit denen wir zusammengetroffen sind, uns auf Tschernobyl angesprochen haben, und das hat dann interessante Diskussionen ergeben über Energiepolitik, über Atomkraftwerke und die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie, sowie über Technologietransfer. Dabei wurde deutlich, daß die Kubaner eindeutig abhängig sind von Technologieexporten der Sowjetunion und sich deshalb auch alle Vorteile und Schwächen sowjetischer Technologie ins Land geholt haben, einschließlich eines Atomkraftwerks.

Funktioniert es, ich meine, ist es in Betrieb?

Ja, und zwei weitere sind in Planung. Fidel selbst hat dieses Thema uns gegenüber angesprochen. Er war der einzige, den wir nicht von uns aus darauf bringen mußten. Er schien mir außerordentlich nachdenklich und erschüttert zu sein durch diese Katastrophe. Wir haben auch keine naßforschen Sprüche von ihm gehört wie teilweise von anderen Gesprächspartnern, die die üblichen Formeln aus der Ideologie der technisch-wissenschaftlichen Systemkonkurrenz herausgekramt haben. Fidel hat vielmehr den Zielkonflikt in Kuba herausgearbeitet: Kuba selbst hat keine fossilen Brennstoffe und ist angewiesen auf den Energieimport. Aus Gründen der Handelsbilanz hat man sich wohl entschlossen, dieses Atomkraftwerk zu bauen. Wobei allerdings, zumindest bei Fidel, große Nachdenklichkeit vorhanden ist.

Das heißt, das letzte Wort über das kubanische Atomprogramm ist noch nicht gesprochen?

Das weiß ich nicht, aber ich habe den Eindruck, daß man sich verstärkt Gedanken macht, wie man anderweitig an Energie kommen kann. In dem Zusammenhang ist eine Absprache sehr interessant, die wir getroffen haben. Die Kubaner wünschen sich, daß die Grünen für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen auf der parlamentarischen Ebene aktiv werden. Unabhängig davon möchten sie gern weitere grüne Delegierte empfangen und sind besonders interessiert, daß ausgewiesene Ökologen teilnehmen. Für meine Begriffe ist die ökologische Diskussion für ein Entwicklungsland relativ weit gediehen. Die Beschreibung der ökologischen Probleme Kubas schien uns sehr differenziert und präzise zu sein. Wir haben zugesagt, zu überlegen, wann eine Delegation von unserer Seite wieder möglich ist. Das war die eine Absprache. Außerdem haben die Kubaner uns gebeten, hier ökologisch orientierte Wissenschaftler zu finden, die auf kubanische Rechnung in Kuba ökologische Fragen erforschen und im Sinne von Politikberatung dort tätig werden. Darum werden wir uns natürlich bemühen.

Ist den Kubanern nicht auch mulmig bei der sowjetischen Informationspolitik zu Tschernobyl?

Ist ihnen in der Tat. Viele Leute aus dem mittleren Funktionärskörper haben schon gesagt, daß die Informationspolitik wohl ziemlich unzureichend ist. Teilweise wußten die Leute auch gar nicht um die Gefahren der Atomkraft, sondern haben sich in einer Art Privatissimum abends beim Bier von uns aufklären lassen, was es denn auf sich habe mit der Gefährdung durch radioaktive Strahlung. Daraufhin waren sie natürlich erst recht der Meinung, daß man solche Dinge im Lande mal offener diskutieren sollte.

Ganz andere Frage: wie war Euer persönlicher Eindruck von Castro - sein berühmtes „Charisma"?

Wir haben den Eindruck gewonnen, daß er außerordentlich interessiert ist an jeder Frage, die gerade diskutiert wird, und daß er sich irgendwelcher diplomatischer Formeln und platter Floskeln enthält. Er war außerordentlich

Wir haben den Eindruck gewonnen, daß er außerordentlich interessiert ist an jeder Frage, die gerade diskutiert wird, und daß er sich irgendwelcher diplomatischer Formeln und platter Floskeln enthält. Er war außerordentlich locker und unkompliziert und hatte nicht diese Verkrampfungen, die man sonst bei Staatschefs findet; wobei das im übrigen auch für die gesamte kubanische Politik gilt. Die Atmosphäre war insgesamt entspannt und freundlich, fast schon freundschaftlich. Fidel genießt im Lande außerordentlich hohes Ansehen, selbst bei Leuten, die ein bißchen quer stehen zur offiziellen Regierungspolitik. Wir haben uns sagen lassen, selbst Schwarzhändler würden für Fidel durchs Feuer gehen.

Euer Gesamteindruck von Kuba?

Im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern, speziell auch in Zentralamerika und in der Karibik, fällt sofort auf, daß die soziale Lage erheblich besser ist. Die Leute sind gut genährt, gut gekleidet, mit sehr hohem Bildungsstandard. Kuba selbst leistet mittlerweile noch Entwicklungspolitik. Meines Erachtens wird bei uns Kuba von der offiziellen Politikebene völlig falsch dargestellt. Man kann gar nicht davon sprechen, daß Kuba nur ein Vasall der Sowjetunion sei. Die sozialen Menschenrechte werden außerordentlich gut eingehalten; was die politischen Menschenrechte angeht, konnten wir uns keinen vollständigen Überblick verschaffen. Man kann zumindest sagen, daß das, was Geißler über Kuba sagt — daß es die vierte Diktatur in Lateinamerika sei neben Chile, Paraguay und Nicaragua — absoluter Blödsinn ist.

Meinst Du, daß innerhalb der Grünen verstärkt über das kubanische Modell diskutiert werden sollte?

Nicht in dem Sinne, daß Kuba ein Modell für andere Länder wäre. Aber man sollte doch öfter in entwicklungspolitischen Diskussionen, wenn es um positive Beispiele geht, die ja nicht leicht zu finden sind, auf das — sagen wir lieber nicht Modell — auf das Beispiel Kuba hinweisen.

Wir danken Dir für das Gespräch.



Über oppositionelle Politik nach Marcos

Interview mit Jose Sison(KPP)

Der folgende Text ist die Übersetzung eines Interviews mit Jose Ma. Sison, Gründungsmitglied und vermeintlicher Gründungsvorsitzender der Kommunistischen Partei der Philippinen, der unter Marcos mehr als acht Jahre in politischer Haft saß und erst jetzt die Freiheit wiedererlangte. Das Interview erschien in der „Philippine News and Features" (PNF) am 24.3.86, Nr. 27 unter dem Titel: *„The best kind of ceasefire is that in which two forces agree not to fight anymore but are ready to fight a common enemy".*

Red.

PNF: Bitte erläutern Sie ihre Aussage, daß die Überlebenskraft der Aquino Regierung sehr zweifelhaft ist.

JMS: Ich kann mich nicht entsinnen, das gesagt zu haben. Was ich mich erinnere, gesagt zu haben, ist, daß sich die Aquino Regierung gewissen Gefahren gegenübersieht.

Es gibt mindestens drei Gefahren: von den Kräften, die loyal zu Marcos stehen, eine mögliche militaristische Gruppe innerhalb der Armed Forces of the Philippines und eine mögliche Versuchung für die Aquino Regierung, selbst von der Demokratisierung zu einer Politik der allesumfassenden militärischen Kampagne gegen die revolutionäre Bewegung überzugehen und sich in gegen die Demokratie gerichtete Methoden zu flüchten, um ihre Fehlschläge beim Lösen der fundamentalen Probleme der philippinischen Gesellschaft zu kaschieren.

Was die erste Gefahr angeht, denke ich, daß sie (die Marcos-loyalen) lange brauchen werden für ein Comeback... wenn die Aquino Regierung an dem Schwung der people's power gegen die Strukturen faschistischer Herrschaft festhält und sie auf eine antiinperialistische und antifeudale Stufe hebt. Was die zweite angeht, kann ich erkennen, daß die Enrile-Ramos Gruppe einschließlich der Obersten und jüngeren Offiziere der AFP, Präsidentin Aquino als Oberbefehlshaber anerkennen werden und daß sie es für eine gewisse Zeit nicht wagen werden, sich gegen die people's power zu stellen. Was die dritte Gefahr betrifft (der Versuchung zu unterliegen, zu Methoden des Terrors gegen die revolutionäre Bewegung zu greifen) denke ich, daß die liberal-demokratischen Teile der Aquino Regierung versuchen werden, diese Gefahr abzuwenden.

Ich denke, daß die Aquino Regierung den Prozess der Demokratisierung fortsetzen wird, mindestens bis zum Ende des Jahres.

PNF: Was denken Sie über das Versprechen der Aquino Regierung, eine Volksregierung einzuführen, in der die demokratische Vertretung der Massen vollständig gewährleistet ist?

JMS: Zu allererst glaube ich, daß das Beibehalten des Zwei-Parteien-Präsidialsystems das mögliche Auftreten

JMS: Zu allererst glaube ich, daß das Beibehalten des Zwei-Parteien-Präsidialsystems das mögliche Auftreten

von Parteien der Massen, besonders der arbeitenden Klasse und der Bauernschaft, erschwert. Wir müssen sehen, daß es (jetzt) eine Vielzahl von politischen Parteien in den Philippinen gibt. Selbst innerhalb der Aquino Regierung gibt es eine Allianz aus mehreren Parteien. Die Einrichtung eines Zwei-Parteien-Systems wird nicht alle diese Parteien zufriedenstellen.

In der Aquino Regierung gibt es keine Repräsentanten der arbeitenden Massen, während in ihr Parteien sind, die einflußreiche Gruppen von Politikern, Repräsentanten der Kompradorenbourgeoisie und der Großgrundbesitzerklasse und der sozialen Mittelschichten einschließen. Wie ich es sehe, müssen zu einer Volksregierung die Repräsentanten der Arbeiterklasse und der Bauernschaft gehören. Pluralismus und ein Mehr-Parteien-System können der Weg zu einer Errichtung einer Volksregierung sein. Errinnern sie sich, daß es ein Versprechen (der Aquino Regierung) gegeben hat, den Pluralismus zu einem wichtigen Merkmal der Demokratie im Lande zu machen. Frau Aquino sagte vor kurzem, daß Parteien, die anders als die traditionellen sind, besonders revolutionäre Parteien, einbezogen werden könnten, wenn sie in den Wahlen Sitze gewinnen.

Der Wahlprozeß kann ein Weg sein, verschiedene Parteien, einschließlich derer der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zusammenzuführen, um eine Volksregierung zu bilden. Oder es könnte einen Beraterkreis geben, der die Repräsentanten der breitesten Palette politischer Parteien einschließt, die die oberen und mittleren Klassen und die arbeitenden Massen repräsentieren. Auch ohne daß es jetzt Wahlen gibt, kann dieser Beraterkreis zu einer Wiederherstellung der gegenwärtigen Aquino Regierung durch den Druck des Volkskampfes führen.

PNF: Heißt das, daß die Communist Party of the Philippines jetzt an die Oberfläche treten und an einem Wahlkampf teilnehmen kann?

PNF: Heißt das, daß die Communist Party of the Philippines jetzt an die Oberfläche treten und an einem Wahlkampf teilnehmen kann?

JMS: Ich ziehe es vor, daß die CPP diejenige sein soll, die diese Frage beantwortet.

Es gibt vieles zu berücksichtigen, bevor die Communist Party einer Legalisierung und Teilnahme an einer breiteren Aquino Regierung zustimmen kann. Aber ich kann jetzt schon sagen, daß legale Parteien der arbeitenden Massen und der sozialen Mittelschichten einfach in einer breiteren Aquino Regierung mitmachen können. Sicherlich kann „Bayan" in eine Allianz eintreten, die antiimperialistische und antifeudale Politik unterstützt und in Regierungsangelegenheiten mitwirken. Es ist gleichfalls möglich, daß es eine neue politische Partei gibt, etwa eine National Democratic Party. Es gibt Vorschläge, daß die Nationalist Citizens' Party, deren ehemaliger Vorsitzender Senator Lorenzo Tanada war, wiederbelebt wird und eine nationaldemokratische Richtung verfolgt.

Es gilt sofort realisierbare Zwischenstufen in der Verbreiterung des Charakters der Aquino Regierung, bevor die CPP als eine legale Partei und als eine in einer viel breiteren Regierung mitwirkende Partei auftreten kann.

PNF: Wird es in dieser Richtung und im Kontext des revolutionären Kampfes zu einem Wechsel der Taktik einschließlich eines Zurückschraubens des bewaffneten Kampfes kommen?

JMS: Das Gute an der Demokratisierung durch die Aquino Regierung ist, daß es sofort möglich ist, für eine Partei, die die nationaldemokratische Linie vertritt, aktiv zu sein und entweder in einer Allianz mitzuwirken, die die Regierung unterstützt, oder Teil einer Allianz zu werden, die an der Arbeit der Regierung teilhat.

Abgesehen von der Lösung der grundlegenden Probleme des Landes — Imperialismus, Feudalismus und bürokratischer Kapitalismus — wird es gewisser Stufen bedürfen, bevor die Communist Party einem Waffenstillstand zustimmen und dann offen auf-

rokratischer Kapitalismus — wird es gewisser Stufen bedürfen, bevor die Communist Party einem Waffenstillstand zustimmen und dann offen auf-

treten kann, um sich am parlamentarischen Kampf zu beteiligen.

Die, die jetzt an der Macht sind, hoffen, daß sie die Situation bis zu dem Punkt verbessern können, an dem es für eine kommunistische Partei attraktiv ist, sich mit dem parlamentarischen Kampf zu beschäftigen. Aber wir haben ernsthaft zu erwägen, daß es gewisse notwendige Schritte gibt, bevor diese Hoffnung verwirklicht werden kann. Ein Schritt könnte die Verbesserung der Vorbedingungen für Gespräche sein. Es könnte sein, daß es vielfältiger, gutwilliger Aktionen seitens der Aquino Regierung bedarf, um die Atmosphäre zu verbessern für die nationale Versöhnung und Reorganisation der bewaffneten Kräfte; die Reduzierung der militärischen Kräfte und Ausgaben; das Ende der Militarisierung; Gerechtigkeit für alle Opfer der faschistischen Unterdrückung; und so weiter. Dieses sind Bedingungen,die das Militär betreffen.

Es gibt aber auch Vorbedingungen für Gespräche, die sich auf das Zustandekommen einer neuen Verfassung und deren Inhalt beziehen. Diese Verfassung müßte ein parlamentarisches oder präsidiales, aber vorzugsweise parlamentarisches Vielparteien-System begünstigen. In Bezug auf die nationale Souveränität und territoriale Integrität müßte es, in einer solchen Verfassung eine ausdrückliche Aussage geben, daß keine ausländischen Militärbasen im Lande erlaubt sind.

Es könnte auch eine Stufe des Dialoges geben, auf der hohe Forderungen ausgetauscht werden, bevor eine Übereinkunft über einen Waffenstillstand getroffen werden kann. Ich schätze, daß die CPP Forderungen entlang der Linie des Antiimperialismus und Antifeudalismus stellen wird.

Der Waffenstillstand (zwischen der New People's Army und der AFP) würde auf einem Abkommen, bestimmte gemeinsame Ziele zu erreichen und einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen, basieren müssen. Die beste Art eines Waffenstillstandes ist die, in der zwei Kräfte zustimmen, nicht mehr zu kämpfen, aber bereit sind, einen gemeinsamen Feind zu bekämpfen.

PNF: Was ist Ihre Auffassung von den gegenwärtigen Aktionen der USA in den Philippinen?

JMS: Nach dem vollständigen Fehlschlag von Marcos als dem Standardausdruck einer Regierung des starken Mannes scheinen die USA gewillt zu sein, einer Regierung vom liberalen demokratischen Typ (unter Präsidentin Aquino) eine Chance zu geben. Gleichzeitig aber setzen die USA ihren Druck auf das Militär unter der neuen Regierung fort, eine nachdrückliche Kampagne der Unterdrückung gegen die revolutionären Kräfte durchzuführen.

Auf dem Lande laufen massive Kampagnen der Aufstandsbekämpfung weiter und die Grausamkeiten des Militärs werden fortgesetzt. Aber ich hoffe, daß der Trend zur Demokratisierung nicht von diesem fortgesetzten Trend der militärischen Unterdrückung, die sich gegen das Volk wen-

Militärs werden fortgesetzt. Aber ich hoffe, daß der Trend zur Demokratisierung nicht von diesem fortgesetzten Trend der militärischen Unterdrückung, die sich gegen das Volk wen-

det, erdrückt wird.

PNF: Glauben Sie, daß eine gesteigerte Aufstandsbekämpfungskampagne gegen die Aussöhnungspolitik der jetzigen Regierung mit den revolutionären Kräften läuft?

JMS: Ja. Die Aquino Regierung möchte einen Waffenstillstand, damit sie sich den sozioökonomischen Problemen, die Marcos hinterlassen hat, zuwenden kann. Aber es könnte bestimmte Gruppen in der AFP geben, die die Bewegungen der Aquino Regierung in Richtung auf einen Waffenstillstand mit der bewaffneten revolutionären Bewegung stoppen oder sinnlos machen wollen, damit das Militär fortfahren kann, seine Resourcen aufzustocken und eine machtvolle Kraft bleibt. Es gibt noch Militaristen, die versuchen die Initiative zu behalten und bestrebt sind, undemokratische Ambitionen zu verwirklichen, indem sie eine antikommunistische Hysterie heraufbeschwören und die falschliche Notwendigkeit für eine große militärische Kraft hochspielen.

PNF: Was halten Sie von dem Plan des Finanzministers Jaime Ongpin, mehr Auslandskapital anzulocken und eine Plantagenwirtschaft aufzubauen, um so das wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm der Regierung voranzutreiben?

JMS: Das Land ist längst untergegangen in ausländischer Verschuldung. Deshalb möchte die Regierung jetzt ausländische Investoren anlocken, statt von ausländischen Krediten abzuhängen. Der bevorzugte Bereich für Investitionen ist die Landwirtschaft.

Ich habe auf einigen Foren gesagt, daß es in Bezug auf den Wiederaufbau der philippinischen Wirtschaft eine starke Schräglage zugunsten einer Plantagenwirtschaft und für einen Ausschluß der Industrialisierung gibt. Wenn das Land den modernen aus- und inländischen Grundherren übergeben würde, wird die Unruhe der Bauern auflodern und die bewaffnete Revolution auf dem Lande wird sich beschleunigen.

Gegen landwirtschaftliche Entwicklung ist nichts einzuwenden, wenn sie Hand in Hand mit einer Landreform geht und mit einer nationalen Industrialisierung als wichtigstem Faktor kombiniert ist. Aber eine Plantagenwirtschaft, die von ausländischen Agrokonzernen und philippinischen Grundbesitzern kontrolliert ist, voranzutreiben, wird die sozioökonomische Krise verschärfen und die Bauern und den Rest des Volkes veranlassen, die Waffen zu ergreifen.

PNF: Was ist Ihr Kommentar zu dem Argument, daß die Boykotthaltung sowohl der National Democratic Front als auch militanter problemorientierter Gruppen in Bezug auf die kürzlichen Präsidentschaftswahlen entweder auf eine falsche politische Analyse oder auf einen Fehler in Bezug auf die Taktik zurückzuführen ist?

JMS: Wenn ich Teilnehmer einer Diskussion über die Wahlen wäre, hätte ich es bevorzugt, auf Begriffe wie „Boykott" oder „Teilnahme" zu verzichten. Wie auch immer, als ich einen Artikel schrieb und diese Begriffe benutzte, behandelte ich (diese zwei Möglichkeiten) als in der politischen Landschaft vorhandene und in der Sprache derjenigen, die über die Präsidentschaftswahlen diskutierten gegebene.

Deshalb sagte ich, daß ein Boykott seitens der revolutionären Organisationen wie der CPP, der NPA und der NDF in Übereinstimmung mit dem Schwindelcharakter der Wahlen wäre. Aber ich sagte gleichfalls, daß eine solche Boykotthaltung nicht von der gleichen Art sein dürfe wie bei vorange-

NDF in Übereinstimmung mit dem Schwindelcharakter der Wahlen wäre. Aber ich sagte gleichfalls, daß eine solche Boykotthaltung nicht von der gleichen Art sein dürfe wie bei vorange-

gangenen Wahlen. Ich argumentierte für Flexibilität, die mit der Tatsache übereinstimmte, daß alle oppositionellen Parteien und die Wähler von den Wahlen begeistert und in überwältigender Mehrheit für Frau Cory Aquino waren. Ich rief zu einem minimalen Boykott auf und ich versuchte, dieses mit kritischer Teilnahme zu verbinden.

Die Politikdes minimalen Boykotts konzentriert sich auf die fundamentalen Prinzipien der nationaldemokratischen Bewegung und auf das Entlarven und Bekämpfen der Wahlen als Farce. Ich wollte minimalen Boykott und kritische Teilnahme, um mit den gleichen Organisationen innerhalb der gleichen Allianzen zu bleiben und beim Entlarven und Bekämpfen des Wahlterrorismus zusammenzuarbeiten. Ich betrachtete diese als eine zweischneidige Strategie, um Marcos in eine Situation ohne Gewinn zu bringen.



Cory Aquino — Zwischen den Fronten?

Ana Luisa Renaililllo ist tot

Mit Bestürzung und Trauer nahmen wir am 1. Mai die Nachricht vom Tod dreier Genossen und einer Genossin des MIR auf: Die ermordete Genossin ist Ana-Luisa Penaililllo, vielen von uns bekannt durch ihren Exilaufenthalt in Westeuropa. Nach der offiziellen Version der Diktatur starb Ana Luisa zusammen mit Juan de Dios Tapia bei der Explosion einer Bombe. Die genauen Umstände ihres Todes sind uns bis heute nicht bekannt. Wir erinnern uns aber an die Fälle, in denen die Diktatur Regimegegner durch Bomben ermordet hat.

Ana-Luisa Penaililllo war 1979 unter dramatischen Umständen verletzt und verhaftet worden (siehe unten). 1982 wurde ihre Gefängnisstrafe in Ausweisung umgewandelt — eine gesetzliche Möglichkeit, die damals gültig war und für deren Wiedereinführung die politischen Gefangenen und ihre Organisationen heute u.a. eintreten. Ana-Luisa lebte nach ihrer Ausweisung einige Zeit im Exil in Europa, um dann illegal nach Chile zurückzukehren.

Wir haben Ana-Luisa Penaililllo während einer Rundreise durch mehrere Städte der BRD anläßlich einer Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen, die von den CAMUR-Gruppen (Komitee zur Unterstützung der Frau im Widerstand) 1983 durchgeführt wurde, schätzen und lieben gelernt.

Wir — eine chilenische Genossin im Exil in der BRD und eine KB-Genossin aus Westberlin — wollen unserer persönlichen Betroffenheit über den Tod

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

von Ana-Luisa mit diesem Artikel Ausdruck verleihen. Wichtig ist uns hierbei die Darstellung ihrer politischen Persönlichkeit entgegen der offiziellen Version von Pinochet und seinem Regime, die Ana-Luisa Penailillo als Geliebte des Generalsekretärs des ZK des MIR, Pascal Allende, definieren und damit nahelegen wollen, daß eine Frau sich nur wegen der Liebe zu einem Mann dem Widerstand anschließt.

Um ein Beispiel ihrer Entschlossenheit zu vermitteln, wollen wir die Konfrontation mit der chilenischen Polizei und den Militärs vor ihrer Festnahme 1979 beschreiben.

Nach einer Zusammenkunft in Santiago hatten Ana-Luisa Penailillo und ein weiterer Genosse die Aufgabe, den Rückzug zu sichern und das Haus zu „säubern". Sie waren gerade dabei, die Waffen zu putzen, als zwei Zivilpolizisten das Haus mit Maschinengewehren stürmten. Der Genosse erlag den Schüssen sofort. Ana-Luisa Penailillo hielt sich in einer geschützten Ecke des Raumes auf, ihr passierte nichts, sie eröffnete ihrerseits das Feuer. Einer der beiden Angreifer wurde getötet, der andere floh, um Verstärkung anzufordern. Ana-Luisa Penailillo verbarrikadierte das Haus und bereitete ihre Verteidigung vor ... Sie täuschte die Anwesenheit eines ganzen Kommandos vor und es gelang ihr, anderthalb Stunden die Stellung zu halten. Ziel dieser Aktion war es, Zeit zu gewinnen, um die im Haus befindlichen schriftlichen Dokumente zu vernichten. Während sie also das Haus von allen Seiten gegen ein sich ständig verstärkendes Aufgebot von Militär- und Polizeieinheiten mit Maschinengewehren und Handgranaten verteidigte, verbrannte sie alle Papiere. Ana-Luisa erlitt während des Gefechts eine Schußverletzung im Nacken. Trotz dieser Verletzung gab sie sich nicht vor Beendigung ihrer Aufgabe geschlagen.

Erst als sie den Genossen vor den umsichgreifenden Flammen retten wollte, wurde ihr dessen Tod bewußt. Ana-Luisa merkte, daß ihre Kräfte erschöpft waren. Aus Angst vor der grausamen Folter — keine/r weiß vorher, ob sie/er der bestialischen Folter standhalten kann — wollte sie der Junta nicht lebend in die Hände fallen. Ihr Versuch, sich durch Zünden einer Handgranate das Leben zu nehmen, schlug fehl. Bedingt durch die heftigen Schmerzen und den Blutverlust durch die Verletzung, verlor Ana-Luisa das Bewußtsein. Erst jetzt gelang es der Polizei und dem Militär — unter Einsatz von Polizeipanzern und Militärhubschraubern — das Haus zu stürmen.

Sie wurde für drei Tage in das Militärkrankenhaus von Santiago verfrachtet. In drei Tagen konnte natürlich keine ausreichende medizinische Versorgung erfolgen, lediglich das Überleben sollte sichergestellt werden.

Ein Pfleger im Krankenhaus, dem Ana-Luisa Penailillo ihren Namen zurief mit der Aufforderung, ihren Aufenthaltsort und daß sie lebt, öffentlich zu machen, informierte die chilenische Presse. Auch wenn es der reaktionären chilenischen Presse sicherlich fern lag, das Leben der Genossin zu schützen, leistete sie ungewollt einen Beitrag dazu. Schnell war internationale Öffentlichkeit hergestellt, die es der Diktatur letztendlich verunmöglichte, Ana-Luisa Penailillo zu ermorden.

Gefängnis und Folter ließ Ana-Luisa Penailillo nicht ohne Widerstand zu leisten über sich ergehen. Mit allen Mitteln, die einer Gefangenen zur Verfügung stehen, kämpfte sie für die Verbesserung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen. Es gelang ihr auch, die Anerkennung und Unterstützung der sozialen Gefangenen zu gewinnen. Die Diktatur ließ ihrerseits nichts unversucht, Ana-Luisas Widerstand zu brechen. Sie erfuhr die ganze Breite der chilenischen Knastrepression.

Die wegen ihrer besonderen Härte gefürchtete Leiterin des Frauengefängnisses Santiago gab im Moment einer nervlichen Krise — öffentlich — zu, daß sie nicht wisse, was mit dieser Frau zu tun sei. Dies nahm der Leiterin ein beträchtliches Maß an Autorität bei den übrigen Gefangenen. Ana-Luisa Penailillo wurde schließlich als einzige weibliche Gefangene in das gefürchtetste Gefängnis Chiles, das Zuchthaus Viktoria, verlegt. Das Zuchthaus Viktoria ist das am meisten überwachte Gefängnis Chiles, ein Straf- und Folterknast.

Viele der im Ausland lebenden Exil-Chileninnen und -Chilenen leiteten eine breitangelegte Kampagne zur Freilassung mehrerer politischer Gefangener ein, u.a. forderten sie auch die Freilassung von Ana-Luisa Penailillo. Diese Kampagne wurde in mehreren westeuropäischen Ländern mit einer relativ breiten demokratischen Unterstützung durchgeführt. Bereits 1981 stellte eins der westeuropäischen Länder ein Visum für die Einreise und den Aufenthalt von Ana-Luisa Penailillo zur Verfügung. Die Diktatur lehnte die Freilassung jedoch ab. Erst Ende 1982 gab das chilenische Terrorregime dem Druck der internationalen Öffentlichkeit nach und entließ Ana-Luisa Penailillo aus der Haft und verwies sie des Landes. Sie erhielt Asyl in Frankreich.

Trotz ihrer erdenklich schlechten gesundheitlichen Verfassung, beteiligte sie sich schon kurze Zeit nach ihrer Ankunft an der weiteren Durchführung der Kampagne zur Freilassung der politischen gefangenen Frauen, zusammen mit den CAMUR-Gruppen.

Das Hauptthema in ihren Veranstaltungen war die chilenische Justiz und die spezielle Situation der politischen Gefangenen. Bezeichnenderweise blieb Ana-Luisa Penailillo in ihren Schilderungen nicht dabei stehen, die schreckliche Lage zu beschreiben. Mobilisierend war geradezu die eindrucksvolle Beschreibung der Formen und Möglichkeiten des Widerstands der Gefangenen, den es zu unterstützen gilt.

Ana-Luisa hatte ihre Entscheidung getroffen, ihre Aufgabe war es, im bewaffneten Widerstand den Kampf gegen das Pinochet-Regime voranzutreiben. Immer wieder betonte sie aber in ihren Veranstaltungen, daß in Chile alle Ebenen des Kampfes, so auch die Arbeit der Massenorganisationen von immenser Bedeutung sind, um zum Sturz der Diktatur zu gelangen.

Uns als Frauen steht Ana-Luisa Penailillo nicht zuletzt besonders nahe, weil sie zu den (noch) wenigen chilenischen Revolutionärinnen zählte, denen der Frauenkampf genauso am Herzen lag wie die Befreiung des ganzen Volkes vom Joch deer Diktatur. Ana-Luisa ging davon aus, daß die Frauenunterdrückung im Kapitalismus seine spezifischen Ausformungen und Mechanismen hat, war aber nicht der Auffassung, daß die Frauenbefreiung ein automatisches Geschenk der Revolution sein kann.

In der Arbeit der Frauenorganisationen in Chile sah Ana-Luisa eine notwendige Voraussetzung dafür, daß die chilenische Frau an Selbstbewußtsein und Stärke gewinnt. Auch, um den in ihr selbst seit Jahrhunderten verwurzelten Machismo zu überwinden. Ana-Luisa Penailillo delegierte das Problem der Frauenbefreiung nicht an die Frauengruppen. In den eigenen Reihen, in der Partei beteiligte sie sich am Kampf der Genossinnen gegen starre Parteistrukturen und die Degradierung der Frauenfrage zum Nebenwiderspruch. Eine ihr sehr nahestehende Genossin sagte: „Die Ana-Luisa war wie ein neuer Mensch".

Eine Genossin aus Westberlin und eine chilenische Genossin im Exil in der BRD

Gespräch mit Breyten Breytenbach in "Le Monde"

"Ich war erstaunt über die Angst und den Fanatismus der Weißen"

Ein Gespräch mit dem südafrikanischen Schriftsteller und Maler Breyten Breytenbach (geb. 1939), das wir im folgenden auszugsweise wiedergeben, publizierte „Le Monde" in der Ausgabe vom 14.5.86.

Wegen seiner gegen die Gesetze der Apartheid verstoßenden Ehe mit einer Vietnamesin lebt er seit 1961 im Pariser Exil. Nach illegaler Einreise nach Südafrika wurde er wegen seiner Opposition gegen das Apartheid-Regime 1975 zu neun Jahren Haft verurteilt und auf internationalen Protest hin 1982 vorzeitig entlassen. Im April 1986 erhielt er in Pretoria den Preis für afrikaanse Literatur.

Von *Le Monde* nach seinen Eindrücken befragt, antwortet er: „Ich war überrascht, zu sehen, bis zu welchem Punkt es zu einer Art Erdrutsch im Bewußtsein der Mehrheit der Südafrikaner (der Schwarzen) gekommen ist. Ich glaube, es ist wirklich zu einem sehr fortgeschrittenen Prozeß der Veränderung, der Transformation, des Ihr-eigenes-Schicksal-in-die-Hand-Nehmens, ihrer eignen Legalität gekommen. Ein Prozeß, der nicht sehr gut koordiniert, der vielleicht nicht zwangsläufig sehr klar ist, weder in seinen Zielen noch in den angewandten Methoden, der jedoch nicht wieder rückgängig zu machen ist. Niemals wird Südafrika mehr dahin zurückkehren können, wo ich es 1982 verlassen habe."

Überrascht war Breyten Breytenbach von „der Verwirrung, der Ziellosigkeit, der Angst, der Furcht und dem Fatalismus der Weißen. Man hat wirklich den Eindruck, den Zusammenbruch der Hegemonie des Systems der Apartheid mitzuerleben, zumindest vom ideologischen Gesichtspunkt her, als ideologischer Schutz, und daß das völlig unter dem Druck, angesichts der schwarzen Flut geschehen ist. Das ist nicht von innen gekommen. Die Buren sind gezwungen worden, sich zu ändern. Der Panzer hat durch jene schwarze Kraft von außen Risse bekommen. Und das führt zu ziemlich merkwürdigen Resultaten."

Zu seinem Eindruck von den weißen Studenten: „Sie warten, daß ihnen etwas von oben zustößt. Daß ihnen jemand die Lösung gibt und ihnen sagt: ‚Sicher, die Apartheid ist tot.' Sie stimmen zu, sie wissen, sie sind schuldig: *mea culpa,* aber was wird man an seine Stelle setzen? Ich habe ihnen gesagt: So begehrt doch auf, mein Gott! Ihr seid doch jung, ihr könnt etwas mit eurem eignen Leben machen, sofern ihr es nur selber in die Hand nehmt. Ich hatte den Eindruck, vor fast zweitausend Zombies zu sprechen, die von dem umgetrieben sind, was in ihrem Land passiert, aber ohne ein Mittel, aus der Sackgasse herauszukommen ..." In diesem Zusammenhang spricht Breytenbach von der Neigung zur Selbstzerstörung, zum kollektiven Selbstmord, vom „Massadasyndrom".

„Die Bruchlinien, die im Namen der Einheit versteckt waren, werden langsam viel deutlicher", stellt er fest. „Es gibt in diesem Kontext eine Möglichkeit, eine Chance für das, was ich die lebendigen Kräfte unter den Buren selbst nenne — und es gibt welche — sich zu engagieren, in wirksamer Weise im Veränderungsprozeß Stellung zu beziehen. Aber man darf sich keine Illusionen machen, man wird die Buren nicht verändern, man wird die Mehrheit von ihnen nicht mit sich ziehen, das stimmt überhaupt nicht. Ich glaube, daß ein Konflikt, eine Konfrontation nicht zu umgehen ist. Die Machthaber sähen gerne, daß diese Konfrontation in einem Moment stattfindet, wo sie ein Maximum an Unterstützung von außen und vielleicht eine breitere Basis im Innern hätten, unter Einbeziehung der Mischlinge und Inder. Ich glaube, was die (schwarze) Mehrheit tun möchte, insofern man überhaupt sagen kann, daß die Mehrheit etwas tun will, denn das sind Abstraktionen, ist, die Machthaber maximal zu isolieren, damit der Schaden im Moment der Konfrontation möglichst gering ist.

„Nach Sanktionen gegen die Regierung von Pretoria gefragt, antwortet Breytenbach: „Das ist eine taktische Waffe, die flexibel gehandhabt werden muß, denn wenn die Maschine erst einmal in Gang ist, ist es wie mit der *Titanic*, man braucht Kilometer, um sie anzuhalten. Dennoch muß ein Cordon sanitaire um die Machthaber gebildet werden. Die Buren sind, glaube ich, von den ergriffenen Sanktionen schon erschüttert worden. Sanktionen verstärken das Unsicherheitsgefühl. Die Buren werden von dem Gedanken einer Verstoßung aus der internationalen Gemeinschaft umgetrieben."

Kurz, Breytenbach ist davon überzeugt, daß sein Volk alles tun wird, um an der Macht zu bleiben. „Die Europäer unterschätzen die machiavellistische Seite der Weißen dieses Landes. Ich glaube, weil die Weißen nett, gastlich, oft vernünftig, bereit zum Zuhören, tolerant, von Zweifeln geplagt sind, macht man sich nicht klar, daß hinter dem allen in einem großen Maße, wenn auch natürlich nicht ausschließlich, eine Art Fanatismus, ein Wille, bis zum Ende zu gehen, steckt, nicht um etwas Neues auf die Beine zu stellen, etwas zu schaffen, sondern um sich an der Macht zu halten. Sie haben sich nie etwas andres vorstellen können. Alles, was sie getan haben, sind Mauscheleien, um mit allen möglichen Mitteln die Macht zu behalten. Ich glaube zutiefst, daß man ein bißchen vergessen hat, daß es eine entscheidende Periode der Weltgeschichte gibt, wo die Buren nicht anwesend waren.

Zur Zeit der Reife, als Europa und Amerika anfingen, zu den Menschenrechten, zu humanitären Erwägungen zu erwachen, sagen wir, in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bis in die dreißiger Jahre waren die Buren isoliert. Im 20. Jahrhundert ist dieses kleine Volk wieder aufgetaucht und hat die moderne Technik übernommen, aber die Geschichte des Liberalismus oder überhaupt die Möglichkeit, anders als vor 150 Jahren zu denken, haben sie überhaupt nicht miterlebt. Ich habe wirklich manchmal den Eindruck, daß die Buren — und ich bin ja einer von ihnen — so etwas wie die Reliquien der Geschichte sind, sehr nette Leute, aber mit einer statischen Kultur, die sich überhaupt nicht bewegt hat. Darüber hat sich dann ein zivilisatorischer Wahn gesetzt, gerechtfertigt durch eine völlig wahnhafte Interpretation der calvinistischen Religion, die natürlich sofort Auseinandersetzungen unter den Buren selbst, aber auch tiefe Streitpunkt mit den Schwarzen hervorgerufen hat.

Und was im Grunde die Geschichte einer Eroberung war, ist eine Geschichte der Trennung geworden, vermischt mit Träumen von einer Verwaltung zum Wohl der Schwarzen selbst, das heißt zwangsläufig Unwissenheit, denn Trennung kann nur Unwissenheit hervorrufen, und wenn man in einem Wahn mit dem falschen Bein aufsteht, dann sehe ich nicht, wie man verstehen kann, was man selbst gerade tut. Unwissenheit schafft Angst, einen Teufelskreis, wo man sich immer mehr in genau fixierten Grenzen festsetzen muß, um seine Position halten zu können. Ich sehe nicht, wie man es anders ausdrücken kann."

Zum Unterschied von gewollter und erzwungener Veränderung erklärt Breytenbach: „Man darf nicht den Fehler machen, die Bedeutung bestimmter Maßnahmen nicht zu sehen oder zu unterschätzen ... Aber die Basisrealität, die durch die Reformen nicht berührt ist, ist die politische Kontrolle, das politische und ökonomische Machtmonopol. Ich glaube, sie sind nicht bereit, daran zu rühren. Ich glaube sogar, daß sie bereit sind, die Apartheid abzuschaffen, wenn sie dadurch das, was für sie das Wesentliche ist, besser bewahren könnten."

Breytenbach war vor allem erschrocken über die Militarisierung des Landes, die heute völlig banalisiert wird: „Der Staat ist gezwungen, sich seiner Armee als einer Besatzungsmacht in seinem eigenen Land zu bedienen ... Man kann immer sagen, daß in jeder vorrevolutionären oder revolutionären Situation oder in jedem Bürgerkrieg das unvermeidlich ist (1.600 Tote in weniger als anderthalb Jahren), aber mir scheint, und das ist das Schwerwiegendste, daß die Machthaber, ob sie wollen oder nicht — und ich fürchte leider, daß sie es in gewisser Weise wollen —, eine Situation hervorgerufen haben, wo alle latenten Konflikte an die Oberfläche kommen, ob es nun politische oder ethnische sind. Ich habe fast den Eindruck, daß man dabei ist, die Zukunft mit einer nicht mehr abzutragenden Hypothek zu belasten. Und daß das direkt zu einer Art Zusammenbruch, zu einer Anarchie führt, wie man sie im Libanon sieht. Ich weiß nicht, wie man das Ruder noch herumreißen kann. Selbst wenn man eines Tages eine Mehrheitsregierung hätte, selbst eine ANC-Regierung, wie kann der ANC das Land wieder in die Hand bekommen? Es ist schrecklich.

Es gibt eine Frustration, die mehr und mehr in gewaltsamen Wegen kanalisiert wird. Ich bin sicher, daß die Regierung denkt, daß es ihrer Sache nützt, die Situation derart verkommen zu lassen, weil das ein objektiver Beweis wäre, daß diese Leute das Land gar nicht regieren können, denn sie bringen sich ja gegenseitig um ... Es gibt eine ziemlich große Diskrepanz zwischen dem ANC, der Theorie des ANC, der Realität des ANC, seinen Strukturen, seinen Kadern, seiner Verbreitung und dem, was die Leute über den ANC denken, sagen wir, seiner Popularität. Es gibt eine Identifikation der Massen mit dem ANC. Zum Beispiel sieht man überall seine Fahnen, hört seine Lieder, aber die Leute wissen nicht, was der ANC ist. Der ANC kontrolliert diese Leute nicht, ist nicht verwurzelt, hat nicht die nötigen Kader, hat kein klares Programm, um die nötige Initiative vermitteln, die Richtung angeben zu können, in der es weitergehen soll. Diese weitgehende Identifikation wird durch die Tatsache verstärkt, daß die Regierung den ANC als den Feind Nummer eins bezeichnet und immer wiederholt, daß das Ungeheuer seien. Der ANC ist für mich die authentische Organisation, die in authentischer Weise die Bestrebungen des südafrikanischen Volkes vertritt, aber weiter kann ich nicht gehen. Ich weiß auch, daß der ANC, so wie er heute besteht, ein großes Geheimnis für die meisten Leute und vielleicht auch für ihn selbst ist. Auf den Versammlungen des ANC der sechziger Jahre stellten wir aus Spaß einen leeren Stuhl mit dem Schild ‚ANC' auf. Wo ist der ANC? Das war nur Spaß, aber es stimmt immer noch ...



All das muß noch ausgearbeitet, entwickelt werden. Ich habe für meinen Teil immer gedacht, daß ich vielleicht ein ganz klein bißchen dazu beitragen könnte, indem ich versuche, einen Dialog innerhalb der Formationen der Opposition hervorzurufen, damit es uns schrittweise gelingt, zu klären, was wir wirklich wollen. Andernfalls laufen wir Gefahr, den Zusammenbruch einer gewissen Orthodoxie und ihre Ablösung durch eine andere zu erleben. Das wäre katastrophal ... Es war derart einfach, gegen die Apartheid zu sein, daß das an sich schon fast ausreichte. Die Tatsache, dagegen zu sein, war an sich schon ein politisches Programm. Zum Beispiel ist die Ethnizität in Südafrika eine Realität. Die Ängste existieren, selbst wenn sie von einem brutalen Repressionsapparat hervorgerufen worden sind. Das muß man in gewisser Weise berücksichtigen. Die kulturellen Unterschiede existieren. Haben der ANC, die UDF, der AZAPO wirklich versucht, das zu berücksichtigen, und sei es nur, um es zu entlarven? Wir sind daran gehindert worden, über Ersatzlösungen nachzudenken. Das Land ist derart polarisiert, daß man die Position des andern gar nicht in Betracht ziehen kann. Wir waren entweder ganz auf der einen oder ganz auf der anderen Seite, weil die Pole extrem voneinander entfernt waren ... Die Buren sind ein Bastardvolk mit einer Bastardsprache und einer Bastardnatur."

Von Breyten Breytenbachs Werken sind in deutscher Sprache erschienen: Schlußakte Südafrika (Reden und Aufsätze), Kiepenheuer & Witsch, Köln Augenblicke im Paradies (Roman), Fischer taschenbuch 5887, Frankfurt Wahre Bekenntnisse eines Albino-Terroristen (Erfahrungen im südafrikanischen Gefängnis), Kiepenheuer & Witsch, Köln

Niederlande:

Wahlniederlage für die Linke

Erwartet worden war ein spannendes Rennen. Demoskopen hatten der christlich-rechtsliberalen Regierungskoalition prophezeit, bei den Wahlen am 21. Mai würde sie ihre Mehrheit in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments (entspricht dem Bundestag) verlieren oder (un)günstigstenfalles äußerst knapp behalten. Als Sieger wurden, dem Ergebnis der Lokalwahlen vom 19. März entsprechend, die Sozialdemokraten vorhergesehen.

Es kam anders: Die CDA/VVD-Koalition verteidigte ihre satte Mehrheit (81 der 150 Parlamentssitze) erfolgreich. Die sozialdemokratische PvdA gewann nur die Hälfte der vorausgesagten zehn zusätzlichen Sitze - und zwar ausschließlich auf Kosten der kleinen linken Parteien.

Die pazifistisch-sozialistische PSP verlor zwei ihrer bisherigen drei Mandate. Die realkommunistische CPN, die voriges Mal ebenfalls noch drei Sitze erhalten hatte, mußte die parlamentarische Bühne (zum ersten Mal — die Besatzungszeit ausgenommen — seit 1922) ganz räumen. Das einzige erfreuliche Ergebnis: Die rassistische Centrumpartij erhielt nicht genug Stimmen, um ihren Dreck erneut im Parlament breittreten zu dürfen.

Lubber's Triumph

Insgesamt 9.167.335 Niederländer/innen (das sind 85.7% der Wahlberechtigten) gaben ihre Stimme ab. Damit war die Beteiligung um fünf Prozent höher als bei den Parlamentswahlen im September 1982. Zur Wahl standen diesmal 27 Parteien und Parteichen, von denen neun nun das Volk vertreten dürfen. Der christdemokratische CDA geht als klarer Sieger und als größte Partei aus den Wahlen hervor. Er erhielt 34.6% der Stimmen und 54 Sitze (5.3% und 9 Sitze mehr als 1982). Mit diesem, für niederländische Verhältnisse enormen Zuwachs kompensiert die Partei von Premierminister Lubbers genau den Verlust von neun Sitzen des
(5.3% und 9 Sitze mehr als 1982). Mit diesem, für niederländische Verhältnisse enormen Zuwachs kompensiert die Partei von Premierminister Lubbers genau den Verlust von neun Sitzen des
rechtsliberalen Koalitionspartners VVD. Die VVD besitzt nun noch 27 Mandate.

Als zweiter Wahlsieger können die Liberalen (D'66) angesehen werden. Sie erlangten 6.1% der Stimmen und gewannen drei Sitze zu den bisherigen sechs hinzu. Die sozialdemokratische PvdA bekam 33.3% und 52 Sitze, ein Gewinn von 2.9% und fünf Mandaten. Der Gewinn geht ausschließlich auf Kosten der Parteien links von der PvdA. Diese büßten sechs ihrer bisherigen neun Mandate ein. Auf Kosten der Rechten gewannen die Sozialdemokraten insgesamt nur sehr geringe Stimmenanteile.

Damit ist das erklärte Ziel der PvdA, der CDA/VVD-Koalition die Mehrheit zu nehmen, um selbst (als Koalitionspartner der Christdemokraten) in die Regierung kommen zu können, gescheitert. Als Hauptgrund für den unerwarteten Sieg der Christdemokraten wird das hohe Ansehen ihres Spitzenkandidaten Ruud Lubbers (auch bei vielen, die bei den Lokalwahlen im März sozialdemokratisch gewählt haben) gesehen. ,,Der Macher'' der niederländischen Regierung habe, schrieb die sozialdemokratisch orientierte ,,Volkskrant'' tags nach der Wahl, ,,die Ausstrahlung eines tatkräftigen Premierministers in wirtschaftlich schwierigen Zeiten''. Lubbers gilt als schlauer und nüchterner Politiker. In seiner ersten Amtsperiode hat er seine Fähigkeit bewiesen, knallharte, unpopuläre Beschlüsse zu fällen (Raketenstationierung, Sparmaßnahmen) und taktisch klug dem Publikum zu verkaufen.

Schlaffer Wahlkampf

Einen nicht geringen Anteil an Lubbers' Triumph dürfte der ,,wirtschaftliche Aufschwung'' der letzten beiden Jahre geleistet haben. Im Wahlkampf konnten die Regierungsparteien sich rühmen, daß die offizielle Arbeitslosenzahl von 843.000 im Mai '84 (bisheriger Höhepunkt) auf 737.000 im Dezember '85 zurückgegangen ist. Die Opposition verwies allerdings darauf, daß die Arbeitslosenzahl derzeit immer noch höher liegt als 1982 (vor Lubbers Amtsantritt) und daß die niederländische Arbeitslosenquote neben der irischen die höchste in der EG ist.

Ein dritter Grund für den für die Linken äußerst unerfreulichen Wahlausgang war der absolut schlaffe Wahlkampf. Die ,,nicht-polarisierende'' Wahlkampf-Strategie hat anscheinend gerade auf die umworbenen ,,Wähler der Mitte'' keinen großen Eindruck gemacht. Der Kampagne ,,Stimme gegen Kernenergie'' aus den Reihen verbliebener Anti-AKW-Aktivisten nahm die Regierung nach der Katastrophe von Tschernobyl den Wind aus den Segeln mit der Mitteilung, die Entscheidung über den Bau neuer AKW's werde verschoben bis Klarheit über die Ursachen des sowjetischen Reaktorunfalls herrsche.

Die Frage der Cruise Missile-Stationierung spielt im Gegensatz zu 1982 fast gar keine Rolle im Wahlkampf. Die Christdemokraten verfuhren nach dem Motto ,,Reden ist Silber, schweigen ist Gold''. Aber auch die Sozialdemokraten, die in den letzten Jahren — als Opposition — die Stationierung so lautstark abgelehnt hatten, vermieden es, das Thema hochzukochen. Sie wollten schließlich, nach der herbeigesehnten Niederlage der CDA/VVD-Koalition, mit den Christdemokraten ins Geschäft kommen. Und das hätte einen Kompromiß in der Stationierungsfrage erfordert.

Sogar das Komitee Cruise Missiles Nein (KKN), das die Volkspetition im letzten Herbst organisiert hatte (vgl. AK 264) und in einem Regierungsantritt der PvdA die letzte Chance zur Verhinderung der Stationierung sah, übte äußerste Zurückhaltung. Hintergrund dafür war, daß die Wahlempfehlung seitens der Friedensbewegung gegen die Stationierungsbefürworter 1982 nicht zu deren Wahlniederlage, wohl aber zu heftigen Attacken der Christdemokraten gegen die kirchlichen Friedensorganisationen geführt hatte. Außerdem wollten die rrrealpolitisch orientierten KKN-Taktiker den Spielraum für eine Kompromißlösung zwischen PvdA und CDA (zum Beispiel: die Stationierungsanlage plangemäß bauen, vorläufig aber nicht stationieren) nicht einengen.

Zersplitterung der Linken

nieren) nicht einengen.

Zersplitterung der Linken

Mindestens so schlimm wie der Wahlerfolg von Lubbers ist das Abschneiden der kleinen linken Parteien. Dabei springt vor allem ins Auge, daß die CPN nicht mehr im Parlament vertreten ist, was die ,,Volkskrant'' als ,,Verlust für die Demokratie'' bezeichnet. Die CPN erhielt nur noch 57.840 Stimmen (=0.63%). Wenn zusätzlich die 4.683 Wähler der (pro-sowjetischen) CPN-Abspaltung VCN ihrer alten Partei die Stimme gegeben hätten, dann hätte die CPN gerade noch einen Parlamentssitz behalten. 1982 hatte die CPN 147.510 Stimmen (=1.79%) und drei Sitze bekommen. Als Ursache dieser ,,historischen Niederlage'' können unter anderem der nach der Wahlschlappe von 1977 (damals fiel die CPN von 7 auf 2 Mandate herab) langsam einsetzende ,,Erneuerungsprozeß'' der Partei und die damit verbundenen heftigen internen Richtungskämpfe angesehen werden. Im Ergebnis hat die ,,Erneuerung'' der Partei nicht mehr eingebracht als den Verlust der eigenen Identität und der Anhängerschaft in der Arbeiterklasse.

Auch die pazifistisch-sozialistische PSP, die in der jüngsten Vergangenheit ebenfalls schwere interne Auseinandersetzungen erlebt hatte, verlor stark. Sie erhielt 110.331 Stimmen (=1.20%) und einen Sitz (für einen zweiten Sitz fehlten ihr schlappe 5.000 Stimmen). 1982 waren es noch 187.150 Stimmen (=2.27%) und drei Sitze. Die Ende letzten Jahres von der PSP abgespaltene PSO (s. AK 266), mit dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Fred van der Spek, fiel noch vor den Wahlen im Streit auseinander und bildete daher keine Konkurrenz für die PSP.

Die progressiv-christliche EVP, 1982 mit 0.69% ganz knapp erstmals ins Parlament eingezogen, erhielt nur noch 0.24%. Die einzige der kleinen linken Parteien im Parlament, die relativ stabil blieb, ist die radikalpolitische PPR. Sie bekam 115.009 Stimmen (=1.25%) und zwei Sitze. 1982 waren es 136.095 Stimmen (=1.65%) und ebenfalls zwei Sitze.

Links von der PvdA gibt es jetzt also nur noch drei Sitze (von ehemals neun). Wenn mensch die Stimmen der (mehr oder weniger) linken Parteien, die nicht ins Parlament gewählt wurden, hinzuzählt, gab es links von der PvdA diesmal 377.171 Stimmen (=4.11%). 1982 waren es noch 571.808 Stimmen (=6.95%). Die Verluste wurden nicht nur durch interne Auseinandersetzungen verursacht. Eine erhebliche Rolle spielte die Wahlkampfpropaganda der PvdA und die Hoffnung vieler Linker auf einen Regierungswechsel. Desweiteren dürfte auch der starke Niedergang der sozialen Bewegungen in den letzten Jahren zum bisher schlechtesten Wahlergebnis der Linken in der niederländischen Nachkriegsgeschichte beigetragen haben.

Daß der Mandate-Verlust der kleinen linken Parteien noch stärker ausfiel als ihr Verlust an Stimmen, liegt an der zugenommenen Zersplitterung. Während 1982 fünf kleine linke Parteien zur Wahl antraten, waren es diesmal neun. Wenn die Stimmen dieser neun Parteien auf eine gemeinsame linke Liste entfallen wären, hätten sie für sechs oder sieben Sitze (anstatt der tatsächlich erreichten drei) ausgereicht.

Rassisten raus

Die ,,Verschiebung zur politischen Mitte hin'' (so der sozialdemokratische Spitzenkandidat Den Uyl) hat nicht nur unerfreuliche Seiten: Auf der äußersten Rechten verlor eine der kleinen christlichen Parteien, die RPF, einen ihrer bisherigen zwei Sitze. Und — was wichtiger ist — die rassistische Centrumspartij (CP) verschwand aus dem Parlament.

1982 bekam die CP 68.363 Stimmen (=0.83%), diesmal nur 36.701 (=0.40%). Die zwischenzeitlich von der CP abgespaltenen Centrumsdemokraten (CD) erhielten zwar weitere 12.299 Stimmen (=0.13%). Aber auch wenn mensch diese Stimmen addiert, reicht das noch nicht für einen Sitz. Einer Untersuchung zufolge (,,De Volkskrant'', 23.5.) blieben 17.000 ehemalige CP-Wähler diesmal zuhause, 15.000 wählten christdemokratisch, 2.000 sozialdemokratisch und 5.000 eine der anderen Parteien. Demnach hätten CP/CD auf der einen Seite mehr als die Hälfte ihrer vorigen Wähler verloren, auf der anderen Seite aber 20.000 neue Wähler gewonnen.

CP/CD auf der einen Seite mehr als die Hälfte ihrer vorigen Wähler verloren, auf der anderen Seite aber 20.000 neue Wähler gewonnen.

Die Stimmenverluste resultieren auf der einen Seite aus der Spaltung der CP, sind auf der anderen Seite aber auch den vielen, teils sehr heftigen, Protesten gegen die Rassisten zu verdanken. Ein Abnehmen des Rassismus in der niederländischen Gesellschaft kann aus dem Abschneiden von CP/CD jedoch nicht gefolgert werden. Nur die politische Organisierung des offenen Rassismus scheint (vorläufig?) gebremst. Dabei muß einschränkend allerdings daran erinnert werden, daß die CP am 19.März erstmalig mit jeweils einem Sitz in die Gemeinderäte von Amsterdam, Rotterdam, Utrecht und Lelystad einzog. (Auch in Almere erhielt die CP einen Sitz. Aber dort hatte sie vorher zwei.)

Internationales Ansehen gerettet

Es besteht kein ernsthafter Zweifel daran, daß CDA und VVD gemeinsam weiter regieren werden. Beide Partner hatten vor der Wahl bereits erklärt, sie würden ihre Koalition fortsetzen, falls sie zusammen mehr als 75 (der insgesamt 150) Sitze erzielen würden. Das niederländische Unternehmertum zeigte sich über die 81 Sitze für die Koalitionsparteien ebenso erfreut wie die NATO-Verbündeten USA und BRD. Die Kurse der Amsterdamer Börse sprangen tags nach der Wahl geradezu in die Höhe. Die bundesdeutsche ,,Welt'' meinte, durch das Ergebnis sei das internationale Ansehen der Niederlande gerettet.

Die ,,Volkskrant'' war weniger angetan: ,,Es besteht das Risiko, daß die Christdemokraten durch das Ergebnis so in ihrem rechten Kurs gestärkt werden, daß auch ohne Berufung auf Krisenumstände eine harte Linie verfolgt wird, mit tauben Ohren für Widerstand und begründete Kritik im Land. Vergrößerung der Unterschiede zwischen Arm und Reich, ein weiterer Rückgang der Sozial-Unterstützungen (trotz Wahlversprechen), übertriebenes Entgegenkommen gegenüber US- und NATO-Wünschen, neben der Stationierung von Cruise Missiles, und vielleicht doch noch neue Atomkraftwerke.''

Niederlande-Kommission

Linke Wahlerfolge und außerparlamentarische Bewegung

Die drei kleinen (1) linken Parteien CPN, PPR und PSP (2) (zusammen) haben bei den Parlamentswahlen seit 1946 erreicht:

1946: 10,7% (CPN)
1948: 7,7% (CPN)
1952: 6,2% (CPN)
1956: 4,8% (CPN)
1959: 4,2% (CPN und PSP)
1963: 5,4% (PSP und CPN)
1967: 6,5% (CPN und PSP)
1971: 7,1% (CPN, PPR und PSP)
1972: 10,8% (PPR, CPN und PSP)
1977: 4,3% (CPN, PPR und PSP)
1981: 6,1% (PSP, CPN und PPR)
1982: 5,7% (PSP, CPN und PPR)
1986: 3,1% (PPR, PSP und CPN)

Das sehr gute Abschneiden der CPN 1946 war Folge der bedeutenden Rolle, die die Kommunisten im Widerstand gegen die Nazi-Besatzung während des Zweiten Weltkriegs gespielt hatten.

Die größten Gewinne verbuchten die drei kleinen linken Parteien (zusammen) in den Jahren 1972 und 1981. Den Wahlen 1972, bei denen vor allem PPR (4,8%) und CPN (4,5%) gut abschnitten, waren Provo und die Studentenbewegung vorangegangen. 1972/73 erreichte zudem die niederländische Vietnam-Bewegung ihren Höhepunkt. Die Gewinne von 1981 gingen vor allem auf das Konto der PSP (von 0,9% auf 2,1%). Sie resultierten zweifellos aus dem enormen Aufschwung der niederländischen Friedensbewegung (,,Hollanditis'') seit 1977, der mit der Amsterdamer Demonstration am 21.11.1981 seinen Höhepunkt erreichte. Die — weniger spektakulären — Gewinne in den Jahren 1963, 1967 und 1971 hängen, außer mit Provo, Vietnam und der damaligen Anti-Atomwaffen-Bewegung (Ban de Bom), mit der allgemeinen Aufbruchs- und Veränderungsstimmung dieser Zeit zusammen.

Die Wahlergebnisse der drei genannten Parteien getrennt betrachtet erreichte die CPN 1946 ihr bisher bestes Ergebnis, die PSP 1967 (2,9%) und die PPR 1972. Die größten Gewinne verbuchte die CPN 1967, die PSP 1963 (Ban de Bom) und die PPR 1972.

Das Ergebnis von 1986 ist zusammen genommen (3,1%) der absolute Tiefpunkt für die kleinen linken Parteien. Unter 5% blieben sie ansonsten nur in den Jahren 1977 (4,3%), 1959 (4,2%) und 1956 (4,8%). Für CPN und PPR ist das Ergebnis vom 21. Mai auch getrennt betrachtet das schlechteste der Nachkriegsgeschichte. Die PSP, die diesmal 1,2% erreichte, erzielte nur 1977 mit 0,9% ein noch schlechteres Ergebnis.

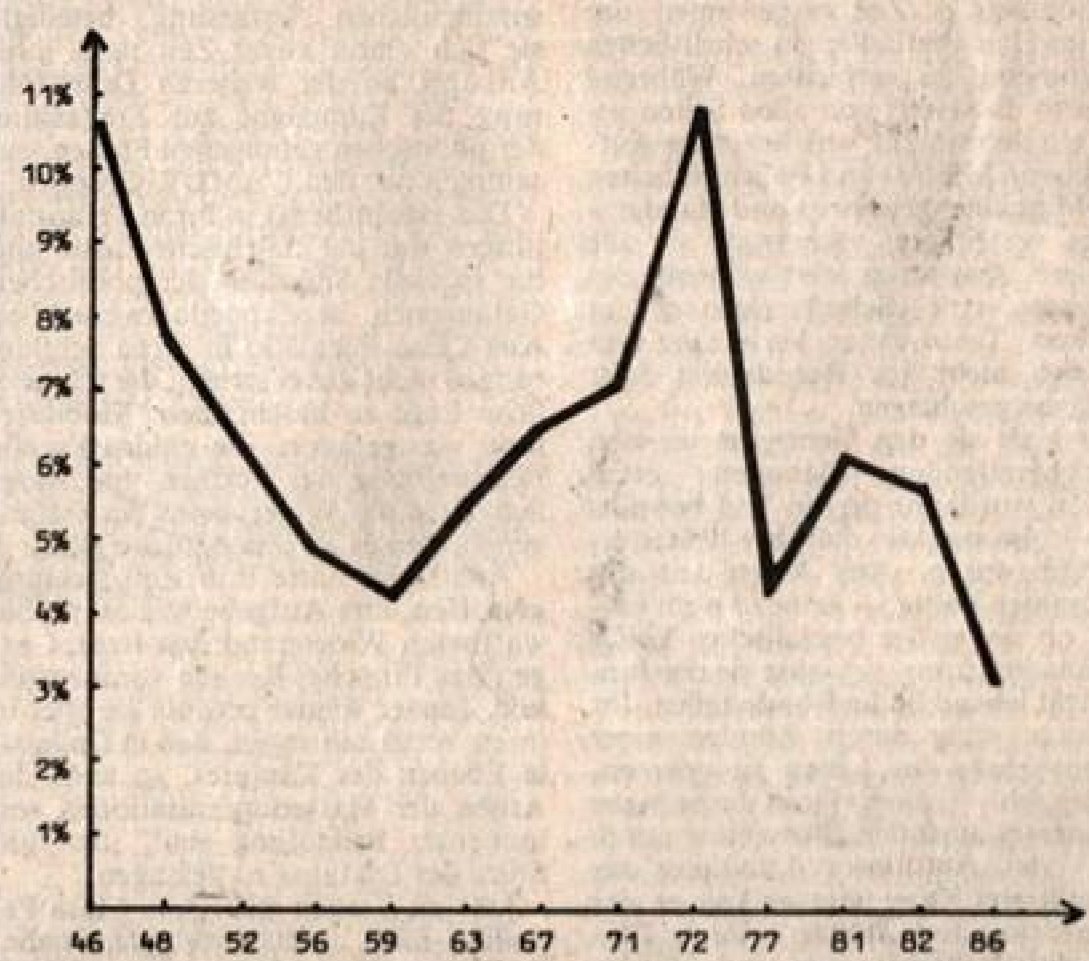
Es sieht danach aus, daß die parlamentarische Position der niederländischen Linken erst wieder verstärkt werden wird, wenn der außerparlamentarische Kampf erneut aufblüht.

1) „Klein links" ist im Niederländischen ein allgemein — auch von der Linken selbst — gebrauchter Begriff für die links der Sozialdemokratie stehenden Parteien, womit dann auch stillschweigend ausgemacht zu sein scheint, daß die sozialdemokratische Partij van de Arbeid die „große linke" Partei wäre.

2) CPN — Communistische Partij van Nederland (derzeit kaum in irgendein passendes Schublädchen einzuordnen); PPR — Politieke Partij Radikalen, in etwa radikaldemokratisch; PSP — Pacifisties—Socialistiese Partij, wie der Name sagt: ein Versuch der Mischung von Pazifismus und Sozialismus, wobei ersterer bislang im wesentlichen obsiegte.

Ergebnisse von CPN/PPR/PSP (zusammen)

Ergebnisse von CPN/PPR/PSP (zusammen)



"Keine Faschisten in den Rat"

Zwar hat die rassistische Centrumpartij (CP) bei den Parlamentswahlen am 21. Mai ihren einzigen Sitz verloren, zuvor waren aber ihre Vertreter bei den niederländischen Kommunalwahlen am 19. März in fünf Städten — Almere, Amsterdam, Lelystad, Rotterdam, Utrecht — mit je einem Sitz in die Gemeinderäte gewählt worden.

Die umfangreichsten Proteste gegen die Vereidigung der CP-Abgeordneten in den jeweiligen Rathäusern gab es in Amsterdam. Nach zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen in den der Vereidigung vorhergehenden Wochen wurde am 29. April von sieben Uhr morgens an, organisiert vom Komitee ,,Keine Faschisten in den Rat'', das Rathaus blockiert. Bis zur Mittagszeit hatten sich rund siebentausend Antifaschist/inn/en eingefunden. Die meisten Parteien, die Gewerkschaften wie auch einige Einrichtungen des ,,etablierten Antifaschismus'' distanzierten sich jedoch explizit von der Blockade.

Zu Sitzungsbeginn stellte sich heraus, daß die CP-Abgeordnete bereits vor sechs Uhr morgens insgeheim in das Rathaus eingeschleust worden war. Der sozialdemokratische Bürgermeister Ed van Thijn, für diesen miesen Trick verantwortlich, fand dann vor der Vereidigung zu starken Worten. ,,Der heutige Tag, entscheidend für das Funktionieren unserer Stadtverwaltung in den nächsten vier Jahren, wird völlig überschattet von der Wahl eines Vertreters einer Partei, deren Ideologie uns alle mit Abscheu erfüllt, in den Rat.'' Jede Zusammenarbeit, erklärte ein Ratsmitglied namens aller Parteien im Rat, mit dem CP-Gemeinderatsmitglied sei ausgeschlossen.

In Utrecht gelangte der gewählte CP-Abgeordnete in einem geschlossenen Lastwagen und dann geschützt von einer Polizistenkette ins dortige Rathaus zur Amtseinführung. Auch ihm wurde namens aller Ratsparteien jederlei Zusammenarbeit, gleich auf welchem Gebiet, von vornherein verweigert.

Niederlande-Kommission

Ralf Binswanger

"Staatsterrorismus"

Kritische Anmerkungen zu einem Symposium in Frankfurt am 26./27.4.86

Dr. med. Ralf Binswanger ist praktizierender Psychiater in Zürich.
Er ist Mitherausgeber einer Dokumentation über die Realität der Isolationshaft in der BRD, die dem UN-Menschenrechtsausschuß von 21 Ärzten, Rechtsanwälten, Journalisten und Abgeordneten des Europaparlaments vorgelegt wurden.
Die Dokumentation ist als Buch unter dem Titel „Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigerrecht" erschienen.

Klar, es hat viel für sich, den Feind mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Der Begriff „Staatsterrorismus", von links als Mittel der Aufklärung über die in der Tat terroristischen Praktiken des Imperialismus der staatlich produzierten „Terrorismus"-Hysterie entgegengesetzt, ist publikumswirksam. Systematische physische Folter faschistoider Klientenstaaten der USA, Todesschwadronen, „Verschwindenlassen" Oppositioneller, an Völkermord grenzende Vernichtungskriege gegen Kommunisten, alles durch die USA und andere imperialistische Staaten organisiert — ganz abgesehen vom Greuel des Vietnamkrieges — das ist „The REAL Terror Network" (Herman, 1982), die Internationale einer Herrschaft mittels Schrecken. Demgegenüber, so läuft die Argumentationslinie, verblasst der „Kleinhandelsterror" nationaler Befreiungskämpfer oder revolutionärer kommunistischer Organisationen.

Am 26./27. April fand in der Frankfurter Universität ein internationales Symposium unter dem Titel „Staatsterrorismus und Menschenrechte in der Dritten Welt" statt mit Referenten, die seit mehr als zehn Jahren die Fakten zum US-„Staatsterrorismus" dokumentieren, sowie deren „Verarbeitung" durch die „Freie Presse". Noam Chomsky und Edward S. Herman (s. Kasten), deren politisches Hauptwerk (Chomsky und Herman, 1979) leider nie auf deutsch übersetzt worden ist. Aus dem Vorwort:

Diese aus zwei zusammengehörenden Bänden bestehende Studie handelt von den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der dritten Welt. Sie hat zwei Brennpunkte: Tatsachen (facts) und Meinungen (beliefs). Die grundlegende **Tatsache** *ist, daß die Vereinigten Staaten unter ihrer Schirmherrschaft ein neokoloniales System von Klientstaaten organisiert hat, das hauptsächlich durch Terror regiert wird und den Interessen einer schmalen lokalen und ausländischen Wirtschafts- und Militärelite dient. Die grundsätzliche* **Meinung** *oder der ideologische Vorwand ist, daß die Vereinigten Staaten sich weltweit der Förderung der Sache von Demokratie und Menschenrechten hingibt, auch wenn bei der Verfolgung dieses Zieles ihr gelegentliche Irrtümer unterlaufen."* (S.ix, Uebers. R.B.)

Unter Heranziehung der Konzepte, die Chomsky und Herman bei der Analyse der ideologischen Verarbei-
die Chomsky und Herman bei der Analyse der ideologischen Verarbei-
tung der „facts" durch die Medien entwickeln, möchte ich den Begriff „Staatsterorismus" und seine Verwendung durch die Linke einer Kritik unterziehen. Dies schmälert nicht den hohen dokumentarischen Wert des von diesen Autoren zusammengetragenen Materials — einmal mehr auch im Vortrag, den Chomsky für Frankfurt vorbereitet hat.

Noam Chomsky ist Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology, USA. Er ist weltbekannt durch die von ihm begründete mathematische Linguistik, die von vielen Sprachwissenschaftlern allerdings als reaktionär empfunden wird, weil sie die gesellschaftliche Dimension ausschließe. Er hat sich während des Vietnamkrieges politisiert und seither viele politische Arbeiten geschrieben, die sich kritisch mit der imperialistischen US-Politik und deren „Verarbeitung" durch die Medien befassen.
Edward S. Herman ist Professor für Finanzen an der Wharton School der Universität von Pennsylvania, USA. Sein wirtschaftswissenschaftliches Hauptwerk heißt „Corporate Control, Corporate Power".

Chomsky zitiert in einer früheren Arbeit (1978) eine führende Figur im Public-Relations-Feld, Edward Bernays, der 1947 seine Methoden unter dem Titel „The Engineering of Consent" vorstellte. Diktatoren totalitärer Staaten, so Bernays, können mit Zwang regieren. Demokratische Führer müßten ihre Rolle spielen bei der Herbeiführung der Zustimmeung der Bevölkerung zu gesellschaftlich konstruktiven Zielen und Werten. Das heiße ganz einfach die Anwendung wissenschaftlicher Prinzipien und erprobter Praktiken, um Menschen dazu zu bringen, Ideen und Programme zu unterstützen. Das „Engineering of Consent" (das ist schwer zu übersetzen; es bedeutet etwa sozialtechnologische Herstellung von Zustimmung) sei das wahre Wesen des demokratischen Prozesses, die Freiheit, zu überzeugen und zu suggerieren.

„Engineering of Consent"

Chomsky und Herman sehen in den westlichen Medien, der „Freien Presse", ein gigantisches „Engineering of Consent" am Werk, das zum Teil durch geheimdienstliche Aktivitäten organisiert wird, zu einem großen Teil aber durch die Identifikation von Journalisten und Redakteuren mit den herrschenden Werten, durch bewußte und unbewußte Selbstzensur funktioniert. So entsteht beispielsweise eine ganz bestimmte Semantik (Wortbedeutungslehre) der Begriffe „Terror", „Totalitarismus", „Blutbad" etc. „Terrorismus" ist per definitionem der „Kleinhandelsterrorismus" (retail terrorism), der von unten kommt, speziell von kommunistisch inspirierten Gruppen. Der „Großhandelsterror" (wholesale terrorism) durch faschistische US-Klientenregierungen heiße allenfalls „konstruktiver Terror", normalerweise aber „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" oder „Schaffung eines günstigen Investitionsklimas". Die Autoren sehen weitere Verschleie-



rungstechniken:
- neben der Unterdrückung von Informationen über die faschistische Repression werden angeblich „positive Entwicklungen" in den betreffenden Ländern unterstrichen;
- die USA wird als unschuldiger Zuschauer, als „neutraler Beobachter" und nicht als Sponsor des Klientenfaschismus hingestellt;
- Die Medien entwickeln eine fieberhafte „Nachfrage" nach „kommunistischen Grausamkeiten", die aufgebauscht oder erfunden werden. Motto: zwei sowjetische Dissidenten sind informationstechnisch mehr wert als zwanzigtausend gefolterte Lateinamerikaner. Im Vietnamkrieg wurde versucht, in der Berichterstattung wenigstens ein Verhältnis von eins zu eins zwischen kommunistischen und imperialistischen Grausamkeiten herzustellen — das Prinzip Ausgewogenheit.

„feigned dissent"

Einen von Chomsky und Herman beschriebenen Mechanismus der Meinungsmanipulation möchte ich hier besonders hervorheben, nämlich was sie „feigned dissent" nennen, also vorgetäuschten Dissens — wir können auch von Pseudokritik oder Scheinkontroverse sprechen. Bei der Verarbeitung des Vietnamkrieges durch die Medien wurden beispielsweise heftige Kontroversen darüber geführt, ob im richtigen Zeitpunkt die richtigen Mittel eingesetzt wurden, ob der Präsident falsch informiert worden sei oder nicht, ob die Regierung einseitig die kommunistische Machtpolitik über- und das Element lokaler nationaler Befreiung unterschätzte etc. Unausgesprochen wird dabei vermittelt, daß die USA selbstverständlich das Recht haben, Macht und Gewalt weltweit anzuwenden, wenn ihnen das richtig scheint, und ein kleineres Agrarvolk in den Ruin zu bomben. Es gibt also heftige Kontroversen, die sich aber im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse zu halten haben, oder die Debatte wird auf der Ebene von „Entscheidungsfehlern" oder „pathologischer Entgleisungen Einzelner" geführt. Der Konsens über die staatskonformen Grundlagen wird so nicht geschwächt, sondern verstärkt: Daß der Kommunismus bekämpft werden muß, daß die „Freie Marktwirtschaft" der Weisheit letzter Schluß sei und daß sich Widerstand im Rahmen des vorgegebenen „demokratisch" institutionalisierten Laufgitters und vor allem gewaltfrei zu artikulieren habe. Je „härter" **diese** Art der öffentlichen Kritik geführt wird, desto besser kann der Anschein von „freier Meinungsäußerung" und „Demokratie" aufrecht erhalten und in den Köpfen verankert werden. Chomsky:

„Ja, es gibt Kritik, doch ein sorgfältiger Blick zeigt, daß sie in engen Grenzen bleibt. Die Grundprinzipien der Staatspropaganda werden von den Kritikern angenommen. Im Gegensatz zu den totalitären Systemen steckt der Propagandaapparat nämlich nicht einfach eine Position aus, der sich alle unterordnen müssen. Er versucht eher, das ganze Spektrum des Denkens einzugrenzen. Die offizielle Doktrin am einen Ende und die Position der ausgesprochensten Gegner am anderen. Ins ganze Spektrum werden aber die gleichen Annahmen unbemerkt eingebracht, doch selten ausgesprochen. ... Das demokratische Prinzip der Gedankenkontrolle ist verführerisch und zwingend. ... Jeder Indoktrinationsexperte wird zweifellos bestätigen, daß es weitaus wirksamer ist, alle möglichen Gedanken in einen Rahmen stillschweigender Annahmen zu zwingen, als zu versuchen, einen speziellen ausdrücklichen Glauben mit dem Knüppel aufzuzwingen." (1978, S. 81)

Spinnen wir die Gedankenfäden weiter: Zwar treten durch die Offensive der USA gegen Tripolis und Benghazi durchaus reale Widersprüche zwischen den NATO-Staaten hervor, aber auch ein Spiel auf der Klaviatur des „feigned dissent". Frankreich verweigert den F-111 das Überfliegen seines Luftraumes. Wie die Neue Zürcher Zeitung berichtet, geht es aber keineswegs um eine Mißbilligung der Kriegspolitik gegen Ghadhafi oder gegen Befreiungskämpfe im Trikont, sondern nur um die Frage der Mittel. Mitterand hält nichts von einer bloßen „Nadelstichpolitik", sondern plädiert für einen strategischen Schlag und die physische Liquidierung Ghadhafis.

Zum Beispiel der „Stammheim"-Film

Viel brisanter scheint aber die Feststellung, wie häufig und wirksam die reformistische Linke den bürgerlichen Konsensingenieuren die Arbeit abnimmt. Stichwort Stammheim: Die Autoren von Buch und Film erwecken den Eindruck eines Dissens mit dem Staatsapparat, indem sie, mehr schlecht als recht, die vernichtende Wirkung der Isolationsfolter darstellen, die Mißachtung der Rechtsstaatlichkeit z.B. durch das Gericht, die Manipulationen zur Eliminierung der politischen Dimensionen dieses Prozesses und die ansatzweise Vermittlung des politischen Inhalts der Aktionen der RAF. Haben sie den „kritischen Leser/Zuschauer" so auf ihre Seite gebracht, werden die „staatlich geschützten" Grundannahmen umso wirkungs-
Leser/Zuschauer" so auf ihre Seite gebracht, werden die „staatlich geschützten" Grundannahmen umso wirkungs-
voller transportiert, zum Beispiel: Der bewaffnete Kampf in der BRD gehört einer historisch abgeschlossenen Epoche an, seine Protagonisten wären mehr oder weniger „psychische Problemfälle", die sich wahrscheinlich halt doch selbst ermordet haben. Die Neue Zürcher Zeitung, Sprachrohr der Schweizer Bourgeoisie, brachte die Botschaft von Buch und Film über „Stammheim" auf den Begriff:

„Deutlich werden hier die sehr persönlichen Motive der Einzelnen: Sie gaben letztlich den Ausschlag und ersetzten die objektive Welt. Das vorher beschädigte Ich verkündete sich als Mittelpunkt und wollte, unbeschadet der Kosten, triumphieren. Es spielte vieles mit, auch die Flucht vor existentiellen Problemen; deren rein egoistisch konzipierte Lösung würde die Revolution besorgen ..." (16.3.86) Die Deckungsgleichheit des Inhalts dieser gouvernementalen Filmkritik mit früheren Aussagen der RAF-Gefangenen zur psychologischen Kriegführung ist augenscheinlich:

„Personalisierung ist das operative Mittel der psychologischen Kriegführung. Der soziale Tatbestand, von dem die Revolution ausgeht, der Antagonismus, die Unmöglichkeit von menschlichem Leben im Imperialismus, außer im Kampf gegen ihn — verlegt die psychologische Kriegführung in die Psychologie und die Zufälligkeiten der Biografie des Einzelnen ..." (texte: der RAF, S. 133)

Terrorismus —Staatsterrorismus: eine Scheinkontroverse

Diese vorbereitenden Ausführungen waren notwendig, um die Kritik am Begriff „Staatsterrorismus" anschaulich zu machen. Zwei wichtige Verfechter dieses Wortgebrauchs, Chomsky und Herman, liefern gleichzeitig das dafür brauchbare Konzept. Mit ihnen können wir fragen, welche unausgesprochenen Grundannahmen dieses Wort transportiert. Offensichtlich die, daß bewaffnet kämpfende nationale Befreiungsbewegungen oder kommunistische Guerilla-Organisationen in den Metropolen eben „auch" terroristisch sind — wenn auch viel weniger als z.B. die USA und ihre faschistischen Klientenstaaten — daß „Terrorismus", in diesem Zusammenhang verwendet, irgend etwas sinnvolles bedeuten muß. Die linke Rede vom „Staatsterrorismus", so adäquat und griffig sie auch erscheinen mag, enthält die Scheinkontroverse darüber, wer in der Welt nun die größten Terroristen sind, die CIA oder Carlos, das Apartheid-Regime oder die „Baader-Meinhof-Gang", wie sich Chomsky auszudrücken beliebt:

„Die südafrikanische Regierung ..., deren einziger Überfall auf das namibische Flüchtlingslager von Kassinga am 4.Mai 1978 ein weit größere Zahl (mehr als 600) auslöschte als die kombinierten Opfer von Carlos, der Baader-Meinhof-Bande und der italienischen Roten Brigaden ausmachen, wird nicht mit solch gehässigen Begriffen (kaltblütig und mysteriös, R.B.) *bezeichnet."* (Chomsky und Herman, 1979, Bd.I, S.7)

Die Scheinkontroverse reduziert den qualitativen, fundamentalen Unterschied zwischen revolutionärer und repressiver Gewalt auf ein quantitatives Niveau, ein Problem des Ausmaßes. Die Frage der Legitimität des bewaffneten Kampfes in den Metropolen fällt dadurch unter den Tisch. Durch das Werk von Chomsky und Herman zieht sich eine ausgesprochene Solidarität mit dem Vietcong, den indonesischen Kommunisten oder der FRETILIN in Ost-Timor. Unausgesprochen, behaupte ich, wirken die Autoren konsensbildend darüber, daß bewaffneter kommunistischer Kampf im Trikont heroisch und berechtigt, in Europa und den USA aber „terroristisch" sei. Sie unterstützen so auch die breite Weigerung, sich mit Aktionen palästinensischer oder anderer nahöstlicher Organisationen, die uns vielleicht beängstigen und politisch für die Arbeit hier nicht ins Konzept passen — Anschläge auf die Flughäfen von Rom und Wien zum Beispiel — so auseinanderzusetzen, daß sie wenigstens als das gesehen werden können, was sie objektiv sind: Rückführung eines langjährigen imperialistischen Krieges dorthin, von wo aus er geführt und unterstützt wird.- Der Begriff „Staatsterrorismus" gibt sich vordergründig solidarisch mit den Kämpfen hier, indem er die gigantische Offensive des „Antiterrorismus" gegen ihre Autoren wendet. Gleichzeitig verhindert er aber die solidarische Auseinandersetzung mit den revolutionären Organisationen in Westeuropa, indem er sie unausgesprochen zu „Terroristen" macht.

Westeuropa, indem er sie unausgesprochen zu „Terroristen" macht.

Literatur:
Noam Chomsky (1978): Intellectuals and the State, in: Towards a New Cold War, New York, Pantheon Books 1982.
Noam Chomsky und Edward S. Herman (1979): The Political Economy of Human Rights, Vol I: The Washington Connection and Third World Fascism" Vol II: After the Cataclysm: Postwar Indochina and the Reconstruction of Imperial Ideology, Boston, South End Press.
Edward S. Herman (1982): The real Terror Network, Boston, South End Press.
Noam Chomsky (1986): International Terrorism: Image and Reality, Manuskript zum Symposium über Staatsterrorismus in der Dritten Welt, Frankfurt, 26.4.86.
texte: der RAF, Erste Auflage, Oktober 1977.

GAL Hamburg:

Streit um die Frauenliste

Sich vorzustellen, nur Frauen kandidieren für die Bürgerschaft, ist erst einmal ein faszinierender Gedanke. Besonders für Frauen, die seit Jahren versuchen, mit männlichen Partnern, Kollegen und Genossen zusammenzuarbeiten und in dieser Gesellschaft etwas zu verändern, die dabei immer wieder erlebt haben, wie schwer es ist, gegen männliche Überheblichkeit, Selbstsicherheit und Selbstüberzeugung anzukommen, die dann doch wieder das Reden, Streiten und Argumentieren Männern überlassen haben und im Nachherein oftmals etwas resigniert feststellen mußten: Nun — das hätte ich auch noch gekonnt.

Nein, es ist schon toll, sich vorzustellen, daß jetzt Schluß ist mit dieser Zauderei, Schluß damit, sich wegdrängen zu lassen und noch selbst auszuweichen. Frauen übernehmen die Posten, werden Sprecherinnen der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung, sie besetzen den Vorstand der Grünen, vielleicht sogar einiger Gewerkschaften, sie stellen das LG des KB und gehen in die Bürgerschaft.

Etwas übertrieben? Deutlich soll ja nur werden, daß solche Überlegungen richtige und sinnvolle Träume sind, daß damit ein Stück zukünftiger gesellschaftlicher Realität nur vorweggenommen wird, aber daß meine Haltung zu jeder Art dieser Projekte, die das heute schon versuchen, auch immer sehr, sehr ambivalent ist. Wünsche, Träume, Hoffnungen sind allemal gerechtfertigt. Etwas anderes ist der Streit um die derzeitigen Möglichkeiten. Womit wir beim Thema wären: Die Idee einer GAL-Frauenliste für die Bürgerschaftswahlen im November. Seit zwei Jahren wird in der GAL über eine Frauenliste diskutiert. Initiatorin dieser Idee war Adrienne Göhler; später entstand als Trägerinnenkreis die Gruppe ,,Freche Frauen", inzwischen durch Presseartikel und ein ,,Spiegel"-Interview (1) über Hamburg hinaus bekannt. Die Begründung der Frechen Frauen für ihren Vorschlag war von Anfang an umstritten.

„Neue politische Kultur" oder Ausgrenzung?

„Neue politische Kultur" oder Ausgrenzung?

Auch wenn es sich bei den Überlegungen der Frechen Frauen um kein fertiges Konzept handelt, gibt es doch Übereinstimmungen in der Grundtendenz und in dem, was sie erreichen wollen. Ihr Ausgangspunkt und Kern ist die Abgrenzung zum herkömmlichen bürgerlichen, aber vor allem zum ,,dogmatisch traditionellen linken Politikverständnis", das sie für ,,entfremdet" und ,,überholt" halten. Ein Teil der Frechen Frauen gehörte früher selbst K-Gruppen an. Aus diesen — wie sie sagen — schlechten Erfahrungen haben sie ihre Vorstellung einer ,,neuen politischen Kultur" entwickelt. Kurz gesagt: ,,Politik muß Spaß machen". ,,*Ich will Politik goutieren können, sonst kann ich sie nicht machen, es sei denn, ich begreife Politik als die notwendige Zwangsarbeit auf dem Weg zur Freiheit.*" (2) Konkret bedeutet das z.B., daß von ihnen Demonstrationen für überholte Aktionsformen gehalten werden. Sie wollen dem eine Form von witzigen kulturellen Spektakeln entgegensetzen; so wurde maßgeblich von den Frechen Frauen ein alternativer Karneval für die linke Szene organisiert. Sie lehnen es außerdem vehement ab, als Vertreterinnen einer Strömung aufzutreten. ,,*Es will mir nicht in den Kopf, daß wir selbst häufig unsere Leute ihrer Persönlichkeit berauben, wenn wir sie als Strömungsträger/innen zu Mandatsträger/innen in irgendwelche Posten entlassen.*" (3) Ebenso halten sie die übliche linke Praxis, einigermaßen rational und analytisch an politische Probleme herangehen zu wollen, für ,,kontraproduktiv" und ,,entfremdet". (vergl. Zitat unter 4) Sie setzen dagegen auf das Einbringen von Gefühlen und Emotionen, ,,der Lust zu sich selbst" (5), auf das ,,Einbringen des ganzen Menschen". ,,*Eine politische Kultur, kulturelle Politik, braucht aber Menschen, die ihre gesamte Person zu integrieren in der Lage sind.*" (6) Um als Gruppe wirkungsvoll arbeiten zu können, fordern sie Supervision, das ist eine regelmäßige psychologische Betreuung. Dies auszuprobieren (,,ein Experiment wagen") stellen sich die Frechen Frauen allerdings nur mit solchen Frauen vor, die den eben beschriebenen Ausgangspunkt teilen. ,,*Der Gedanke, mit einer Frauenliste auch ein ,Fraktionskollektiv' zu schaffen, auf der Basis, daß die Frauen miteinander wollen und auch können, greift diese Misere auf und hofft auf ein Stück mehr Ehrlichkeit, aber auch Produktivität.*" (7) Frauen deshalb, weil sie ,,*anders grüne Politik machen als Männer.*" ,,*Nicht, weil es unser Image aufpolieren würde, oder weil Frauen mindestens genauso gut, wenn nicht besser Politik machten, oder weil die Zukunft in Frauenlisten läge, nein einfach weil Frauen anders grün-alternative Politik machen als Männer. Dieses ,wie anders' hätte ich gerne greifbarer, faßbarer. Das ,wie' könnte ich aus den Angeln heben, stell ich mir vor.*" (8) Frauen auch deshalb, weil sie mehr an dem ,,*Mangel an lebendiger und ganzheitlicher Politik leiden*" (vergl. Zitat unter 9), weil sie eher durch Einsatz ihrer ,,Person" Argumente vermitteln können. Als Beispiel wurde dazu von Adrienne in einem ihrer ersten Beiträge auf Hildegard Hamm-Brücher hingewiesen. ,,*Und ich will noch Hildegard Hamm-Brücher nennen, mit ihrer Rede anläßlich des Mißtrauensvotums gegen Schmidt und der damit verbundenen F.D.P.-Wende. Sie hat sehr identisch, authentisch, ihrer Verachtung Ausdruck verliehen, in einer Rede, die nicht brillant in Rhetorik und Argumentation war, aber die stimmte und überzeugte, denn sie hat in erster Linie betroffen und getroffen, weil sie sich nicht nur als Trägerin einer Argumentation, sondern als Person vermittelte.*" (10)

Über das hier gemeinte Frauenbild wurde in der GAL viel diskutiert. Es wurde von zahlreichen Frauen abgelehnt, das ,,Anders-sein" von Frauen darauf reduzieren zu lassen, daß Frauen anders auftreten, sprechen oder als Person überzeugend wirken. Das Auftreten von Hildegard Hamm-Brücher als ,,Kunstwerk" zu bezeichnen, aber kein Wort über die politischen Positionen dieser Frau zu verlieren, dies alles wurde als platter Biologismus und als Mystifizieren des Weiblichen abgelehnt.

nen dieser Frau zu verlieren, dies alles wurde als platter Biologismus und als Mystifizieren des Weiblichen abgelehnt.

Der Ansatz der Frechen Frauen, der auf den ersten Blick eher unpolitisch wirkt, wird dort konkret politisch wirksam, wo sich ihre Vorstellungen — (z.B.: sich nicht auf Positionen festlegen zu können; Gefühle und ,,Art des Auftretens" in den Vordergrund zu schieben) — durchsetzen und akzeptiert werden. Dies bedeutet — und das war wohl auch beabsichtigt — in erster Linie die Ausgrenzung der linken bzw. ,,traditionssozialistischen" Teile der GAL. Denn diese stehen dafür, Rationalität und Analyse sinnvoll zu finden, sich offen zu Strömungen und Positionen zu bekennen, auch für Konfrontationspolitik einzutreten, und z.B. für solche ,,tradierten Aktionsformen" wie Demonstrationen. Diesem Politikverständnis steht die ,,neue politische Kultur" der Frechen Frauen quer entgegen.

Konkret geworden ist die Ausgrenzungsabsicht der Frechen Frauen auf der Mitgliederversammlung am 6.4., auf der einige Frauen ausdrücklich erklärten, sie würden nicht mit solchen Frauen gemeinsam kandidieren, die bislang ihre Frauenliste abgelehnt und bekämpft hätten. Adrienne Göhler schloß in einem Redebeitrag definitiv aus, daß sie mit Regula Schmidt-Bott (s. unten) auf einer Liste kandidieren würde.

„Lust auf Macht" in der Bürgerschaft

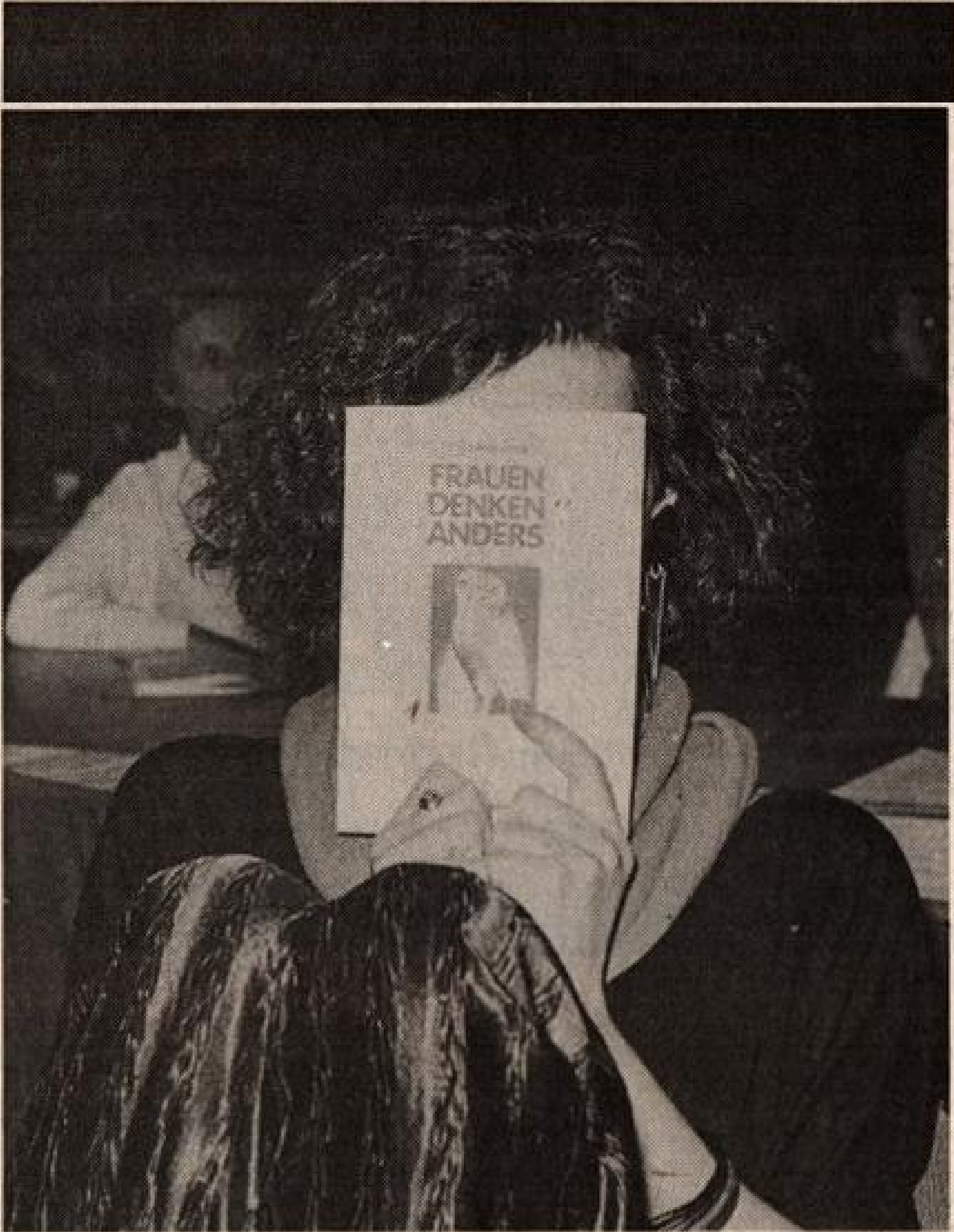
Der Ort des Geschehens für das Agieren der Frauenliste soll die Bürgerschaft sein. Dies deshalb, weil sich hier zum einen eine größtmögliche Öffentlichkeit erhofft wird, zum anderen ein Stück ,,Macht" erobert werden soll. Die ,,Lust auf Macht" ist, neben der Abgrenzung von linken Gruppen und deren Politikverständnis, die zweite zentrale Gemeinsamkeit der Frechen Frauen. ,,Macht" wird hier allerdings nicht verstanden als Mittel, um darüber eine bestimmte Idee, einen Inhalt oder eine Überzeugung durchzusetzen, sondern — reduziert man den Anspruch auf seinen konkreten Gehalt — bedeutet dies nichts anderes, als daß frau gern Bürgerschaftsabgeordnete werden möchte.

Dies wird aber nicht einfach gesagt, sondern drumherum setzen jede Menge Höhenflüge ein: Bürgerschaft deshalb, ,,weil an einem empfindlichen Punkt der GAL das Tabu der Männerherrschaft durchbrochen werden soll" (11), weil es darum geht, ,,die Gesamtgeschicke in die Hand zu nehmen" und ,,innerhalb männlich dominierter Strukturen die Machtfrage zu stellen." (12)

Frauenliste ja — aber nicht so

Diese Begründung, aber auch die Forderung ,,Frauenliste überhaupt" führte vor zwei Jahren, zu Beginn der Debatte unter den GAL-Frauen, mehrheitlich zu einer eher ablehnenden Haltung. Eins der Hauptargumente war, daß die Frauenbewegung zu schwach sei, um Frauenliste und Frauenpolitik politisch mittragen zu können. Mittlerweile, mit Blick auf die anstehenden Bürgerschaftswahlen, haben sich Positionen verändert. Nach wie vor wird von vielen Frauen der Ansatz der Frechen Frauen abgelehnt, eine Frauenliste aber unterstützt und inzwischen mehrheitlich favorisiert. Die GAL-Frauenreferentinnen treten inzwischen ebenfalls für eine Frauenliste ein, obwohl sie einschränkend hinzufügen, daß sie auch noch das ,,Erreichen von Über-Parität" als Erfolg werten und ,,letztlich auch mit Parität" leben können. (13)

Sie lehnen es ab, ,,einen Sammlungsprozeß unter dem Stichwort FRAU herbeizuführen" (14). ,,*Daß Frauen sich ,anders' verhalten, ,anders'ausdrücken, ,anders' sind, ist unbestritten. Aber — und das lassen die Frechen Frauen völlig außen vor — was sind denn die Ursachen dafür? Das vielgepriesene ,Anders' — Blüm macht modern verpackt die ,neue Mütterlichkeit' daraus, Geißler/Süßmuth die flexible ,moderne' Frau — ist bedingt durch gesellschaftliche Strukturen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Ausbeutung, die eine einseitige Ausprägung von männlichen und weiblichen Lebensbildern und Lebensrealitäten zur Folge haben.*" (15)



Angezweifelt wird der ,,Machtfaktor Bürgerschaft", auch wenn zugestanden wird, daß über das Parlament am ehesten eine Öffentlichkeit gewährleistet ist und davon eine Signalwirkung ausgeht. Es wird vor ,,falschen Versprechungen" gewarnt: ,,*Die gesellschaftlichen Strukturen finden ihren Niederschlag eben auch in der GAL, und 100% Fraktionsplätze für Frauen können die 70%ige Vorherrschaft der Männer in der GAL bestenfalls anknacksen, doch nicht aufheben.*" (16)

Die Frauen sprechen sich gegen ,,Supervision" ,,durch eine Art Betriebs-Psychologin" aus. ,,*Wir meinen, daß die Frechen Frauen hier voll der typischen Frauenrolle auf den Leim gekrochen sind! In jedem Scheiß-Betrieb werden Frauen für das gute Klima haftbar gemacht, z.B. Sekretärinnen müssen in dieser Hinsicht wahre Künstlerinnen sein. ... Oh nein das haben wir hinter uns gelassen, für die Harmonie zuständig zu sein.*" (17)

Dagegen fordern sie das Beziehen von politischen Positionen und eine inhaltliche Schwerpunktsetzung. ,,*Die politische Richtung, die eine Frau als Abgeordnete repräsentiert, muß Priorität haben — und nicht nur die Gemeinsamkeit von Betroffenheit als Frau im Patriarchat.*" (18)

Sie befürworten eine Frauenliste wegen der ,,Signalwirkung von außen" gegen die ,,frauenfeindliche Senatspolitik", gegen die ,,Pfeffersäcke und Betonköpfe der SPD", die einer Quotierung nicht zugestimmt haben, sowie als ,,Ermutigung für alle Frauen". Sie stellen sich vor, die ,,spezielle Frauenbetroffenheit in den verschiedenen Politikbereichen" besser zum Thema machen zu können. (19)

„Für Frauen etwas im Parlament erreichen"

Ein wichtiges Verdienst dieser Frauen ist, daß sich dank ihrer Auseinandersetzung der Politikansatz der Frechen Frauen und damit eine Ausgrenzung und Verengung des Spektrums, nicht durchgesetzt hat. Dennoch halte ich auch bei diesem Ansatz die Hoffnungen, die auf das Parlament gelegt werden, dort als ,,Signal zu wirken", dort ,,etwas für Frauen tun" zu wollen, für problematisch. Wenn die Erkennntnis noch gilt, daß das Parlament — Zeit seines Bestehens — einer der größten Illusionsapparate innerhalb der linken Bewegung ist (in der GAL wurde das früher unter dem Stichwort Spielbein/Standbein gefaßt), dann ist in einer Situation, in der die Frauenbewegung (und das gilt auch für den GAL-Frauenbereich) in einem eingestandenermaßen schlechten Zustand ist, die Bürgerschaft der schlechteste Ort, um Frauen zu mobilisieren oder etwas ,,für sie zu erreichen".

Es ist dagegen eine ,,günstige" Situation, um mit solch einer isolierten Initiative falsche Hoffnungen und übertriebene Erwartungen zu fördern. Es ist zu befürchten, daß außer einigen spektakulären Reden und mehr oder weniger Öffentlichkeit dennoch kein konkreter Erfolg errungen werden kann. Es sei denn, frau läßt sich auf ,,realpoltische Erfolge" ein. (In den hessischen rot-grünen Verhandlungen haben die Frauengruppen bei der Vergabe der Haushaltsmittel eher realpolitische Forderungen unterstützt — was konkret bedeutete, Geld für die Frauenprojekte abzuzocken. Politisch haben sie sich im weiteren dann kaum bis überhaupt nicht eingemischt.) Damit kann ich keine Aussagen über die Hamburger Entwicklung machen. Es ist aber jetzt schon vorhersehbar, daß der Druck — je größer und überhöhter jetzt die Hoffnungen sind — danach auf jeder Bürgerschaftsfrau und auf der Gruppe lasten wird. Als letztes noch ein Kritikpunkt, der mich ,,als Frau" besonders ärgert. Die GAL hat akute und massive Probleme mit der Aktivierung und dem Einsatz ihrer Mitglieder. Langeweile und Lustlosigkeit sind vorherrschende Momente. Politikfähig ist sie eigentlich nur noch über den bezahlten Apparat. (Das kann sich nach Tschernobyl etwas verändert haben, dennoch stimmt die Grundtendenz.) In einer solchen Situation auf eine ,,neue politische Kultur" zu setzen, wie die Frechen Frauen es tun, oder sich vom dem Beschluß für eine Frauenliste Aufschwung und Optimismus zu erhoffen (vergl. 20) verkennt die Probleme, in der die GAL-Organisation steckt.

Ich vermute auch, daß z.B. für viele Männer die stockende GAL-Situation neben dem männlichen Opportunismus ein Motiv war, für eine Frauenliste zu stimmen; erhofft wird sich, damit etwas ,,Pep" in den Wahlkampf zu bringen. Es ist ärgerlich, daß Frauen, wie das auch schon seit Jahrhunderten ihre Rolle ist, lediglich etwas Glanz und Glitter in eine müde graue Männerversammlung bringen sollen. Eigentlich sollten wir doch aus dieser Tradition gelernt haben und uns solchen Mechanismen verweigern.

„...Frauenfraktion als Wiedergutmachung..."

Eine dritte Position innerhalb der GAL wird von Regula Schmidt-Bott (in der ersten Rotationsperiode Bürgerschaftsabgeordnete) vertreten. Sie spricht sich gegen jede Art von Frauenliste aus. Ihrer Meinung nach ist auch eine Entscheidung für eine andere Frauenliste derzeit nicht vom Konzept der Frechen Frauen zu trennen. Sie warnt besonders davor, den Ansatz ,,Frau-sein" zum Programm zu erheben und weist auf immer wieder aufkeimende Frauensolidarität z.B. gegenüber Rita Süsmüth hin, bei der dann die reaktionäre Wendepolitik, für die sie steht, in ,,schwesterlicher Solidarität gar nicht mehr wahrgenommen wird." (21) Ihre Befürchtung ist, daß auch eine andere Frauenliste derzeit nur schwer gegen

,,schwesterlicher Solidarität gar nicht mehr wahrgenommen wird." (21) Ihre Befürchtung ist, daß auch eine andere Frauenliste derzeit nur schwer gegen

diese Tendenz ankommen wird.

Sie fordert dagegen in einem ,,Spiegel"-Interview: ,,*Ich will an die Ursachen ran. Ich will soziale Unterschiede, wirtschaftliche Mißstände, ich kann auch sagen Klassengegensätze, aufheben. Das sind alles Ziele, die ebensogut von Männern vertreten werden können. Ich wäre ja schon glücklich, wenn wir überall die Parität verwirklicht hätten, wie sie bei den Grünen von Anfang an im Programm steht.*" (22)

Auch gegen die Hoffnung der ,,Signalfunktion" spricht sie sich sehr heftig und eindeutig aus: ,,*Ich bin dagegen, daß wir uns etwas vormachen und Illusionen wecken. Signalfunktion, das klingt wie: Jetzt sind wir alle mal happy und freuen uns, und dann passiert hoffentlich auch was. Nur was passieren soll, ist immer noch nicht klar. Vier Jahre Frauenfraktion als Wiedergutmachung für Jahrhunderte der Unterdrückung — davon will ich mich und andere nicht einlullen lassen. Da geilt sich die Presse kurz dran auf, wie bei einem Strohfeuer...*" (23)

Zu hoch gepokert

Auf der GAL-Mitgliederversammlung am 6.4. wurde einen Nachmittag lang diskutiert, gefetzt, gestritten und Meinungsbilder erstellt. Dabei waren die Stimmenverhältnisse eindeutig. Mit mehreren Einschränkungen (Es müssen genügend Kandidatinnen zur Wahl stehen, gewählt wird einzeln, Grundlage ist das GAL-Programm und das imperative Mandat) sprach sich die Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit für eine Frauenliste aus. Bei einem zweiten Meinungsbild wurde gleichzeitig der Begründungszusammenhang der Frechen Frauen abgelehnt.

Was zunächst oberflächlich so aussah, als sei dieses Ergebnis eine Niederlage für die eine und ein Sieg für die andere ,,Linie", entwickelte sich schnell zu einem neuen Dilemma:

Bislang fanden sich nicht genügend Frauen, die eindeutig und ohne Vorbehalte zur Kandidatur bereit sind. Das ist vor dem Hintergrund eines zweijährigen Streits, geführt mit persönlichen Spitzen und Abgrenzungen, auch nicht verwunderlich. Niemand weiß bislang, wie die Liste aussehen wird. Beide Fraktionen wollen kandidieren, aber nicht gemeinsam. Wobei die größeren Probleme bei den Frechen Frauen liegen, denn sie haben sich auf ein Konzept festgelegt und sie haben Ausgrenzungen gegenüber anderen Frauen angedroht.

Die andere Fraktion ist zumindest

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

nach außen bereit, mit allen gemeinsam in den Wahlvorgang zu gehen — womit nichts über subjektive Wünsche ausgesagt ist.

Bislang ist der längere Atem gefragt, der sich derzeit noch in Lähmung ausdrückt. Schon wurden Überlegungen angestellt, ob es nicht realistischer sei, eine Frauenliste nur für die erste Rotationsperiode aufzustellen und dann Parität zuzulassen. Einen Rückzieher von der Frauenliste jedenfalls kann sich die GAL nur schwer leisten. Sie steht unter Druck, denn zu breit ist inzwischen der Anspruch in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Da der Anspruch an die Kontrahentinnen, sich jetzt zusammenzusetzen und eine gemeinsame Erklärung oder ähnliches zu erstellen, bislang gescheitert ist, scheint sich nur noch eine pragmatische Lösung anzubieten.

Sinngemäß soll das etwa so aussehen:

— Auf symbolischer Ebene setzt die GAL eine Frauenliste der sonstigen vorherrschenden gesellschaftlichen Tendenz entgegen.

— Frauen erbringen mit ihrer Kandidatur den Nachweis, daß männliche Kompetenz zur Ausübung eines Bürgerschaftsmandats nicht nötig ist. Sie berücksichtigen besonders die frauenpolitischen Belange.

— Frauen kandidieren gemeinsam, trotz bestehender politischer Differenzen.

Unter den derzeitigen Bedingungen scheint das, so definiert, tatsächlich die ,,machbarste'' Möglichkeit zu sein. Andererseits ist es schon eine widersinnige Situation, wenn in der GAL — aus einer parteiinternen Logik heraus, und unter Öffentlichkeits- und Wahldruck — der Vorschlag einer Frauenliste übernommen wird, aber seiner ursprünglichen Absichten entledigt und damit wohl auch ohne die ursprünglichen Initiatorinnen durchgesetzt werden wird.

So hoch gepokert die Frauenliste war, so tief fällt sie mit dieser Zweck-Wahlkampf-Entscheidung. Frauen, die sich darauf einlassen, sollten sich darüber im klaren sein, daß es ausschließlich ihre individuelle Entscheidung ist, wenn sie für die Bürgerschaft kandidieren, daß ihr Schritt weder politisch in eine Strategie der GAL noch in die Frauenbewegung eingebettet ist. Von einer Vorwegnahme eines Stücks zukünftiger gesellschaftlicher Realität kann da keine Rede mehr sein. Was bleibt ist etwas Alibi, etwas Hoffnung und viel bitterer Geschmack.

G ., Hamburg

Anmerkungen:

1 vergl. „Zeit" vom 2.5.86; FR, 10.5.86; „Spiegel", 21.4.86; sowie div. TAZ-Artikel.

2 Materialsammlung in der Verschickung zur GAL-MV am 6.4. und 13.4. Hier Seite 47 aus: „Die Frechen Frauen" von G. Teckentrup und A. Göhler.

2 Materialsammlung in der Verschickung zur GAL-MV am 6.4. und 13.4. Hier Seite 47 aus: „Die Frechen Frauen" von G. Teckentrup und A. Göhler.

3 Verschickung, Angaben unter (2), S. 44.

4 „So treffen sich denn regelmäßig die Träger/innen von Strömungen, die Proporzler und machen Politik. Sie halten ihre Wortbeiträge, vermeintlich bereinigt von Wut, Vorurteil, Boshaftigkeit, Angst, Sympathie etc. — dies anzustreben wurde uns allen ja Zeit unseres Lebens eingebleut —, und wundern sich, daß sie in ihrem Tun farblos bis kontraproduktiv sind, wundern sich oder schlimmer, noch nicht einmal das, daß auch grünalternative Politik eine von den unterschiedlichsten Subjekten weitgehend gereinigte Politik, somit entfremdet ist." Angaben unter (2), S. 45

5 vergl. (2), S. 48

6 vergl. (2), S. 44

7 vergl. (2), S. 45

8 vergl. (2), S. 31

9 „Das zu schaffen, mit Verlaub, halte ich die Frauen für geeigneter. In ihrer Mehrzahl. Die Männer, auch wieder in ihrer Mehrzahl, scheinen weniger den Mangel an Befriedigung ihres ‚Lustprinzips' zu verspüren, weniger unter dem Mangel an lebendiger, ganzheitlicher Politik zu leiden; sie halten ein Mehr an Verzicht aus, ein Mehr an ellenlangen Sitzungen, in öden Räumen über öde Dinge zu sprechen, scheinen weniger ‚Privatheit' oder Atmosphäre in der Politik zu brauchen, können einfach mehr ab, will heißen in der Regel eigene Bedürfnisse besser verdrängen, wie unter Sachzwänge subsumieren." (Oh je, frau übertrage mal das Gesagte auf die Bürgerschaft — was Öderes kann ich mir nicht vorstellen. Wie soll das denn eine Frau mit Anspruch aushalten?) vergl. (2), S. 44

10 GAL-Mitgliederrundbrief 2/84 „GAL nominiert nur Frauen zur Vertretung ihrer Interessen..." von A. Göhler, Seite 88

11 vergl. (2), S. 37

12 vergl. (2), S. 37

13 vergl. (2), „Frau-sein ist noch kein Programm, aber ..." von U. Jelpke und M. v. Ilten, S. 52

14 vergl. (13), Seite 52

15 vergl. (13), Seite 53

16 vergl. (13), Seite 54

17 vergl. (13), Seite 55

18 vergl. (13), Seite 56

19 „Hamburger Rundschau"", 10.4.86, „Was lange gärt..." von U. Jelpke und M. v. Ilten

20 vergl. (19). Überschrift: „Neue Signale sollen gesetzt werden — was lange gärt wird endliche Mut" etc. oder auch die Zwischenüberschrift: „GAL-Beschlüsse machen Mut"

21 „Hamburger Rundschau", 10.4.86, „Frausein allein ..." von R. Schmidt-Bott

22 „Spiegel"-Interview mit Regula Schmidt-Bott und A. Göhler, S. 67

23 vergl. 22, S. 69

Hadamar, Gießen und eine neue Partei
Neue Aktivitäten der Abtreibungsgegner

Eine besonders originelle Art, das zehnjährige Bestehen der § 218-Reform zu begehen, demonstrierte die altbekannte ,,Bewegung für das Leben'': Am 10. Mai veranstaltete sie in Hadamar, direkt an der Gedenkstätte für die in dem psychiatrischen Krankenhaus ,,euthanasierten'' Opfer des NS-Regimes, einen Sühnegottesdienst für die ,,getöteten Ungeborenen''. Sie waren selbst so dreist, das Motto der Gedenkstätte, ,,Mensch achte den Menschen'', für diese Aktion in Anspruch zu nehmen.

Bundesweit hatten die Lebensrechtler mobilisiert und mit 2-5.000 Teilnehmern gerechnet, doch es kamen nur 500. Offensichtlich wurde, daß sie mit dieser Gleichsetzung der Abtreibung mit der Euthanasieaktion im Dritten Reich außerhalb ihres eigenen Spektrums auf wenig Gegenliebe stießen. So äußerte sich der Limburger CDU-Landrat, Georg Wuermeling, zwar wohlwollend gegenüber dem Anliegen der Abtreibungsgegner, nicht aber gegenüber der Aktion: ,,Durch den Vergleich von nationalsozialistischem Massenmord und heutigen Schwangerschaftsabbrüchen werde das verbrecherische Hitlersystem letztendlich verharmlost.'' (zit. nach FR, 12.5.86).

Sehr viel schärferen Protest formulierte ein Marburger Bündnis, das die Gegenkundgebung veranstaltet hatte. Einhellig verurteilten § 218-Gruppen, Behinderteninitiativen, VVN, Pro Familia, der DGB-Kreisfrauenausschuß, die AsF, die Grünen u.a. die mit der Gleichsetzung der Abtreibung mit der Euthanasieaktion implizierte Diffamierung von abtreibenden Frauen und Verharmlosung des nationalsozialistischen Massenmordes. Unter den Angestellten des Psychiatrischen Krankenhauses (PKH) wurden Unterschriften gesammelt gegen die vom Träger des Krankenhauses, dem Landeswohlfahrtsverband, an die ,,Bewegung für das Leben'' erteilte Genehmigung, auf dem PKH-Gelände den Sühnegottesdienst abzuhalten.

Der ,,Arbeitskreis Gedenkstätte Hadamar'', der vor drei Jahren eine Ausstellung über die Massenmorde in Hadamar erarbeitet hatte, kritisierte vor allem die Verhöhnung der Opfer der Euthanasie-Morde. Trotz der breiten Unterstützung, die die Kritiker/innen der Aktion der Lebensrechtler hatten, kamen nicht mehr als 300 Menschen zur Gegenkundgebung. Dennoch gelang es, die Kundgebung der Lebensrechtler lautstark zu stören.

Diese Kundgebung war so exotisch aufgezogen, daß es selbst den erzkatholischen Bewohnern von Hadamar



Pfarrer W. Pietrek

nicht ganz geheuer war. Da sangen Nonnen eines mysteriösen Ordens ,,Agnus Dei'' in Sackleinen und Kopftücher gekleidet fromme Lieder bei flotten Gitarrenklängen, ,,Pfadfinder'' der ,,Samaritanischen Marienbewegung'' liefen merkwürdig uniformiert umher, viele, vor allem ältere Männer trugen große Kreuze, Marienstatuen u.ä. vor sich her und hatten kleine ,,Embryofüße'' als Anstecker auf dem Mantelkragen. Zwischen gemeinsamen Gebeten und Gesängen wurde den Anhängern eingetrichtert, daß der ,,Blutsparagraph, der immer tiefer das Gewissen unseres Volkes schädigt'', endlich durch ein Verbot aller Abtreibungen ersetzt werden muß. Nicht einmal die medizinische Indikation wurde davon ausgespart! Die Bundesrepublik habe, so ein anderer Redner, mit dem Beginn der § 218-Reform aufgehört, ein Rechtsstaat zu sein.

Viel Prominenz konnte mensch bei dieser Aktion nicht erblicken: Pfarrer Winfried Pietrek, wohlbekannt als Mitarbeiter der katholischen Wochenzeitung ,,Neue Bildpost'', von deren Kreis die sogenannte Krankenkassenklage ausging, war der prominenteste Kundgebungsredner. Grußadressen von bedeutenden Politikern, Verbänden u.a. konnten ebenfalls nicht präsentiert werden. So ist dieser Versuch der ,,Bewegung für das Leben'', mit politischen Massenveranstaltungen gegen Abtreibung ein stärkeres politisches Gewicht zu erhalten, zwar ernstzunehmen, allein schon wegen der Perfidie des Aktionsinhaltes. Eines der schlimmsten Verbrechen des Nazi-Regimes ist die Euthanasieaktion, der in Hadamar, einer der sechs großen Tötungsanstalten des Dritten Reiches, über 15.000 als geisteskrank bezeichnete Menschen zum Opfer fielen. Diesen eiskalt und bis ins kleinste Detail geplanten Massenmord mit Abtreibung zu vergleichen, wäre einfach absurd und fast lächerlich zu nennen, wenn dies nicht gerade in diesem unserem Land geschähe. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die Lebensrechtler-Bewegung zur Zeit nicht in der Lage ist, Massen für ein vollkommenes Abtreibungsverbot auf die Straße zu mobilisieren — jedenfalls nicht mit dieser Art von Propaganda und Auftreten.

Erfolgreicher sind da andere Wege: So wird zur Zeit ein aus den USA stammender Video-Film ,,Der stumme Schrei'' auf Veranstaltungen in der ganzen BRD vorgeführt, vornehmlich vor jungen Menschen. Der Film zeigt den angeblichen Überlebenskampf eines von der Abtreibungscurette bedrohten Embryos. In Vorträgen und Aufsätzen wird malerisch das Empfindungsvermögen eines wenige Wochen alten Embryos beschrieben. Wissenschaftler/innen finden sich immer, die dies durch ihre ,,Forschungen'' belegen. So diente Katharina Zimmers Serie über die Psyche des Ungeborenen zu nichts anderem als der Agitation gegen die Reform des § 218. Nicht umsonst werden Teile ihrer Serie als Hochglanzbroschüre von der Bundesregierung kostenlos in Massenauflage verteilt.

Treibjagd auf die Pro Familia Gießen

Mehr Unterstützung bei den Kirchen findet die Lebensrechtler-Bewegung auch für Aktionen wie derzeit die Kampagne gegen die geplante Erweiterung der Pro Familia-Stelle in Gießen. Dort sollen demnächst auch ambulante Abbrüche durchgeführt werden.

Initiator der Kampagne ist die ,,Evangelische Allianz'', die vor einigen Jahren in Gießen schon einmal Furore gemacht hat mit einem öffentlichen Warnruf gegen Schwule. In wenigen Wochen sammelte sie über 20.000 Unterschriften gegen das Pro Familia-Zentrum. Tatkräftige Unterstützung erhielt sie dabei von der katholischen Kirche, der CDU, Teilen der evangelischen Kirche und der örtlichen Presse. Begleitet wurde die Unterschriftensammlung von einer Veranstaltungsreihe zum Thema ,,Die Verantwortung der Gemeinde für das ungeborene Leben''. Namhafte Vertreter der ,,Bewegung für das Leben'' bzw. der ,,Europäischen Ärzteaktion'' traten dort als Referenten auf, u.a. Prof. Blechschmidt, Dr. Furch, Dr. Petersen. Mit 400-800 Teilnehmern und tatkräftigem Saalschutz konnten die Veranstaltungen gut besucht und fast ungestört stattfinden. Immerhin hat die Kampagne bis jetzt dazu geführt, daß die rot-grüne Landesregierung die Auszahlung der bereits zugesagten (lächerlichen!) 93.000 DM für die Erweiterung des Zentrums verzögerte.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß reaktionäre Abtreibungsgegner zusammen mit der Kirche bereits einmal mit Erfolg gegen ein geplantes Familienplanungszentrum, in dem Abbrüche durchgeführt werden sollten, zu Felde gezogen sind: 1979 und 1982 veranstaltete die JAL (Jugendarbeitsgemeinschaft für das Leben, der ,,Bewegung für das Leben'' zugehörig) mit den nordrhein-westfälischen Bischöfen Hungerstreiks und Sühneprozessionen gegen das geplante AWO-Zentrum in Essen. Auch hier zog eine SPD-Landesregierung daraufhin den Schwanz ein und ließ die Durchführung der Schwangerschaftsabbrüche aus dem Zentrum auslagern.

Mal was anderes: eine neue Partei

In Hadamar wurde die erste Ausgabe der Zeitung ,,Aufbruch'' einer neuen Partei verteilt. Inseriert hatte die neue C-Partei, wie sie sich selbst nennt, die ,,Christliche Partei für das Leben'' (CPL) bereits einige Monate vorher u.a. ganzseitig in der ,,FAZ''.

Hauptziel (,,Damit unsere ungeborenen Kinder eine Chance haben'') ist

Hauptziel (,,Damit unsere ungeborenen Kinder eine Chance haben'') ist das völlige Abtreibungsverbot. Darüberhinaus geht es darum, ,,den Sexualkundeunterricht gänzlich aus dem Lehrplan der Schulen zu streichen'', um die ,,Rückkehr zum Verschuldungsprinzip'' im Scheidungsrecht und überhaupt um die Kampfansage gegen ,,jede ideologisch-emanzipatorische Bewegung (...), deren Ziel es ist, über die Auflösung von Ehe und Familie diesen Staat und seine Ordnung zu zerstören''.

Der Vorsitzende dieser Partei, Josef Ripsam, ist ein altbekannter Aktivist der ,,Bewegung für das Leben'', der bereits den letzten Bundestagswahlkampf um das Thema Abtreibung = Mord bereicherte, damals allerdings noch in seiner Funktion als Vorsitzender der Zentrums-Partei. Die Gründung der CPL sei notwendig geworden, so Ripsam, weil CDU/CSU mit der versprochenen Wende immer noch auf sich warten lassen: ,,CDU und CSU haben sich ihrer eigenen christlichen Seele beraubt. Daher werden alle künstlichen Belebungsversuche nutzlos sein. Notwendig ist vielmehr der Aufbau einer neuen Partei mit einem unbeirrbaren christlichen Grundverständnis, wie dies die CPL anstrebt''. Ziel ist, als Koalitionspartner rechts von CDU/CSU zur Verfügung zu stehen: ,,Das Lamentieren von Unionspolitikern, man habe die absolute Mehrheit für die Änderung der Tötungsgesetze im Parlament nicht, wäre dann gegenstandslos, wenn zur Mehrheitsfindung ein christlicher Partner zur Verfügung stände''. Mitautoren in der Zeitung ,,Aufbruch'' sind alte Mitstreiter wie Dr. Bruno Hügel, Dr. Georg Götz und Christa Mewes.

Mit dem im März gegründeten Verein ,,Christdemokraten für das Leben'' (CDL), einer Lobby innerhalb der CDU für die Verschärfung des Abtreibungsparagraphen, scheint die CPL zumindest organisatorisch keine Verbindung zu haben.

Li.

Zehn Jahre Indikationsregelung
Eine Reform, die niemand wollte

Am 21. Juni wird sie zehn Jahre alt, die heiß umstrittene Reform des § 218. Lange erbitterte Auseinandersetzungen Anfang der 70er Jahre, in deren Zusammenhang die neue Frauenbewegung in der BRD entstand, erbrachten die Indikationsregelung als einen Kompromiß, mit dem sich eigentlich keiner der Beteiligten anfreunden mochte: Der CDU war vor allem die Notlagenindikation, nach der heute ca. 80% aller Abbrüche vorgenommen werden, ein Dorn im Auge, auch wenn sie damit die noch verhaßtere Fristenregelung verhindern konnte. Die SPD hatte mit der Indikationsregelung ,,ihre'' Fristenregelung verloren. Trotzdem versuchte sie nun, die § 218-Reform als ,,Besser-als-gar-nichts'' zu verkaufen und vor allem als ihr politisches Geschenk an die Frauen anzupreisen. Fakt ist, daß die SPD-Regierungen — bundes- wie länderweit - nicht einmal dafür gesorgt haben, daß die Reform überall in die Praxis umgesetzt, geschweige denn großzügig ausgelegt wurde.

Die Abtreibungsbedingungen, wie wir sie heute haben, das Nord-Süd-Gefälle also, den sogenannten Abtreibungstourismus, die nach wie vor hohe Zahl illegaler Abbrüche, haben wir nicht nur den Reaktionären in CDU/CSU, sondern auch der opportunistischen Untätigkeit der SPD zu verdanken.

Es gibt heute noch, zehn Jahre nach Inkrafttreten der Reform, große Gebiete und Städte in der BRD, an denen die Reform fast spurlos vorbeigegangen zu sein scheint. Dort bekommen Frauen manchmal nicht einmal die Indikation bescheinigt, geschweige denn einen Abbruch, für den sie dann heute genauso weit fahren müssen wie vor zehn Jahren.

Hamburg und Bayern zeigen, wie unterschiedlich die Indikationsregelung angewendet, interpretiert werden kann. Diese ,,Dehnbarkeit'' des neuen § 218 scheint der CDU/CSU jetzt entgegenzukommen. Die vor ihrer Regierungsübernahme immer wieder angekündigte Verschärfung des Abtreibungsparagraphen ist nämlich selbst ihr inzwischen nicht mehr opportun. Kein Wunder: über 70% aller Katholiken finden den derzeitigen § 218 in Ordnung. Vielen Frauen sind die Gänge zum Engelmacher und die illegalen Fahrten ins Ausland von vor 1976 noch gut in Erinnerung. Ihnen klarzumachen, daß die Reform rückgängig gemacht werden soll, fällt selbst der CDU schwer.

Also heißt die Devise: das Gesetz so lassen, nur für eine andere Abtreibungspraxis sorgen. Wie einfach das innerhalb und gerade mit Hilfe des gegebenen Gesetzes ist, zeigen zwei Beispiele:

— Ein Vorschlag der CDU lautet, die Möglichkeit der ambulanten Abbrüche einzuschränken. Für das Bundesland Nordrhein-Westfalen würde das mit einem Schlag 80-90% aller Schwangerschaftsabbrüche unmöglich machen, denn hier gibt es, da die konfessionellen Krankenhäuser sich weigern, fast nur die Möglichkeit des ambulanten Abbruchs bei einem niedergelassenen Arzt.

— Die Ermächtigung zur Bescheinigung der Notlagenindikation soll, so lautet ein anderer Vorschlag aus CDU-Kreisen, nur bestimmten, ausgesuchten Ärzten oder gar Ärztegremien übertragen werden. Auch diese Änderung wäre möglich, ohne die § 218-Reform anzutasten, und hätte trotzdem durchschlagenden Erfolg: schon jetzt läßt sich feststellen, daß allein durch die ewigen Androhungen von CDU/CSU, die Abtreibungspraxis zu verschärfen, viele Ärzte eingeschüchtert sind. Wie in alten Zeiten schicken sie eine Frau lieber illegal nach Holland als ihnen ganz legal eine Indikation zu bescheinigen.

Die Frauen der Frauenbewegung, die damals die § 218-Reform grundsätzlich ablehnten, hatten mit ihrer Kritik recht. So liberal die Praxis auch in einigen Großstädten sein mag, aus dem eigentlichen Wesen der Indikationsregelung, nämlich der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Frau, resultiert heute, daß es in weiten Teilen der BRD nicht viel anders aussieht als vor 1976 — und kann morgen resultieren, daß es auch in den liberaleren Großstädten nicht mehr so einfach ist, einen Abbruch zu bekommen.

Es muß also weiterhin darum gehen, die Auseinandersetzung um das Selbstbestimmungsrecht zu führen. Diese Auseinandersetzung ist auch die einzig offensive Antwort auf die von CDU/CSU und Lebensrechtler-Bewegung gemeinsam getragene Kampagne ,,Schutz des ungeborenen Lebens''.

Und, auch wenn es Teilen der Frauenbewegung, die jetzt angesichts einer pauschal ablehnenden Haltung gegenüber Gen- und Reproduktionstechnologien ihr Verhältnis zum § 218 meinen neu überdenken zu müssen, aufstößt: die Parole ,,Mein Bauch gehört mir'' ist nach wie vor aktuell!

Li.

Die ''Europäische Union'' — ein Ding der Unmöglichkeit?



In den letzten Jahren spitzten sich auf zwei Gebieten die chronischen EG-Krisen zu. Es wurde langsam jedem EG-Mitgliedsland klar, daß die Gemeinsame Agrarpolitik an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit stieß oder sie gar schon überschritten hatte; und im Zusammenhang mit den Agrarproblemen, aber nicht nur diesen, wurde die Frage der Mittelaufbringung für den gemeinsamen EG-Haushalt zu einem lange währenden Streit. Während die Haushaltsprobleme vorerst pragmatisch bis Ende 1987 notdürftig gekittet wurden, ist bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) kein Ausweg aus dem Dilemma erkennbar.

Die Probleme der Gemeinsamen Agrarpolitik

Rund 90% aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind durch die EG-Marktordnung erfaßt. Die Kompetenzen der Markt- und Preispolitik sind im Verlauf der sechziger Jahre auf EG-Organe übergegangen und seit 1970 hat man sich über die gemeinsame Finanzierung der GAP geeinigt. Die Agrar-Strukturpolitik jedoch verblieb weitgehend in nationalen Zuständigkeiten, der EG-Ministerrat hat zwar „Richtlinien" dafür herausgegeben, die jedoch keineswegs rechtsverbindlich sind.

Zur Problematik der GAP sei ausnahmsweise einmal der „Kronberger Kreis" zitiert, eine Vereinigung neoliberaler, stockkonservativer Ökonomen: „*Die Agrarpolitik der EG ist so verfahren wie nie zuvor (...) Diese Agrarpolitik erstickt an verlustbringenden Überschüssen. Sie verschlingt unnötig hohe Kosten (...) Sie steht im*
genden Überschüssen. Sie verschlingt unnötig hohe Kosten (...) Sie steht im
finanziellen Zusammenbruch. Sie sorgt für einen ewigen Finanzkonflikt zwischen England und den übrigen Mitgliedstaaten. Sie ist der große Störenfried im internationalen Agrarhandel. Sie verprellt und schädigt die Entwicklungsländer. Sie führt zu Konflikten mit der politischen und militärischen Schutzmacht Amerika. Sie versorgt politische Gegner wie die Sowjetunion weitaus billiger mit Butter als die eigenen Verbraucher (...) Sie belastet die Umwelt ... Sie verführt Mitgliedsregierungen zu Vertragsbrüchen (...) Sie eint die Gemeinschaft nicht, sie droht, sie zu sprengen"(1).

Damit sind in der Tat die Probleme der GAP grob umrissen. Und die Ursachen sind auch sattsam bekannt: alle wirtschaftlichen Produzenten und Händler erhalten für ihre landwirtschaftlichen Waren von der EG garantierte Abnehmerpreise. Dieses System hatte anfänglich durchaus einen Sinn, denn die damalige EWG war per Saldo Agrarimporteur. Allerdings provozierten diese garantierten Preise geradezu die landwirtschaftliche Überproduktion. Während jeder kapitalistische Betrieb bei freien Marktbedingungen auf seiner Überproduktion sitzen bleibt und pleite geht, wurde die gewaltige Agrarüberschußproduktion erst zum guten Geschäft. Das hat dazu geführt, daß in der EG der Selbstversorgungsgrad bis auf Frischobst zum Teil weit überschritten wurde. Während die Agrarproduktion zwischen 1973 und 1982 um 24% gesteigert wurde, nahm die Konsumption in der EG im gleichen Zeitraum nur um 8% zu. Die Kosten dieser eher planwirtschaftlichen GAP stiegen auf vielerlei Weise:

— rund 45 Mrd. DM, das sind rund 70% des gesamten EG-Haushalts, mußten 1985 zum Aufkauf von Überschüssen, deren Lagerhaltung und Exportsubventionen aufgewendet werden und nur ca. 20-25% dieser Gelder gelangten zu den eigentlichen Produzenten, den Landwirten. Die 45 Mrd. DM Agrarsubventionen verteilen sich zu 42% auf Erzeuger- und Absatzbeihilfen, zu 37% auf Exportsubventionen und zu 17% auf die Lagerhaltungskosten.

— Beim Posten der Stützungskosten (Erzeuger- und Absatzbeihilfen) entfielen 30% der Gelder auf die Milch, 15% auf Getreide und je 9% auf Rindfleisch und Zucker.

— Nochmals ca. 90 Mrd. DM werden n a t i o n a l an zusätzlichen Agrarsubventionen aufgebracht; allein 60% des Landwirschaftsetats der BRD fließen in Einkommensbeihilfen.

— Die Verbraucherpreise für landwirtschaftliche Waren liegen schätzungsweise um 25% höher. Das entspricht einer Summe von weiteren runden 90 Mrd. DM, die die Volksmassen in den EG-Ländern mehr bezahlen müssen (2).

Die direkten und indirekten Kosten dieser GAP belaufen sich demnach auf eine Summe von 225 Mrd. DM.

Die GAP hat zugleich mehrere Probleme geschaffen. Bezogen auf die Länder der „3. Welt" heißt das zum ei-
Länder der „3. Welt" heißt das zum ei-
nen, daß die EG sich mit hohen Schutzzöllen vor Importen aus diesen Ländern abschottet. Zweitens exportiert die EG Teile ihrer Überschüsse zu subventionierten Dumpingpreisen in Länder der „3. Welt" und ruiniert die dortige landwirtschaftliche Produktion, die preislich kaum mithalten kann. Und drittens schließlich hat die EG einen erheblichen Anteil daran, die Weltmarktpreise durch ihre subventionierten Exportüberschüsse drastisch nach unten zu drücken (3).

Mit den USA befindet sich die EG im Dauerclinch, einige sprechen sogar von einem regelrechten Handelskrieg; die USA werfen der EG schwere Verstöße gegen die GATT-Abkommen und den freien Welthandel vor, da sie ihre landwirtschaftlichen Exporte subventioniert. Umgekehrt bezichtigt die EG die USA, daß letztere aus den hohen Futtermittelexporten in die EG profitieren.

In der Tat hat sich hier ein gefährliches Konfliktpotential angehäuft; die derzeitige neoklassische Politik der USA führt dazu, staatliche Subventionen abzubauen, zu „freien" Preisen auf unreglementierten Märkten zu kommen. Dafür nehmen die USA ein kräftig einsetzendes Bauernlegen in Kauf. Für die Zukunft heißt das, daß die amerikanischen Agrarwaren auch ohne Subventionen konkurrenzfähiger sein werden als die subventionierten EG-Agrarwaren. Fällt den EG-Agrarspezies nichts anderes ein, müßten sie ihrerseits die Agrarprodukte weiter subventionieren usw.

I n n e r h a l b der EG gibt es ebenfalls Gewinner und Verlierer: besonders Frankreich, Dänemark und Irland, aber auch die BRD werden durch die GAP begünstigt, während insbesondere Italien und Großbritannien zu den Benachteiligten zählen. Diese Unterschiede ergeben sich daraus, daß vor allem in den drei erstgenannten Ländern die Agrarwirtschaft eine relativ große Rolle spielt und der Großteil dieser Erzeugnisse im Rahmen der EG abgesetzt oder aber auch gehortet wird. Garantierte Abnahmepreise sorgen dafür, daß diese Länder mehr aus der EG-Kasse erhalten als einzahlen.

Italien und Großbritannien sind vor allem deswegen benachteiligt, weil sie relativ viele Agrarwaren aus der EG exportieren müssen.

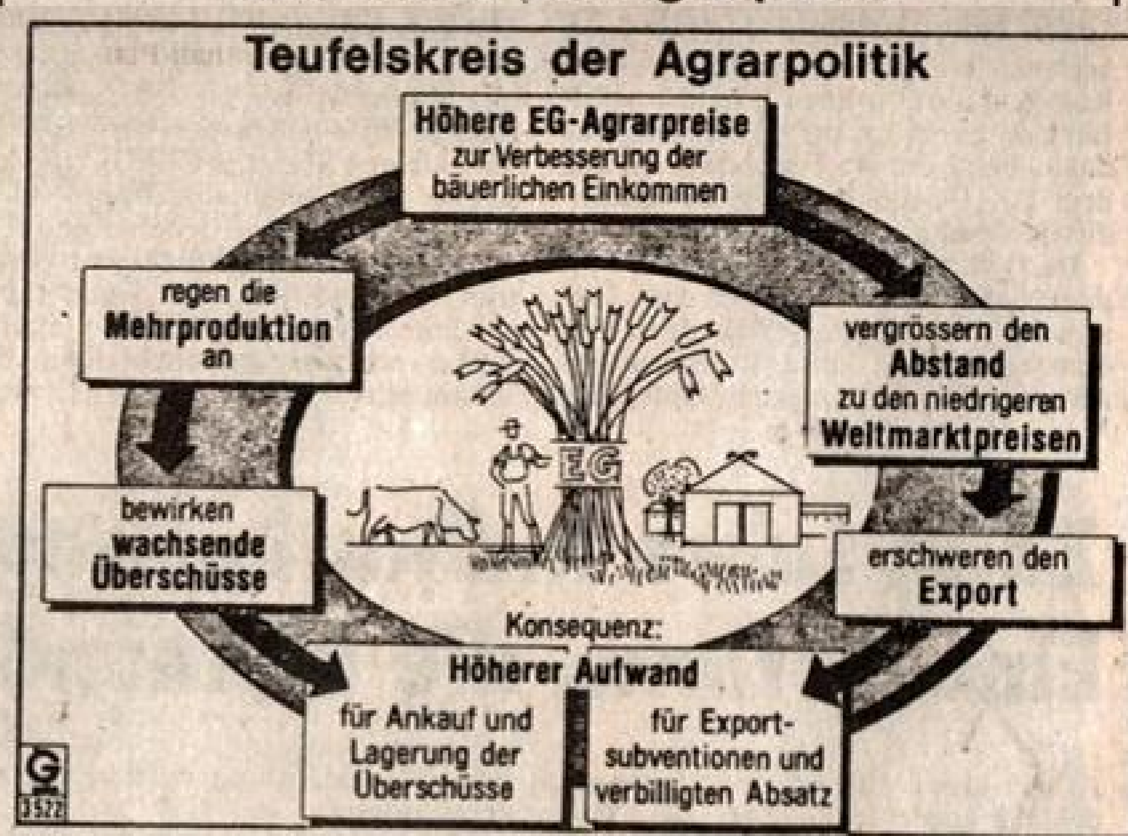
Und im Falle Großbritanniens eskalierte die GAP zu einem chronischen Haushaltskonflikt.

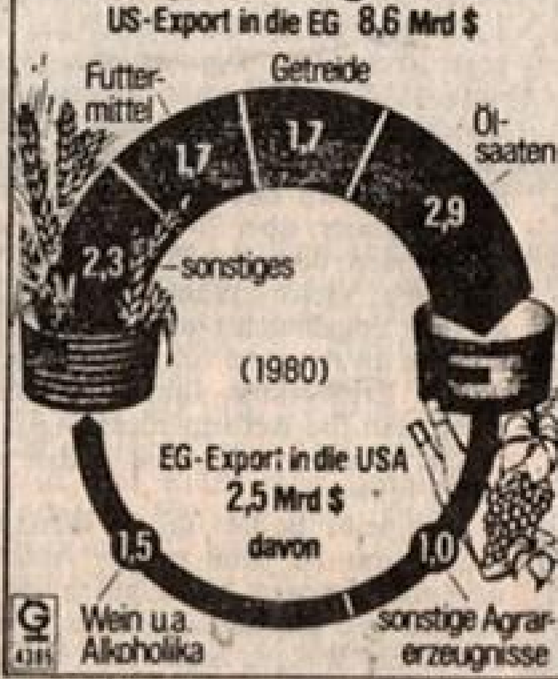
Seit 1979 besteht ein Transferungleichgewicht zwischen dem „Nettozahler" Großbritannien und den übrigen EG-Ländern (4); die Briten fordern daher Milliardenbeträge von der EG zurück. Das Transferungleichgewicht kam dadurch zustande, daß die EG dank hoher Drittland-Agrarimporte Großbritanniens entsprechend Zolleinnahmen erhielt, die vollständig an die EG abgeführt werden müssen. Und außerdem erhält Großbritannien nur relativ bescheidene Summen aus der EG-Landwirtschaftskasse, da ihre Landwirtschaft die unbedeutendste in der EG ist. Das Problem wurde nach einigen gescheiterten EG-Gipfelkonferenzen der Regierungschefs auf dem Gipfel in Fontainebleau bis 1987 entschärft; nach einem komplizierten Verfahren erhält Großbritannien bis dahin festgelegte Summen zurück. Allein 1984 kassierten sie rückwirkend 2,5 Mrd. DM.

Die Integration der EG-Staaten hat sich immer im Spannungsfeld der „Sachzwänge des Weltmarkts"" einerseits und der nationalen ökonomischen und politischen Interessen andererseits bewegt. Im ersten Teil (AK 269) stellten wir die historische Entwicklung der EG und die unterschiedlichen nationalen Ausgangspositionen und Interessen der einzelnen EG-Staaten dar. Dem schloß sich die Vorstellung des „Europäischen Währungssystems"" an. Im zweiten Teil (AK 270) wurde der Stand der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Integration in der EG dargestellt. In diesem dritten kommen die chronischen Probleme der EG (Agrar- und Haushaltspolitik) zur Sprache. Der abschließende Teil 4 (AK 272) wird Fragen der politischen Integration behandeln.

Nicht behandelt wird die neokoloniale EG-Politik, weil es an dieser Stelle auf die Problematik der inneren Entwicklung der EG ankommt; nur am Rande werden militärpolitische Fragen gestreift, da dieser Komplex an anderer Stelle schon recht ausführlich behandelt worden ist.

Teufelskreis der Agrarpolitik







© Erich Schmidt Verlag

Trotz Atempause Lösung nicht in Sicht

Erst 1984 gelang es den EG-Ländern, nach zwei gescheiterten Gipfeln (Athen 1983 und Brüssel 1984) wiederum in Fontainebleau, zumindest die unbegrenzten Absatzgarantien für Agrarwesen abzubremsen. Das Tempo der explodierenden Agrarkosten wurde verlangsamt. Beim Hauptproblem Milch wurde eine Produktionsquotenregelung eingeführt, das heißt, bis zu einem gewissen Grad der Überproduktion gibt es kein Geld mehr. Per Saldo wurden damit zwar die EG-Milchzuschüsse abgebremst — jedoch nicht die nun national wirksam werdenden Einkommensbeihilfen für die Landwirte. Insbesondere die ansonsten sehr „marktwirtschaftlich" auftretende BRD erwies sich als „dirigistisch"; ausgerechnet vom CSU-Landwirtschaftsminister kamen die größten Einwände gegen diese Quotenregelung bei Milch. Das Hauptproblem bei dieser Teil-Lösung Produktionsquoten-Festschreibung besteht allerdings darin, daß damit das EG-Preissystem in keiner Weise angetastet wird.

Doch auch damit hat die EG inzwischen ihre Erfahrungen. Im letzten Jahr setzte der EG-Ministerrat eine Senkung der Agrar-Getreidepreise um 1,6% durch. Der schon erwähnte CSU-Landwirtschaftsminister legte — ausgerechnet in einer Phase der EG, wo die BRD sich für die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips zur Reform der EG stark machte, als einziger sein Veto gegen diese Preissenkung ein. Allenfalls einer Getreidepreissenkung um 0,8% könne er zustimmen.

Zum Ärgernis des sparsamen Bundesfinanzministers konnte Kiechle auch noch durchsetzen, daß die westdeutschen Landwirte in den nächsten sieben Jahren insgesamt 14 Mrd. DM zusätzliche Einkommensbeihilfen erhalten. Für die künftige Entwicklung der GAP zeichnet sich derzeit ab, daß eine Mixtur aus vorsichtig-pragmatischen Produktionsquoten-Senkungen und leichten Preissenkungen, differenziert nach jeweiligen Agrarerzeugnissen, gemischt wird. Außerdem verständigte man sich darauf, die Agrarausgaben aus der EG-Gemeinschaftskasse nicht weiter zu erhöhen.

Aber die Reaktionen des CSU-Ministers Kiechle zeigen, daß selbst minimale Preis- oder Quotenkorrekturen auf nationale Widerstände stoßen. Um auf EG-Ebene überhaupt zu Kompromissen zu kommen, werden dafür die nationalen Haushalte belastet.

Warum so hart um die GAP gerungen wird, liegt auf der Hand. Selbst die Bundesregierung kann es sich nicht leisten, sich mit den rund zwei Millionen westdeutschen Landwirten anzulegen. Wie eng sind da erst die Spielräume in den EG-Ländern, in denen die Land-
westdeutschen Landwirten anzulegen. Wie eng sind da erst die Spielräume in den EG-Ländern, in denen die Land-
wirtschaft einen noch viel größeren Faktor in der Volkswirtschaft darstellt!

Hinzu kommt ein weiteres, zunächst aufgeschobenes Problem. Derzeit fließen rund 70% der EG-Finanzmittel in die Nordkette der EG; Spanien und Portugal sind mit Übergangsregelungen bedacht worden, schneiden aber insgesamt schlechter ab. Wird die derzeitige GAP auch voll auf diese Länder angewandt, in denen die Agrarwirtschaft bekanntlich eine erhebliche Rolle spielt, dann stellt sich das Finanzproblem erneut in voller Schärfe.

Die Interessenlagen in der EG

Die gesamte EG-Nordkette — also die BRD, Dänemark, die Benelux-Länder, Frankreich, Irland und selbst noch Großbritannien — profitiert am meisten von dieser GAP, der Ankaufsgarantie zu festgelegten Interventionspreisen. Mit Ausnahme Großbritanniens halten diese Länder am bisherigen Preisunterstützungssystem fest, allerdings bei einer großzügig festgelegten Produktionsobergrenze. Dies garantiert vor allem den rentabel arbeitenden Großbetrieben kalkulierbare Mindestprofite.

Für eine Ausweitung des Preisstützungssystems treten Italien und Griechenland ein; ihre Bauern bekommen keine Einkommensgarantien wie die nördlichen EG-Länder, wünschen sich aber eine Preiskorrektur für die Südfrüchte nach oben. Außerdem argumentieren die beiden südeuropäischen Länder damit, daß ihre Südfrüchte kaum EG-Mittel aus Lagerhaltung abwerfen — im Unterschied zu lagerfähigen Waren wie Butter, Fleisch, Getreide usw.

Großbritanniens Konservative, unterstützt von allen neo-liberalen Ökonomen, der westdeutschen „FAZ" oder auch dem „Kronberger Kreis" fordern eine marktwirtschaftliche Radikalkur; die ganze GAP ist ein Frevel an der freien Marktwirtschaft. Von daher fordern sie rigorose Preissenkungen bis auf das Weltmarktniveau herunter — unter beabsichtigter Inkaufnahme, daß damit vor allem die „unrentablen" Kleinbetriebe völlig von der Bildfläche verschwinden würden. Dem „Ausbau der staatlichen Zwangswirtschaft" so die „FAZ", müsse endlich Einhalt geboten werden (5).

Fortsetzung nächste Seite



Und in Frankreich ist man durchaus bereit, Preissenkungen und Quotenregelungen zu akzeptieren — allerdings um den Preis entsprechender Ausgleichs- und Stützungsmaßnahmen. Dazu gehören etwa Einkommensbeihilfen, Frühpensionierungen von älteren Landwirten, Zahlungen für Landschaftspflege und Umbau landwirtschaftlicher Nutzflächen in ökologische Naturschutzgebiete. Ganz ähnliche Optionen werden derzeit in der westdeutschen SPD und der nördlichen CDU diskutiert und auch schon praktiziert.

Aus den dargestellten grundlegenden Widersprüchen und unterschiedlichen Interessenlagen hinsichtlich der GAP ist eine politische Einigung und Lösung dieser Probleme auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Im Gegenteil: je mehr auf EG-Ebene pragmatische Lösungen und Kompromisse gefunden werden, je mehr werden die nationalen Agrarmaßnahmen wieder an Bedeutung gewinnen.

Angesichts der Tatsache, daß in einigen EG-Ländern die Landwirtschaft ein bedeutender Sektor der Volkswirtschaft ist, werden auch die neoliberalen Lösungen im Rahmen der EG kaum durchsetzbar sein.

Langfristig wahrscheinlicher ist, daß die ökonomisch stärkeren EG-Länder schrittweise zu Produktionsbeschränkungen und Preissenkungen übergehen werden, wie das etwa in der BRD in recht vorsichtiger Weise gegen erhebliche Widerstände des Bauernverbandes geschieht. Die ökonomisch Starken werden diese Maßnahmen jedoch im Unterschied zu anderen Ländern sozial abfedern, sprich mit staatlichen Einkommensbeihilfen Stillegungen landwirtschaftlicher Nutzflächen etc. subventionieren können. Durch diese Politik der ,,vollendeten Tatsachen'' oder der ,,Sogwirkung'' wird auf die kleineren EG-Länder ein entsprechender Druck ausgeübt werden und daraus dürften sich erhebliche Konflikte mit den Bauern ergeben, zumal diesen die EG-Mitgliedschaft gerade wegen des EG-Agrarmarktes schmackhaft gemacht worden ist. Damit sind weitere Auseinandersetzungen im Rahmen der EG vorprogrammiert.

Zur Bedeutung der EG-Haushaltspolitik

Zur Bedeutung der EG-Haushaltspolitik

Haushaltsfragen waren in der EG (und früher EWG) immer ein Zankapfel. In den sechziger Jahren wurde um die jeweilige Höhe der Finanzbeiträge der EG-Länder gerungen, in den siebziger Jahren ging es eher um die höheren Aufwendungen für die EG-Regional- und Sozialfonds und in den achtziger Jahren endlich geht es um die Finanztransfers und die Begrenzung der EG-Haushaltseinnahmen.

Erst am 21.4.1970 wurde der EG eine beschränkte Haushaltsautonomie eingeräumt, aber erst zehn Jahre später wurde der Gesamthaushalt der EG durch eigene Mittel der EG bestritten. Diese Eigenmittel im EG-Haushalt bestehen aus Agrarabschöpfungen, Zolleinnahmen, sowie einem jeweils einprozentigen Mehrwertsteuer-Anteil, der erst in diesem Jahr auf 1,4% erhöht wurde. Aus diesen drei Quellen wird der gesamte EG-Haushalt zu 96% bestritten, der sich 1983 auf rund 21,4 Mrd. ECU (= ca. 55 Mrd. DM) belief. Die Gelder stammen zu über 50% aus den Mehrwertsteuereinnahmen und zu rund 35% aus Zolleinnahmen. Von der Größenordnung her entspricht der gesamte EG-Etat in etwa dem Haushaltsetat des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Umstritten in der EG ist die Ausgabenstruktur und die jeweilige Finanzbeteiligung der Länder, denn es gibt beispielsweise keine abgestuften Beitragsregelungen nach der wirtschaftlichen Stärke der Länder — für alle 12 gilt der gleiche Mehrwertsteuersatz.

Die Finanzierungsdiskussion hat sich zudem auf die ,,Nettozahler''-Debatte zugespitzt. In der EG sind es nur die BRD und Großbritannien, die per Saldo mehr in die EG-Kasse einzahlen, als sie wieder (z.B. über Agrarsubventionen, Regional- und Sozialfonds) herausbekommen. Diese ganze Aufrechnungsdiskussion ist schon von daher unsinnig, weil hierbei nur eine beschränkte Kosten-Nutzen-Rechnung bei den entscheidenden Haushaltstransfers unternommen wird — andere Rechnungen wie etwa die Profite, Handelsüberschüsse westdeutscher Konzerne schon außen vor bleiben.

In der BRD ist diese Nonsens-Debatte mit dem Schlagwort des ,,Zahlmeisters'' der EG umrissen worden.

Aus nebenstehender Tabelle kann jedoch nachgewiesen werden, daß diese ,,Zahlmeister''-Demagogie nicht den Realitäten entspricht. Pro Kopf der Bevölkerung folgt die BRD mit ihren EG-Haushaltsbeiträgen erst an dritter Stelle (hinter den Niederlanden und Belgien) — und gemessen an ihrem Brutto-Inland-Produkt (BIP) fallen die Zahlungen der BRD eher bescheiden aus. Vergleicht man etwa die Angaben über die EG-Beiträge in Prozent (BRD: 26,8) mit dem Anteil am EG-BIP in Prozent (BRD: 28,2%), so liegt ihr Anteil eindeutig u n t e r dem BIP-Anteil.

Die Ausgabenstruktur des EG-Haushalts

Die Ausgabenstruktur ist schnell aufgeschlüsselt. In den Zahlen von 1983 flossen 68,6% in den Agrarsektor, 6,9% in den Regionalfonds und 6,8% in den Sozialfonds.

Vom EG-Sozialfonds für benachteiligte und strukturschwache Regionen profitierten vor allem Italien, Großbritannien und Frankreich. Die Mittel aus dem Regionalfonds werden nach einem Quotensystem vergeben:

Belgien	1,11
Dänemark	1,06
BRD	4,65
Frankreich	13,64
Griechenland	13,00
Irland	5,94
Italien	35,49
Luxemburg	0,07
Niederlande	1,24
Großbritannien	23,80

(7).

Der angebliche ,,Zahlmeister'' BRD hat bei den Haushaltsauseinandersetzungen durchsetzen können, den Etat aufgrund rigoroser Sparpolitik nicht weiter zu steigern. Finanzminister Stoltenberg tritt denn auch folgerichtig für eine Senkung der Agrarausgaben ein, während sein Kollege Kiechle — siehe GAP — heftig widerspricht.

Ganz abgesehen von den internen Auseinandersetzungen um den EG-Haushalt wirft gerade dieser Punkt ein bezeichnendes Licht auf den Grad der Integration. In keinem kapitalistischen Haushaltsplan der Welt — jedenfalls in allen Industrieländern — werden 70% der Mittel für Agrarausgaben veranschlagt. Der westeuropäische Unternehmerverband hat sich denn auch schon mehrfach bitter darüber beklagt, daß für ihre Bereiche (Forschung und Technologien) nur ein Bruchteil dessen ausgegeben wird.

Aus der relativ unbedeutenden Summe des EG-Haushalts (er liegt 1985 bei

daß für ihre Bereiche (Forschung und Technologien) nur ein Bruchteil dessen ausgegeben wird.

Aus der relativ unbedeutenden Summe des EG-Haushalts (er liegt 1985 bei

ca. 65 Mrd. DM) wird deutlich, daß alle EG-Länder bisher nicht bereit waren, ihre nationalen Souveränitätsrechte in Bezug auf den Haushalt auch nur annähernd aufzugeben und an gemeinsame EG-Institutionen zu übertragen.

Und in der gesamten Reformdebatte der EG ist dieses Problem auch nicht thematisiert worden.

An diesem Punkt wird also sehr gut sichtbar, daß die EG von einem einheitlichen Binnenmarkt noch sehr weit entfernt ist, denn die fortschreitende Integration würde auch mehr Mittel der gemeinsamen Politiken und entsprechende supranationale Institutionen erfordern. Die Höhe des EG-Haushalts ist insofern auch ein Symbol für den Grad der politischen Einigung — auf den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Anmerkungen:

(1) ,,Die grüne Zeitbombe'' in: ,,Die Zeit'', 28.12.84

(2) Diese Zahlen kommen dadurch zustande, daß das Agrarpreisniveau in der EG mit dem Weltmarktpreisniveau verglichen wurde.

(3) Vergleiche dazu eine dreiteilige Serie in der ,,tageszeitung'' vom 24., 28. und 31.1.85.

(4) Unter ,,Nettozahler''werden diejenigen EG-Staaten verstanden, die mehr in die EG-Kassen einzahlen als sie wieder herausbekommen.

(5) ,,Frankfurter Allgemeine'', 9.1.86

(6) ,,Frankfurter Rundschau'',7.2.86

(7) Diese Quoten sind durch die EG-Beitritte Spaniens und Portugals wieder geändert worden, lagen aber bis zu diesem Zeitpunkt nicht vor.

Literatur:

Rudolf Hrbek/ Wolfgang Wessels (Hg.): EG-Mitgliedschaft: Ein vitales Interesse der Bundesrepublik Deutschland?, S. 321f. und 357f., Europa-Union-Verlag, Bonn 1984

Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels: Jahrbuch der Europäischen Integration 1984, Europa-Union-Verlag, Bonn

Henrik Uterwedde, Die Europäische Gemeinschaft (EG) — Fortschritt oder Krise?, Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin (West), 1983

D., Westberlin

Der Baker-Plan:

US-Initiative gegen Bankenkrach

In den Wochen vor der Konferenz des Weltwährungsfonds im Oktober letzten Jahres mehrten sich die Stimmen, die an 1982 erinnerten, als Mexiko, Brasilien und Argentinien einseitig ihre Zahlungen einstellten und ein internationaler Bankenkrach kurz bevorstand.

Vor allem mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde damals der drohende Zusammenbruch verhindert. Mit drakonischen Maßnahmen wie einer Ausweitung des Exports, Einschränkungen der Importe und radikalen Streichungen in den Sozialausgaben der betroffenen Staaten wurde die Schuldendienstfähigkeit wiederhergestellt. Die Kosten für die Bevölkerung sind eine Verelendung, die an die dreißiger Jahre erinnert. Vor allem die lateinamerikanischen Staaten glichen ihre Leistungsbilanzen aus und wurden zu Kapitalexporteuren. Diese Entwicklung steckt aber seit ca. einem Jahr in einer schier ausweglosen Krise. Der ständige Verfall der Rohstoff- und Agrarpreise macht die Schuldnerländer trotz hoher Exportquoten erneut zahlungsunfähig. Auf der anderen Seite ist die Verelendung in einem Ausmaß angewachsen, daß auch kontrollierte Demokratisierungen, wie in Lateinamerika, an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu ,,scheitern'' drohen.

So warnen verschiedene Politiker, den Bogen nicht zu überspannen, und die Schuldnerländer nicht bis aufs Blut auszusaugen. Der Staatssekretär Tietmeyer im Finanzministerium drückt dies freilich etwas vornehmer aus. Es gehe darum, ,,*die Schuldendienstfähigkeit und die Schuldendienstbelastung in ein ausgewogeneres Verhältnis zu bringen als bisher.*''(Europa Archiv, 6/86). Von Seiten der USA warnte Kissinger im September letzten Jahres die Schuldenbombe nicht zum Platzen zu bringen und stellte die Frage: ,,*Was wäre in den vierziger Jahren bei Kriegsende passiert, wenn die USA Westeuropa dieselbe Politik aufgezwungen hätten, die sie heute mit Hilfe des Währungsfonds den Lateinamerikanern diktieren?*'' Kissinger schlägt daher einen ,,Marshall-Plan'' speziell für Lateinamerika vor, um das Schlimmste zu verhindern. Eine andere Kritik wurde im Jahresbericht der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Washington, zur gleichen Zeit veröffentlicht. Der harte Anpassungskurs in den verschuldeten Ländern werde sich auf Dauer kaum fortsetzen lassen, da

teramerikanischen Entwicklungsbank, Washington, zur gleichen Zeit veröffentlicht. Der harte Anpassungskurs in den verschuldeten Ländern werde sich auf Dauer kaum fortsetzen lassen, da

der soziale Druck sichtbar steige, und die Inflation in mehreren Ländern ein Ausmaß erreicht habe, das mit wirtschaftlicher und sozialer Stabilität unvereinbar sei. (FAZ, 16.9.86).

In dem Bericht der Bank wurde auch ein Beitrag des US-Ökonomen Fishlow abgedruckt, der darauf hinweist, daß die lateinamerikanische Schuldenbelastung mehr als das Doppelte des Niveaus der Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg erreicht hat. Der Zinsdienst beträgt mittlerweile durchschnittlich 40% der Exporteinnahmen (s.a. Graphik). Nach Fishlows Ansicht haben die Schuldnerstaaten gute Gründe, die Zahlungen zu verweigern und die IWF-Auflagen abzulehnen. Denn unter den jetzigen Bedingungen würde kein Kapital akkumuliert, um für die Modernisierung und Ausweitung des Exportsektors eingesetzt zu werden. In den lateinamerikanischen Ländern wird nicht mehr investiert, und dies wird über kurz oder lang zum Zusammenbruch ihrer Exportfähigkeit führen. Damit würde natürlich auch der Schuldendienst ausbleiben, und der Bankenkrach in den USA stünde tatsächlich bevor. Zu diesen warnenden Stimmen aus den USA kommt als wesentlicher Faktor die Initiative Fidel Castros, der seit Beginn letzten Jahres einen Schuldenstreik der 3. Welt Länder fordert. Diese Forderung erhielt durch die Schuldenkonferenzen in Havanna erhebliche Resonanz. Im Herbst verkündete Alan Garcia, daß Peru nur noch 10% der Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufbringen wolle. Brasilien weigert sich seit dem Abgang der Militärs ein Abkommen mit dem IWF zu schließen. In dieser Situation verkündete der US Finanzminister Baker auf der Jahrestagung des IWF in Seoul sein ,,Programm für ein dauerhaftes Wachstum''. Ausgearbeitet wurde dieser ,,Baker Plan'' von den US Großbanken. Er soll 15 hochverschuldeten Ländern ,,zugute'' kommen. Dazu gehören alle lateinamerikanischen Länder, Mexiko, die Philippinen, Algerien, Nigeria, die Elfenbeinküste und Jugoslawien.

Nach diesem Plan sollen die Schuldnerländer ,,strukturelle Reformen'' ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik in Richtung freier Marktwirtschaft vornehmen. Zweitens sollen dem IWF, der Interamerikanischen Entwicklungsbank sowie der Weltbank weitgehende Befugnisse an die Hand gegeben werden, um diesen Kurs in den Ländern zu kontrollieren und seine Einhaltung zu überwachen. Drittens sollen die internationalen Banken wieder neue Kredite an diese Länder vergeben. Darüber hinaus soll in Zukunft überwacht werden, ob die gewährten Kredite auch zur Modernisierung des Exportsektors eingesetzt werden. Denn aufgrund der hohen Inflation in den Schuldnerländern und der Zerstörung großer Bereiche der Wirtschaft, griff die einheimische Bourgeoisie zunehmend zum Mittel der Kapitalflucht. Kredite in Dollar wurden gleich in Anlagen in den USA umgewandelt, wo sie vom kapitalistischen Standpunkt aus krisenfester und ertragreicher angelegt waren als in den Schuldnerländern selbst. Auf diese Weise sollen in den letzten zehn Jahren ca. 60 Mrd. Dollar aus den lateinamerikanischen Ländern abgeflossen sein, vornehmlich Richtung USA. Dies ist ein weiterer Grund, den europäische Banken anführen, daß vor allem von den US-Banken eine Lösung kommen muß, denn diese hätten bisher die Vorteile der Verschuldung plus Kapitalflucht genossen, und wollten nun die Kosten auf alle internationalen Banken abwälzen.



Insgesamt sollen zwischen 1986 und IWF wieder etwas aufpoliert werden,

Quelle: The Economist/iwf

Insgesamt sollen zwischen 1986 und 1988 29 Mrd. Dollar in diese Länder fließen. Außer bei der US-Regierung und den US-Großbanken ist dieser Plan bisher zwar formell begrüßt worden, aber bis zum heutigen Tage rührt sich nichts zu seiner Verwirklichung. Der Grund der Ablehnung liegt für die Schuldnerländer eindeutig in der Gefahr einer weiteren Einschränkung ihrer Souveränität. Die Zurückhaltung außerhalb der USA liegt an der Tatsache, daß vor allem die US-Großbanken durch dieses Projekt vor dem Zusammenbruch gerettet würden, aber die anderen internationalen Banken zahlen müßten. Dieses hat folgenden Hintergrund: Erstens müssen die US-Banken auf den kontinuierlichen Fluß von Zinszahlungen aufgrund der Bankengesetzgebung peinlichst achten. Denn Zinsen, die neunzig Tage nach Fälligkeit noch nicht eingegangen sind, dürfen nicht als Einnahmen verbucht werden. Zudem muß daraufhin ein Wirtschaftsprüfer eingeschaltet werden, der untersucht, ob der ganze Kredit als verloren eingestuft werden muß. Dieser Situation weichen US-Banken durch neue Kredite an ihre Schuldner aus, damit diese die Zinsen zahlen können. Der Baker Plan konzentriert sich, wie erwähnt, auf Lateinamerika. Denn hier bestehen 60% der Kredite aus Bankdarlehen, und zwar vor allem von US-Großbanken. Die europäischen Banken können einem Zusammenbruch des Schuldendienstes mittlerweile relativ gelassen sehen, da sie erstens weit weniger in Lateinamerika engagiert sind, zweitens können sie aufgrund eines anderen Bankengesetzes ausbleibende Zahlungen von der Steuer absetzen. Zudem sind viele Kredite staatlich abgesichert. Z.B. schrieben die BRD-Großbanken seit 1983 ca. 3 Mrd. DM über Hermes abgesichert ab. D.h. sie ließen sich diese Kreditausfälle vom Steuerzahler bezahlen. Käme es in der nächsten Zeit zu einem Zusammenbruch der Schuldendienstfähigkeit, würde den BRD-Banken nicht der Zusammenbruch drohen. Der ehemalige Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstitutes Gutowski formulierte die Haltung der BRD-Banken kürzlich so: ,,*In den Köpfen mancher Bankiers mag auch der Gedanke eine Rolle spielen, durch Umschuldungen den für unabwendbar gehaltenen Insolvenzfall eines Landes so lange hinauszuzögern, bis sein Institut die Forderungen abgeschrieben hat.*'' Dieser Zeitpunkt ist bald gekommen. Daher müssen die US-Banken eine Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerländer auf alle Fälle vermeiden, die BRD-Banken brauchen dies nicht, sondern halten sich ebenso wie die anderen europäischen und die japanischen Banken in der Zustimmung zum Baker-Plan zurück, da sie eher ein Interesse haben, die US-Banken zu schwächen als zu retten. Politisch drückt sich dies darin aus, daß Baker auf der Zahlung aller Schulden beharrt, Genscher dagegen offen davon spricht, daß Lateinamerika nicht zahlen kann, was es nicht hat. Oder wenn Stoltenberg auf der Konferenz in Seoul den Vorschlag macht, die Zinsen drastisch zu senken, was zumindest auf eine erhebliche Schwächung der US-Banken hinauslaufen würde.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Baker-Plan nur zum Ziel hat, die Schuldendienstfähigkeit der Länder aufrechtzuerhalten, in denen die US-Banken besonders engagiert sind, und eine Geste des guten Willens von Seiten der USA angesichts von Schuldnerstreik und Schuldenquotierungen anzubieten. Zudem soll das Image des IWF wieder etwas aufpoliert werden, um Umschuldungsverhandlungen weiterhin unter der Aufsicht des IWF führen zu können und somit einen Zugriff auf die Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer zu behalten. Denn immer mehr Länder dringen auf Verhandlungen unter Umgehung des IWF und sind nicht bereit, auslaufende IWF-Abkommen zu verlängern. Der Baker-Plan löst also keines der Schuldenprobleme, sondern kittet weiter und dient dazu Zeit zu gewinnen und andere Alternativen in den Hintergrund treten zu lassen. Doch wird auch von den Banken mittlerweile ausgesprochen, woran das Ganze krankt. ,,*Die Ursachen der Krise sind ... also zu 80% außerhalb der Schuldnerländer, und zwar zu einem nicht unerheblichen Teil in der Politik der Industrieländer bzw. in deren Konjunkturentwicklung zu suchen..*'' (J.Westphalen, Deutsch-Südamerikanische Bank, Europa Archiv 24/85). Einer dieser Gründe ist vor allem die Verschlechterung der terms of trade, d.h. der Verfall der Rohstoff- und Agrarpreise, die anhaltende Überproduktion auf diesem Sektor und der damit verbundene Protektionismus der imperialistischen Staaten. Dazu Westphalen: ,,*Sollte es nicht gelingen, den Importprotektionismus der Industrieländer spürbar zu reduzieren, dann wären auch bei größten Anstrengungen der Schuldnerländer die Aussichten auf eine Bewältigung der Schuldenkrise äußerst skeptisch zu beurteilen.*'' (ebda.)

Die Diskussion um den kommenden Weltwirtschaftsgipfel konzentrieren sich bekanntlich auf den Dollarkurs und die Zunahme des Protektionismus. Vor allem in den USA, aber auch in der EG stehen die Zeichen nicht auf Abbau der Importbeschränkungen für Rohstoffe und Agrarprodukte. So bekommen die Schuldnerländer immer weniger für ihre Exporte, werden diese aber aufgrund protektionistischer Maßnahmen immer schwerer auf den Hauptmärkten los. Wenn diese Entwicklung anhält, wird es zwangsläufig zur Zahlungsunfähigkeit kommen.

bu., Imp.-Kom.



(Foto: Peter Homann)

"Rettet den Frieden in Mitteleuropa"

Eine Polemik gegen die Forderung nach blockübergreifender Friedenspolitik

Eine Polemik gegen die Forderung nach blockübergreifender Friedenspolitik

Mitteleuropa, ein seltsamer Begriff. Politisch taugt er derzeit wenig, auch ökonomisch dient er bloß einigen Visionären für Reminiszenzen und weder die Rothschild's noch Coudenhove-Calergie haben sich damit ins 20. Jahrhundert retten können. Geografisch besehen gibt's dort die Donau, ein Stückchen Alpen, die Pusta, die Karpaten und ob Karl-Marx-Stadt auch dazugehört, bleibt der jeweiligen Interpretation überlassen. Aber eines ist klar, der Mitteleuropäer spricht deutsch. Englisch und Russisch werden als Fremdsprachen gelehrt. Tschechisch, Ungarisch, Bayrisch und Wienerisch sind Dialekte sogenannter nationaler oder regionaler Minderheiten, mit denen Mitteleuropa schon die letzten paar Jahrhunderte schwer zu kämpfen hatte.

Wieso eigentlich „Mitteleuropa" in der Friedensdiskussion? „Mitteleuropa" steht anstelle von „Imperialismus", sagen die einen. Nein, „Mitteleuropa" steht für „blockübergreifend", kontern andere. Was tatsächlich Leute dazu bringt, diesen schwammigen geografischen Begriff in die Friedensbewegung zu werfen, sollten wir uns genauer ansehen.

Der Forderung nach Mitteleuropa als einem einheitlichen blockübergreifendem politischen Konstrukt liegt eine Weltsicht und damit auch ein Bedrohungsszenario zugrunde, das den Frieden in erster Linie durch die Existenz zweier gesellschaftlicher Systeme — eben Ost und West — gefährdet sieht. Der Ost-West-Konflikt beherrscht dabei das Gedankenspiel vollkommen. Und da es an der Behringstraße wenig zu holen und zu verlieren gibt, bildet zu holen und zu verlieren gibt, bildet der zweite West-Ost-Schnittpunkt — eben Mitteleuropa — die Essenz friedenspolitischer Diskussionen.

Dort füllen zwei politische Hirngesinste die Seiten diverser Friedensinfos, die deutsche Einheit und der mitteleuropäische Donauraum. Beide verdanken ihre gedankliche Wiedergeburt dem zentralen Stellenwert des West-Ost-Konflikts. Diese Ausrichtung auf die Blockkonfrontation als Ursache von Kriegsgefahr war tendenziell schon in den Jahren 1982/83 auf dem Tablett von Friedensinitiativen und Demorednern, die unmittelbare Bedrohung durch die Austellung neuer Mittelstreckenraketen ließ die Debatten darüber in den Hintergrund treten. Erst nach dem verlorenen Kampf um pershing II und cruise missiles kamen die Ost-West-Gleichsetzer verstärkt in die friedenspolitische Diskussion — und im Gefolge ihre „Alternativen" mit deutscher Einheit und Donauraum.

Ideologisch stützen sich solche Konzepte, die nicht nur bei altbekannten Reaktionären und Neokonservativen Anklang finden, sondern auch in Teilen der Grün-alternativen und Linken debattiert werden, auf Altvater Johan Galtung. Im „Plädoyer für eine eue Unabhängigkeit" stellt er seine Grundannahmen über die Natur des Ost-West-Konflikts vor: *„Erstens glaube ich, daß beide Supermächte nach der Weltherrschaft streben. Die USA im Namen des Systems des Liberalismus/Kapitalismus, die UdSSR im Namen des System des Marxismus/Sozialismus … Sie streben danach, die ganze Welt ihrem System anzugleichen oder verfolgen wenigstens das Ersatzziel, den Gegner daran zu hindern, dies seinerseits zu tun … Jede der beiden Supermächte bildet intern einen Militär-Bürokratie-Intelligenz-Komplex aus. Er reorganisiert sich aus sich selbst, er lenkt die Geschicke des Landes …"*

Ein solches Weltbild fordert es gleichsam heraus, zwischen den streitenden Kampfhähne zu fahren und wie könnte dies besser und wirksamer geschehen als mit der Errichtung eines starken Staatengebildes zwischen Moskau und Washington. Je nach Preislage kann dann eine Donauföderation (überarbeitet nach die Ideen der Jahre 1916-18), ein deutsches Reich (modelliert als Kopie Bismarks) oder gleich ganz Europa (in Fortführung der Truman'schen Containmentpolitik) geliefert werden.

Wenn allerdings die Kriegsgefahr als Folge kapitalistischer Expansionsdynamik und als Krise der nach Kapitalverwertung strebenden Metropole in der Weltwirtschaft begriffen wird, dann wird die Diskussion einer Friedenslösung via Mitteleuropa absolet. Mitteleuropa als politische Forderung verliert auch dort sein ideologisches Rückgrat, wo eine Analyse der Weltlage nicht von einer Gleichsetzung der USA mit der UdSSR ausgeht. Ein historischer Rückgriff auf die Entstehungsbedingungen des 2. Weltkrieges ist in diesem Zusammenhang nützlich. Denn trotz Hitler-Stalin-Pakt kann man doch eindeutig davon ausgehen, daß die Krise kapitalistischer Verwertungsbedingungen, daß die Neuaufteilung einer Welt, in der sich Deutschland vom Kolonialsystem bis zum Vertrag von Versailles als zu kurz gekommen hielt, an der Wurzel der faschistischen Expansion lag und keineswegs ideologische Widersprüche zwischen Kapitalismus und Sowjetisierung oder Faschismus und Stalinismus. „Volk ohne Raum" war die Parole gewesen und Staatsnachfrage nach Waffen, rumänisches Erdöl sowie Millionen von polnischen und russischen Zwangsarbeitern lösten für kurze Zeit die Krise des Kapitals.

Wenn also die heutige Kriegsgefahr in der Suche nach neuen und der Absicherung bestehender Märkte begründet liegt, und dieser Kampf auf seiner Nord-Süd-Achse täglich in die Fernsehröhre kommt, dann heißt das gleichzeitig, daß Westeuropa (und Österreich ist dabei sicherlich nicht ausgespart) mit seinen spezifischen Wirtschaftsbeziehungen zur „3. Welt" den US- und NATO-Schutzschirm für seine eigenen imperialistischen Interessen genauso braucht, wie es dazu in Konkurrenz steht. Und aus diesen innerimperialistischem Widerspruch heraus erklärt sich ein Bedrohungsszenario, für das die politischen Stichworte „Mitteleuropa" oder „Deutsche Einheit" nur eine Machtverschiebung in Richtung Europa — sprich Shell, ENI, Bayer, Höechst … bedeuten, keinesfalls jedoch eine friedenspolitische Alternative. Dieser Gefahr unterliegen auch jene Mitteleuropa-Utopien, die sich ein friedliches und nichtaggressives Europa wünschen, wenn sie die ökonomischen Integrationsmechanismen des Weltmarktes aus ihrer Analyse aussparen.

Und welche Rolle spielt die UdSSR in dieser innerimperialistischen Auseinandersetzung? Die Sowjetunion ist im Bezugsrahmen des Systems internationaler Wirtschaftsbeziehungen nicht der aggressive Welterobeer, was jedoch nichts über die Innenpolitik oder ihre militärischen Interventionen in Osteuropa und Afghanistan aussagt. Eine klare Ablehnung dieser Politik der Militarisierung und Bürokratisierung darf nicht dazu führen, auf der Ebene weltweiter Kriegsgefahr die Verantwortlichkeit aus dem Blickpunkt zu verlieren. Die Frage nach der Verantwortlichkeit für die internationale Hochrüstung kann nicht durch eine vernebelte Sicht der Blockkonfrontation beantwortet werden, sondern die Ursachen müssen in der globalen Krise des (kapitalistischen) Systems der internationalen Arbeitsteilung gesucht werden. Eine USA, von westeuropäischen und japanischen Konkurrenten in die Enge getrieben, in ihrer Kapitalexpansion von Unruhen, Aufständen und finanziellen Zusammenbrüchen der Länder der „3. Welt" „bedroht", bedient sich zunehmend militärischer Mittel, um ihren ökonomischen Führungsanspruch über die Weltherrschaft geltend zu machen — da bleibt die große Syrte genausowenig ausgespart, wie das österreichische Ölsaatenprojekt.

Die Relevanz des West-Ost-Konflikts für die Friedensbewegung besteht darin, daß die USA auf dem Weg zur ungehinderten Kontrolle über den Weltmarkt nicht nur westeuropäischer und japanischer „Partner"/Konkurrenten angesichtig wird, sondern auch der Sowjetunion gegenübersteht, die damit mittelbar zum Gegner avanciert. Als zweite Großmacht muß diese Sowjetunion daran gehindert werden, sich in lokale Konflikte in der „3. Welt" einzumischen. Ein „In-Schach-Halten" mit pershings und cruise sowie das forechecking der USA durch Airland-Battle scheint den Pentagonstrategen ein adäquates Mittel zu sein. Die Sowjetunion weniger als direktes Erorberungsziel, sondern als möglicher Bündnispartner antikapitalistischen Widerstandes steht als Zielscheibe in den US-Militärdokumenten.

Die Kriegsgefahr verlagert sich damit von den imperialistischen Frontinien in Nicaragua, Angola und Libyen nach Europa als einer Trennlinie zwischen zwei großen Militärpakten, ohne daß dieses Blocksystem selbst die Ursache der Konfrontation wäre.

Mitteleuropäisches Friedenslösungsmodell — Ausdruck eines eurozentristischen, West-Ost fixierten Weltbildes

Gerade diese Beschränkung des Sichtkreises auf den West-Ost-Konflikt finden wir bei allen Positionen, die „Mitteleuropa" ins Zentrum ihrer (friedens)politischen Modellvorstellungen setzen. Um den zentralen Stellenwert, der der Blockkonfrontation dabei zugedacht wird, schlingt sich in der friedenspolitischen Debatte das Thema Jalta. Gefordert wird die Rückgängigmachung der Jalta-Beschlüsse, die im Februar 1945 Demarkationslinien und Einflußsphären im fschistischen 1000jährigen Reich festgelegt hatten. Jalta wird dargestellt als der Tag Null einer neuen Zeitrechnung, an dem Europa und insbesondere das deutsche Reich, wie es sich ja erst nach dem deutsch-französischen Krieg im Jahre 1871 präsentierte, gespalten wurde. In dieser leicht bis beinhart revanchistischen Darstellung ist Jalta nicht Folge und strategisches Ergebnis nationalsozialistischer Eroberungszüge mit Millionen und Abermillionen von Toten und Verwundeten, sondern Ausgangspunkt für ein waffenstarrendes Wettrennen zweier Alliierter um die Weltherrschaft. Das Reich des Bösen wird dann je nach Standortnuance in der 1. Welt der 3-Welten-Theorie geortet — also in USA und UdSSR zu gemeinsamen Teilen —, oder weniger kompliziert und unerklärlich im sowjetisierten Osteuropa. Dabei berufen sich derlei (Mittel-)Europäisierer auf Grenzziehungen eines expansionistischen Bismarck in deutschen Landen oder auf die gefinkelte Erbschleicherpolitik im Hause Habsburg. Bezeichnend werden diesen Grenzen, die niemals vom Volk, sondern immer von den Herrschenden gezogen wurden, gar als „natürlich gewachsen".

Diese seltsame Mischung zweier historischer Überbleibsel, den deutschen Wiedervereinigern und Monarchisten sowie solchen, die einer kurzfristigen taktischen Variante des maoistischen China, nach der sich Europa als „2. Welt" und die südliche Halbkugel unter der Führung Chinas als „3. Welt" gegen die „1. Welt" (= USA + UdSSR) zusammenschließen sollten, noch immer anhängen, diese seltsame Mischung versucht ihre Ideen in den letzten Jahren gerne unter dem Titel einer „mitteleuropäischen Friedenslösung" zu präsentieren.

„Wenn wir von einem vereinten, freien und friedlichen Europa sprechen, das alle Nationen umfaßt, die historisch und kulturell zu unserem Kontinent gehören (?!, d.A.), *denken wir an eine Völkergemeinschaft, die der Mittelpunkt ihres eigenen Schicksals und der internationalen Politik sein muß"*, heißt es in einem Dokument einer internationalen Friedenskonferenz in Perugia. Klarer kann man es nicht sagen, daß hier — ob gewollt oder ungewollt — im Vorfeld einer dritten Superpotenz — Europa — gearbeitet wird. Der Mittelpunkt internationaler Politik, der sich derzeit zweifelsohne in Washington (nach Meinung der Autoren des obigen Zitats sicherlich auch im — asiatischen (?) — Moskau) befindet, soll wieder nach Mitteleuropa verlagert werden. Unterscheiden sie sich damit eigentlich noch von jenen, die einem rein europäischen Imperialismus offen das Wort reden? Die notwendige Beseitigung des Eisernen Vorhanges führen sie jedenfalls beide im Munde und während konservative Strategen ihre Ziele eindeutig benennen — die Zurückdrängung sowjetischen Einflusses und die volle Wiedereinführung kapitalistischer Dominanz in Osteuropa — hüllt sich die sogenannte blockübergreifende Friedensbewegung diesbezüglich in Schweigen.

Welches sind nun die Träger dieser „Europäisierungsdebatte" in der Friedensbewegung?

Neben den Kriegsopfervereinigungen und Vertriebenenverbänden, die ja beide physisch vom Aussterben bedroht sind und die wir unvorsichtigerweise unter den Tisch fallen lassen wollen, halten wir prinzipiell einmal fest, daß Paneuropäismus, Donauföderalismus und deutsche Einheit sowohl im Westen, wie auch im Osten zu finden sind. In Westeuropa lauten die Lieblingsbegriffe dieser Europafreaks „Neutralisierung" oder „Österreichisierung". Gemeint ist damit, daß sich Westeuropa von den USA und Osteuropa von der UdSSR lösen sollte. In einem Prozeß der Neutralisierung nach österreichischem Vorbild wird eine mögliche Entwicklungschance zur Überwindung der Blöcke gesehen. Als Modell für einen Ausweg aus der „bipolaren Sackgasse" muß immer wieder Österreich herhalten, was im Lande selbst bei den Alternativen nur wenig Anhänger findet, die sich um die Gruppe Unabhängige Friedensinitiative (UFI) geschart haben und folgerichtig vornehmlich im Ausland Gastspiele geben.

Nur eine vordergründig militärische Argumentation kann Österreich als Mittelweg zwischen Superpower 1 und 2 erscheinen lassen. Die Unfriedenspolitik seitens Österreichs (Militarisierung, Abfangjäger, Umfassende Landesverteidigung, …) wird von der UFI tunlichst verschwiegen. Die Darstellung der österreichischen Politik als „3. Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist auch nach 15 Jahren SPÖ-Regierung(sbeteiligung) noch etwas gewagt. Die UFI jedenfalls steht dazu, tischte noch vor kurzem mit ihrem sogenannten „Villacher Vorschlag" („Österreich bedroht niemanden! Warum werden wir bedroht?") eine Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Ideologie auf und wehrt sich im übrigen, das Verhältnis zwischen (Militär-)Politik und Ökonomie in der Neutralitätsfrage zu diskutieren.

Georg Breuer, langjähriger UFI-Aktivist und eifriger „Zukunft"-Schreiber, meint dazu: „Die Tatsache, daß Österreich oder die Schweiz kapitalistische Länder sind, hat noch nie dazu geführt, daß ihre Neutralität von irgendjemand in Frage gestellt worden wäre." Das mag zwar für den Pantagon, den Kreml oder das Elysee stimmen, ob Linke und Alternative diese Auffassung teilen, sollte auf keinen Fall selbstverständlich sein.

Neutralisierung unter Ausklammerung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eines Landes heißt die Parole, die von manchen Blockübergreifern in der Friedensbewegung ausgegeben wird. Gesellschaftsordnungen sind Fragen, die dabei nicht im Zusammenhang mit Friedens- oder Sicherheitspolitik diskutiert werden dürfen. Denn sonst müßte die Vision einer Österreichisierung Europas natürlich zerplatzen.

Und noch ein Absatz zur notwendigen Desillusionierung mitteleuropäischer Neutralitätsutopien. Die aktuelle scher Neutralitätsutopien. Die aktuelle Rolle von Neutralen im gegenwärtigen internationalen Ränkespiel ist nicht die einer imaginären dirtten politischen Kraft, sondern ist genau definiert. Die Schweiz ist ein geschützter Banktresor, Österreich ein Geschäftsanbahner mit Osteuropa, der seine Eingliederung in ein kapitalistisches System internationaler Arbeitsteilung auch mit Zugeständnissen im Militärbereich erkaufen muß. So reiht sich beispielsweise das Radarsystem Goldhaube lückenos in ein NATO-Überwachungssystem ein, sein Schwerpunkt im Osten ist ebenso unverkennbar wie die geplante zukünftige Stationierung von Abfangjägern in der Steiermark. Der derzeitige Zustand der österreichischen Neutralität ist deshalb keine Alternative, sondern eine Ergänzung im Rahmen des Blocksystems, sie kann sicher kein Vorbild für westeuropäische NATO-Staaten abgeben und schon gar nicht für Warschauer Pakt-Staaten im Osten, die sich als Folge einer Neutralisierung nach österreichischem Vorbild voll und ganz dem kapitalistischen Zugriff öffnen würden.

Interessant als Utopie ist Neutralität lediglich dann, wenn sie auch wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Weltmarkt inkludiert — und dies nicht nur im Sinne einer kurzfristigen Krisenvorsorge, wie das die ULV vorzugeben scheint. Doch für diesen Entwicklungsweg scheidet Österreich in weiten Teilen seiner Politik als Vorbild sicher aus. Anknüpfungspunkte hierfür wären in Osteuropa schon eher auszumachen, indem gerade osteuropäische Staaten einer vergleichsweise geringeren Verflechtung in den Weltmarkt ausgesetzt sind und die Dominanz der großen internationalen Kapitalgruppen weit weniger zu spüren bekommen als Österreich. Unter diesem Blickwinkel einer selbstverständlichen Einbeziehung ökonomischer Faktoren in die Diskussion um etwaige mitteleuropäische Staatengebilde entfällt dann der missionarische Charakter, den 3-Welten-Theoretiker und Vertreter blockübergreifender Konzepte bisweilen gegenüber dem Ostblock an den Tag legen. Mitteleuropäische Visionen ließen sich also auch mit anderen Inhalten füllen.

Ein gänzlich anderer Strang, der dem Thema Mitteleuropa einen politischen Bezugsrahmen verleiht, kommt aus dem Osten Europas. Oppositionsbewegungen verschiedenster Couleurs haben ihrerseits ein längst überwunden geglaubtes Modell „Mitteleuropa wieder in die Debatte geworfen. Daß sie dabei teilweise unter dem Ettikett Friedensbewegung auftreten, ist mehr dem Zeitgeist als ihrer politischen Identität zuzuschreiben.

Die Variante der osteuropäischen Mitteleuropäisierer, die sich sowohl im polnischen KOS (Komitee zur sozialen Selbstverteidigung), in der tschechischen Charta 77 und in Teilen der ungarischen Oppositionsbewegungen befinden — ihr Sprachrohr ist der über die italienischen Sozialisten ins Europaparlament gekommene Jiri Pelikan, tschechischer Dissident aus der Dubcek-Ära —, ist stark geprägt von den Begriffen Sowjetisierung, Kolonisierung und gesamteuropäische Befreiung. Das KOS schreibt dazu im Jahre

1983 an eine internationale Mailänder Friedenstagung: ,,*Unser Kontinent entbehrt nun schon seit 40 Jahren politische Autonomie. Die Verträge von Jalta haben die Hälfte von Europa der sowjetischen Beherrschung unterworfen und die Sicherheit der anderen Hälfte vom amerikanischen militärischen Schutz abhängig gemacht. Die gesamteuropäische Friedensbewegung sollte sich vor allem bemühen, Europas Status als politisches Subjekt wiederherzustellen.*'' (Listy, Dokumente der unabhängigen Friedensbewegungen Ost-West, Nr. 1, 1983). Allein die Charakterisierung der Zustände im Osten als beherrscht und im Westen als — vor wem? — beschützt, zeigt deutlich die politische Schlagseite dieser Europäisierungsvorstellung.

Sind wir im Westen solche Äußerungen in der Regel aus dem Munde Kalter Krieger gewohnt, ist die Zuordnung ihrer politischen Herkunft im Osten nicht ganz so einfach. Osteuropäische Oppositionsbewegungen schlagen sich innenpolitisch mit der Abhängigkeit ihrer Gesellschaften von der Sowjetunion und der bürokratischen Repression herum, und Friedensarbeit ist ein wohlgehütetes Monopol staatlicher Politik. Wenn ihre beschränkten Möglichkeiten politischer Agitation sie die tatsächlichen Auswirkungen ,,freier'' politischer Betätigung im Westen auch gerne Überschätzen lassen, ihr Unmut über die Hindernisse, die parteiunabhängiger Arbeit in den Weg gelegt werden, ist uns durchaus verständlich. Aber dennoch, die Effektivität ihres politischen Protests ist trotz aller Mühsal möglicherweise eine weitaus größere als im Westen, wo das Zugeständnis politischer Freiheiten unmittelbarer Ausdruck ihrer gesellschaftlichen Wirkungslosigkeit ist. Doch allein die Tatsache, daß der/die Einzelne gesellschaftliches Handeln nicht nur an den Resultaten, sondern auch an seiner/ihrer persönlichen Befriedigung durch die Handlung selbst mißt, scheint osteuropäischen Oppositionellen recht zu geben, wenn sie uns um die politischen Betätigungsmöglichkeiten im Westen beneiden. Den sisyphusartigen Charakter dieser Arbeit übersehen sie dabei allerdings genauso wie die ökonomischen und machtpolitischen Sachzwänge hinter der scheinbar demokratischen Fassade des parlamentarischen Systems.

Ihre politische Isolation läßt Osteuropäer gerne nach Kontakten mit dem Westen Ausschau halten und mit mitteleuropäischen Utopien liebäugeln. Doch bei allem Verständnis für ihre spezifischen Unterdrückungsbedingungen, unter Berücksichtigung der besonderen Bündniskonstellation der osteuropäischen Systemkritiker, deren politisches Spektrum von ganz rechts gungen, unter Berücksichtigung der besonderen Bündniskonstellation der osteuropäischen Systemkritiker, deren politisches Spektrum von ganz rechts über Liberale und Sozialdemokraten bis nach links reicht, und im Wissen über ihre Abschottung von den Diskussionen der westeuropäischen Studenten- und neuen sozialen Bewegungen, die den zentralen Stellenwert imperialistischer Ausbeutung der Länder der ,,3. Welt'' als Voraussetzung für die Entfaltung der kapitalistischen Industriegesellschaften ans Tageslicht gebracht haben — diese Bedingungen zur Kenntnis nehmend — erfüllen die Mitteleuropa-Träume der osteuropäischen Opposition dennoch eine eindeutig wegbereitende Funktion für eine neue Welle kapitalistischer Expansion gegen Osten, wenn sie in die Rufe nach einem starken, unabhängigen Europa jenseits der Blöcke einmünden. Und sie fordern damit nicht weniger als die Teilhabe Osteuropas am europäischen Imperialismus. Wenn sie ihre osteuropäische Betroffenheit von sowjetischer Vorherrschaft der ganzen Welt als Bedrohungsszenario aufzwingen wollen und gemeinsam mit Kalten Kriegern die Überwindung von Jalta einklagen, geraten sie in gefährliche Nähe zu einem Einverständnis mit neuen Blitzkriegskonzepten a la Air Land Battle. Solche Forderungen muß die Friedensbewegung, müssen die neuen sozialen Bewegungen im Westen klar von sich weisen und verurteilen, auch wenn sie mit anderen Aspekten des osteuropäischen Widerstands durchaus solidarisch sind.

Viele osteuropäische Oppositionsgruppen erheben in ihren Dokumenten den eurozentrischen Anspruch eines ,,freien'' Mitteleuropa und verbinden mit einer Öffnung der Grenzen nach Westen die illusionäre Hoffnung einer mitteleuropäischen Friedenslösung. Während dies in Polen und der CSSR auf Dissidentenkreise beschränkt ist, reichen solche Ideen in Ungarn bis in Teile der Regierung und des bürokratischen Apparats hinein. In der Erwartung, dadurch einiger Brosamen westlichen Kapitals, Kredite und Technologie habhaft zu werden, wurden in den letzten Jahren die Kontakte mit den (west-)mitteleuropäischen Nachbarn von oben her intensiviert. Pate dafür steht bei der ungarischen Bürokratie die Erhöhung ihrer Legititmität durch ein Wachstums- und Konsummodell nach westlichem Vorbild. Eine enorme Auslandsverschuldung, Zugeständnisse ans westliche Kapital und soziale Differenzierungsprozesse werden dafür ebenso in Kauf genommen wie eine geringfügige Vergrößerung des Spielsraums für politische Betätigung. Die Opposition — in der Hoffnung, daß die wirtschaftliche Öffnung ein ,mehr' an politischen Freiheiten bringen würde — hält dem Experiment weitgehend die Stange. Daß sie sich mit einer solchen mitteleuropäischen Öffnung die Herrschaft kapitalistischer Profitlogik mit all ihren sozialen Härten ins Land holt, besser noch als im Westen verwaltet von einer wachstumsgeilen Parteibürokratie, paßt nicht ins Bild ihrer mitteleuropäischen Träume. Lediglich einzelne — oppositionelle — Stimmen denken die Konsequenzen einer derartigen Mitteleuropäisierung zu Ende: ,,*Fantasieren wir weiter*'', schreibt György Dalos im Kursbuch Nr. 81, ,,*der Warschauer Vertrag wird gekündigt, die in der osteuropäischen Region stationierten sowjetischen Truppen werden mit Militärmusik und Blumen verabschiedet, und die Länder des ehemaligen Ostblocks beginnen mit der Regelung ihrer eigenen Probleme. Durch freie Wahlen, an denen mehrere Parteien teilnehmen dürfen, schaffen sie ihre parlamentarischen Institutionen, sie öffnen die Grenzen und garantieren die Freiheitsrechte, einschließlich eines vernünftig beschränkten Privatbesitzes. Alles andere: das McDonald-Netz, die Arbeitslosigkeit, die Peep-Show kommen von selbst.*''

Einseitige versus blockübergreifende Abrüstung

Die neue strategische Qualität des Stationierungsbeschlusses US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa hat eine einzigartige Voraussetzung für die Breite des Widerstandsbündnisses gegen die Stationierung geschaffen: Anhänger gleichgewichteter Rüstungskontrolle konnten gegen diese Vorrüstung gemeinsam mit jenen protestieren, die ihren Widerstand als einseitige Abrüstungsstrategie verstanden. Der Einpunktcharakter der Bewegung ließ die jeweilige Einschätzung der Kriegsgefahr, der Politik der Großmächte sowie möglicher Abrüstungsszenarios in den Hintergrund treten. Seit der Stationierung haben diese Fragen an Gewicht gewonnen, und die friedenspolitischen Divergenzen zwischen den verschiedenen Teilen der Friedensbewegung haben zugenommen.

Wir sehen hier einmal von jenen Kräften ab, die einen Frieden im Rahder Friedensbewegung haben zugenommen.

Wir sehen hier einmal von jenen Kräften ab, die einen Frieden im Rahmen der Blockordnung für möglich halten, wenn sie deren Konfrontationspotential auch durch atomwaffenfreie entmilitarisierte Zonen und weitgehende Rüstungskontrolle senken wollen. Doch weder ein Rapacki-Plan noch der Palme-Plan, verschiedene Konzepte zur Minderung der militärischen Konfrontation an der Nahtstelle der Blöcke, stellten deren Existenzberechtigung selbst in Frage. Oberste Maxime ist die ,,gleiche und gemeinsame Sicherheit'' und ein ,,Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau'', eine Vorstellung, die auch bei den staatstragenden und moskauorientierten Teilen der Friedensbewegung auf weitgehende Zustimmung stößt.

Demgegenüber vertreten linke, alternative und pazifistischen Friedensgruppen ein klares Konzept einseitiger Abrüstung. Ihre Friedensarbeit wendet sich unmittelbar gegen Herrschaftsapparat und Militarismus im eigenen Land. In Ländern wie Österreich und der Schweiz steht deshalb der Kampf gegen die Militarisierung der Gesellschaft, Rüstungsexporte und Aufrüstung ihrer Armeen im Vordergrund, in Stationierungsländern der NATO der Kampf gegen Atomraketen sowie der Austritt aus dem Militärbündnis, das zur aggressiven Absicherung des Systems ungleicher internationaler Arbeitsteilung dient. ,,Kein Frieden mit der NATO'' lautet demzufolge die Parole, der sich immer größere linke und ,,unabhängige'' Teile der bundesrepublikanischen Friedensbewegung anschließen. Eine Schwächung des Militarismus im eigenen Land, unabhängig von Vorleistungen oder Bedingungen an andere Länder und fernab von der Rüstungsdiplomatie der Abrüstungsverhandlungen, wird als Beitrag und Voraussetzung für einen weltweiten Entspannungsprozeß begriffen. Abrüstung bedarf einer inneren Zersetzung der Militärmaschinen, nicht einer scheinbaren Angleichung der Rüstungspotentiale, wenn dem Militarismus Grundlagen und Machtmittel gleichzeitig entzogen werden sollen.

In deutlichem Widerspruch befindet sich das Konzept einseitiger Abrüstung auch zu jenen Vorstellungen blockübergreifenden Handelns, wie sie europaweit von END (European Nuclear Disarmament) und den Russell-Gruppen, in der BRD von Teilen der Grünen, in Österreich von der UFI propagiert werden. Ihr blockübergreifender Ansatz unterscheidet sich von klassischen Modellen gleichgewichteter Abrüstung lediglich dadurch, daß sie ihn mit der Forderung nach einer gleichzeitigen Auflösung der Blöcke verbinden. Die Vorstellung, daß die Bundesrepublik einseitig aus der NATO austreten sollte, ist für UFI-Mitarbeiter Breuer ein Illusion, während er die utopische Idee einer gleichzeitigen Auflösung der Militärblöcke für langfristig verwirklichbar hält: ,,*Auf unserem Kontinent sind nur ausgewogene Lösungen durchsetzbar.*'' (Zukunft Nr. 5/1985) Die Auswirkungen einer solch ,,ausgewogenen'' Herangehensweise sind nur allzu offenkundig: Forderungen bleiben notwendigerweise schwammig, entlasten die eigene Regierung von jeglicher Verantwortung, indem die Kriegsgefahr lediglich der Blockkonfrontation zugeschrieben wird und die Forderung an die eigene Regierung an Zugeständnisse der anderen Seite gebunden wird. Das Gleichgewicht, als solches ohnedies nur durch eine unzulässige Verengung des Blickwinkels auf die europäische West-Ost-Konfrontation faßbar, wird zum Fetisch und lähmt reale antimilitaristische Initiativen, die — sollen sie ein unmittelbares Zeil vor Augen haben — notwendigerweise einseitig sein müssen. Einseitig gegen die jeweiligen Wurzeln und Ausformungen des Militarismus, unabhängig von Gleichgewicht, Gegenleistung und Blocklogik, die in den Köpfen so mancher ,,Unabhängiger'' tief verwurzelt ist. Ebenso tief verwurzelt wie das Sendungsbewußtsein, die westlichen bürgerlichen Freiheiten zur Maxime einer Beurteilung der osteuropäischen Gesellschaften zu machen.

Wir meinen, daß mit einer solchen Herangehensweise den osteuropäischen Basis- und Oppositionsbewegungen nicht gedient ist. Klar ist: wir unterstützen die Forderungen der osteuropäischen Opposition, ihren Widerstand gegen Militarisierung und für Demokratisierung ihrer Gesellschaften, ihren Kampf gegen Repressionen ihrer Regierungen und Einmischungen der UdSSR. Dieser Kampf ist unterstützenswert als ihre Form des einseitigen Widerstands gegen den Herrschaftsapparat einer bürokratisierten Gesellschaft — im Sinne einer internationalen Zusammenarbeit verschiedener Friedens- und Oppositionsbewegungen. Voraussetzung unserer Unterstützung ist jedoch, daß wir auch unsere Regierungen bzw. die ihnen nahestehenden militärischen und wirtschaftli-gungen. Voraussetzung unserer Unterstützung ist jedoch, daß wir auch unsere Regierungen bzw. die ihnen nahestehenden militärischen und wirtschaftlichen Bündnissysteme mit einseitigen Aktionen konfrontieren, unsere Unterstützung sich also aus unserer gemeinsamen Betroffenheit ableitet und nicht als wohlgemeinte ,,Befreiungsaktion'' für Osteuropa gedacht ist.

Wir plädieren damit für eine ***blockübergreifende Einseitigkeit***, die den unterschiedlichen Charakter der Bedrohung, die von NATO und Warschauer Pakt ausgeht, stets im Blickwinkel behält.

Schwierig wird diese Form der internationalen Zusammenarbeit zwischen westlichen und östlichen Basisbewegungen dort, wo osteuropäische Gruppen ihren Kampf um Demokratisierung und Menschenrechte, der notwendigerweise gegen ihre Regierungen und die Sowjetunion gerichtet sein muß, damit verwechseln, daß die UdSSR Motor der weltweiten Rüstungsdynamik und auch international gesehen Hauptfeind Nr. 1 ist.

Hier müssen sich auch demokratische osteuropäische Oppostitionsbewegungen von Solidarnosc bis Charta 77 unsere Kritik gefallen lassen, wenn sie ihre spezifischen osteuropäischen Blickwinkel gegenüber der Sowjetunion auf die Situation im Westen übertragen wollen. Die Bedrohung geht hier primär von der Expansionsdynamik eines kapitalistischen Weltsystems aus, dessen Reproduktionsgrundlage die Verfügbarkeit über weltweite Märkte voraussetzt. Auch Österreich kann sich trotz seiner Neutralität und Größe dieser Logik nicht entziehen. Zentraler Ansatzpunkt unserer Friedensarbeit ist deshalb nicht die Sowjetunion, deren Weltmarktverflechtung eine relativ geringe ist und die selbst eine eher periphere Rolle im System internationaler Arbeitsteilung einnimmt, sondern jene Form des Militarismus, die von den westlichen Staaten und Regierungen sowie dem System ungleicher Arbeitsteilung ausgeht.

Längst wäre es an der Zeit, diese unterschiedliche Betroffenheit west- und osteuropäischer Basisbewegungen und die Konflikte, die sich aus den verschiedenen Blickwinkeln ergeben, miteinander zu diskutieren. Grundlage einer solchen Diskussion muß die Überwindung eines eurozentrischen Standpunktes sein, der in westlichen Friedensbewegungen wie in osteuropäischen Oppositionsbewegungen gleichermaßen weit verbreitet ist. Diese Diskussion trotz Kontroversen zu führen, scheint uns dem Ziel, einer Beseitigung der Militärblöcke näherzukommen, dienlicher als das kritiklose Einstimmen in die Beweihräucherung eines Mitteleuropa, gegen dessen ,,neutralen Militarismus'' wir in Österreich tagtäglich anzukämpfen haben.

Hannes Hofbauer
und Andrea Komlosy

Demokratische Sozialisten zur Bundestagswahl
Gegen Kandidatur der Friedensliste

Auf dem 4. ordentlichen Bundesparteitag der „Demokratischen Sozialisten", der am 10./11. Mai 1986 in Gummersbach stattfand, wurde im Rahmen einer ausführlichen Debatte zur Anfang 1987 stattfindenden Bundestagswahl die nachstehende Entschließung zur Position der D.S. gegenüber d er Friedensliste und deren angekündigter Kandidatur gefaßt.

Die Anfang 1987 stattfindende Bundestagswahl wird, auch schon in ihrem Vorfeld während des Wahlkampfes, zu einer wichtigen politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik werden, in der sich auch klassenpolitische Interessen widerspiegeln. Die Alternative auf der parlamentarischen Ebene ist klar: Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik oder Ablösung der CDU/CSU/FDP-Regierungspolitik durch eine Mehrheit von SPD und Grünen.

Aufgabe der DS wird es sein, in diese Auseinandersetzung, die große Teile der Bevölkerung aktivieren wird, einzugreifen, um die Mobilisierung gegen die jetzige Regierung zu unterstützen und voranzutreiben und die klassenpolitischen Hintergründe der ,,Wendepolitik'' deutlich zu machen. Wir müssen Vorstellungen entgegentreten, die von einer SPD-Grünen-Mehrheit eine völlig andere Politik erwarten, zumal in den letzten Jahren auch in Teilen der Linken und der sozialen Bewegungen die Illusionen in Veränderungen durch parlamentarische Arbeit wieder gestiegen sind. Auch bei einer veränderten Regierungskonstellation werden wir nur durch außerparlamentarischen Druck und Massenmobilisierungen unsere Forderungen und die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung erkämpfen können.

Angesichts der dargestellten Bedeutung dieser Bundestagswahl muß die DS als Partei Stellung nehmen zu den Vorhaben der Friedensliste. Nicht zuletzt auch deswegen, weil Genossinnen und Genossen der DS in führenden Positionen der Friedensliste engagiert sind.

Der Bundesparteitag der Demokratischen Sozialisten erklärt:

1. Die Orientierung der Friedensliste, die Frage der Friedenssicherung zum Hauptthema der Bundestagswahl zu machen, wird der politischen Situation bei dieser Wahl nicht gerecht. Die DS werden vielmehr darauf orientieren, durch Initiativen gegen die Regierungskoalition und für eine Zusammenarbeit SPD und Grüne in die Wahlauseinandersetzung einzugreifen.
2. Die von der Friedensliste beschlossene Erststimmen-Kandidatur kann angesichts der politischen Polarisierung nicht die generelle Linie der DS im Wahlkampf sein. Eine Konzentration unserer Kräfte auf den Aufbau von Initiativen für eine SPD-Grüne-Parlamentsmehrheit hat daher Priorität. Andere Wahlkampfaktivitäten, wie die Unterstützung einer Erststimmenkandidatur der Friedensliste, sind als individuelles Engagement möglich.
3. Eine mögliche Aufstellung von Landeslisten der Friedensliste (Zweitstimmen-Kandidatur) hält die DS für politisch falsch. Vor allem deshalb, da sie nicht an den Hauptpunkten der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen anläßlich der Bundestagswahl ansetzt und zu einer Zersplitterung der Kräfte gegen die Regierungskoalition auf der Wahlebene beitragen würde.

Diskussionsbeitrag:
Die Linke und die Wahl

(...)
Anders als Margaret Thatcher in Großbritannien oder Ronald Reagan in den USA ist es Kohl nicht gelungen, die Hegemonie über die öffentliche Meinung zu erlangen. Daher ist eine Abwahl der jetzigen Regierung bei den nächsten Wahlen durchaus möglich.

Es ist klar, daß die einzige Alternative in einer SPD-geführten Bundesregierung liegt. Illusionen über die SPD sind hier fehl am Platz. Die SPD setzt voll auf die Integration konservativer Wähler/innen/schichten (,,kritische Unternehmer'', so Glotz). Die Wahl des Kanzlerkandidaten Rau kennzeichnet diese Orientierung. Dennoch, eines wird mit der SPD nicht möglich sein: die effektive Schwächung der Gewerkschaften im Sinne des Kapitals. Bei einer SPD-geführten Bundesregierung hätten wir einen größeren Spielraum, auf den technologischen Umbau des Kapitalismus zu reagieren bzw. in ihn einzugreifen. Die Ablösung der Kohl-Regierung muß daher vordringliches Ziel aller Sozialist/inn/en sein.

Eine solche Ablösung ist nur unter folgenden Bedingungen möglich:

1. Die Grünen müssen wieder in den Bundestag einziehen, da Raus Gefasel von einer absoluten Mehrheit nicht ernst genommen werden kann.
2. Die Grünen müssen einen sozialdemokratischen Kanzler ohne Vorbedingungen mitwählen; dies ist die einzige Möglichkeit, die SPD in die Regierung zu zwingen. Ob weitergehende Formen der Zusammenarbeit (Tolerierung, Koalition) erfolgen, ist Sache der Grünen.
3. Unsere Stimme kann keinesfalls an die SPD gehen, da dies nur den Rau-Flügel in der SPD stärkt.

Abgesehen von allen taktischen Überlegungen stehen uns die Grünen auch inhaltlich näher, vor allem in der existenzbedrohenden Umweltfrage, der Ablehnung jeglicher Nutzung der Kernenergie, aber auch in sozialen Konzepten (Frauenfragen, Sozialpolitik) wie in der Friedenspolitik (NATO-Frage u.a.).

So wollen wir den Wahlkampf angehen:

1. Als Sozialisten benennen wir vieles, so die Kapitalverhältnisse, womit die Grünen sich schwertun. Es ist uns deshalb wichtig, einen eigenständigen Beitrag zum Wahlkampf zu leisten, der sozialistische Analysen berücksichtigt.
2. Am ehesten sind politisch von den Grünen unabhängige Wähler/innen/initiativen geeignet, für die Grünen zu mobilisieren.

Zum einen brauchen sie keine Inhalte aufzugeben, die nicht den Grünen Parteibeschlüssen entsprechen, zum anderen können sie das Druckpotential sein auf diejenigen Kräfte bei SPD und Grünen, die eine Zusammenarbeit in der oben beschriebenen Form nicht wollen.

3. Neben SPD und Grünen gibt es nach Auffassung der DS keine Spielräume für weitere Kandidaturen. Eine Teilnahme der ,Friedensliste' an der Bundestagwahl hält die DS für politisch falsch.

Auch thematisch wird die ,Friedensliste' den Ansprüchen an die Wahl nicht gerecht. Der Frieden wird nicht das zentrale Thema des Wahlkampfes sein. Zur klassenpolitischen Auseinandersetzung hat die ,Friedensliste' jedoch kein Konzept. Auch auf ein klares Nein zur NATO ließ sich die ,Friedensliste' bislang nicht festlegen; zur Ökologie hat sie nichts Vorwärtsweisendes beizutragen.

4. Ein Scheitern dieses Konzeptes ist keine Niederlage. Sollte die SPD eine Neuauflage der Großen Koalition oder die Neuauflage einer SPD/FDP-Regierung anstreben, könnten Sozialisten davon noch profitieren; die SPD enthüllte damit ihre im innersten kapitalistische Politik.

Jens Gessner/Ralf Fischer
Demokratische Sozialisten Marburg
(Von der Redaktion gekürzt)

''Flammende Frühlingsboten''

Erklärung zu einem Anschlag gegen NATO-Einrichtungen in Westberlin

„Global denken, lokal handeln!" Unter dieser Parole unternahm eine Gruppe, „die flammenden Frühlingsboten", am Ostermontag einen Brandanschlag auf eine Übungsgeisterstadt der Westberliner Polizei. Die Aktion blieb von der Presse weitgehend unbeachtet. Das liegt zum einen sicher an den bescheidenen konkreten Auswirkungen, zum andern an den Tatsachen, die die Gruppe mit ihrer Aktion ins Licht rückt: Methoden und Umstände der Kooperation von Polizei und NATO in der Vorbereitung und Einübung des unerklärten Bürgerkrieges.

Wir dokumentieren die Erklärung im Anschluß auszugsweise.

Erklärung

Wir fangen erstmal mit dem obligatorischen Satz an, also! Wir, eine militante Anti-Kriegsgruppe haben in den frühen Morgenstunden am Ostersonntag auf dem Übungsgelände der West-Berliner Bullen in Spandau/Radelandstr. drei Brandsätze in der dortigen Geisterstadt plaziert. Vorgenommen haben wir uns vier Objekte, wir haben eine Skizze dieser Bullengeisterstadt angefertigt, die Objekte, die wir flambieren wollten, sind mit * versehen.

Die Häuser der Geisterstadt sind alle einstöckig und gemauert, teilweise ohne Türen und Fenster. Die Geisterstadt vermittelt nachts den Eindruck einer idyllischen Waldsiedlung unter hohen Kiefern. Dieses Bild, das wir dort nachts in uns aufnahmen, zerreißt sofort, wenn mensch daran denkt, daß hier tagsüber die Bullen (die bürgerliche Presse spricht von „Polizeitechnikern") mit Stahlhelm, Übungshandgranaten und Maschinenpistolen bewaffnet, den paramilitärischen Einsatz für den Krieg gegen Teile der Bevölkerung üben. Diese Geisterstadt existiert seit wenigstens 20 Jahren.

Genossinnen und Genossen — in den Tagen unserer Aktion ist viel passiert. Erstmal wurde am Morgen des Ostersamstag das Zeltlager in Wackersdorf geräumt und 280

gen unserer Aktion ist viel passiert. Erstmal wurde am Morgen des Ostersamstag das Zeltlager in Wackersdorf geräumt und 280

Leute festgenommen. Wir freuen uns, daß wir in der darauffolgenden Nacht eine Geisterstadt der Bullen ramponieren konnten, und somit solidarische, praktische Grüße nach Wackersdorf schickten. Ansonsten waren rege Anschlagsbewegungen autonomer Aktivisten dieses Wochenende in West-Berlin zu verzeichnen — wir begrüßen das aufs schärfste — (womit wir selbstverständlich nicht den menschenverachtenden Anschlag auf ein Deutsch-Arabisches Büro in Kreuzberg meinen.)

Einer unserer Brandsätze war mit zwei Benzinkanistern im Keller eines Gebäudes deponiert, in welchem sich auch zwei Öltanks befanden. Wir hofften gerade bei diesem Objekt auf größeren Schaden. — Leider haben wir es versäumt, die Feuerwehrschläuche auf dem Gelände zu zerschneiden / es befinden sich 2 Hydranten in der Geisterstadt. Es kann also sein, daß da noch einiges gelöscht wurde. Wie dem auch sei, wir sind z.Zt. nicht in der Lage, das nachzuprüfen und die Bullenmeldungen in den Zeitungen sind nicht unbedingt glaubwürdig.

Die 2. Geisterstadt in West-Berlin befindet sich im Süden, im Ortsteil Lichterfelde-Süd, an der Osdorferstr. Auf dem 2 Quadratkilometer großen militärischen Übungsgelände, das seit 1953 im Besitz der amerikanischen Armee ist, haben sich die Militärs von West-Berliner Baufirmen eine 80.000 qm große Geisterstadt bauen lassen. Das Übungsgelände nennen die Militärs „parks range", die Geisterstadt „doughboy-city". Doughbos-city wurde Anfang der 70er Jahre gebaut. 1983-85 wurde die Stadt erweitert.

Vom einstöckigen Flachbau bis zum fünfstöckigen Hochhaus, gemauert, aus Fertigbetonteilen, existieren hier alle West-Berliner Haustypen, ferner ein Rathaus, ein kompletter S-Bahnhof mit Gleisanlagen, und seit März 1986 ein „Kampfübungstheater"; das ist eine Schießhalle mit computergesteuerten „Trainingsgeräten". Die Geisterstadt ist mit einem Tunnelsystem versehen, daß in die militärischen Übungen mit einbezogen wird. Geübt wird in doughboy city an 275 Tagen im Jahr — Aussage der Armee —. Das „Trainingsprogramm" hat den Militärbegriff „mout" heißt: **Militärische Operationen im Stadtgebiet.**

Wie sieht das praktisch aus?

Amerikanische Soldaten sickern durch das Tunnelsystem in die Stadt ein, und „säubern" mehrere Häuser von „feindlichen subversiven Elementen", mittels MP, Handgranaten oder Rauchbomben. *Oder:* Ein von „subversiven Elementen" besetztes Haus wird von den West-Berliner Bullen umstellt, nach einer Lautsprecherdurchsage — gestürmt. *Oder:* GIs mit aufgepflanztem Bajonett, 5 Meter hinter ihnen ein Wasserwerfer der Bullen, gehen gemeinsam gegen eine Demo vor. *Oder:* Schwere Panzer walzen eine Barrikade aus Autos nieder, schießen nachrückenden Militärs den „Weg frei" etc.!

Zu diesem Stadtkampftraining werden auch amerikanische Soldaten aus der BRD nach West-Berlin eingeflogen. In West-Berlin stationierte britische und französische Einheiten trainieren hier auch und zwei Mal im Jahr (Frühjahr und Herbst) anläßlich der großen alliierten Manöver bildet doughboy-city den Manöverabschluß.

Die 3. Geisterstadt ist das Stadtkampfübungsgelände „fighting city Ruhleben" der britischen Armee. Es grenzt direkt an die Bullenkaserne Ruhleben. Anfang der 60er Jahre standen dort nur Holzhäuser, seit Herbst 1980 wird „fighting city" massiv ausgebaut. Jetzt siehts so aus, daß hier vom gemauerten Einfamilienhaus mit Vorgarten bis zum 7stöckigen Hochhaus mit Hubschrauberlandeplatz, von ner Dorfkirche, einem S-Bahnhof, einer Hochbahntrasse mit U-Bahnwaggons, einem Kanalbett mit Brücke, die Geisterstadt dem Stadtbild West-Berlin weitgehend angeglichen ist. Die Übungen gleichen denen in der amerikanischen Geisterstadt.

Das Ausbildungs- und Trainingsprogramm für den Stadtkampf der Bullen und Natomilitärs in den drei Geisterstädten hier in West-Berlin und deren Einsatz hier auf den Straßen oder in den Städten in anderen Nato-Ländern, wie Nordirland, Frankreich etc., ist *ein* Instrument der Herrschenden zur Bewältigung sozialer Krisen und den daraus folgenden Protesten, bis zu militanten, bewaffneten Aufständen. Ein anderer wichtiger Faktor ist ihre Analyse von uns, dem Widerstand, was sich an Widersprüchen von Teilen der Bevölkerung zum System an konkreten Fragen auftut. Wie sie sich darauf perspektivisch vorbereiten müssen. (Arbeiterunruhen, Straßenkämpfe, militante Demos etc. ...). Der Häuserkampf 1980 - 83 und der gleichzeitige Ausbau in den Geisterstädten ist sicherlich kein Zufall.

Bis zu Beginn der 80er Jahre fanden noch Häuserkampfübungen mitten in bewohnten Gebieten, wie Kreuzberg, Schöneberg etc. statt, in Abrißhäusern, oder auch in teilweise bewohnten Häusern. — Mit zunehmender Stärke der Häuserbewegung und Schiß vor unkontrollierbaren Konflikten, wurden die Übungen in die Geisterstädte verlegt. Ausnahme bilden da nur die französischen Militärs, die nach wie vor in Reinickendorf und Wedding Straßenkampfübungen durchziehen.

In Wessiland

existieren auch mehrere Geisterstädte, in Baden-Württemberg wurde in den 50er Jahren ein Dorf von den amerikanischen Militärs beschlagnahmt, die Bevölkerung umgesiedelt. Dieses Dorf ist jetzt militärisches Übungsgelände!

Weitere Geisterstädte soll es in Nordbayern und in der Lüneburger Heide geben. Die britische Armee hat in Sennelager (ist in der Nähe von Paderborn) eine Geisterstadt getreu einer nordirischen Kleinstadt, genannt tin-city, nachgebaut. In tin-city — Blechstadt — ist alles vorhanden, was eine nordirische Kleinstadt auszeichnet: von Parolen an den Wänden, Straßenbeleuchtung, Telefonzellen, bis zu den Stahlblechwänden, die zwischen den protestantischen und katholischen Vierteln gezogen sind. Britische Rekruten werden hier ausgebildet für den Einsatz gegen militante Demos, Verhalten gegenüber Heckenschützen, Barrikadenkämpfe etc. für den Krieg in Nordirland, im Land des NATO-Partners BRD.

Publik wurde tin-city im Frühjahr 1984 in der BRD-Presse, als BGS-Einheiten dort den Einstatz gegen streikende Arbeiter trainierten, aktuell war damals der Streik der Arbeiter für die 35-Stunden-Woche.

Schweiz

In der Neuen Züricher Zeitung vom 22.2.1985 stand die Meldung, daß für die Schweizer Militärs auch ein „Beton-Dörfchen" von insgesamt 27 Häusern gebaut wird, in Reppischtal, scheint in der Nähe von Zürich zu liegen. Zweck und Ziel ist identisch mit denen in der BRD und in West-Berlin.

Zum Schluß nach Holland:

Am 26.9.1985 eröffnete der holländische Innenminister offiziell ein Übungsgelände für die ME's (paramilitärische Bulleneinheiten) in Ossendrecht, 30 km östlich von Amsterdam. Dort wurde eine Geisterstadt erbaut, Größe zwei Hektar, bestehend aus zwei Stadtgebieten mit den Namen Boomard und Vogelwyk. Boomard hat einen offenen Stadtcharakter mit Platz und darauf mündenden Straßen. Vogelwyk besteht aus einem Geschäftszentrum mit umliegenden Gassen und Straßen, Kneipen, eine Bank, ein Rathaus, ein Botschaftsgebäude, Hochhaus, ein Wohnblock mit Reihenhäusern, Straßenbeleuchtung, Telefonzellen und Verkehrsampeln. Zentral in der Geisterstadt steht das Hauptgebäude, aus dem die verschiedenen Übungen der Bullen geleitet werden, mittels Lautsprecheranlage. Ferner gibt's dort eine Videoüberwachungsanlage. Die Ausbildung gleicht in etwa der in der BRD und West-Berlin.

Unseren Informationen nach scheint es nur perfekter und auf den neuesten Stand gebracht zu sein, sowohl die Ausbildungsprogramme als auch die Technik in der Geisterstadt. Als sie noch im Bau war, haben sich Genossinnen und Genossen einen Bulldozer geklaut und in der Geisterstadt aufgeräumt. Sachschaden 100.000 Gulden. Außerdem sind noch Parolen gesprüht worden.

Zurück in diese „unsere" Stadt.

Wir fänden es gar nicht schlecht, wenn ihr euch ein bißchen mehr darum kümmert, was hier so militärisch in West-Berlin abläuft — daß es Geisterstädte gibt, wißt ihr nun, daß dieselben ständig „verbessert", erweitert werden auch, und daß auch wir damit gemeint sind, wogegen die Militärs und Bullen da üben, dürfte auch einleuchten.

Anschlag auf NATO-Depot

Baupläne geklaut

Macht da eine neue Generation von Untergrund-Aktivisten von sich reden? Nach den „flammenden Frühlingsboten" nun die „Autonomen Waldläufer": Sie überfielen ein in Bau befindliches NATO-Munitionsdepot in Sachsenhagen/Schaumburg-Lippe, zerstörten die Baufahrzeuge, klauten die Bauunterlagen und verschickten die Berichte ihrer Aktion samt Dokumentafion der Unterlagen an die Presse.

Laut „Schaumburger Nachrichten", die dem Ereignis eine erstaunlich ausführliche und sachliche Berichterstattung widmeten, hinterließ die Gruppe am Ort des Geschehens einen Bekennerbrief, in dem es u.a. hieß: „*Die aktion richtet sich gegen den ausbau der militärischen infrastruktur in der brd.*" Derartige Einrichtungen wie das Depot dienten „*nicht nur zur stärkung der militärischen überlegenheit gegenüber dem ostblock, sondern vor allem als logistische basis für kriegerische eingriffe in den ländern der sog. dritten welt und des nahen ostens. jüngstes beispiel ist das koordinierte vorgehen der nato-staaten gegen libyen.*" Auf den Protest müßten jetzt konkrete Handlungen folgen. Die Erklärung schloß mit den Worten: „*sabotiert, wo ihr könnt.*"

Ein Zusammenhang zum harten Kern des Terrorismus bestehe nicht, wußten die Schaumburger Nachrichten unter Berufung auf Verfassungsschüt-

Kern des Terrorismus bestehe nicht, wußten die Schaumburger Nachrichten unter Berufung auf Verfassungsschüt-

zer zu melden. Es habe aber zuvor Bürgerproteste gegen die Anlage des Depots gegeben. Eine von dieser Seite angestrengte Klage vor dem Bundesverfassungsgericht sei jedoch dort als ausssichtlos verworfen worden. Das Verwaltungsgericht Hannover habe den beantragten Baustopp abgelehnt. Staatssekretär Würzbach vom Bonner Verteidigungsministerium habe den Bau damit begründet, daß „ im Rahmen der Vorneverteidigung bereits im Frieden in den möglichen Gefechtsstreifen der Einsatzverbände ein einsatznahes, raum- und flächendeckendes Versorgungsnetz geschaffen werden muß." Schließlich könne die kämpfende Truppe nur geringe Mengen an Munition und Versorgungsgütern mit sich führen.

Erstaunlich, welches schon fast sympathisierend anmutende Interesse das Provinzblättchen der Aktion entgegenbringt. Da wollen wir nicht zurückstehen. Im Folgenden dokumentieren wir die Erklärung, die die Gruppe „Autonome Waldläufer" ihrer an die Presse versandten Dokumentationsmappe beilegte, sowie Einzelstücke aus den Unterlagen.

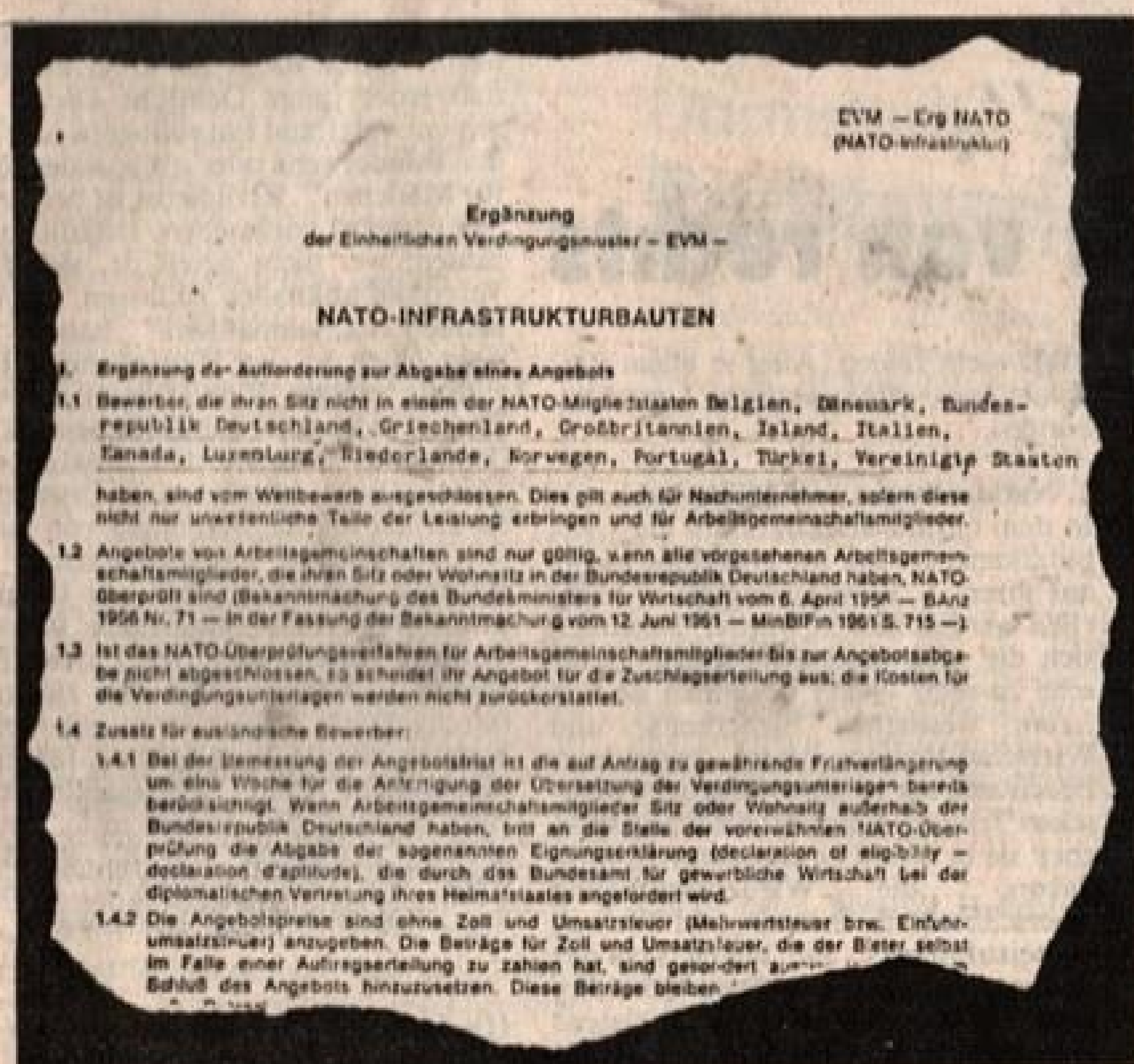
Am letzten Aprilwochenende haben wir der Baustelle des Munitionsdepots in Sachsenhagen (35 km westlich von Hannover) einen Besuch abgestattet. Wir haben dort für größeren Sachschaden gesorgt. Da wir nicht einsehen, daß der Bevölkerung Einzelheiten über dieses Depot vorenthalten werden, haben wir die Baupläne entwendet. Diese stellen wir der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. Das Muni-Depot wurde schon vor 1975 geplant (siehe Lageplan Zufahrtsstraße). Also schon lange bevor das offizielle Vertragswerk vorgelegt wurde. 1985 wurde der Auftrag vergeben und im Februar 86 mit dem Bau begonnen. Voraussichtlicher Fertigstellungstermin ist der 10. Nov. 86 (na, wenn das man hinhaut!) — Aus den Plänen geht hervor, daß es sich um 26 Munitionslagerhäuser der Typen MLH-180, MLH-90, MLH-60 mit einer Gesamtlagerfläche von 3990 qm² handelt. Die Installationen sind gemäß den Bestimmungen für US-genutzte Munitionslagerhäuser durchzuführen.

Auftraggeber ist der Bundesminister für Verteidigung, vertreten durch das Staatshochbauamt Bückeburg. Die Auftragssumme des Bauvorhabens beträgt ca. 7,5 Mio. DM. Die Firma Polensky & Zöllner ist an folgenden weiteren militärischen Bauvorhaben beteiligt: Militärgelände Spolsen, Munitionsdepot Zetel (Oldenburg), Flugplatz Achum, Hubschrauberlandeplatz Minden, Bw 84 (Bundeswehr) Braunschweig.

Wie aus der Leistungsbeschreibung hervorgeht, ist das Bauvorhaben Bestandteil des Ausbaus der NATO-Infrastruktur in der BRD. Im Rahmen des NATO-Infrastrukturprogrammes werden Munitions-, Waffen- und Ge-

Infrastruktur in der BRD. Im Rahmen des NATO-Infrastrukturprogrammes werden Munitions-, Waffen- und Ge-

rätelager, Flugplätze, Fernmeldeeinrichtungen und andere NATO-Anlagen geplant, finanziert, gebaut und unterhalten. Allein in diesem Jahr zahlte die BRD über 800 Mio. DM für dieses Programm — ohne die Ausgaben für die Infrastruktur der Bundeswehr. Mit dem Löwenanteil des NATO-Infrastrukturprogrammes wird das US-Programm POMCUS (Vorausstationierung von überseeischem Material in Form kompletter Einheiten) finanziert. Dazu gehört die Vorverlegung von US-Depots zur DDR-Grenze, wie die Neuschaffung von Depots zur Voreinlagerung von Munition und Gerät für zusätzliche US-Divisionen, die im Krisenfall die jetzigen 4 US-Divisionen verstärken sollen. Für 3 US-Divisionen wurde dies schon 1978 beschlossen. Zusätzlich bilateral vertraglich geregelt wurde dies 1982 mit dem „Wartime Host Nation Support"-Abkommen, in dem sich die BRD verpflichtete, für den Bau dieser Vorauseinlagerungsdepots und Anlagen extra finanzielle Aufwendungen zu erbringen und im „Friedensfall" 1500 und im „Krisenfall" knapp 100.000 Reservisten zur Verfügung zu stellen (zur Bewachung von Depots, zur Aufrechterhaltung der Truppenversorgung etc.). Siehe auch die Aussagen im beiliegenden Zeitungsartikel zum Sachsenhäger Munitionsdepot.



EVM — Erg NATO
(NATO-Infrastruktur)

Ergänzung
der Einheitlichen Verdingungsmuster – EVM –

NATO-INFRASTRUKTURBAUTEN

1. Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

1.1 Bewerber, die ihren Sitz nicht in einem der NATO-Mitgliedstaaten Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Türkei, Vereinigte Staaten haben, sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. Dies gilt auch für Nachunternehmer, sofern diese nicht nur unwesentliche Teile der Leistung erbringen und für Arbeitsgemeinschaftsmitglieder.

1.2 Angebote von Arbeitsgemeinschaften sind nur gültig, wenn alle vorgesehenen Arbeitsgemeinschaftsmitglieder, die ihren Sitz oder Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben, NATO-überprüft sind (Bekanntmachung des Bundesministers für Wirtschaft vom 6. April 1956 — BAnz 1956 Nr. 71 — in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Juni 1961 — MinBlFin 1961 S. 715 —)

1.3 Ist das NATO-Überprüfungsverfahren für Arbeitsgemeinschaftsmitglieder bis zur Angebotsabgabe nicht abgeschlossen, so scheidet ihr Angebot für die Zuschlagserteilung aus; die Kosten für die Verdingungsunterlagen werden nicht zurückerstattet.

1.4 Zusatz für ausländische Bewerber:

1.4.1 Bei der Bemessung der Angebotsfrist ist die auf Antrag zu gewährende Fristverlängerung um eine Woche für die Anfertigung der Übersetzung der Verdingungsunterlagen bereits berücksichtigt. Wenn Arbeitsgemeinschaftsmitglieder Sitz oder Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, tritt an die Stelle der vorerwähnten NATO-Überprüfung die Abgabe der sogenannten Eignungserklärung (declaration of eligibility — declaration d'aptitude), die durch das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft bei der diplomatischen Vertretung ihres Heimatstaates angefordert wird.

1.4.2 Die Angebotspreise sind ohne Zoll und Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer bzw. Einfuhrumsatzsteuer) anzugeben. Die Beträge für Zoll und Umsatzsteuer, die der Bieter selbst im Falle einer Auftragserteilung zu zahlen hat, sind gesondert ... Schluß des Angebots hinzuzusetzen. Diese Beträge bleiben ...

Der ,,Krisenfall'' ist in diesem Abkommen nicht auf das NATO-Gebiet beschränkt. Die BRD fungiert als Drehscheibe für US-Truppen, die bei militärischen Einsätzen (z.B. im Nahen Osten) hier Munition und Gerät aufnehmen sollen. All dies ist Bestandteil der aggressiven AIR-LAND-BATTLE-Doktrin, die es ermöglichen soll, bei einer Eskalation in einem Krisengebiet den nächsten eingeplanten Weltkrieg zu gewinnen und richtet sich das mit auch ganz konkret gegen den Warschauer Pakt. Wer sich den Interessen der USA und ihrer europäischen Freunde in den Weg stellt, soll gefügig gemacht werden, wie auch die jüngsten Ereignisse in Libyen zeigen. Dabei geht es nicht um die vielzitierte Terrorismusbekämpfung, sondern um die militärische Beherrschung des Mittelmeerraumes. Dies bedeutet die Unterdrückung und Verelendung von Millionen Menschen und die Installierung des kapitalistischen, sogenannten demokratischen Systems weltweit. Jedes Mittel ist recht, damit der Profit gesichert bleibt.

Zur Veränderung dieser Strukturen reicht Empörung allein nicht aus. Wir wollen Sand im Getriebe sein und einen breiten Widerstand gegen dieses menschenfeindliche System entwickeln.

FÜR DIE SOUVERÄNITÄT DER VÖLKER!!
RÜCKZUG ALLER US-TRUPPEN; WELTWEIT!!
KEINEN FRIEDEN MIT DER NATO!! (Raus aus der NATO!)
FÜR DEN AUFBAU EINER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG!!

RAF: Achtung Selbstkritik!

Unglaublich. Unerwartet. Von uns bedauerlicherweise mehrere Monate übersehen: In der Januar-Ausgabe von ,,*Zusammen kämpfen, Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa*'' findet sich unter der Überschrift ,,*An die, die mit uns kämpfen*'' eine ausführliche neue Stellungnahme der RAF zu der von ihr vorgenommenen Erschießung des GI Pimental im August 85. Der Text wird von ihr und der sie umgebenden Szene offensichtlich als Selbstkritik verstanden.

Der GI Pimental war von einem Kommando der RAF vor der Durchführung eines Anschlags auf die Frankfurter NATO-Airbase im August 85 erschossen worden, weil, wie die RAF es damals begründete, ,,*wir seine ID-Card gebraucht haben, um auf die air base zu fahren.*'' ,,*Alle müssen begreifen, daß Krieg ist, und sich entscheiden.*'' (1)

Die Linke, auch große Teile der sich mit einer west-europäischen Guerilla identifizierenden Szene, kritisierte die Erschießung des Soldaten, wenn auch in unterschiedlicher Schärfe. Politisch nicht vermittelbar, militaristisch, tendenziell von faschistischen Anschlägen nicht mehr unterscheidbar, so lauteten die Vorwürfe. Noch im Oktober 85 hatte die RAF in einem Interview der Alternativzeitung ,,s'blättle'' nochmals die gesamte Aktion als Notwendigkeit im internationalen Klassenkrieg gerechtfertigt. Die bis ins Vorfeld der RAF selbst laut gewordene ,,Unsicherheit und Kritik'' sei nur ,,*Ausdruck*

gerechtfertigt. Die bis ins Vorfeld der RAF selbst laut gewordene ,,Unsicherheit und Kritik'' sei nur ,,*Ausdruck*

der eigenen Distanz zur Wirklichkeit des Krieges.''

Das neuere Papier von Anfang des Jahres dagegen gibt sich diskussionsbereit. Es steigt mit selbstkritischen Tönen ein, die aufhorchen lassen. Solche Töne kannte mensch bisher von der RAF nicht:

,,*wir sagen heute*'', heißt es in der Einleitung des Textes, ,,*daß die erschiessung des gi in der konkreten situation im sommer ein fehler war, der die wirkung des angriffs gegen die airbase und so die auseinandersetzungen um die politisch militärische bestimmung der aktion, wie der offensive überhaupt, blockiert hat.*

es ist klar: den gi zu erschiessen, war ein schritt zur eskalation, der selbst strategische qualität hat — weil er bedeutet, den krieg gegen den us-imperialismus zu verschärfen in dem sinn, dass für uns alle angehörigen der us-streitkräfte an jedem ort und zu jeder zeit militärische angriffsziele sind.

d i e s e n (2) schritt mit ,praktischer notwendigkeit' zu begründen, ist politisch unmöglich, weil er nur aus einer umfassenden politischen und strategischen bestimmung kommen kann, was aber heute nicht der subjektiven entwicklung des widerstands und der objektiven situation hier entspricht.''

Es habe von ihnen nicht vermittelt werden können, daß es bei der ,,*bestimmung des angriffs*'' gegen die Airbase ,,*ganz präzise*'' um den Schritt gegangen sei, ,,*die zentren, basen der us-kriegsmaschine und diejenigen truppen, die unmittelbar im krieg zwischen revolution und imperialismus stehen, anzugreifen.*''

Die ,,*widersprüchlichkeit in den bestimmungen*'' der Aktion habe ,,*wie ein klotz in allen diskussionen wirken*''müssen, konzediert die RAF. Diese Widersprüchlichkeit habe ,,*die orientierung der aktion verwischt und so natürlich — verstärkt dadurch, dass wir die id-card losgeschickt haben, ohne was dazu zu sagen — der staatsschutzpropaganda und auch einem haufen arschlöcher in der linken die munition geliefert für ihren Versuch, den widerstand an der Erschiessung des gi zu spalten, unseren fehler gegen die einheit der revolutionären front, in der der widerstand und wir uns im winter einen entscheidenden schritt weitergebracht haben, auszuspielen.*''

Die ,,Bestimmung der Aktion'', d.h. ihres praktischen und politischen Zwecks, sei also im Wesentlichen korrekt gewesen: Nachdem man eigenem Verständnis zufolge schon im Winter 1984/85 eine ,,Offensive'' unternommen (zu deutsch: mehrere Aktionen durchgeführt) hatte, sollte diese ,,Offensive'' im Sommer 1985 fortgeführt werden. Der Anschlag auf die Airbase ist diesem Verständnis nach nicht bloß ein Anschlag auf eine einzelne Militäreinrichtung, sondern nimmt die beachtliche Dimension eines ,,*angriffs gegen die us-militärstrategie*'' an. Man ist dergleichen erstaunliche Mutationen eines einfachen, begrenzten Vorgangs in eine weltbewegende Angelegenheit aus der linksradikalen Tradition und speziell auch von Seiten der RAF schon gewohnt. Es handelt sich um große Dinge, nämlich die ,,*Eröffnung der revolutionären Front in Europa*'' und den ,,*strategischen durchbruch der westeuropäischen guerilla*''

Es handelt sich darum, daß nach Vietnam ,,tendenziell'' die ganze Welt zum Kriegsschauplatz zwischen dem Imperialismus einerseits, den Befrei-

Vietnam ,,tendenziell'' die ganze Welt zum Kriegsschauplatz zwischen dem Imperialismus einerseits, den Befrei-

ungsbewegungen und der ,,guerilla'' auf der anderen Seite geworden sei. ,,*das ist der prozess, in dem die imperialistische macht zersplittert wird - durch die tendenz zur vereinheitlichung der kämpfe an allen abschnitten ... indem die front hier angreift, erschüttert sie die handlungsfähigkeit des gesamsystems, zersplittert seine kräfte — und in der dialektik der entwicklung des kampfs auch seine militärische macht, hier im imperialistischen zentrum ... die front hier kann verhindern, dass sie* (die Imperialisten) *die politischen und militärischen voraussetzungen dafür schaffen, den krieg an allen fronten zu führen.*'' Kleine Ursachen, große Wirkungen, kann man dazu nur noch sagen.

In diesen Zusammenhang will die RAF auch die Erschießung des US-Soldaten einordnen. Pragmatisch betrachtet ging es ja einfach um Folgendes: man hatte mutmaßlich mithilfe von Alkohol und sexuellen Verlockungen, einen GI abgeschleppt, um ihm den Ausweis zu klauen und später dank dieses Ausweisesin den US-Stützpunkt eindringen zu können. Nun entstand die Frage, was man mit dem Verschleppten machen sollte. Man entschied sich zur barbarischen Lösung des ,,Umlegens''. In der Denkweise der RAF gewinnt diese Handlungsweise gegenüber einem einzelnen, wehrlosen Mann eine strategische Dimension: indem man den GI Pimental ,,erledigte'', eröffnete man eine neue strategische Etappe, nämlich den Vernichtungskrieg gegen jeden einzelnen US-Soldaten.

Diese hochgestochene Interpretation ist erstens offenkundig falsch: einzelne US-Soldaten zu erschießen, wäre vergleichsweise einfach, wenn eine bewaffnete Gruppe es systematisch darauf anlegen würde. Tatsache ist aber, daß solche Aktionen nach der Ermordung des GI Pimental nicht stattgefunden haben, diese Tat also völlig vereinzelt steht. Die Interpretation ist zweitens nicht glaubwürdig: Sie verwechselt Krieg mit Mord — ein Irrtum, der freilich naheliegt. Aber dennoch: Die Tötung eines Gefangenen gilt überall eindeutig und unbestritten als Kriegsverbrechen. Um nichts anderes handelte es sich, wenn man überhaupt die militärischen Kategorien der RAF akzeptieren will, im Fall des GI Pimental. Der RAF müßten diese Dimension und die Konsequenzen eigentlich klar sein, da sie selbst ausdrücklich den Kriegsgefangenen-Status für ihre gefangenen Kämpfer fordert. Sicher nicht mit der Intention, daß es denen dann so gehen soll wie dem GI Pimental.

Was von der Aktionskritik der RAF bleibt, ist dies: ein einzelner praktischer Fehler wird zur Entscheidung für eine ,,strategische Eskalation'' aufgeblasen. Die Ermordung eines besoffenen GI mutiert zur Kriegseröffnung gegen die gesamte US-Armee. Diese Kriegseröffnung, beharrt die RAF, entspricht eigentlich den strategischen Notwendigkeiten. Falsch sei sie in erster Linie deshalb gewesen, weil sie heute noch nicht der ,,subjektiven entwicklung des widerstands'' entspricht. ''Widerstand'' meint hier ganz eng begrenzt das Vorfeld der RAF und verwandter Gruppen.

Da die Erschießung Pimentals also eigentlich richtig, nämlich globalstrate-

wandter Gruppen.

Da die Erschießung Pimentals also eigentlich richtig, nämlich globalstrate-

gisch notwendig war, bleibt kaum mehr übrig als ein Vermittlungsproblem. Sie habe es versäumt, schreibt die RAF, ,,*genauer politisch klarzumachen, wie wir den angriff bestimmt haben*'', und sich zur Erschießung Pimentals zu erklären, ,,*so dass keiner mehr wissen konnte, ob es eine counter-aktion war*''. Daß die Tat als solche mit einer ,,counter-aktion'' (des Staates oder von Faschisten) zu verwechseln gewesen sei, wird somit ausdrücklich zugegeben. Diese Unsicherheit hat aber nicht bloß damit zu tun, daß es dazu zunächst keine erläuternde ,,Kommando-Erklärung'' der RAF gab, sondern auch mit der Tat als solche. Also müßte von der RAF eigentlich die Frage beantwortet werden: Warum wäre die Erschießung Pimentals unter den gegebenen Umständen auch als ,,counter-aktion'' denkbar gewesen? Welches Interesse hätten Staatsagenten oder/und Faschisten daran haben können, so wie hier geschehen einen einzelnen GI einzufangen und dann ,,umzulegen''? Anders gefragt: inwiefern und warum ist hier im Namen der RAF so gehandelt worden, wie vorstellbarerweise auch von Staatsagenten oder/und Faschisten hätte gehandelt werden können? An diesem Punkt wird das Fragen und Nachdenken doch erst spannend.

Anmerkungen

1) AK 262, S.9 ff, ,,Eine neue Qualität des Terrorismus?'' — Artikel zur Sache und Dokumentation der Erklärung zu Pimental.
2) Gesperrt im Original des RAF-Textes.

Anzeige

Teufel Descartes

Betr.: Stammheim-Artikel in der April-Ausgabe, Seite 1

Hallo Freunde!
Ich bin erleichtert, daß Ihr die Kritik an Aust, die sein ,,Werk'' am besten kennzeichnet, daß er nämlich die ,,Selbstmordfrage'' in den Hintergrund befördert und damit übliche ,,Vergangenheitsbewältigung'' betreibt, nunmehr am Anfang eines Artikels entsprechend benennt. Anzumerken bleibt allerdings, daß Ihr Euch selbst gleich darauf auf Kosten von Wahrheit (als Richtschnur) und Klarheit (in Sachen Richtschnur) vor bürgerlichen Popanzen verbeugen müßt.
1. Ohne ,,Rechtsanwalt'' wäre die Klarstellung auch möglich gewesen oder? (,,Mit'' ist natürlich sehr gut — als Ergänzung und Fortsetzung dessen, was wir schon — bzw. noch — wissen)
2. Euer Ruf soll nicht verkommen, er ist eine schöne Anforderung — nur sei es bitte der, den Ihr bei den Lesern habt (oder was ist mit denen?), und wieder nur als Ergänzung des Rufs, den Ihr bei der bürgerlichen Journalisten-Prominenz habt, ja?
3. — Und dies ließ mich zur Feder greifen: Was bei allen Teufeln soll der — in diesem Zusammenhang — saublöde Filosof Descartes als Motto (Überschrift!) und letzte Begründung — man muß sagen opportunistischer Rechtfertigungsversuch — für unsere Zweifel ?!! Wir zweifeln in diesem Fall doch nicht, um daran oder dabei zu merken, daß wir existieren, oder nur dadurch vielleicht oder so etwas, was vielleicht einen Artikel — von mir aus auch auf der ersten Seite — wert wäre. Nein, wir haben für diese Zweifel doch ganz und gar handfeste politische und in einer ganz anderen Weise existenzielle Gründe, Anlässe und Motive, die durch Eure tastende Anbiederung an bürgerliche alte und neue Prominenz in einen gepflegten Nebel getaucht werden: Sehr unklar und so, ob die schlichte Wahrheit schon nur deswegen, weil sie uns was angeht, uns betrifft (und ,,unser Land'' usw.), Grund genug ist, gegebenenfalls massive Zweifel an (eventuellen) Beschwichtigungsstories auszubreiten. — Nun sagt bitte nicht, Descartes hätte das auch so ähnlich gemeint: Das Zitat suggeriert jedenfalls bürgerlichen Sumpf, den Ihr vielleicht für modern oder undogmatisch haltet.

Dennoch natürlich kein ,,RF!'', sondern verbindliche Grüße!
J., Bremen

"Die Republikaner": Neuer Sammlungsversuch von rechts

Als im Jahr 1983 der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Strauß maßgeblich an der Gewährung neuer Kredite für die DDR beteiligt war, kam es in Teilen der CSU zu einer gewissen Unruhe. Diese Kräfte verstanden die Welt nicht mehr: Er, Strauß, sonst ein Garant für eine konsequent antikommunistische Ostpolitik, als „Transmissionsriemen" für „Gelder an den Osten"? Natürlich hatte sich Strauß nicht vom Saulus zum Paulus in Sachen „Kommunismus" gewandelt, sondern er hatte nur zum x-ten Male praktiziert, was in der CSU seit Jahr und Tag üblich ist: nämlich, daß er ohne große Absprache innerhalb der CSU Politik macht, wie er es für richtig hält. Daß plötzlich einige CSU-Mitglieder hier nicht mehr klar kamen, war eigentlich allein ihr Problem. Zu diesen CSU-„Dissidenten", die mit Strauß'scher Taktik nicht ganz zurecht kamen, gehörte der Niederbayerische CSU-MdB Handlos, der aufgrund der „DDR-Kredite" sich aus der CSU verabschiedete. Zusammen mit dem ehemaligen Redakteur des Bayerischen Rundfunks (BR) Schönhuber, der wegen der Veröffentlichung seiner Waffen-SS-Erinnerungen („Ich war dabei") vom BR entlassen wurde (zu deutlich wurde in dem Buch die „gute alte Zeit" beschworen), gründete Handlos im November 1983 die Partei „Die Republikaner". Von Anfang an war klar, daß es sich bei der neuen Gruppierung um eine stramm rechts stehende Organisation handeln würde, die sich als neuer Sammlungsversuch der „nationalen Rechten" verstand, um Deutschland (wieder einmal) „vor dem Untergang zu retten".

Neuanfang mit Schwierigkeiten

Neuanfang mit Schwierigkeiten

Schon bald nach Gründung der „Republikaner" kam es zu Rivalitäten zwischen dem Vorsitzenden der Partei, Handlos, und seinem Stellvertreter Schönhuber. Für Handlos ging es wohl in erster Linie darum, die zum Teil bestehende Unzufriedenheit innerhalb von CSU und CDU mit der Rolle von Strauß für die „Republikaner" zu nutzen. Dagegen orientierte der Ex-Redakteur Schönhuber mehr auf die „alten" und „neuen Kameraden". Dies führte dazu, daß in einigen Orten ganze NPD-Gliederungen geschlossen zu den „Republikanern" überwechselten und so die neue Gruppierung in der Öffentlichkeit gleich ins rechte Licht rückten, was für die Zielsetzung Handlos, nämlich ins bäuerlich-konservative und klerikale Klientel der CSU einzubrechen, nicht sonderlich hilfreich war. Daraufhin und auch wegen persönlicher Rivalitäten der beiden Köpfe der Partei, trat Handlos aus den „Republikanern" aus und gründete die „Freiheitliche Volkspartei", was sein endgültiges Aus bedeuten dürfte. Anfangs wurden den „Republikanern" noch diverse Chancen eingeräumt, der CSU bei Wahlen einige Prozentpunkte abzuknappern, doch mittlerweile sieht es nicht mehr danach aus, auch wenn die Partei „optimistisch" in die Zukunft blickt. Dieser Optimismus wurde durch den Übertritt einiger Bremer CDU-Mitglieder gestärkt, was dazu geführt hat, daß die „Republikaner" in der Bremer Bürgerschaft mit zwei Abgeordneten vertreten sind.

Was wollen die „Republikaner"?

Schaut mensch sich die Inhalte und Ziele der Partei an, so wird deutlich, daß die zwei tragenden Säulen ihrer Politik Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus sind. Daneben gibt es eigentlich nur Wischi-Waschi-Aussagen und ein Konglomerat, wie mensch es auch von anderen bürgerlichen Splitterparteien kennt (z.B. „Stärkung des Mittelstandes" etc). Zu den „Altparteien" (in der Lesart der „Republikaner") fällt ihnen nur ein, daß „die Union versucht mit ihrem Kanzler ‚Tu Nix' die Lehrstellengarantie herbeizuzaubern", die SPD „entdeckt gerade wieder einmal Opa Marx", die FDP sei „nicht wendig, sondern profillos und windig" und auch die Grünen werden schon zu den „Altparteien" gezählt. „Die Grünen sagen ‚Baum' und meinen ‚Kampf gegen das System' ", so jedenfalls sehen es die „Republikaner". Die „Republikaner sind Deutsche, die ihr Land lieben, ihm dienen wollen und nicht an ihm verdienen". Diese Art bürgerlicher „Selbstlosigkeit" ist allerdings hinlänglich bekannt. In ihrer Zeitung „Der Republikaner", die in einer Auflage von 80.000 Stück erscheinen soll (lt. eigenen Angaben), geht es um Altbekanntes: „Volk ohne Nationalstolz? Der deutsche Minderwertigkeitskomplex" wird in der Nr. 3/86 wieder einmal bejammert; in einem Artikel über die „Arbeit des Verfassungsschutzes" wird festgehalten: „Völlig unerklärlich ist es, daß die Grünen übehaupt nicht im Verfassungsschutzbericht auftauchen." Schließlich gibt es bei den Grünen einen „starken linksextremen Flügel", „dessen Hauptakteure aus der K-Gruppen-Szene stammen ...". Auch die als Hansdampf in allen rechten Gassen bekannte Psychagogin Christa Meves darf natürlich nicht fehlen: Unter der Überschrift „Familienpolitik nach linken Rezepten" geht es über „mütterfeindliches Frauenbild in Bonn" auch unter der neuen Familienministerin Süssmuth (CDU). Weiter wird der „verderbliche" Einfluß der ‚Frankfurter Schule" mit ihrer „Verbindung von Neomarxismus und Psychoanalyse" kritisiert; ob die Deutschen (endlich) „aussterben" ist selbstverständlich auch für die konservativen und christlichen „Republikaner" ein zentrales Thema. Die letzte Seite ist dann „interessanten und empfohlenen" Büchern gewidmet. U.a. findet sich da „Vertreibungsverbrechen an Deutschen", Günter Rohrmosers (einer der konservativen „Vordenker") „Das Debakel" und nicht zuletzt Hellmut Diwalds „Mut zur Geschichte". Alles in allem ein Potpourri aus der schwarz-braunen Giftküche, wie mensch es aus der „Deutschen Stimme" oder der „Deutschen Wochen-Zeitung" kennt.

Alles in allem ein Potpourri aus der schwarz-braunen Giftküche, wie mensch es aus der „Deutschen Stimme" oder der „Deutschen Wochen-Zeitung" kennt.

Die zwei tragenden Säulen der „Republikaner": Rassismus und Chauvinismus

Nun zu den eigentlichen Essentials ihrer Politik. Wie gesagt, geht es ihnen in der Hauptsache um eine Propagierung des Rassismus mit durchaus antisemitischem Zungenschlag (für die „alten Kameraden" Schönhubers aus der Waffen-SS?) und ums Dauerthema der Rechten: der „nationalen Frage".

1. Ausländerfeindlichkeit
Einer der wesentlichen Bereiche gesellschaftlicher Auseinandersetzung der letzten Jahre ist der Bereich der Arbeitsimmigranten und Asylanten. Gerade hier wird von allen faschistischen und reaktionären Gruppierungen versucht, eine populistische Strategie zu entwickeln. Zuhilfe kommt ihnen dabei die reaktionäre staatliche Ausländerpolitik, die — demokratisch legitimiert versteht sich — auf leisen Sohlen daherkommt. In der Praxis aber genau Vorarbeiten für eine rassistische Massenagitation des gesamten rechten Spektrums leistet (siehe z.B. die Äußerungen des ehemaligen Innenministers von Westberlin Lummer im „Spiegel"). Die in weiten Gebieten der BRD und besonders auch Bayerns betriebene Asylantenpolitik schafft die Voraussetzungen, um rassistische Stimmungen zu schüren. Diese latente Fremdenfeindlichkeit, in Deutschland ja bekanntlich nichts neues, wird von Gruppierungen wie den „Republikanern" aufgegriffen. Unter der Überschrift „Überfremdung der Bundesrepublik" heißt es in einem Flugblatt der „Republikaner": „Die Rückkehrförderung für Ausländer ist gescheitert. Besonders stark schwillt der Zustrom von Asylbewerbern an. Kommt es zur geplanten Freizügigkeit gegenüber der Türkei, werden weitere Millionen von Gastarbeitslosen in die Bundesrepublik fluten. Die nationale Identität der Deutschen ist in Gefahr." Hier wird zweierlei sichtbar: Mit dem Begriff „Millionen" soll eine gigantische „Invasion" suggeriert werden, welche, „da ja nicht einmal für die Deutschen genug Arbeit da ist", „uns dann auf der Tasche liegen". Ähnliches kennt mensch von den „Argumenten" der „Ausländer-Stopp-Listen". Weiter wird in einem „10-Punkte-Forderungskatalog" unter 1. gefordert: „Arbeitsplatzbeschaffung durch Zuzugsbeschränkung, Ausländerbegrenzung und eine strengere Asylgesetzgebung". Die Affinität zu beispielsweise den französischen Faschisten der „Front National" unter Le Pen wird hier sichtbar. In einem Flugblatt der „Republikaner" zur „Ausländerpolitik in Deutschland und ihre Auswirkung auf die weitere Existenz der Nation" wird weiterhin gefordert: „Keine weitere

publikaner" zur „Ausländerpolitik in Deutschland und ihre Auswirkung auf die weitere Existenz der Nation" wird weiterhin gefordert: „Keine weitere

Zuzugsmöglichkeit der Familienangehörigen aus Nicht-EG-Ländern. Familienzusammenführung nur noch im Herkunftsland, d.h. Rückführung der hier lebenden Familienangehörigen."

In der Wahlrechtsfrage für Ausländer gehen die „Republikaner" gar soweit zu fordern, „über Wahlrecht (für Ausländer, Anm. von R.) darf nicht weiter diskutiert werden (!), da es deutschfeindlich ist."!! Und noch einmal auf das Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der BRD eingehend, wird behauptet, daß „Millionen Türken (bereits) auf ihren Koffern sitzen", um in die BRD zu kommen.

Hierbei handelt es sich um die übelste Art von Rassismus und hier ist deutlich die Grenze zum offenen neofaschistischen Rassismus überschritten. Natürlich darf bei all dem ein Verbot politischer Betätigung für Ausländer in der BRD nicht fehlen. Alles in allem Rassismus pur, ohne taktische Umschreibungen.

2. Nationalismus und Militarismus
In dem Grundsatzprogramm der „Republikaner", das im November 1983 auf ihrem 1. Bundeskongreß in München verabschiedet wurde, bekennen sich die „Republikaner" dazu, Deutsche zu sein. Weiter bekennen sie sich „zum westlichen Sicherheits- und Wirtschaftssystem unter besonderer Beachtung der zu überwindenden deutschen Teilung. Klar und eindeutig sprechen sie in ihrem Grundsatzprogramm davon, „die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit herbeizuführen". Sie bieten sich der Bourgeoisie als neue Speerspitze im Kampf um die „Befreiung des Ostens von kommunistischer Gewalt" an und versuchen so, mit der „Stahlhelm-Fraktion" der CDU/CSU ins Geschäft zu kommen. Nachdem eifrig drauflos gepowert wird, zeigt sich in ihrem „Dreistufenplan zur Wiedervereinigung Deutschlands" eine Seite, die aus mancher „linken Deutschland-Diskussion" so oder ähnlich bereits bekannt sein dürfte. U.a. wird da vorgeschlagen bzw. gefordert: „Abschluß eines Kulturabkommens, Übernahme gegenseitiger kommunaler Patenschaften, Entsendung gesamtdeutscher Sportmannschaften (sic!, die Goldmedaillen will man schon vor der offiziellen Wiedervereinigung für sich verbuchen können!), um schließlich als „Vorstufe" der „Wiedervereinigung" (unter kapitalistischen Vorzeichen versteht sich) so was ähnliches wie den „Deutschen Bund von 1815" ins Leben zu rufen. Die Spinnereien gehen in dieser Richtung noch weiter; deutlich wird jedoch jetzt schon: Neben Evergreeens aller rechten Gruppen, werden auch „Denkanstöße" aus der „linken Deutschlanddiskussion" in die Argumentation aufgenommen.

Gepaart ist dieser Nationalismus mit einem Militarismus, der sich wohl vornehmlich an „alte" und „neue Kame-

mentation aufgenommen.

Gepaart ist dieser Nationalismus mit einem Militarismus, der sich wohl vornehmlich an „alte" und „neue Kame-

raden" richten soll. Ähnlich wie die NPD in den 60er Jahren streben die „Republikaner" danach, eine „Soldatenpartei" zu werden. „Einsparungen im Verteidigungsbereich" sehen bei den „Republikanern" so aus, daß „die Rüstungsabteilung im Bundesverteidigungsministerium mit dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" zusammengelegt wird und so ein „einheitliches Rüstungsamt" geschaffen wird. Auch würde man, ginge es nach den „Republikanern" gern die beiden Bundeswehrunis in Hamburg und München auflösen, um diese durch eine Militärakademie zu ersetzen. (Das ist kein Witz, das meinen die ernst!) Selbstverständlich wird der Kriegsdienst ganz hoch gehalten. „Wehrdienst ist Dienst an unserem Land, an unserem Volk, an unserem freiheitlichen Staat und an der Aufrechterhaltung des Friedens". „Die Republikaner vertreten daher die Überzeugung, daß jeder junge Deutsche Dienst an seinem Vaterland tun soll; entweder bei der Bundeswehr oder als soziales Jahr für Mädchen". Zivildienst ist bei ihnen nicht (mehr) vorgesehen. Letztlich soll zahlen, wer nicht bereit ist, sich fürs Vaterland abknallen zu lassen. Als besonderes „Schmankerl" halten sie dann noch in der Hinterhand: „Der Einsatz einiger Pionierbataillone der Bundeswehr, z.B. zur Hilfe beim Straßenbau in befreundeten Staaten der Dritten Welt, ist ebenso in Erwägung zu ziehen wie die Verteilung von landwirtschaftlicher Überproduktion im Rahmen der EG", aber nur deshalb um „durch Ausbildungsflüge für die Transportgeschwader der Luftwaffe" sorgen zu können. Was hier ziemlich durchgeknallt daherkommt, ist nichts anderes als die Vorbereitung für eine ideologische und propagandistische Einstimmung des Volkes auf „neue, größere Aufgaben" für die Bundeswehr! Was Dregger recht ist, scheint den „Republikanern" nur billig ...

Und sonst?

Abgesehen von den oben beschriebenen „herausragenden" Vorstellungen der „Republikaner" findet mensch ansonsten mehr oder minder reaktionäre und arbeiterfeindliche Positionen. Für die Sozialpolitik stellt sich das so dar: „Entsprechend den finanziellen Möglichkeiten (!) der öffentlichen Haushalte und unter Beachtung der Grenzen der Belastbarkeit für die Wirtschaft (!) und die Arbeitnehmer wollen wir durch eine bürgernahe und personalbezogene Sozial- und Gesellschaftspolitik den Erfordernissen der Zukunft gerecht werden. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft bildet dabei die Grundvoraussetzung für die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates." Darüberhinaus soll ein „wirksamer Abbau der hohen Arbeitslosigkeit" durch „Liberalisierung der Arbeitszeit" und anderen — bereits aus dem Kapitalistenlager bekannten — Schoten erreicht werden. Daß die „Republikaner" gegen jedes Selbstbestimmungsrecht (z.B. § 218 u.a.) der Frauen sind, braucht, glaube ich, nicht besonders betont zu werden. Um die Knechtung der Arbeiterklasse weiter voranzutreiben, fordern die „Republikaner" die Einführung eines „Arbeitsdienstes"

braucht, glaube ich, nicht besonders betont zu werden. Um die Knechtung der Arbeiterklasse weiter voranzutreiben, fordern die „Republikaner" die Einführung eines „Arbeitsdienstes"

nach faschistischer Manier. „Durch gezielte Großaufforstungsvorhaben unter Einsatz von Arbeitslosen soll einem zu erwartenden Absterben ganzer Baumregionen entgegengewirkt werden."?! Und an anderer Stelle noch einmal: ‚Heranziehung von Arbeitslosen zu öffentlichen Arbeiten, z.B. Waldaufforstungen."

Zum Thema „Atomenergie" schweigen sie sich weitgehend aus. Als „Voraussetzung für den Einsatz der Kernenergie" fordern sie eine „gesicherte Endlagerung"; ansonsten die „Entwicklung der Solarenergie". Auch bei öffentlichen Versammlungen hält sich namentlich ihr „Führer" und Spitzenkandidat Schönhuber beim Thema „WAA" merklich zurück. Gefordert wird lediglich ein „Volksentscheid", daran habe sich die Regierung zu orientieren ... Im weiteren: Fehlanzeige!

Zusammenfassend: Alter Kack in nicht mal so neuem Frack

Was die „Republikaner" insgesamt so zu bieten haben, reicht nicht über bereits von anderen rechts-konservativen bis reaktionären Gruppierungen (z.B. „Bund Freies Deutschland", „Konservative Aktion" u.ä.) bekanntes hinaus. Trotzdem ist abzuwarten, wie sich ihre Mischung aus „sich treu gebliebener CSU" und „moderater NPD" bei den nächsten Landtagswahlen in Bayern — zu der die „Republikaner" antreten wollen — „bewähren" wird. Festzuhalten bleibt: Bei den „Republikanern" handelt es sich um eine jener Gruppierungen, die als Bindeglied zwischen Konservatismus und Neofaschismus dienen kann. Die immer wieder von der „nationalen Rechten" aufs Tablett gebrachte Zielsetzung einer „Sammlung aller nationalen Kräfte" über die einzelnen Parteigrenzen hinaus, findet auch hier ihren Niederschlag. Daß ihnen bis heute eine aussichtsreiche Gallionsfigur (z.B. so was ähnliches wie F.J. Strauß) fehlt und ihnen letztlich ihre eigene Unfähigkeit zu schaffen macht, entbindet die Linke nicht davon, solche Entwicklungen aufmerksam zu beobachten.

R., KB/Gruppe Nürnberg

(Alle nicht ausgewiesenen Zitate stammen aus Flugblättern, der Zeitung „Der Republikaner" Nr. 3. und 4/86, sowie dem Grundsatzprogramm der Partei)

Wähler fragen den Kanzler:

Wo bleibt die Wende?

- Millionen Bürger wählten CDU/CSU, weil sie sich die Abkehr von sozialistisch-liberalistischer Mißwirtschaft erhofften. Aus Hoffnung ist Enttäuschung geworden. Das Ansehen der Regierung Kohl sinkt rapide. Was sind die Gründe?

Arbeitslosigkeit, Inflation, Schulden!

- Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist nicht gelungen. 17 000 bundesdeutsche Firmen gingen 1984 pleite, mehr als je zuvor. Inflation, Steuern und Abgaben fressen Lohnerhöhungen weg. Die Staatsverschuldung ist nach wie vor ruinös. Während sich Abgeordnete als Diätengreifer selbstbereichern, werden Senioren mit 1,4 Prozent Rentenerhöhung abgespeist — bei 2,5 Prozent Preissteigerung. Dem Abbau von Sozialleistungen für den Bürger steht die Vettern- und Pfründenwirtschaft der Flickparteien gegenüber.

Ausverkauf deutscher Interessen!

- Von „Wende" in der Ostpolitik keine Spur, sondern: Milliardenzahlungen an kommunistische Regime, ohne Gegenleistung. Aufgabe gesamtdeutscher Rechtsansprüche. Brüskierung der Vertriebenen. Auch im Westen nichts Neues: Innerhalb von EG und NATO dürfen die Deutschen am meisten zahlen und am wenigsten sagen.

Überfremdung der Bundesrepublik!

- Die Rückkehrförderung für Ausländer ist gescheitert. Besonders stark schwillt der Zustrom von Asylbewerbern an. Kommt es zur geplanten Freizügigkeit gegenüber der Türkei, werden weitere Millionen von Gastarbeitslosen in die Bundesrepublik fluten. Die nationale Identität der Deutschen ist in Gefahr.

REP

So kann es nicht weitergehen,
deshalb:
DIE REPUBLIKANER
Neue Kraft für Deutschland

Wer sind die Republikaner?

- Die REPUBLIKANER wurden im November 1983 in München gegründet.
- Die REPUBLIKANER tragen auch Verantwortung in Kommunalparlamenten von Bremerhaven bis Sonthofen.
- Die REPUBLIKANER sind eine Kraft demokratischer Erneuerung — national, konservativ, sozial und bürgernah.
- Die REPUBLIKANER, geführt von Franz Schönhuber, wollen auch Ihnen eine politische Heimat bieten.
- Wir REPUBLIKANER stellen uns der politischen Verantwortung

An
DIE REPUBLIKANER
Sandstraße 41
8000 München 2

Ich bitte um
☐ Zusendung von Informationsmaterial
☐ Zusendung des Aufnahmeantrages
☐ Einladung zu Veranstaltungen

Name:
Straße:
Ort:



Franz Schönhuber

Darmstadt:
Rechtsradikaler Bankdirektor beurlaubt

Erstaunliches tut sich in Darmstadt: Der Direktor der Darmstädter Volksbank, Klaus-Dieter Ludwig, wurde am 29.4.1986 erst einmal in Urlaub geschickt. Seine rechtsradikalen Umtriebe waren zunehmend zu einer Belastung für das Kreditinstitut geworden. U.a. der AStA der TU Darmstadt hatte seine Konten dort gesperrt.

Im Oktober 1985 hatte Klaus-Dieter Ludwig — KDL, wie er gern seine Machwerke unterschreibt — in Darmstadt eine Veranstaltung des „Hilfskomitees Südliches Afrika" organisiert, auf der u.a. der ehemalige NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden sein neuestes Buch signierte. Darüber hatte der hessische Rundfunk Anfang Januar 86 berichtet. Klappe zu — Affe tot? In diesem Fall eben nicht. Presse („Darmstädter Echo") und Antifaschisten hakten nach, stellten KDL zur Rede und entlarvten Schritt für Schritt seine Schutzbehauptungen, die da in etwa lauteten, er habe das ganze für einen Bekannten organisiert, er habe nicht gewußt, daß von Thadden käme, das „Hilfskomitee" sei ein rein humanitärer Verein, der auch schon oft Schwarzen gegen den Terror der SWAPO in „Südwestafrika" geholfen habe etc.pp.

Stück für Stück wurde enthüllt, was es mit diesem Bankdirektor auf sich hatte, der sich in seiner Unterlassungsklage gegen den hessischen Rundfunk pikanterweise von der Rechtsanwaltssozietät Gottfried Milde vertreten läßt — Gottfried Milde ist nicht nur CDU-Fraktionsgeschäftsführer im hessischen Landtag, sondern gleichzeitig auch im Aufsichtsrat des hessischen Rundfunks. Und völlig normal und unauffällig ist selbstverständlich auch, daß die Ehefrau des KDL CDU-Stadtverordnete in Darmstadt ist — ein Lump, wer schlechtes dabei denkt.

Bleiben wir also beim — hoffentlich für immer — beurlaubten KDL selbst: Als „Jugendsünde" bezeichnete dieser die Tatsache, daß er schon 1958 (damals 23 Jahre alt) im Bundesvorstand des Bundes Nationaler Studenten tätig war und ebenfalls im Kameradschaftsring Nationaler Jungendverbände. Der BNS wurde 1960 verboten. Daß KDL dort solche Nazi-Größen wie Martin Mußgnug, RA Stöckicht und Peter Dehoust kennenlernte, versteht sich. Der KNJ war damals der Dachverband der rechtsradikalen Jugendorganisationen wie Bund Heimattreuer Jugend und WIKING-Jugend. Doch bei dieser „Jugendsünde" ist KDL nicht geblieben: So gehört er zu den Gründern des „Hilfskomitees Südliches Afrika", das alles andere ist als ein humanitärer Verein.

Das Hilfskomitee Südliches Afrika

Das 1976 gegründete „Hilfskomitee Südliches Afrika" ist eines der zentralen Bindeglieder jener „Braunzone" zwischen traditionellem Neofaschismus und den rechten Rand der CDU/CSU (Detaillierte Informatio-

zwischen traditionellem Neofaschismus und den rechten Rand der CDU/CSU (Detaillierte Informatio-

nen zu dem Umtrieben dieses Vereins sind dem Buch „Wer mit wem? Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis" zu entnehmen, das über die Hamburger Satz- und Verlagskooperative bestellt werden kann, Preis: 17,80). Insbesondere durch seine alljährlich stattfindenden „Afrika-Seminare" wird diese Verbindung jedesmal bekräftigt. U.a. waren auf diesen Seminaren anwesend bzw. sandten Grußbotschaften die CDU/CSU-MdBs Lorenz Niegel, Hans Huyn, Paul Röhner, Todenhöfer, Hupka und Regenspurger.

Hauspostille dieses Vereins ist das für den gesamten Neofaschismus zentrale Blatt „Nation Europa", das von Peter Dehoust in Coburg herausgegeben wird und an dessen Gesellschaftskapital KDL mit 6% (= 3.000 DM) beteiligt ist. Er ist dort nicht nur als Unterzeichner für Spenden an die „notleidenden" „Deutschen in Südwest" vertreten, sondern auch eifriger Autor: So zeichnet er u.a. verantwortlich für die Artikel:

— 1979: Indochinaflüchtlinge: Menschenmassen als Waffen; Für eine neue Wirtschaftsordnung
— 1984: Vom Unsinn der Entwicklungshilfe
— 1985: Welthungerhilfe: Warum ich nicht spende.

Was KDL ansonsten in „Nation Europa" geschrieben hat, ist relativ schwer auszumachen, veröffentlicht er doch unter einer ganzen Reihe von Pseudonymen.

> Neben seinen vielen anderen Tätigkeiten ist Klaus Dieter Ludwig auch Geschäftsführer der „DEUTSCH-EUROPÄISCHEN STUDIENGESELLSCHAFT". Diese Gesellschaft ist dem „Verlag Deutsch-Europäischer Studien GmbH" angeschlossen, der wiederum KDL gehört. Und in diesem Verlag (Postfach 11 19 27, 2000 Hamburg 11) erscheint neben dem Mitteilungsblatt „DESG-Inform" auch die Zeitschrift „Junges Forum".
> Dieses „Junge Forum" ist seit Mitte der 70er Jahre ein zentrales Blatt der „Solidaristischen Volksbewegung". KDL's Beziehungen zur NPD, zum „Hilfskomitee Südliches Afrika" etc bekommen durch diese Tatsache ihr besonderes Gewicht.

Autor der „Neuen Rechten"

Interessant an KDL's Tätigkeit ist, daß er eben nicht gradlinig vom BNS über NPD (über eine etwaige Mitgliedschaft KDL's dort ist nichts bekannt) zum HSA und zu „Nation Europa" gekommen ist, sondern gleichzeitig Autor in diversen der sogenannten „Neuen Rechten" zuzurechnenden Blättern ist: So in „SOL" der Solidaristen, in „Neue Zeit", „DESG-Inform" u.a. Die „Neue Rechte" sind wesentlich rechtsradikale Theoriezirkel, die dem Faschismus ein „neues" theoretisches Konzept erarbeiten wollen. Für die heutige Diskussion der Rechten so zentrale Begriffe „Ethnopluralismus", „Nationale Identität" u.ä. wurden hier entwickelt; Begriffe, die darauf abzielen, dem Faschismus das Odium des spezifischen Hitlerfaschismus zu nehmen und neu gesellschaftsfähig zu machen. Gerade aus diesen Zirkeln der „Neuen Rechten" sind mancherlei merkwürdige „Begegnungen der dritten Art" zwischen Grüner Partei und Rechtsradikalen bekannt geworden (so u.a. in Westberlin).

Kein Wunder, daß KDL geradezu prädestiniert ist, z.B. in der Zeitschrift „neue zeit" (Heft 2/84) einen Artikel zu veröffentlichen mit dem vielsagenden Titel „Abschied von den Grünen".

Während die „Neue Rechte" sich nach dem Scheitern der „Aktion Widerstand" von der NPD abspaltete, entwickelten diverse Zeitschriften am rechten Rand der CDU/CSU ebenfalls in den 70er Jahren eine ganz ähnliche Tendenz, so u.a. „Student" und „criticon". Beide nehmen die bei der Rechten diskutierten Fragen der Ökologie, der „Nationalen Identität", des „Ethnopluralismus" auf, beobachten die Entwicklung der Protestbewegung, wenden sich tendenziell ab vom Revanchismus der Wiedereinverleibung verlorengegangener „deutscher" Gebiete hin zu einem Revanchismus der Atomisierung des RGW unter dem Deck-

hin zu einem Revanchismus der Atomisierung des RGW unter dem Deck-

mantel der „Selbstbestimmung" der dort lebenden Völker etc. Und alle diese Zeitschriften und Vereine orientieren sich mehr oder weniger an „Nation Europa" und dem „Hilfskomitee Südliches Afrika".

Gesprächskreis Rhein-Main

Großes Vorbild all dieser Bestrebungen ist dabei Frankreich, und zwar nicht erst seit den Wahlerfolgen von Le Pen. Insbesondere Alain de Benoist, Chefredakteur der „Nouvelle Ecole", der theoretischen Zeitschrift des französischen Nazi-Vereins GRECE gilt seit langem als Star dieser „neuen" Bestrebungen. Und eben diesem Alain de Benoist wollte der 1985 u.a. von KDL mitgegründete „Gesprächskreis Rhein-Main" am 23.3.1986 zu einer Veranstaltung zum Thema „Geistige Grundströmungen der französischen Neuen Rechten" vortragen lassen. Die Veranstaltung wurde angesichts der Aufdeckung von KDL's Umtrieben in der Öffentlichkeit vorsorglich abgesagt.

Dennoch hat der Gesprächskreis Rhein-Main seit seiner Gründung am 9.5.85 mindestens acht Veranstaltungen durchgeführt, so zu den Themen: „Nationale Identität", „Strategien deutscher Politik vor dem Hintergrund der besonderen Lage Deutschlands", „Die Grünen und die nationale Frage" (Referent: KDL), „Aktuelle Sicherheitspolitik" etc.pp.

Daß es sich bei diesem Verein eben nicht um eine — wie in einer Einladung zur Gründungsveranstaltung behauptet — „lockere Zusammenfassung geeigneter Personen ohne Bindung in Form einer Vereinsmitgliedschaft" handelt, sondern um einen gezielten Versuch, das Terrain für rechte Politik zu sondieren, wird schon an den Verantwortlichen deutlich:

— Alfons Huber, Kontaktadresse des GRM; 71-73 Bundesvorsitzender der JN, seit 84 Chef des Witikobundes in Hessen und Kandidat des Parteivorstandes der NPD;
— Mathias Quintus, 75-77 im Bundesvorstand der NPD, bis 73 Chef der NPD Hessen
— Lothar Lauck: ehemals Landesvorsitzender der JN in Hessen und 79 Kandidat für den Gesamt-Parteivorstand der NPD.

Da sitzt also ein illustrer Kreis beisammen, der nicht „nur" NPD-borniert zu denken gewohnt ist. So verhandelte 1973 u.a. Quintus mit dem CDU-Rechtsaußen K.F.Grau (unter mysteriösen Umständen verstorben) und dem damaligen Vorsitzenden des WITIKO-Bundes Leinsner über einen Wahlverzicht der NPD zugunsten der CDU. Und 1980 war es Grau, der für die Herstellung von angeblichen Juso-Wahlaufklebern („Lieber die Russen in Heilbronn als Franz-Josef in Bonn") die Hilfe örtlicher Nazis in Frankfurt in Anspruch nahm. Aus diesen NPD-Kreisen — daran sei am Rande erinnert — rekrutierten sich auch die militantesten Nazi-Terroristen, so u.a. die Gruppe um Walther Kexel.

Speziell der WITIKO-Bund, ein 1950 gegründeter „Geheimverein" von „Sudetendeutschen" ist immer mit im Spiel, wenn es um Kontakte zwischen NPD und anderen Rechten zu CSU/CDU geht. Lange Zeit selbst vom Verfassungsschutz als NPD-dominiert eingestuft, taucht er zwar in den VS-Berichten nicht mehr auf, seine Funktion aber ist geblieben. „Dominiert" ist er heute jedoch eher von der CSU/CDU. 1. Vorsitzender ist der langjährige CSU-Bundestagsabgeordnete Walter Becher, der seinen Weg dorthin über Haussleiters „Deutsche Gemeinschaft", über den „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" und die „Gesamtdeutsche Partei" fand.

Darmstädter Lokalkolorit oder mehr?

KDL ist beurlaubt und das hoffentlich für immer. Doch damit ist das Problem noch lange nicht vom Tisch. Er wird sein Problem sicher lösen können, war doch am Rande eines Treffens des (burschenschaftlichen) Coburger Convents (CC) zu vernehmen, daß KDL schon eine neue Stellung in Coburg angeboten bekommen hat.

Das Problem ist nun aber selbstverständlich nicht KDL und dessen Lebensunterhalt. Das Problem ist vielmehr, wie wir als antifaschistische Linke diese bislang erfolgreiche Arbeit in Darmstadt aufgreifen und fortführen. Denn insgesamt geht es bei den Aktivitäten des KDL um ein **Beispiel** für die Versuche des stramm rechten Lagers, rechts von der CSU wieder politikfähig zu werden. Daß es — übrigens seit Jahren! — genau darum geht, zeigt nicht zuletzt ein Beschluß auf jenem Darmstädter Treffen vom Oktober 85, das den „Fall KDL" ins Rollen gebracht hat. Als Ziel wurde dort nämlich formuliert, „einen unauffälligen Verein (zu gründen) mit einer interessanten Persönlichkeit an der Spitze", um in den Bundestagswahlkampf einzugreifen. Und in diese Richtung gehen noch eine Reihe anderer Bestrebungen: Erinnert sei an die Unzufriedenheit von Revanchisten anläßlich des „Schlesiertags" 85 über den Kurs der Bundesregierung, erinnert sei an die Konstituierung der „Konservativen Aktion" als Partei etc.

Es steht zu erwarten, daß diese Braunzone zumindest versuchen wird mehr Einfluß zu gewinnen und dabei wird der Kreis um „Nation Europa" eine sicher nicht unwichtige Rolle spielen. Inwieweit solche Versuche mehr sein können als die Organisierung von Hilfstruppen für die CDU, muß fraglich bleiben. Die antifaschistische Linke sollte sich aber rechtzeitig darauf einstellen, daß hier zur Bundestagswahl einiges anstehen könnte.

Mehr über die Darmstädter Ereignisse ist zu erfahren über:
Antifa-Initiative Darmstadt, Hauptpostlagernd, Postlagerkarte A 015327

E., KB Hamburg

Zimmer-Nr.	Vor- und Zuname	Beruf	Geburts-Datum	Geburts-Ort, Kreis	Staatsangehörigkeit	Wohnort	Zahl der ...	Personalausweis oder Reisepaß	Kraftfahrzeug-Kennzeichen	Tag der Ankunft	Tag der Abreise
53	[illegible]	–	28.11.46	Frankfurt	[illegible]	64 Frankfurt	[illegible]	–		12.10.	13.10.
56	Müller, Horst	–	4.10.51	[illegible]	deutsch	"	1	–		12.10.	13.10.
54	[illegible], Alan		8.6.52	"	"	"	1	–		12.10.	13.10.
16	[illegible], Annette		8.7.70	"	"	"	1	–		"	"
15	Michael [illegible]	Schüler	2.6.71	"	"	"	1	–		"	"
5	WAGNER, Waldemar	[illegible]	[illegible]	[illegible]	.	[illegible]	–	–	–	12.10.	13.10.
44	Sommerfeld		23.8.48	[illegible]	deutsch	[illegible]				12.10.	13.10.
46	[illegible]	Kaufm.	25.01.50	[illegible]	deutsch	[illegible]	2			12.10.	13.10.
45	[illegible]	Ing.	[illegible]	[illegible]	"	[illegible]	2			12.10.	
57	[illegible]						1			12.10.	
31	Dillmann, Olaf Otto	[illegible]	26.01.55	Ge-Buer	deutsch	44 Münster				12.10.	13.10.
30	[illegible], Uwe	[illegible]	23.01.63	[illegible]	deutsch	8630 Coburg				12.10.	13.10.
43	Dehoust, Peter	Redakteur	30.5.36	Heidelberg	"	8630 Coburg				12.10.	13.10.
8	SCHNITZER [illegible]	Prof.	[illegible]	[illegible]	[illegible]	8100 [illegible]				12.10.	[illegible]
10	[illegible] Eckhard	[illegible]	24.4.37	[illegible]	deutsch	8510 Fürth				12.10.	13.10.
52	v. Thadden, Adolf	Schriftsteller	7.7.21	Trieglaff	deutsch	H.-[illegible]				12.10.	85
34	Fischer, Gerd W.	Schriftsteller	[illegible]	Hamburg	deutsch	2000 HH 62, [illegible]	–	–	–	12.10.	[illegible]
35	[illegible], ALFRED C.	ARMY	[illegible]	[illegible]		[illegible]				[illegible]	
55	Schneider, Walter	[illegible]	[illegible]	Bochum	D.	1000 Berlin 31 [illegible]					

Auszug aus der Teilnehmerliste eines Treffens im Darmstädter Hotel/Restaurant „Bockshaut" am 12./13.10.85. Unter Zimmer-Nr. 52 Adolf von Thadden, NPD-Vorsitzender von 1967-71, unter Zimmer-Nr. 43 Peter Dehoust, Ex-NPD-Mitglied und Chef der rechtsextremen Postille „Nation Europa".

Grüne Deutschlandpolitik:
Es geht nicht recht voran

Der X-te Versuch, mit dem Thema Deutschland, Friedensvertrag usw. bei den Grünen zu landen, ist vorerst gescheitert.

Auf der Landesversammlung der hessischen Grünen am 24.11.85 in Butzbach hatten Uli Fischer (Wegrotierer in Bonn), Milan Horacek (Nachrücker in Bonn) sowie Gerhard Küchen aus Gießen versucht, eine Erklärung durchzusetzen, die die Partei weiter auf nationalen Kurs bringen sollte (1). Ein diesbezüglicher Auftrag wurde völlig überraschend eingebracht, und es war zweifellos eine gewisse Überrumpelung der Versammlung beabsichtigt. Interessant ist, daß seinerzeit mit Joschka Fischer ein exponierter Realo sein wärmstes Verständnis für den Antrag von Küchen u.a. ausdrückte. Fischer warb dafür, daß man wegkommen müsse von der im Programm verankerten „platten Forderung: Raus aus der NATO".

Um mit Rau 1987 eventuell ins Geschäft zu kommen, wäre es den Realos nur recht, den Grünen ein wenig schwarz-rot-gold zu verpassen. (Bezeichnend ist, daß die dem Butzbacher Antrag zugrunde liegende Erklärung „Frieden in Europa: Initiative Friedensvertrag" gerne und ausführlich in den nationalrevolutionären Blättern „Aufbruch", „Wir selbst" und „Junges Forum" zitiert wurde.) Durch das sehr putschartige Vorgehen der Freunde hielt es Minister Fischer in Butzbach aber für angebracht, auch ein wenig auf Distanz zu gehen. In bewährter Manier wurde beantragt, alles zu vertagen und das Thema Friedensvertrag auf einer weiteren LV ausführlich zu beraten.

Wie sich nun herausstellt, wurde in der Zwischenzeit hinter den Kulissen reichlich an der Sache geschoben. Zunächst befand der hessische Landesvorstand, das Thema sei zuwenig „vorbereitet" und beauftragte ausgerechnet die Antragsteller mit der Vorbereitung eines Kongresses. Die grünen Deutschland-Strategen bedankten sich auch schön für den Antrag und legten einen Kongreß-Vorschlag vor, der sowohl thematisch als auch in seiner personellen Besetzung eine reine Propagandashow für sie geworden wäre (Mechtersheimer, Drewitz, Mlynar, H. Ditfurth und im Kulturprogramm Wolf Biermann).

Auch ein Finanzierungsvorschlag für die auf bescheidene 23.000 DM taxierten Kongreßkosten lag vor. Danach sollten die Grünen Hessen mit 5.000 DM, BaWü 3.000 DM, Bundestagsgruppe/Ökofonds 5.000 DM, Bayern 3.000 DM sowie diverse Landesarbeitsgemeinschaften aus Westberlin, Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit je 500 DM einspringen. Zumindest aus BaWü und Bayern liegen Absagen vor, nachdem richtig bekannt wurde, was für ein Projekt da finanziert werden sollte.

Es scheint, daß die neudeutschen Grünenpolitiker mal wieder zu weit vorgeprescht sind. Die vorgesehene Terminierung des Kongresses auf den 9. bis 11. Mai — eine Woche vor dem für das Bundestagswahlprogramm entscheidenden Bundesparteitag — sieht denn doch zu sehr nach plumper und massiver Einflußnahme auf die dort anstehenden friedenspolitischen Aussagen aus.

Inzwischen hat der Landeshauptausschuß der hessischen Grünen das Projekt eines Kongresses wegen seiner Einseitigkeit abgesetzt. Stattdessen soll im Herbst eine weitere LV mit dem Schwerpunkt Frieden stattfinden, auf der u.a. auch das Thema Friedensvertrag diskutiert werden soll.

Zweifellos gibt es bei den Grünen eine Reihe von Leuten, die einer grünen Deutschlandpolitik/Friedensvertrag ablehnend gegenüberstehen. Andererseits liegt es wohl auch an dem Dilettantismus der Betreiber dieser Projekte, daß sie bisher nicht so richtig bei den Grünen landen konnten. Solange die Realo-Prominenz wie Fischer, Schily u.a. ihre bisherige vornehme Zurückhaltung nicht aufgibt und immer wieder nur drittrangige Leute ins Rennen geschickt werden, scheint aus dem Thema nicht viel zu werden.

KB / Gruppe Frankfurt

Anmerkungen:
1) Die dem Antrag zugrunde liegende Erklärung unterscheidet sich kaum von bereits früher vorgelegten Erklärungen, mit denen sich in dieser Zeitung bereits ausführlich auseinandergesetzt wurde.
2) Zu diesem Thema
AK 250: Grüne Deutschlandpolitik: Nicht links, nicht vorn sondern daneben
AK 254: Eine umfassende Auseinandersetzung mit der „Neudeutschen-Denkschrift: das Europa der Vaterländer"
dergl.: Es deutscht so link, wenn deutsche Linke deutschen
dergl.: Über die Berlin- und Deutschlandpolitik der AL Westberlin
AK 261: „Neue deutschlandpolitische Horizonte bei den Grünen", ein Gastbeitrag von Robin Jacobitz, Mitglied der Bundes-Friedens-AG der Grünen

''Wollen Sie gelesen werden, das geht nur im Osten''

Heinrich Mann, 1949

Einer der bedeutendsten Belletristikverlage im deutschsprachigen Raum ist der Berliner Aufbau-Verlag. Aufbau war es (neben einigen anderen DDR-Verlagen) auch, der — anders als die Verlage der BRD — vom Tage seiner Gründung im August 1945 an und bis heute einen großen Teil der verbrannten und verbotenen Literatur, des Schaffens des bürgerlich-humanistischen und sozialistischen Exils in hohen Auflagen verbreiterte und vielen Werken der Vertriebenen — wenn auch nicht ohne manche Ausgrenzung — zumindest auf dem Boden der DDR eine Heimstatt verschaffte. Die ,,Wiederentdeckung'' Literatur der Weimarer Republik und des Exils in größerem Umfange und als Politikum wäre in der BRD ohne diese Leistung von Aufbau um vieles mühsamer gewesen.

Gerade in der Behandlung des Exils und der Rezeption der Exil-Literatur drückt sich in den Westzonen bzw. der BRD einerseits, der SBZ bzw. DDR andererseits nichts weniger aus als ein grundlegend unterschiedliches Verständnis der Lehren, die aus dem Faschismus zu ziehen seien. In den Westzonen wurde das Exil bereits rund zwei Jahre nach Kriegsende ignoriert und diffamiert. In der SBZ hingegen wurden bürgerliche wie sozialistische Antifaschisten als entscheidende Mitarbeiter der antifaschistisch-demokratischen Neuordnung begrüßt.

Im ersten Teil dieses Artikels stellen wir die Gründungsgeschichte des Aufbau-Verlages dar, dokumentieren anhand der Verlagskorrespondenz das Bemühen um die Heimholung der Exilierten und nennen in grobem Aufriß einige der wichtigsten Daten und Namen aus der vierzigjährigen Geschichte des Verlages. Im zweiten Teil schildern wir die Behandlung von Exilierten und Exilliteratur in den Westzonen bzw. der BRD, da nur vor diesem Hintergrund die — gänzlich anders geartete — Haltung in der SBZ/DDR zu begreifen ist.

Exilliteratur im Aufbau-Verlag

Der Aufbau-Verlag, das sei ,,notwendig zu wissen'', heißt es in der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung'' als ob jemand ein Geheimnis daraus machte, ,,kam als Besatzungskind zur Welt, gezeugt von der sowjetischen Militäradministration und empfangen von der neu erstandenen KPD.'' (6/5)* Etwas kurzgegriffen und eine Gelegenheit für weitere blumige Demagogie verschenkt, denn es war alles noch viel schlimmer: ,,die Wiege des Unternehmens stand in Moskau'' — wie übrigens der Aufbau-Verlag selbst es in einem Verlagsprospekt mitteilt. (7/3)

Am 25. September 1944 tagten in Moskau Politiker und Schriftsteller der KPD. Eine Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die Arbeit auf kulturellem Gebiet (im befreiten Deutschland) sollte gebildet werden. In der Disposition für seine Ausführungen auf dieser Tagung schrieb Johannes R. Becher, der spätere Präsident des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands: ,,Die Totalniederlage erfordert eine Totalkritik auf allen Gebieten.'' Zu den ,,Hauptkräften'' im Prozeß der ,,Umerziehung des deutschen Volkes'' zählte Becher die ,,Literatur im engeren Sinne, die sogenannte schöngeistige Literatur''. Seine Ausführungen zur Literatur können gleichsam als erste Formulierung des Programms der (Belletristik-)Verlage in der DDR, insbesondere des Aufbau-Verlages, verstanden werden: ,,Die Literatur wird ihrem Gehalt nach antifaschistische, antiimperialistische, eine wahrhaft nationale und demokratische Literatur sein.'' (14/280)

Zwei Monate nach der Niederschlagung des Faschismus, in einer Lage, in der Land und Köpfe der Menschen gleichermaßen zerstört sind, wird in Berlin der Gründungsaufruf für den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands verabschiedet. Ausgehend von der rückhaltlosen Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands — ,,Wir haben Unsägliches wiedergutzumachen'' — bezeichnet der Kulturbund als seine Aufgabe: ,,Die besten Deutschen aller Berufe und Schichten gilt es in dieser schweren Notzeit deutscher Geschichte zu sammeln, um eine deutsche Erneuerungsbewegung zu schaffen, die auf allen Lebens- und Wissensgebieten die Überreste des Faschismus und der Reaktion zu vernichten gewillt ist und dadurch auf geistig kulturellem Gebiet ein neues, sauberes, anständiges Leben aufbaut. Es wäre verhängnisvoll für das Schicksal unseres Vaterlandes und würde Deutschland den Weg in die Zukunft versperren, wenn wir nicht rückblickend alle diejenigen Fehler und Schwächen aufdecken und überwinden würden, welche die Naziherrschaft ermöglicht und die größte Tragödie der Nation heraufbeschworen haben.'' (15/425)

Im August 1945 erhält der Aufbau-Verlag als Verlagdes Kulturbundes die Lizenz der Sowjetischen Militäradministration für Deutschland. Noch im selben Monat berät der Präsidialrat des Kulturbundes den ersten Publikationsplan.

Annie Voigtländer, Mitarbeiterin der ersten Stunde im Aufbau-Verlag und dessen langjährige Lektorin berichtet über die Anfänge: ,,Mitte des Jahres 1945 begannen 20 Menschen mit der Arbeit im Verlag, ungefähr ein Zehntel der heutigen Belegschaftsstärke. Wie in allen Betrieben fehlte damals so gut wie alles, was zur Arbeit gebraucht wurde, insbesondere Papier und Druckereikapazität. Einige Mitarbeiter waren ständig unterwegs, um vor allem Papier aufzustöbern, was manchmal auch mit nicht ganz legalen Mitteln geschah. (...) So kärglich die äußeren Bedingungen waren, unter denen wir arbeiteten, so reichlich war das geistige Gut, das uns zufloß.'' (16/533)

,,... Aufbau eines unberauschenden, aber produktiven Lebens ...''

Reichlich zugeflossen ist wohl auch den Verlagen in den Westzonen das Werk der Exilierten, nur war es hier erst wenig und — nach kurzer Schamfrist — kaum noch gefragt. In der SBZ hatte der Kulturbund schon im Sommer 1945 in seinem Aufruf ,,an die geistige Emigration'' klargestellt: ,,Laßt Euch sagen, daß Deutschland Eurer bedarf. So wie Ihr in brennender Ungeduld den Tag der Heimkehr kaum erwarten könnt, so rast- und ruhelos sind wir am Werk, um Euren Werken eine Heimstätte zu bereiten.'' (15/428)

Dringliche Bitten und Aufrufe zur Rückkehr und Mitarbeit an exilierte Schriftsteller durchziehen die Korrespondenz des Aufbau-Verlages bis zum Anfang der 50er Jahre.

Max Schroeder, im französischen Exil u.a. Leiter der ,,Deutschen Freiheitsbibliothek'' (3/46f.) wurde, 1947 aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrt, Cheflektor des Aufbau-Verlages. — An Helene Weigel in den USA schrieb Schroeder am 8. Mai 1947: ,,Wir haben die Absicht, in der kommenden Zeit die bedeutendsten Vertreter der Exilliteratur zu sammeln. (...) Es ist dringend notwendig, daß die Herausgabe ihrer Werke jetzt rascher erfolgt, als es in den ersten zwei Jahren nach Kriegsende geschehen ist. Dies wird auch für die zukünftige Wirkung der Autoren in Deutschland von großer Bedeutung sein. Schon jetzt ist ein Wiederauftauchen und Vordringen kompromittierter und reaktionärer Autoren zu bemerken. Es ist aber heute möglich, durch die Verbreitung großer Auflagen Positionen zu besetzen, um die man wieder schwer streiten müßte, wenn man die gegenwärtige günstige Zeit verpaßt.'' (10/90ff.)



Arnold Zweig, zurückgekehrt aus dem Exil in Palästina, im Club der Kulturschaffenden, Berlin, 20. Oktober 1948

An Ernst Bloch in den USA schrieb Schroeder am 17. Mai 47: ,,Am besten wäre es natürlich, wenn mit den Manuskripten zugleich der Autor, sie unter dem Arme tragend, hier eintreffen würde.'' (10/44) — Das allerdings wurde zehn Jahre später, als Bloch die DDR wieder verlassen hatte, recht anders gesehen.

F.C. Weiskopf informierte im Februar 1948 Heinrich Mann: ,,In einer Bibliothek sah ich eine Liste von mehreren hundert Namen: es waren Leser, die darauf warteten, ,Ein Zeitalter wird besichtigt' (1947 bei Aufbau erschienen — Anm. AK) ausleihen zu können. Die Verlagstätigkeit ist erstaunlich. Die Theater sind voll, spielen im allgemeinen sehr gut. Es gibt eine Unmenge von Vorträgen, Kunstausstellungen, Konzerten. Alles das inmitten von Ruinen, menschlichen wie steinernen.'' (10/370)

,,Jede Rückkehr eines Schriftstellers aus der Emigration,'' erinnerte sich Annie Voigtländer, ,,wurde vom Kulturbund und vom Verlag wie ein Fest gefeiert.'' Mit jedem Rückkehrenden ,,verbanden sich Hoffnungen auf Mitarbeit an der Lösung unserer großen Aufgabe.'' (16/540)

Als Arnold Zweig nach fünfzehnjährigem Exil im Oktober 1948 nach Berlin zurückkehrte, wurde er ,,im Club der Kulturschaffenden von Vertretern des öffentlichen Lebens und von Freunden mit aller Herzlichkeit empfangen. (...)

Einige Wochen später besuchte ich Arnold Zweig im Hotel Adlon (...). Es war bitterkalt, das Hotelzimmer unge-

Einige Wochen später besuchte ich Arnold Zweig im Hotel Adlon (...). Es war bitterkalt, das Hotelzimmer unge-

mütlich. Bücher, Manuskripte, Koffer lagen herum, als ob er gleich wieder abreisen wollte. Aber er ist geblieben und hat seine Worte, ,mit der Wirklichkeit fertig zu werden und sich dem Aufbau eines unberauschenden, aber produktiven Lebens zu widmen', in die Tat umgesetzt.'' (16/541)

Exil-Verlage

,,Manuskripte waren das einzige, woran wir keinen Mangel hatten,'' berichtete Annie Voigtländer aus der Anfangszeit des Aufbau-Verlages. ,,Wieviel galt es wiederaufzulegen!'' (16/533f.)

Dank der Arbeit der Exilverlage wie jener Verleger, die im europäischen und überseeischen Ausland den Exilierten Publikationsmöglichkeiten geboten hatten (18/73ff.), konnte Aufbau tatsächlich von der ersten Stunde an aus dem Vollen schöpfen. — In den Niederlanden waren es die Verleger Querido und Allert de Lange, die die Kiepenheuer-Lektoren Landshoff, Landauer und Kesten (,,das jüdische Triumvirat'', wie Verleger Kiepenheuer sie nannte) engagierten und die ihrerseits viele alte und neue Werke ihrer Autoren nun in den Niederlanden herausbrachten. Rund fünfzig weitere Verlage publizierten, wenn auch nur in geringer Titelanzahl, in den Niederlanden die Werke der Vertriebenen. Die Arbeit des Neuen Deutschen Verlages (zum ,,Münzenberg-Konzern'' gehörig) setzte in Paris die Editions du Carrefour fort. Wieland Herzfeldes Malik-Verlag arbeitete zuerst in Prag, dann in London weiter. Massenauflagen der Werke Exilierter wurden in der Sowjetunion gedruckt. Als nach der faschistischen Okkupation großer Teile Europas hier die Tätigkeit der Exilverlage nicht mehr möglich war, wurden neue Publikationsmöglichkeiten erschlossen bzw. neue Exilverlage gegründet u.a. in Argentinien, in Mexiko, in Palästina, in den USA.

War das Buchverlegen im Exil auch ,,eine Geschichte von bizarren Begebenheiten, tragikomischen Abenteuern und ununterbrochenem Kampf um die nackte Existenz'' (18/77f.), hatte dieser Kampf ,,David gegen Goliath'' (18/73) mit rund 2.000 Veröffentlichungen in der Zeit des Exils doch vielen Autoren die Möglichkeit zu weiterer Arbeit gegeben und eine unverzichtbare Basis für ihr späteres Wirken, wie u.a. im Aufbau-Verlag, gelegt.

40 Jahre Aufbau-Verlag

Nach den ersten zwölf Titeln, die noch 1945 erschienen waren (unter den Autoren Becher, Herrmann-Neisse, Lukácz, Plievier) konnten 1946 bereits 110 Titel in über einer Million Exemplaren aufgelegt werden. ,,Die Hälfte der 61 Erstauflagen stammt aus der Feder engagierter Kämpfer gegen den Faschismus.'' (10/423) Plieviers ,,Stalingrad'' erreichte 1946 eine Auflage von 200.000 Exemplaren, wurde aber ungeachtet dieses Erfolges nach 1948 vorerst nicht wieder aufgelegt, da der Autor in den Westen übergesiedelt war. Das herausragende literarische Ereignis des Jahres war das Erscheinen von Anna Seghers' ,,Das siebte Kreuz'' (1942, im mexikanischen Exil, erstmals erschienen).

Auch im zweiten Verlagsjahr hatte ,,das Werk demokratisch-humanistischer Autoren, die während des Faschismus in Deutschland geblieben sind'' bei Aufbau seinen Platz. (10/423) Hierzu wurde auch Gerhart Hauptmann gerechnet, von dem 1946 ein Gedichtband aufgelegt wurde.

Jubiläums-Ausgaben

Zu seinem vierzigjährigen Bestehen im August 1985 publizierte der Aufbau-Verlag den Almanach

Das Haus in der Französischen Straße. Vierzig Jahre Aufbau-Verlag. Auswahl und Gesamtredaktion Ruth Glatzer und Gotthard Erler. 526 S., ca. 60 Abb., Leinen, DM 18.-

,,Jubiläen und Nachrufe'', schreibt Erwin Strittmatter in seinem Glückwunsch an Aufbau, ,,haben etwas gemeinsam: Man windet sich an jeglicher Kritik vorbei.'' (10/412) Das gilt auch für diesen Jubiläums-Almanach, der jedoch — diese Einschränkung im Auge — dem Literaturliebhaber wie dem mehr allgemein kulturpolitisch Interessierten informative Einblicke in die Verlagsarbeit gibt. Besonders lesenswert sind die zahlreichen Auszüge aus der Korrespondenz zwischen Verlag und Autoren etliche Aufsätze über verantwortungsvolle verlegerische Arbeit (wie über die Bibliothek Deutscher

und Autoren etliche Aufsätze über verantwortungsvolle verlegerische Arbeit (wie über die Bibliothek Deutscher

Klassiker, über Buchkunst bei Aufbau) und die von der Cheflektorin erarbeitete Verlagschronik.

Sechs Bände aus der Produktion der Jahre 1945/46 liegen vor als

Reprint-Kassette. 6 Bände in Kassette. Insges. ca. 920 S., Pappband, DM 29.-

,,Vornehmste Pflicht des Verlages war, das von den Faschisten verbrannte sowie das im Exil entstandene Werk bürgerlich-humanistischer und sozialistischer Schriftsteller herauszugeben. Außerdem galt es, das klassische deutsche Erbe sowie das literarische Gut anderer Völker, insbesondere der Sowjetunion (...) zu erschließen (...).'' (16/534) — Ein genaues Abbild dieser Zielsetzung ist die Zusammenstellung der Reprint-Kassette:

— Max Herrmann-Neisse: Heimatfern (Gedichte, 32 S.)

— Johannes R. Becher: Ausgewählte Dichtung aus der Zeit der Verbannung 1933-1945 (281 S.)

— Georg Lukácz: Deutsche Literatur im Zeitalter des Imperialismus (70 S.)

— Adam Scharrer: Maulwürfe. Ein deutscher Bauernroman (279 S.)

— Heinrich Heine: Deutschland — ein Wintermärchen (110 S.)

— Konstantin Paustowskij: Die Kolchis (152 S.)

Der Spezialist schließlich wird sein besonderes Vergnügen haben an der Bibliographie

Aufbau-Verlag 1945-1984. 2 Bd., ca. 900 S., Leinen, DM 39.-

Der erste Band enthält ein Verzeichnis der von 1945-1984 erschienenen knapp 400 Titel; der zweite Band einen Index der Buchreihen und -serien, ein Verzeichnis der Titel nach Herkunftsländern und ein mehrteiliges Register. Dem Bibliophilen wie dem Bibliomanen kann diese Bibliographie ,,ein eigenes Stück Literaturgeschichte in äußerst komprimierter Weise'' (4/VIII) sein.

Hauptmann war einer der ganz wenigen Schriftsteller von Weltgeltung, die während des Faschismus in Deutschland geblieben waren, so dem Ansehen des Regimes nützten; Hauptmann schwieg zu den Verbrechen des Faschismus und er unterzeichnete — zusammen mit rund achtzig anderen — eine Ergebenheitsadresse an Hitler. Der Autor des Nachwortes zu Hauptmanns Gedichtband, Gerhart Pohl (er war ebenfalls in Deutschland geblieben und hatte unter dem Faschismus zeitweise Schreibverbot) münzte Hauptmanns skandalöse Haltung um in ,,die Kraft ,beredt zu schweigen' ''. (9/58) Und nur ,,die Zeit'' sei es gewesen, die den ,,wahren Volksdichter'' und ,,geborene(n) Demokrat(en)'' ,,gelegentlich auf die im ungemäße Plattform mit den ,Cäsaren' zerrte.'' (9/57)

Ein hübsches Apercu ist es, daß im gleichen Jahre auch Heinrich Manns ,,Untertan'' bei Aufbau herausgegeben wurde.

Auch auf der unmittelbar politischen Ebene war der Aufbau-Verlag vertreten: in der Provisorischen Volkskammer, der höchsten Volksvertretung der DDR, saßen die Aufbau-Autoren Becher, Bredel, Kuczynski, Langhoff und A. Zweig; nach 1950 kamen mit Bodo Uhse und Erich Wendt zwei leitende Mitarbeiter des Verlages hinzu.

1950, nach den ersten fünf Jahren, konnte Aufbau auf eine Produktion von 423 Titeln in 6,3 Millionen Exemplaren zurückblicken. Mehr als die Hälfte aller Titel stammte von antifaschistischen Autoren des Exils bzw. der ,,inneren Emigration''. Als ,,Kernstück des Geleisteten'' bezeichnete der

schistischen Autoren des Exils bzw. der ,,inneren Emigration''. Als ,,Kernstück des Geleisteten'' bezeichnete der

Verlagsleiter Erich Wendt die ,,Wiederherstellung des Vernichteten und Verbrannten'', die Zusammenführung der demokratischen und der sozialistischen Strömung in der Literatur, die zugleich den Versuch darstelle, ,,wenigstens im groben Umriß das Fundament abzustecken, auf dem unsere jungen Schriftsteller und Dichter weiterbauen können.'' (10/431)

Im Lauf der 50er Jahre erschienen die ersten ,,großen'' Werkausgaben von u.a. Brecht, Heinrich Mann, Thomas Mann, Lion Feuchtwanger und auch von Leonhard Frank, der, in der Bundesrepublik lebend, nur in der DDR eine große Lesergemeinde fand.

Per 1. April 1951 wurden übrigens die Buchpreise in der DDR um 15% gesenkt; just im selben Monat gab der westdeutsche Bertelsmann-Verlag eine Erhöhung seiner Buchpreise um 30% bekannt.

Eine Bilanz zum fünfzehnjährigen Bestehen des Verlages zeigt, daß vier der sechs erfolgreichsten Titel von Autoren des antifaschistischen Exils stammten. An der Spitze lag Anna Seghers' ,,Das siebte Kreuz'' mit 469.000 (1972: 1,1 Millionen) Exemplaren.

In den 60er Jahren erschienen u.a. die ersten Bände der Werke von E.E. Kisch und es wurde die erste umfangreiche Sammlung der Schriften von Carl von Ossietzky im deutschsprachigen Raum aufgelegt.

Mit den Werken von Hermynia zur Mühlen, Paul Zech, Balder Olden, Hans Günther, Maria Leitner u.a. wurden seit Ende der 70er Jahre auch die Werke weniger bekannter oder in Vergessenheit geratener Autoren des antifaschistischen Exils wieder zugänglich gemacht.

Bis zum Tage des 100. Geburtstages von Lion Feuchtwanger, dem 7. Juli 1984, hatte Aufbau 19 Titel seiner Werke in verschiedenen Editionsformen in insgesamt 1,9 Millionen Exemplaren aufgelegt.

,,Die Teilnahme, welche mir die DDR bezeigt, hat mich wirklich überrascht'', freute sich Feuchtwanger schon 1954 in einem Brief an Arnold Zweig. ,,Vor allem aus den manchmal rührend ungelenken Briefen junger Leser spricht ernsthaftes, ehrliches Bemühen, die Bücher zu begreifen. Es ist mir eine große Genugtuung zu spüren, daß meine Arbeit nicht ohne Wirkung blieb.'' (10/443)

Kalter Krieg und Wirtschaftswunder

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte bei vielen Deutschen der ernsthafte Wille bestanden, die vom Faschismus Vertriebenen zurückzuholen. (17/10) Alfred Andersch schrieb im August 1946 in der Zeitschrift ,,Der Ruf — Blätter der Jungen Generation'': ,,Wir fordern und erwarten die Vereinigung der Emigration mit Deutschlands junger Generation.'' (11/8) Die mit amerikanischer Lizenz erscheinende ,,sie — Zeitung für Frauenrecht und Menschenrecht'' publizierte zum Tag des Freien Buches 1947 eine Sondernummer, in der Autoren verbrannter und verbotener Literatur vorgestellt werden. Im Dezember 1947 erschien, herausgegeben von Richard Drews und Alfred Kantorowicz, als erheblich erweiterte Fassung der ,,sie''-Sondernummer der Band ,,verboten und verbrannt''. Das Buch, das kurz vor Weihnachten 1947 mit 60.000 Exemplaren herauskam, war Anfang 1948 vollständig vergriffen. (11/11)

Die so geehrten Exilierten konnten das Interesse an ihrem Werk jedoch vorwiegend nur von ihren Exilländern aus registrieren. Denn nur jenen politisch und literatisch Exilierten, die in der Sowjetunion Asyl gefunden hatten, war die sofortige Rückkehr nach Deutschland nach Kriegsende möglich, da die SU ,,planmäßig und bewußt auf die Mitwirkung von Exilierten beim politischen und kulturellen Aufbau ihrer Besatzungszone'' setzte. (17/4) Die alsbaldige Rückkehr aus den westlichen Asylländern war nur jenen wenigen Exilierten möglich, die im Dienste einer Besatzungsmacht standen. Bis Ende April 1946 hatten z.B. 1.200 in Großbritannien Exilierte Rückreiseanträge gestellt. Es bestehe jedoch, schrieb der New Yorker ,,Aufbau'', ,,vorläufig keine Möglichkeit, Eintritt in die britische Besatzungszone zu erhalten.'' (17/8) Die Lage in der französischen und der amerikanischen Besatzungszone war kaum besser. Als Brecht 1948 von Zürich nach Berlin reisen wollte, mußte er den Weg über Österreich und die Tschechoslowakei nehmen, die amerikanische Besatzungszone blieb ihm zur Durchreise verschlossen. Selbst der amerikanische Bürger Klaus Mann erhielt nach der
gen Exilierten möglich, die im Dienste einer Besatzungsmacht standen. Bis Ende April 1946 hatten z.B. 1.200 in Großbritannien Exilierte Rückreiseanträge gestellt. Es bestehe jedoch, schrieb der New Yorker ,,Aufbau'', ,,vorläufig keine Möglichkeit, Eintritt in die britische Besatzungszone zu erhalten.'' (17/8) Die Lage in der französischen und der amerikanischen Besatzungszone war kaum besser. Als Brecht 1948 von Zürich nach Berlin reisen wollte, mußte er den Weg über Österreich und die Tschechoslowakei nehmen, die amerikanische Besatzungszone blieb ihm zur Durchreise verschlossen. Selbst der amerikanische Bürger Klaus Mann erhielt nach der
Entlassung aus der US-Army kein Visum für Deutschland. (17/25)

Nach einer zeit- und teilweise gegebenen Offenheit wurden ,,im Klima des Kalten Krieges und dem beginnenden Wirtschaftswunder Exil und Emigration in Westdeutschland zunächst verdrängt und dann zum Tabu.'' (17/10)

Im Sommer 1947 hatte der Schweizer Verleger Oprecht, der sich um die Herausgabe des Werkes Exilierter verdient gemacht hatte, dem Verlag Kurt Desch in München Walter A. Berendsohns (2/42) Einführung in die Exilliteratur ,,Die Humanistische Front'' (1939 im dänischen Exil abgeschlossen, 1946 in der Schweiz erschienen) zur Veröffentlichung angeboten. Verleger Desch lehnte ab, denn: ,,Man bekommt den bitteren Eindruck, dass Berendsohn hier die Gelegenheit benutzt, um neben einer sachlichen Darstellung der Emigrantenliteratur gleichzeitig eine Art Pamphlet der Emigration gegen die in Deutschland gebliebenen Schriftsteller zu schreiben. (...) Es ist schade, dass dadurch die grossen Bemühungen, die Brücke zu den Emigranten wieder zu schlagen, erschwert werden und die Atmosphäre zwischen Deutschland und dem Ausland mit neuen Giftstoffen durchtränkt wird.'' (5/229f.) In einem weiteren Schreiben, nunmehr an Berendsohn direkt, fordert Desch — von dem *jüdischen Exilierten* — eine ,,andere Sichtweise'' und klagt ,,Loyalität'' ein. (5/231f.)

So groß, wie Desch es behauptete, waren die Bemühungen um die Rückkehr der Exilierten in den Westzonen ohnehin nicht. Während in der SBZ schon im Sommer 1945 die Exilierten zur Rückkehr aufgefordert und ihnen und ihrem Werk eine Heimstatt zugesichert worden waren, sprachen die westdeutschen Ministerpräsidenten erst im Juni 1947 eine Einladung zur Rückkehr aus — verbunden mit der ,,Warnung'' vor dem ,,übervölkert(en) und unwirtlich gewordene(n) Land''. (8/68) Als zwei Jahre später der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, von verschiedenen Seiten bedrängt wurde, die Exilierten im Namen der Bundesrepublik zur Rückkehr aufzufordern, lehnte er dies ab mit dem Hinweis, daß die Zeit noch nicht reif sei, da man den Rückkehrern keine ausreichenden Lebensgewohnheiten bieten könne. ,,Freilich wurde dies im Exil als versteckter Hinweis gedeutet, daß es in der Bundesrepublik Nazis und Antisemiten gebe, und dahingehend interpretiert, daß nicht einmal der Bundespräsident über genügend Autorität verfügt, um sich für die Rechte der Emigranten öffentlich einsetzen zu können.'' (8/68)

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 war zwar der Rückweg für alle Exilierten offen, in der BRD war damit aber auch das Kapitel Rückkehr und Reintegration für lange Zeit abgeschlossen. Mehr noch: die Verketzerung von Exilierten wurde Bestandteil der öffentlichen wie der veröffentlichten Meinung. ,,1945 hatte man Thomas Mann flehentlich zurückgebeten. Im Goethejahr 1949 betrat er nach sechzehnjährigem Exil erstmals wieder deutschen Boden. In Westdeutschland wurde er mit Protesten empfangen, weil er nicht nur Frankfurt besuchen wollte, sondern auch Weimar.'' (17/25)

,,Emigrant a.D.''

Das freidemokratische Berliner ,,Montags-Echo'' veröffentlichte im Mai 1949 einen Leitartikel unter der Schlagzeile ,,Quislinge im Westen'', was u.a. auf den damaligen Leiter des Büros für Friedensfragen, den England-Remigranten Fritz Eberhard gemünzt war. — Der ,,Emigrant a.D.'', schrieb 1951 der Bonner Korrespondent einer Schweizer Zeitung, befolge die ,,Maxime des Totalitarismus'', nachdem er in der Emigration seine Umsturzinstinkte geschult habe und als Feind Deutschlands zurückgekehrt sei. (8/75) ,,Aus der zweiten Auflage des ,Handbuchs des Deutschen Bundestages', die 1952 erschien, ließen die meisten Bundestagsabgeordneten biographische Notizen über Verfolgung und Widerstand im ,Dritten Reich', die sie ein, zwei Jahre zuvor selbstbewußt aufbauschten, streichen. Stattdessen korrigierten sie um in: Teilnahme am Zweiten Weltkrieg.'' (8/79)

Vor diesem Hintergrund ist es selbstverständlich, daß die Werke der weitaus meisten Exilschriftsteller in der BRD während der ersten zwei Jahrzehnte nach Kriegsende nicht aufgelegt wurden. Die Hoffnungen und Forderungen, die die Exilschriftsteller an das Nachkriegsdeutschland knüpften, konnten ,,unter den Bedingungen des politischen und intellektuellen Klimas der BRD nur schwer tradiert bzw. historisch aufgearbeitet werden.'' (12/3) Auch die ,,progressivste'' westdeutsche Schriftstellergemeinschaft der Nachkriegszeit, die ,,Gruppe 47'' war hier keine Ausnahme. Zu ihren Tagungen wurden — mit den späteren Ausnahmen von Hermann Kesten und Walter Mehring — keine Exilschriftsteller eingeladen. ,,Die ,Jungen', die zwar einen Neuanfang wollten, die aber das eigene Mitlaufen glaubten entschuldigen zu müssen, bezogen eine Gegenposition zum Exil, zu den ,Alten'. Im vermeintlichen Generationengegensatz konnte sich ein von ganz anderen ,Vätern' ererbter Antikommunismus verbergen.'' (13/11)

Die in den fünfziger Jahren eingesetzte ,,Wiedergutmachung'' fand in der literarischen ,,Wiedereinbürgerung'' eines Teils der verbotenen Literatur ihre Entsprechung. Diese Reintegration erfolgte jedoch, im Gegensatz zur DDR, primär nach ästhetischen Gesichtspunkten: betont avantgardistische Autoren wurden bevorzugt, ihre Vertreibung bestenfalls beiläufig erwähnt — als Politikum wurde die Exilliteratur nicht zur Kenntnis genommen. (12/6)

Boykott und Vertriebsverbote

Während die Werke antifaschistischer Autoren in der SBZ/DDR in Massenauflagen verbreitet wurden, versuchten die Machthaber in den Westzonen bzw. der BRD den Vertrieb ,,ostzonaler'' Bücher in ihrem Bereich zu verhindern.

Bereits im November 1947 wurde der Kulturbund im britischen und im amerikanischen Sektor Berlins verboten. Die in Charlottenburg gelegenen Geschäftsräume, in denen auch die Redaktion der Zeitschrift ,,Aufbau'' und der Aufbau-Bühnen-Vertrieb untergebracht waren, mußten in zwei Tagen geräumt werden.

Feuchtwanger, vielgelesener Autor in der SBZ/DDR, wurde vom westdeutschen Buchhandel boykottiert. Heinrich Mann, der ähnliche Erfahrungen machen mußte, resümierte Ende 1949: ,,Wollen Sie gelesen werden, das geht nur im Osten.'' (10/371)

Mit der 1948 in den drei Westzonen separat durchgeführten Währungsreform, war auch der Vertrieb von Büchern aus der SBZ in die Westzonen wesentlich erschwert. Es folgten direkte Vertriebsverbote. Max Schroeder teilte am 27. Januar 1950 Heinrich Mann mit: ,,Der Vertrieb unserer Bücher erfolgt vorwiegend in Ostdeutschland. Der Verkauf in Westdeutschland ist in der britischen Zone verboten. Kürzlich wurde der Schriftsteller Ilberg zu einer empfindlichen Freiheitsstrafe verurteilt, weil er die Autoren-Exemplare seines in einem sowjetisch lizensierten Verlag erschienenen Buches an Freunde verschenkte. Auch in der amerikanischen Zone machte kürzlich jemand mit dem amerikanischen Militärgericht Bekanntschaft, weil er ostzonale Bücher im Besitz hatte.'' (10/98f.)

Eine DDR-Ausgabe der Werke von Thomas Mann wurde von dessen BRD-Verleger lange Zeit sabotiert. Thomas Mann schrieb am 14. Dezember 1951 an Willi Bredel: ,,Ich habe wiederholt den Aufbau-Verlag wissen lassen, daß ich das Fehlen meiner Bücher in der Ostzone schmerzlich empfinde (...) Schon früher habe ich meinem Verleger, Dr. Bermann Fischer, den Wunsch ausgesprochen, Lizenzausgaben meiner Bücher im östlichen Deutschland zu genehmigen. Gerade in den letzten Tagen aber habe ich mit vollem Nachdruck noch einmal ersucht (...).'' (10/129f.) Walter Janka (Leiter des Aufbau-Verlages seit 1951, im Exil Leiter von El Libro Libre, Mexiko) antwortete Thomas Mann am 26. Januar 1952: ,,Ihre Bücher hätten natürlich längst eine weitere Verbreitung in der Deutschen Demokratischen Republik gefunden, wenn der S. Fischer Verlag bisher nicht alle Angebote nicht entweder unbeantwortet gelassen oder einfach abgelehnt hätte.'' (10/130) Manns ,,voller Nachdruck'' muß gewirkt haben, noch 1952 erschienen bei Aufbau: Buddenbrooks, Doktor Faustus und Lotte in Weimar.

Noch 1961 entblödete sich die westdeutsche Staatsanwaltschaft nicht, den Vertrieb von DDR-Büchern in der BRD strafrechtlich zu verfolgen. Der Münchener Verleger und Buchhändler Willi Weismann hatte sich vor der 5. Strafkammer des Landgerichts München zu verantworten, da er zehn Exemplare des ,,Staatsgefährdenden'' Titels ,,Der Irrweg einer Nation'' von Alexander Abusch (1) auf der Leibziger Messe bestellt hatte. Der Aufbau-Verlagsleiter Klaus Gysi, der als Entlastungszeuge vor Gericht auftrat, wurde vom Gericht bezichtigt, an der ,,Herstellung kommunistischer Schriften mitgewirkt'' zu haben, er müsse daher von Amts wegen von der Staatsanwaltschaft der Bundesrepublik verfolgt werden. (10/463)


sie

am 10. mai 1933 begann mit der verbrennung der von den nazis als „schund und schmutz" bezeichneten werke der bedeutendsten deutschen dichter, wissenschaftler und publizisten die verfemung und verfolgung der freien schöpferischen kräfte.

Sondernummer

Preis 80 Pfennig — Berlin, 11. Mai 1947

Der Tag des freien Buches

Von Dr. ALFRED KANTOROWICZ

Gruß von hüben nach drüben

Über rund dreißig Jahre war es im deutschen Sprachbereich vornehmlich Aufbau (nebst einigen weiteren DDR-Verlagen), der das Werk der Autoren des antifaschistischen Exils gepflegt und in großen Auflagen zugänglich gemacht hatte.

Und wer heute eine Ausgabe von Zweig, von Feuchtwanger, von Anna Seghers, von Kisch und vielen anderen antifaschistischen Exilautoren in einer westdeutschen Taschenbuchausgabe kauft (dabei, Freunde, sind die Aufbau-Ausgaben in Leinen doch kaum teurer! aber leider selten zu bekommen), der wird bei einem Blick ins Impressum immer wieder feststellen, daß der Lizenzgeber eben der Aufbau-Verlag ist.

Grüße deshalb, herzliche, an (wir zitieren hier mal die im Verlagsalmanach aufgeführten Mitglieder des Verlagskollektivs von hinten): Erika, Lindow, Kaffeeköchin; Charlotte Fleischer, Köchin; Petra Rühl, Köchin; Ernst Bethke, Küchenleiter; Hildegard Gasser, Telefonistin; Susi Loessin, Pförtnerin; Hildegard Petri, Reinigungskraft und die 178 weiteren Aufbauer und Aufbauerinnen!

AG Exil

Impressum immer wieder feststellen, daß der Lizenzgeber eben der Aufbau-Verlag ist.

Grüße deshalb, herzliche, an (wir zitieren hier mal die im Verlagsalmanach aufgeführten Mitglieder des Verlagskollektivs von hinten): Erika, Lindow, Kaffeeköchin; Charlotte Fleischer, Köchin; Petra Rühl, Köchin; Ernst Bethke, Küchenleiter; Hildegard Gasser, Telefonistin; Susi Loessin, Pförtnerin; Hildegard Petri, Reinigungskraft und die 178 weiteren Aufbauer und Aufbauerinnen!

AG Exil





Anna Seghers spricht vor der Berliner Humboldt-Universität zum Tag des Freien Buches, 1947 (Foto: Abraham Pisarek)

Geisterstunde

Wenn eine Zeitung wie die ,,FAZ'' des Aufbau-Jubiläums gedenkt, dann kann das nur schiefgehen. Widerwilliges Eingestehen der Leistungen des Verlages gehen einher mit Häme, halben Wahrheiten und ganzer antikommunistischer Demagogie — was aber bei diesen Ostrittern nicht weiter überraschen kann. Die Autorin des zur Rede stehenden Artikels allerdings ließ gar die Toten auferstehen ...

Nach dem Aufstand in Ungarn im Oktober/November 1956 wurden in der DDR auch Mitarbeiter des Aufbau-Verlages verhaftet und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. ,,Der Verleger Janka mußte für vier Jahre hinter Mauern'', heißt es in der ,,FAZ'', ,,da half es auch nichts, daß der sechsundachtzigjährige Heinrich Mann als einer seiner berühmtesten Autoren seinen Namen für ihn in die Waagschale zu werfen versuchte.'' Richtig an der Mitteilung über Heinrich Mann ist, daß er, 1871 geboren, zur Zeit des Prozesses gegen u.a. Janka, 1957, sechsundachtzig Jahre alt war — gewesen wäre, wenn er nicht schon sieben Jahre zuvor, am 12.3.1950, gestorben wäre. Die Autorin hat möglicherweise Heinrich Mann mit Bruder Thomas verwechselt? Geht auch nicht, denn der wäre 1957 erst zweiundachtzig gewesen, wäre er nicht schon zwei Jahre zuvor gestorben.

Aber um Fakten geht's der ,,FAZ'' eh nicht, ihr paßt eben, wie schon Kaiser Wilhelm, ,,die janze Richtung nicht''.

Quellen und Anmerkungen:
* Die erste Zahl in der Klammer gibt die Quelle an (s.u.), die zweite Zahl die Seiteninnerhalb der Quelle.

1) Alexander Abusch: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte. Berlin: Aufbau-Verlag, 1960 (8., neu durchgesehene u. erw. Aufl.)
2) Arbeiterkampf: „Professor Konkret" — Zum Tode des Pioniers der Exilliteraturforschung Walter A. Berendsohn. AK 243, 13.2.84
3) Arbeiterkampf: Deutsche Freiheits-Bibliothek — Paris 1934. AK 247, 4.6.84
4) Aufbau-Verlag 1945-1984. Eine Bibliographie. Von Klaus-Dieter Hoeft und Christa Streller. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1985. — Dieser Bibliographie und dem Almanach des Aufbau-Verlages sind, ohne daß dies im Einzelnen nachgewiesen wird, die Angaben zu Auflagenzahlen und Erscheinungsjahren entnommen.
5) Walter A. Berendsohn: Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigranten-Literatur (II. Teil). Worms: Verlag Georg Heintz, 1976
6) Sabine Brandt: Ingenieure der Seele. Die wechselvolle Geschichte des Ost-Berliner Aufbau-Verlags. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.85, S. 5
7) Exilliteratur im Aufbau-Verlag. Verlagsprospekt, Berlin und Weimar, 1985
8) Jan Foitzik: Die Malaise des Widerstandes. Im Spannungsfeld zwischen Mißtrauen, Ablehnung und Verdächtigung. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 24. Jg., H 93 (1985), Frankfurt a,M.
9) Gerhart Hauptmann: Neue Gedichte. Berlin: Aufbau-Verlag, 1946
10) Das Haus in der Französischen Straße. Vierzig Jahre Aufbau-Verlag. Ein Almanach. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1985
11) Helmut Kindler: Gedanken beim Lesen der Anthologie nach 36 Jahren. In: Richard Drews und Alfred Kantorowicz (Hg.): verboten und verbrannt. München: Kindler Verlag, 1983 (Neudruck des erstmals 1947 erschienenen Buches)
12) Ernst Loewy: Exil. Literarische und politische Texte aus dem deutschen Exil 1933-1945. Stuttgart: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, 1979
13) Helmut Peitsch: Lieber Peter. Die Tagung des Verbands deutscher Schriftsteller „Kulturpolitik und Politische Kultur 1945-1985" in München. In: Deutsche Volkszeitung/die tat, 19.4.85, S. 11
14) Zur Tradition der deutschen sozialistischen Literatur. Eine Auswahl von Dokumenten. Band 3: 1941-1949. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1979
15) Zur Tradition der deutschen sozialistischen Literatur. Band 4: Kommentare. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1979
16) Annie Voigtländer: Berlin, Französische Straße 32. In: ... einer neuen Zeit Beginn. Erinnerungen an die Anfänge unserer Kulturrevolution 1945-1949. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 2. Aufl. 1981
17) Hans-Albert Walter: Tradition und Erbe. Das „andere" Deutschland in West und Ost. Rundfunk-Vortrag, 1980 (Hektographiertes Typoskript)
18) F.C. Weiskopf: Unter fremden Himmeln. Ein Abriß der deutschen Literatur im Exil 1933-1947. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag, 1981 (Neudruck der Ausgabe von 1947)

10 Jahre Schüleraufstand von Soweto

Am 16. Juni 76 breitete sich in Soweto ein seit einem Monat an wenigen Schulen geführter Schulstreik auf fast alle Schulen aus. Die Schüler und Studenten wehrten sich gegen die Einführung der verhaßten Sprache der Buren, Afrikaans, als Unterrichtssprache auch für die naturwissenschaftlichen Fächer. Afrikaans ist für die Schwarzen in Südafrika die Sprache der Unterdrücker, die Sprache der Polizisten, der Armee, der Gerichte, die Sprache ihrer vollständigen Unterdrückung. Diese Sprache wird zudem nur von einer sehr kleinen Minderheit der Schwarzen beherrscht und hätte deshalb zu einer noch weiteren Verschlechterung der Schulbedingungen der schwarzen Schüler geführt.

„Nieder mit Afrikaans", „Afrikaans ist dreckig", „Afrikaans als Unterrichtssprache wollen wir nicht", „Zur Hölle mit Afrikaans" usw. unter diesen Parolen gingen am 16. Juni zehntausende von Schülern spontan auf die Straße. Der Staatsapparat reagierte unmittelbar, die Polizei eröffnete ohne Vorwarnung das Feuer auf die Schüler. Doch der Widerstandswille konnte auch durch die brutale weiße Staatsgewalt nicht unterdrückt werden.

Als Reaktion auf die Erschießung der schwarzen Schüler durch die Polizei begannen die Schüler gegen die Symbole des verhaßten Apartheid-Staates vorzugehen.

Nach unvollständigen Berichten wurden bis Oktober 76 im ganzen Land etwa 100 Gebäude der Bantu-Verwaltung zerstört bzw. schwer beschädigt sowie 250 Bierhallen und Alkoholgeschäfte, 170 andere Geschäfte, 25 Kliniken, 8 Bankgebäude, 6 Büchereien, 150 Schulen, Postämter, Gerichte und etwa ein Drittel der Busse des halbstaatlichen Busunternehmens Putco.

Allein in Soweto starben mindestens 700 Jugendliche und Kinder im Kugelhagel der monatelangen Auseinandersetzung. Bis Mitte Oktober 76 waren etwa 5-6.000 Schüler, Jugendliche und Kinder verhaftet worden, die wegen Gewalttätigkeit, Sachbeschädigung und Sabotage vor Gericht gestellt wurden. Hunderte von Minderjährigen wurden zu Stockschlägen verurteilt, darunter selbst sieben- und achtjährige Kinder.

Streiks, Boykotte und stay away

Die Aktionen der Schüler nahmen immer mehr Aufstandscharakter an. Der Schülerrat Sowetos organisierte aus Solidarität mit den Ermordeten und Verhafteten sogenannte Stay away-Streiks, bei denen die erwachsenen Männer und Frauen aufgefordert werden, Soweto nicht zu verlassen, nicht zur Arbeit nach Johannesburg zu fahren. Unterstützt wurde ihre Aufforderung durch das Lahmlegen der Verkehrssysteme, ohne die niemand Soweto verlassen kann. Busse wurden angezündet und Warnsignale der Vorortbahnen außer Kraft gesetzt.

Durch diese Aktionen vollzogen sich weitreichende Veränderungen. Die Jugendlichen, die gewohnt waren, ihren Eltern und Lehrern zu gehorchen, trafen nun selbständig politische Entscheidungen. Die Elterngeneration folgte, erst widerwillig, schließlich dankbar und hoffnungsvoll. Immer mehr Erwachsene erwachten aus ihrer Apathie und faßten Hoffnung, die ersehnten Veränderungen noch zu Lebzeiten zu erreichen. Der erste der insgesamt drei dreitägigen Streiks wurde ein voller Erfolg. Am dritten Tag blieben ca. 80-90% der Arbeiterinnen und Arbeiter ihrer Arbeit in Johannesburg fern und legten so die Produktion und das öffentliche Leben in Johannesburg praktisch lahm.

Auch der zweite und dritte stay away-Streik verliefen ähnlich erfolgreich wie der erste große Streik, der praktisch nur von den Schülern und Jugendlichen organisiert worden war. Auf der anderen Seite zeigten sich aber auch recht deutlich die Schwächen der Aktionen. Es gab keine organisierende Kraft, die die Interessen sowohl der Schüler und Studenten als auch der aus den Homelands in Soweto lebenden „Framdarbeiter", der Arbeiter, Eltern usw. zusammenfassen und geballt dem burischen Staatsapparat entgegenstellen konnte.

Schüler und Studenten aß auch der aus den Homelands in Soweto lebenden „Framdarbeiter", der Arbeiter, Eltern usw. zusammenfassen und geballt dem burischen Staatsapparat entgegenstellen konnte.

Während des zweiten Streiks gelang es der Apartheid-Polizei sogar, die „Fremdarbeiter" gegen die Schüler zu hetzen, die dann plündernd und mordend durch Soweto zogen. Die Schüler konnten zwar während des dritten Streiks erreichen, daß auch die „Fremdarbeiter" sich ihrer Interessen bewußt wurden und sich am Streik beteiligten, doch zeigte der Überfall drastisch, wie ungeeint die verschiedenen Kräfte tatsächlich noch waren.

Die Hoffnung der Schüler, daß sich der Aufstand auf die anderen Townships im Land ausdehnen würde, erfüllte sich nicht. Eine landesweite Revolte konnte von den Schülern allein nicht entfacht werden.

Der Repressionsapparat des burischen Staates erstickte die Bewegung buchstäblich im Blut und verbot fast alle Organisationen der Strömung des schwarzen Selbstbewußtseins (Black Consciousness Movement — BCM). 1976-77 mußten tausende von Schülern und Jugendlichen Südafrika verlassen und als politische Flüchtlinge vornehmlich ins benachbarte Ausland fliehen.

Der Aufstand hat allerdings die Widersprüche zwischen dem Apartheid-Regime und der unterdrückten Mehrheit der Schwarzen in bis dahin nicht dagewesenem Maß verschärft. Die weißen Apartheid-Verfechter betrachten die Siedlungen der Schwarzen seit den Soweto-Aufständen als Feindesland.

Der Afrikaans-Erlaß wurde zurückgezogen.

Kay

Literaturhinweis
Mbulelo Vizikhungo Mzamane: Die Kinder von Soweto. Verlag Neues Leben Berlin, DDR

Reinhard Brückner: Südafrikas schwarze Zukunft. Verlag Otto Lehmbeck

Hans-Martin Große-Oetringhaus: Wird Feuer ausbrechen? rororo



Soweto im August 1976. — Der Autor dieses Bildes ist der schwarze südafrikanische Fotograf Peter Magubane, der seit rund dreißig Jahren sein Kamera als politische Waffe gegen das Apartheidsystem einsetzt, was ihm mehrere Jahre Gefängnis und Belegung mit dem „Bann" eingetragen hat. Für seine herausragenden Leistungen auf dem Gebiet des Bildjournalismus wurde ihm im April der Dr. Erich Salomon-Preis der Deutschen Gesellschaft für Fotografie verliehen.

Arbeiterkampf

Inhalt

Die französische Neutronenwaffe geht in Serie ....S. 21
Europa
Frankreich: Ordnung, Sicherheit und Polizei ....S. 21
Der vergessene Krieg — Interview mit der IRA ....S. 22